



Universität Potsdam



Wilfried Heller | Mihaela Narcisa Arambaşa (Hrsg.)

## Am östlichen Rand der Europäischen Union

Geopolitische, ethnische und nationale  
sowie ökonomische und soziale Probleme  
und ihre Folgen für die Grenzraumbevölkerung



Am östlichen Rand der Europäischen Union



Wilfried Heller | Mihaela Narcisa Arambaşa (Hrsg.)

## **Am östlichen Rand der Europäischen Union**

Geopolitische, ethnische und nationale sowie ökonomische  
und soziale Probleme und ihre Folgen  
für die Grenzraumbewölkerung

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Universitätsverlag Potsdam 2009**

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam  
Tel.: +49 (0)331 977 4623 / Fax: 4625  
E-Mail: [verlag@uni-potsdam.de](mailto:verlag@uni-potsdam.de)

Die Schriftenreihe Potsdamer Geographische Forschungen wird herausgegeben von den Instituten für Geographie und Geoökologie der Universität Potsdam

Herausgeber: Hartmut Asche, Axel Bronstert, Helmut Elsenbeer, Wilfried Heller und Manfred Rolfes  
Schriftleitung: Waltraud Lindner

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

Online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam  
URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2009/3164/>  
URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus- 31647](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-31647)  
[[http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus- 31647](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-31647)]

Zugleich gedruckt erschienen im Universitätsverlag Potsdam:  
ISBN 978-3-940793-97-3

## INHALTSVERZEICHNIS

Problemaufriss der Thematik und Überblick über die Beiträge dieses Bandes	9
<i>Wilfried Heller</i>	
<b>1 ZU GEOPOLITISCHEN PROBLEMEN</b>	<b>21</b>
1.1 Geopolitische Perspektiven der Republik Moldau	23
<i>Oleg Serebrian</i>	
1.2 Romania. A Geopolitical Outline	45
<i>Radu Săgeată</i>	
<b>2 ZU ETHNISCHEN UND NATIONALEN PROBLEMEN</b>	<b>59</b>
2.1 Staats-/Nationsbildung und Geschichte in der Republik Moldau	61
<i>Wim van Meurs</i>	
2.2 Nation und Nationalismus in Rumänien 1866–2008	73
<i>Mariana Hausleitner</i>	
<b>3 ZU ÖKONOMISCHEN UND SOZIALEN PROBLEMEN</b>	<b>89</b>
3.1 Spatial pattern of the unbalanced social-economic development of the Republic of Moldova	91
<i>Alexandru Muravschi, Ion Osoian, Stela Corobceanu</i>	
3.2 Ungleichgewichtige intraregionale Entwicklung in der Region Nordosten Rumäniens	103
<i>Ioan Ianoș, Andreea-Loreta Cepoiu, Radu-Daniel Pintilii</i>	

<b>4 ZUM ALLTAG DER GRENZRAUMBEVÖLKERUNG: GRENZÜBERSCHREITENDE AKTIVITÄTEN</b>	<b>123</b>
4.1 Mobilitätspraktiken und Strategien von Kleinhändlern im grenzüberschreitenden Verkehr an der moldauisch- rumänischen Grenze vor dem EU-Beitritt <i>Bénédicte Michalon</i>	125
4.2 Bedeutung der grenzüberschreitenden Praktiken im moldauisch-rumänischen Grenzraum vor und nach dem EU-Beitritt Rumäniens <i>Mihaela Narcisa Arambaşa</i>	137
4.3 Schmuggel an der polnisch-russischen Grenze – Illegalität im Spannungsfeld zwischen Rationalität und Legitimität <i>Bettina Bruns</i>	161
4.4 Die Rolle ethnischer Gruppen für die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen im ungarisch-slowakischen Grenzraum <i>Wolfgang Aschauer</i>	175
Liste der Autorinnen und Autoren	187



## Dank

Der Band geht hervor aus einer Tagung, die von der Arbeitsgruppe „Sozial- und Kulturgeographie, Migrationsforschung“ der Universität Potsdam am 12. und 13. Juni 2008 in Chişinău (Republik Moldau) zum Thema dieses Bandes durchgeführt wurde. Die Tagung war durch die finanzielle Unterstützung der VolkswagenStiftung (Hannover) ermöglicht worden. Vielen Dank dafür! Ebenso gebührt großer Dank dem Institut für Geographie der Wirtschaftswissenschaftlichen Akademie der Republik Moldau, vertreten durch Prof. Dr. Constantin Matei, für die Organisation der Tagung vor Ort.

Für die Aufnahme dieses Bandes in die Potsdamer Geographischen Forschungen sei den Herausgebern dieser Reihe und der Universität Potsdam gedankt.

Die Herausgeber

Potsdam, Juni 2009



## **Problemaufriss der Thematik und Überblick über die Beiträge dieses Bandes**

*Wilfried Heller*

Grenzräume sind – wie alle Räume – Produkte sozialer Handlungen, in denen sich die dominanten gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegeln. Die Staatsgrenze spielt dabei eine mehrfache Rolle, und zwar vor allem erstens als tatsächliche Grenzlinie, zweitens als Grenze, wie sie in der Politik, in den Medien und in der Öffentlichkeit dargestellt wird, und drittens als Grenze, wie sie von der im Grenzraum wohnenden Bevölkerung wahrgenommen wird. Diese Wahrnehmung sowie die Art und Weise, wie die Bevölkerung im Grenzraum ihren Alltag und damit ihr Leben gestaltet, hängen von den geo- und innenpolitischen sowie ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen derjenigen Staaten ab, zu denen der Grenzraum gehört. Diese Rahmenbedingungen sind oft auch von Konflikten geprägt, die sich auf die Bevölkerung im Grenzraum in spezifischer Weise auswirken. Grenzräume zählen in der Regel zu den benachteiligten Räumen im binnenstaatlichen Vergleich. Liegen diese Räume an den Grenzen von Staaten mit höherem ökonomischem und sozialem Entwicklungsstand und sind diese Grenzen durchlässig, dann werden den dort lebenden Menschen die Wohlstandsunterschiede deutlicher bewusst als in anderen Räumen. Deshalb reagiert die Bevölkerung auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen mit besonderen Aktivitäten, unter denen grenzüberschreitende eine wesentliche Rolle spielen.

Diese Sachverhalte treffen in Europa auf die Grenzräume an der Ostgrenze der NATO und der Europäischen Union in besonderem Maße zu. Damit kommt dieser Grenze eine wichtige geopolitische Bedeutung zu. Die Tatsache, dass an langen Abschnitten auf beiden Seiten der Grenze von der Bevölkerung dieselbe Sprache gesprochen wird, kann eine Quelle von politischen Spannungen sein, wenn dieses Merkmal von nationalistischen Interessen instrumentalisiert wird. Die gemeinsame Sprache auf beiden Seiten der Grenze kann aber auch von Vorteil sein, wie vor allem bei Grenzüberschreitungen. Politik und Wissenschaft in Europa müssen sich gerade auch der Probleme dieser Grenzräume annehmen, weil das Bemühen um eine friedliche „Einheit in der Vielfalt“ nicht an den Außengrenzen der EU enden kann. In diesem Zusammenhang steht die Thematik dieses Bandes, der aus einer im Juni 2008 in Chişinău (Republik Moldau) durchgeführten Tagung hervorgeht.

Für die Entwicklung der EU, die sich unter anderem als eine Solidargemeinschaft begreift, ist es notwendig, nicht nur die Entwicklungen in den zentralen Staaten und Regionen der einzelnen Staaten, sondern auch die Situation und die Veränderungen in den neuen Peripherien zu berücksichtigen. Dafür sind möglichst gute Kenntnisse dieser Randräume notwendig. Die ersten Schritte für Problemlösungen sind bekanntlich Situationsanalysen. Die Artikel dieses Bandes wollen anhand ausgewählter Themen und Grenzräume einen Beitrag dazu leisten. Im Zentrum steht dabei der Grenzraum zwischen der Republik Moldau und Rumänien, da hier die genannten Probleme besonders evident sind. Die ersten acht der insgesamt zehn Artikel dieses Bandes widmen sich diesem Raum. Die beiden letzten Artikel beschäftigen sich mit dem slowakisch-ungarischen und dem polnisch-russischen Grenzraum, d.h. mit dem Grenzraum zwischen Polen und der russischen Exklave Kaliningrad/Königsberg.

Die Artikel sind nach vier Themen gegliedert: Die ersten drei Themen, nämlich die zu geopolitischen, ethnischen und nationalen sowie ökonomischen und sozialen Problemen, beziehen sich auf die Rahmenbedingungen für das Leben der Bevölkerung im Grenzraum Republik Moldau/Rumänien. Jeweils zwei Artikel befassen sich mit jedem dieser Themen, wobei der eine Artikel die Republik Moldau und der andere Rumänien betrifft. Das vierte Thema wird durch den Alltag der Grenzraumbevölkerung gebildet, und zwar schwerpunktmäßig durch ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten. Vier Artikel gehen darauf ein: Die ersten beiden beschäftigen sich mit dem Grenzraum Republik Moldau/Rumänien, die letzteren beiden Artikel mit den anderen genannten Grenzräumen.

Zu den Themen im Einzelnen:

## **1 Zu geopolitischen Problemen**

Obwohl die Republik Moldau und Rumänien unmittelbare Nachbarländer sind und über viele Jahrhunderte hinweg eine gemeinsame Geschichte aufweisen, unterscheiden sich ihre geopolitischen Probleme in erheblichem Maße. Dies kommt schon in den thematischen Schwerpunktsetzungen der beiden Artikel zum Ausdruck. Während es *Oleg Serebrian* darauf ankommt, die labile und bedrohliche Lage der Republik Moldau zwischen den großen machtpolitischen und wirtschaftlichen Blöcken der NATO, der EU und Russland auf globaler Ebene und zwischen den Nachbarländern Rumänien, der Ukraine und der Türkei auf der darunter liegenden internationalen Ebene darzustellen

und nach Perspektiven für die Lösung der Probleme zu fragen, geht es *Radu Săgeată* in seinem Beitrag darum, die geopolitische Situation Rumäniens zu charakterisieren und dabei das Land gleichsam als stabile Region und Insel zwischen politischen Interessensfeldern zu beschreiben. Gemeint sind mit diesen Feldern zum einen die Konfliktregionen im Osten, in denen Russland und die Ukraine neben der Republik Moldau die Hauptakteure sind, und zum anderen der immer noch unruhige Balkan im Westen, wo die unterschiedlichen Interessenlagen der dortigen Staaten, aber auch von Nachbarstaaten wie von Griechenland und der Türkei, eine politisch brisante und zersplitterte Gemengelage ergeben, die anscheinend noch längst nicht bereinigt ist.

*Serebrian* präsentiert die Republik Moldau als ein Land, das wegen seiner geostrategischen Pufferlage zwischen der NATO und Russland, des fehlenden unmittelbaren Zugangs zum Schwarzen Meer, des Mangels an Rohstoffen und Energieträgern sowie des insgesamt schwachen ökonomischen Potenzials und auch wegen interner Probleme vor allem ethnischer Provenienz sehr verletzlich ist. Dabei konzentriert *Serebrian* sich: 1. auf die Problematik der Außengrenzen des Staates, die er aus der Territorialgeschichte des Landes her erklärt, 2. auf das Konfliktfeld, das sich aus der Existenz der abtrünnigen Region Transnistrien im Osten des Landes entwickelt hat, 3. auf Probleme der Grenze mit der Ukraine und 4. auf interne territoriale Konflikte im Süden des Landes, in Südbessarabien, nämlich Konflikte mit der christlich-türkischen Minderheit der Gagausen und der bulgarischen Minderheit, die zwar bei weitem nicht so gefährlich sind wie der Transnistrienkonflikt, aber trotzdem politische Sprengkraft enthalten. Alle diese Probleme und Konflikte könnten nicht unabhängig voneinander gesehen werden, sie seien miteinander verbunden. Eine Schlüsselrolle komme jedoch – so *Serebrian* – dem Transnistrienkonflikt zu. So lange dieser nicht gelöst sei, bleibe die Republik Moldau von Russland abhängig. Das transnistrische Problem könne aber nicht allein politisch geregelt werden, sondern verlange auch nach ökonomischen Maßnahmen. Erst wenn es um die Wirtschaft des Landes so gut bestellt sei, dass nicht mehr Hunderttausende von Moldauern das Land als Arbeitsmigranten verlassen und dass die Republik Moldau insgesamt auch für die Bevölkerung in Transnistrien attraktiv sei, könne das transnistrische Konfliktfeld bereinigt werden. Dieses Ziel könne jedoch ohne den Dialog mit Russland nicht erreicht werden. *Serebrian* betrachtet die gegenwärtige unabhängige Republik Moldau als einen Kompromiss zwischen den zwei herrschenden, gegensätzlichen politischen Meinungen der moldauischen Bevölkerung, nämlich zum einen desjenigen Bevölkerungsteils, der einen Anschluss an Rumänien und damit an die EU wünscht (was als „rumänistische“ Position bezeichnet

wird), und zum anderen desjenigen Bevölkerungsteils, der von einer eigenständigen Republik Moldau ausgeht (was „moldovenistische“ Position genannt wird) und einen Beitritt zu einer von Russland bestimmten eurasiatischen Föderation, d. h. einer Föderation aus osteuropäischen und asiatischen Ländern, für richtig hält (vgl. dazu auch SEREBRIAN 2009, S. 88). Insgesamt sind die Ausführungen *Serebrians* von tiefer Skepsis hinsichtlich einer befriedigenden zukünftigen Entwicklung der Republik Moldau geprägt.

*Radu Săgeată* erklärt die Stabilität Rumäniens letztlich mit der positiven Wirkung, die vom EU-Beitritt des Landes ausgegangen sei. Denn in den ersten Jahren nach der politischen Wende ist es noch zu ethnischen Konflikten im Lande gekommen, von denen insbesondere die Minderheiten der Ungarn und Roma betroffen waren (vgl. z. B. ANDERL-MOTEA 2007 und SALLANZ 2007). Die geopolitische Lage Rumäniens wird von *Săgeată* durch die Westorientierung des Landes (zur EU und zur NATO) als günstig für die Entwicklung des Landes und den Frieden in der Region dargestellt. *Săgeată* geht bei der Darstellung in klassischer politisch-geographischer Weise vor, indem er zunächst den Naturraum des Landes charakterisiert. So beschreibt er die drei dominanten naturräumlichen Faktoren, welche die Siedlungsgeschichte des Landes sowie die geostrategische Bedeutung Rumäniens und die Entwicklung des Landes in Geschichte und Gegenwart bestimmen, nämlich die Karpaten, die Donau und das Schwarze Meer. Auf dieser Basis kennzeichnet er die geopolitische Situation Rumäniens im Rahmen der gesamten Schwarzmeerregion. *Săgeată* misst den naturräumlichen Faktoren eine auffallend wichtige Rolle zu. Rumänien wird sowohl als Kontakt- und Überschneidungsgebiet von Europas großen klimatischen und biogeographischen Zonen als auch politischer, kultureller und wirtschaftlicher Einflusssphären verstanden. So ist es für ihn konsequent, dass er Rumänien zu Mitteleuropa rechnet. Insgesamt nimmt er eine stark rumänisch-national ausgerichtete Position bei der Darstellung des Themas ein. Die heutigen Hauptprobleme des Landes seien nicht ethnischer und geopolitischer, sondern ökonomischer und sozialer Art.

## **2        Zu ethnischen und nationalen Problemen**

Beide Beiträge zu dieser Thematik gehen aus von der Frage, welche Konzepte von Nation in der Geschichtsschreibung des jeweiligen Landes angewandt wurden und wie sie Politik und Geschichte beeinflussten. *Wim van Meurs* konzentriert sich auf die Zeit seit dem Ende der Sowjetunion, als die unabhängige Republik Moldau als Mitglied

der Gemeinschaft unabhängiger Staaten entstand. Weil die Geschichte der Bevölkerung des Territoriums, auf dem die Republik Moldau geschaffen wurde, seit dem 15. Jahrhundert größtenteils durch Fremdherrschaft gekennzeichnet ist und die Bevölkerung sich aus verschiedenen ethnischen Gruppen zusammensetzt – wobei sie mehrheitlich in ethnischer Hinsicht mit der Bevölkerung im angrenzenden Rumänien eng verwandt ist, d.h. rumänisch ist – stellt sich ganz besonders die Frage, welchem Konzept von Nation die Staats- und Nationsbildung in der Republik Moldau folgt. Bevor *van Meurs* auf diese Frage eingeht, stellt er anhand der Begriffspaare ‚Objektive Nation‘ versus ‚Subjektive Nation‘ sowie ‚Moderne und konstruierte Nation‘ versus ‚Historische und ethnische Nation‘ auf einer grundsätzlichen Ebene die Nationskonzepte und Ordnungsprinzipien für Staaten dar. Die Begriffe ‚Objektive Nation‘ sowie ‚Historische und ethnische Nation‘ entsprechen einer primordialistischen, die anderen Begriffe einer konstruktivistischen Sicht. Übergangsformen zwischen diesen Nationskonzepten sind möglich. Der Begriff ‚Objektive Nation‘ kann nach den Begriffen ‚Kulturnation‘ und ‚Staatsnation‘ differenziert werden. Im Falle des Begriffs ‚Staatsnation‘ decken sich die Grenzen des Staates und der Nation – eine ideale Situation nach primordialistischen Vorstellungen. *Van Meurs* diskutiert diese verschiedenen Begriffe auch im Hinblick auf die politischen Programme, in denen sie verwendet werden können. In diesen Programmen geht es im Wesentlichen um territoriale Ansprüche sowie um die Inklusion oder Exklusion bzw. Bevorzugung oder Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen. Die theoretischen Ausführungen bieten eine Basis für das bessere Verstehen erstens des kommunistischen Paradigmas einer moldauischen Nation und des neuen national-moldauischen Gegenkonzepts sowie zweitens der in der Geschichtsschreibung der Republik Moldau und Rumäniens miteinander konkurrierenden Darstellungen der historischen Heldenfigur Stefan des Großen (1433–1504), der Fürst der vereinigten Moldau war. Heute werde aber – so *van Meurs* – Stefan der Große in der Republik Moldau nicht nur von Rumänisten, sondern auch von Moldovenisten als Nationalheld und nicht als Staatsheld anerkannt, weil für die Moldovenisten eine vereinigte Moldau innerhalb eines Großrumäniens unrealistisch sei und insoweit kein Drohpotenzial mehr darstelle. Die gegensätzlichen Auffassungen über die moldauische Nation als ethnische Nation (‚ethnos‘) und als Nation im Sinne der Bevölkerung des Staates (‚demos‘) ließen sich in der Praxis nicht immer trennen. Je nach Situation stehe also ‚demos‘ oder ‚ethnos‘ im Vordergrund.

Die Geschichtsschreibung Rumäniens sei dagegen (wie diejenige der anderen südosteuropäischen Länder) deutlich von einem primordialistischen Nationsverständnis geprägt – so *Mariana Hausleitner*. Dieses

sei Ursache für Spannungen zwischen der Mehrheit und den Minderheiten. In Rumänien sei im 19. Jahrhundert von Frankreich ein zentralistisches Staatsmodell, aber nicht ‚demos‘ als Nationskonzept übernommen worden. Vielmehr gelte bis vor wenigen Jahren ein ethnisches Nationsmodell, das als Leitbild für Homogenisierungsbestrebungen von rumänischen Regierungen gewirkt habe. Erst seit dem Beitritt Rumäniens zur NATO und zur EU hätten sich die Spannungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung und nationalen Minderheiten verringert. *Hausleitner* verfolgt genau die Geschichte des Nationsverständnisses in Rumänien seit der Vereinigung der rumänischen Fürstentümer Walachei und Moldau (1859) bzw. seit der Verfassung Rumäniens 1866 und stellt die Geschichte des Landes als eine Abfolge von Inklusionen und Exklusionen von Bevölkerungsgruppen im Zusammenhang mit dem Nationsverständnis dar. Insbesondere Ungarn, Juden und Roma seien Exklusionen ausgesetzt gewesen. Der Beitritt zur EU, der an die Bedingung („Acquis communautaire“) geknüpft war, dass die Minderheiten ihre kulturelle Identität bewahren können und sie in keiner Weise benachteiligt werden dürfen, habe aber die Situation der Minderheiten entscheidend verbessert. Vielleicht könne künftig sogar mit einer Stärkung der Regionen einschließlich der Grenzregionen und auf diese Weise mit Dezentralisierungstendenzen in Rumänien gerechnet werden.

### **3      Zu ökonomischen und sozialen Problemen**

Sowohl der Beitrag von *Muravschi u. a.* über die Republik Moldau als auch derjenige von *Ianoş u. a.* über Rumänien zu ökonomischen und sozialen Problemen behandelt die räumlich ungleichgewichtige Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten des jeweiligen Landes. Diese Entwicklung sei historisch bedingt. Die Ursachen seien schon in den vergangenen Jahrhunderten geschaffen worden. Allerdings hätten sich in beiden Ländern seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme die räumlichen Disparitäten verschärft. Die Deindustrialisierung in der Transformationsphase habe den Abstand zwischen dem ländlichen Raum und peripheren Gebieten, die zurückfielen, einerseits und großstädtischen Regionen andererseits vergrößert. Regionale Ungleichgewichte der Landesentwicklung seien im Prinzip weltweit üblich, aber in der Republik Moldau seien sie besonders deutlich ausgeprägt, weil Chişinău als ‚primate city‘ für das Land eine größere Rolle spiele als die Hauptstädte in den anderen europäischen Ländern. (Die Stellung von Chişinău ist unter den Hauptstädten Europas nur vergleichbar mit derjenigen von Tirana in Albanien)



und in eingeschränkter Weise mit Budapest in Ungarn.) So geht es im Beitrag von *Muravschi u. a.* vor allem darum, die Kluft zwischen Chişinău und dem übrigen Land darzustellen. Allerdings bestünden außerhalb der Hauptstadtregionen auch zwischen den Regionen und innerhalb der Regionen erhebliche Entwicklungsunterschiede, die im Beitrag beschrieben und erläutert werden. Dabei wird auch kritisch auf die Regionalentwicklungspolitik der Regierung eingegangen, weil ihre Praxis deutlich hinter dem theoretischen Anspruch zurückbleibe. Eine gewisse Dezentralisierung der Befugnisse der für die Entwicklung zuständigen Institutionen sei notwendig, damit die regionalen Interessen mehr zur Geltung kommen können. Der Erfolg der Regionalentwicklungspolitik, nämlich Bedingungen für eine ausgeglichene ökonomische und soziale Entwicklung zu schaffen und die Armut zu reduzieren, hänge in hohem Maße ab von den Kompetenzen der für die sechs Regionen des Landes zuständigen Entwicklungsagenturen und den Initiativen auf lokaler Ebene. Ein ganzheitlicher Entwicklungsansatz sei notwendig, der vor allem Investitionen in lokale Wertschöpfungsketten, Infrastruktur und Informationswesen sowie Verbesserungen der Marktzugänge für kleine und mittlere landwirtschaftliche Unternehmen vorsieht.

Der Beitrag von *Ianoş u. a.* über die rumänische Entwicklungsregion Nordosten, die zum großen Teil identisch ist mit dem Teil der historischen Region Moldau auf rumänischem Territorium, fokussiert stärker als der oben genannte Beitrag von *Muravschi u. a.* auf die Grenzraumsituation dieser Entwicklungsregion, welche die ärmste unter den acht Entwicklungsregionen des Landes darstellt. Sie nimmt etwa 15 % der Fläche Rumäniens ein, und etwa 17 % der Bevölkerung Rumäniens wohnen dort. Ihre Fläche (36.850 km<sup>2</sup>) und Bevölkerungszahl (knapp 4 Mio.) sind mit der Republik Moldau (32.840 km<sup>2</sup> bzw. ebenfalls knapp 4 Mio.) vergleichbar. Im Unterschied zur Republik Moldau ermöglicht die statistische Datenlage Rumäniens eine intraregionale Analyse auf Gemeindeebene. So arbeiten *Ianoş u. a.* heraus, dass nicht nur zwischen der Region und den anderen Teilen Rumäniens große ökonomische und soziale Entwicklungsunterschiede bestehen, sondern auch innerhalb der Region scharfe Disparitäten gegeben sind. Gerade die Gebiete an der Grenze zur Republik Moldau sind als besonders benachteiligte zu erkennen. *Ianoş u. a.* sehen in der grenzüberschreitenden Kooperation mit der Republik Moldau eine Chance, den Grenzraum in die Wirtschaft des jeweiligen Landes zu integrieren und dessen Entwicklungsrückstand zu bekämpfen. Die gemeinsame ethnische Zugehörigkeit der Bevölkerung zu beiden Seiten der Grenze böte eine gute Voraussetzung für wechselseitige Beziehungen. Jedoch seien diese schwer zu realisieren, weil die Grenze zwischen Ru-

mänien und der Republik Moldau Teil der Außengrenze der EU ist. Außerdem müsste das ökonomische Potenzial auf beiden Seiten der Grenze verbessert werden, damit eine ausreichende Basis für Austausch und Kooperation gegeben ist.

#### **4 Zum Alltag der Grenzraumbevölkerung: Grenzüberschreitende Aktivitäten**

Wie bereits oben erwähnt, befassen sich von den vier Beiträgen zu den grenzüberschreitenden Aktivitäten der Grenzraumbevölkerung zwei mit diesen Themen anhand der Grenze Republik Moldau/Rumänien. Der eine Beitrag – von *Bénédicte Michalon* – betrachtet diese Aktivitäten hinsichtlich des Zeitraums von der Öffnung der Grenze im Jahr 1991, nach dem Übergang der Moldau von einer Sowjetrepublik zu einer selbständigen Republik im Rahmen der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, bis zum 1. Januar 2007, als Rumänien der EU beitrug. Der andere Artikel – von *Mihaela N. Arambaşa* – vergleicht die grenzüberschreitenden Beziehungen in ausgewählten Gemeinden der Republik Moldau und Rumänien in der Zeit vor dem Beitritt Rumäniens zur EU mit denjenigen nach dem Beitritt. Ihre Befunde beruhen auf quantitativen und qualitativen Befragungen, die sie vor und nach dem EU-Beitritt Rumäniens in ein- und denselben Orten durchgeführt hat.

Vor dem Jahr 1991, also in sowjetischer Zeit, gab es kaum Grenzverkehr. Die Grenze hatte militärische und Sicherheitsaufgaben zu erfüllen. In ökonomischer und sozialer Hinsicht wurde der Grenzraum marginalisiert. Seit der Grenzöffnung erlebte der Grenzverkehr eine deutliche Zunahme. Vor allem Kleinhändler aus der Republik Moldau nutzten die Gelegenheit, Waren in Rumänien zu verkaufen. Bis Ende der 1990er Jahre waren die Bedingungen dafür günstig. Danach wurden wieder strengere Grenzübertrittsregelungen von rumänischer Seite eingeführt, weil dies von der EU im Rahmen der Vorbereitung auf den Beitritt Rumäniens zur EU verlangt worden war. Der Grenzverkehr ging zurück, besonders nach dem Beitritt, weil seither sogar ein Visum für die Einreise nach Rumänien erforderlich ist. *Bénédicte Michalon* studiert den Kleinhandel von Angehörigen der Republik Moldau in Iaşi, dem wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum im rumänischen Teil der historischen Region Moldau. Sie kann dabei verschiedene Typen von Orten feststellen, an denen der Verkauf stattfindet. Des Weiteren verfolgt sie die Organisation dieses Kleinhandels sowie die Stellung der Kleinhändler in der rumänischen Gesellschaft und ihre Bemühungen, durch dauerhafte Einwanderung Sicherheit zu erlangen.

*Mihaela N. Arambaşa* behandelt die Auswirkungen des Beitritts Rumäniens zur EU – und damit die Einrichtung der EU-Außengrenze zwischen der Republik Moldau und Rumänien – auf die grenzüberschreitenden Praktiken der Grenzraumbevölkerung auf beiden Seiten der Grenze. Nach dem Beitritt Rumäniens zur EU seien zwar die Grenzüberschreitungen aus der Republik Moldau erheblich zurückgegangen, aber die Zahl der Besucher aus der Republik Moldau sei immer noch deutlich größer als die der Grenzgänger aus Rumänien in der Republik Moldau, obwohl rumänische Staatsbürger häufiger als vorher in der Republik Moldau einreisten, vor allem um Konsumgüter des kurzfristigen Bedarfs zu kaufen, die in der Republik Moldau billiger als in Rumänien sind. Rumänen brauchen kein Visum für die Einreise in der Republik Moldau bis April 2009. Die Kleinhändler aus der Republik Moldau verkauften in Rumänien nach wie vor Zigaretten und Alkohol – meistens illegal – sowie auch Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte, diese allerdings wegen der verschärften rumänischen Kontrollen in geringerem Umfange. Der Erfolg des Schmuggelns hänge in hohem Maße von der Zusammenarbeit mit anderen Grenzgängern und der Bestechung der Grenzpolizei ab. Die Autorin stellt dar, wie die Grenzraumbevölkerung der Republik Moldau verschiedene Strategien entwickelt, um die infolge der Grenzübertrittsverschärfung entgangenen Einkommen aus dem Kleinhandel und Schmuggel zu kompensieren. Die wichtigsten seien Arbeitsmigration ins Ausland, die deutlich zugenommen habe, und der Erwerb der rumänischen oder bulgarischen Staatsbürgerschaft als zweiter Staatsbürgerschaft. Die Nachbarschaftspolitik der EU, die sich um Stabilität in den angrenzenden Nicht-EU-Staaten bemüht, habe bisher die ausgrenzende Wirkung der neuen EU-Außengrenze kaum mindern können. Auch die bilateralen Beziehungen zwischen der Republik Moldau und Rumänien hätten hierzu keinen wesentlichen Beitrag leisten können.

Die beiden letzten Beiträge zu diesem Buch beschäftigen sich mit anderen Grenzräumen. *Bettina Bruns'* Ergebnisse über den Schmuggel an der polnisch-russischen Grenze weisen klare Parallelen zu den oben genannten Befunden von *Mihaela Arambaşa* über die grenzüberschreitenden Praktiken an der Grenze zwischen der Republik Moldau und Rumänien nach dem EU-Beitritt Rumäniens auf. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Studien besteht darin, dass bei *Bruns* die Schmuggler Bürger eines EU-Mitgliedstaates sind, nämlich Polen, die Waren aus dem angrenzenden Nicht-EU-Staat nach Polen bringen, während bei *Arambaşa* nicht nur die Schmuggelwaren, sondern auch die Schmuggler in Rumänien aus einem Nicht-EU-Staat stammen, nämlich aus der Republik Moldau. Hier wie da sei der Grund für das Schmuggeln die Verarmung der Bevölkerung des Grenzraumes

als Folge des politischen und ökonomischen Transformationsprozesses. Auch *Bruns* befasst sich mit den Geschäften von Schmugglern, die ihren Erfolg suchten durch Umgehung formaler Gesetze, aber bei Beachtung bestimmter gesellschaftlicher Normen, die außerhalb von Gesetzen bestünden und die von Gesetzesvertretern akzeptiert oder geduldet würden. Schmuggelgeschäfte, die im Rahmen dieser Normen getätigt werden, gälten also zwar als illegal, aber als legitim, weil sie offensichtlich in der Regel nicht der Bereicherung, sondern dem Überleben der Schmuggler und ihrer Familien dienten. Außerdem nützte das Schmuggeln auch den Käufern der Schmuggelwaren, weil ihre Nachfrage auf legalem Wege infolge des knappen Angebots und der relativ hohen Preise nicht gedeckt werden könne. Nicht zuletzt profitierten auch Grenzbeamte und andere Personen, die ihre Einkommen dadurch erhöhen könnten, dass sie sich von den Schmugglern bestechen ließen. Entscheidend für den Erfolg des Schmuggelns – so ein wichtiges Ergebnis von *Bruns* – sei der Aufbau von Vertrauen innerhalb der Gruppe von Personen, die am Schmuggel beteiligt sind und davon profitieren.

Ein Mindestmaß an Vertrauen ist grundsätzlich notwendig für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft. Um diese Erkenntnis geht es auch im letzten Beitrag dieses Buches, in dem *Wolfgang Aschauer* die Rolle ethnischer Gruppen für die Wirtschaft im slowakisch-ungarischen Grenzraum untersucht. Er verfolgt die Frage, inwieweit die Zugehörigkeit zur gleichen ethnischen Gruppe als Form einer angenommenen gleichen Kultur, die Vertrauen bilden kann, eine Rolle für grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen spielt. *Aschauer* geht sehr systematisch vor, indem er auf einer theoretischen Ebene die folgenden Sachverhalte abhandelt: 1. Formen und Organisation von Vertrauen, 2. die Rolle von Netzwerken als Subsystemen der Gesellschaft, die auf Vertrauen und Solidarität bauen, für wirtschaftliche Aktivitäten und 3. den Zusammenhang von (Grenz-)Regionsbildung, Wirtschaftsentwicklung und Vertrauen. Aus seinen Überlegungen leitet er Thesen über das Funktionieren grenzüberschreitender Kooperation und Regionsbildung in dem von ihm untersuchten Grenzraum ab. Geleitet von diesen Thesen untersucht *Aschauer* zwei ethnische Gruppen im Grenzgebiet, nämlich die Ungarn und die Roma, und kommt dabei zu Erkenntnissen über die unterschiedliche Wirkung von Ethnizität. Für die ethnischen Ungarn aus der Slowakei, die als Arbeitspendler und Einkaufstouristen die slowakisch-ungarische Grenze zum ökonomisch relativ hoch entwickelten nordwestlichen Ungarn überschreiten, sei die Zugehörigkeit zur ethnischen Gruppe der Ungarn nicht wichtig. Entscheidend seien vielmehr die Kenntnisse der ungarischen Sprache und die Preise der Waren. Die sozioökonomischen Verhältnisse be-

stimmten also die grenzüberschreitenden Kontakte. Es bestehe unter diesen Grenzgängern kein Bedarf an Vertrauen, das durch die Zugehörigkeit zur gleichen ethnischen Gruppe hergestellt wird, weil die formalen Institutionen in Ungarn von den Grenzgängern als effektiv begriffen würden.

Ganz anders sehe es bei den Roma im östlichen Grenzgebiet zwischen der Slowakei und Ungarn aus, in einer Region mit erheblichen ökonomischen Problemen. Die Roma könnten kaum grenzüberschreitende Beziehungen initiieren oder aufrechterhalten, weil sie zu arm und zu wenig qualifiziert seien sowie kein Vertrauen in die Institutionen hätten. Die ethnischen Netzwerke der Roma kollidierten oft mit den Institutionen. Diese Probleme würden verstärkt durch Probleme, die zwischen verschiedenen Roma-Gruppen bestehen. Ihre Gemeinschaftsbildung reiche nicht über die Grenze hinaus. Die Roma auf der anderen Seite der Grenze gehörten meistens anderen Gruppen an. Trotz staatlicher Hilfe sowie Unterstützung durch Programme der EU und von Nichtregierungsorganisationen existiere die ethnische Gruppe der Roma (bisher) fast nur auf der Ebene von Familien und Clans.

Fazit von *Aschauer*: Im slowakisch-ungarischen Grenzgebiet sind die Erwartungen einer positiven grenzüberschreitenden Wirkung von Ethnizität im Sinne eines Beitrags zur Grenzraumentwicklung noch nicht eingetreten. Im Falle des ökonomisch und institutionell gut entwickelten westlichen Grenzgebiets ist dies nicht nötig, weil dort persönliche Beziehungen als Grundlage für Vertrauensbildung nur relativ wenig gebraucht werden. Im Falle des mit ökonomischen Problemen beladenen östlichen Grenzgebiets sind Aufbau und Verbesserung grenzüberschreitender Beziehungen auf ethnischer Basis möglich, aber die Aktionsradien der Roma sind (noch) zu sehr eingeschränkt. Ethnizität kann hier eine positive Rolle spielen, wenn der Aktionsraum dieser ethnischen Gruppe durch ökonomische Probleme und soziale Ausgrenzung nicht so stark begrenzt wird.

Schlusskommentar: Es wäre wünschenswert, wenn die Befunde der Beiträge dieses Buches weitere Grenzraumuntersuchungen anregten und mit den Beobachtungen in anderen Grenzräumen verglichen würden, um damit zu stärker fundierten verallgemeinerbaren Erkenntnissen über die Behebung von Problemen und die Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten in Grenzregionen zu gelangen.

## 5 Zitierte Literatur

ANDERL-MOTEA, C.: Ethnizität – Raum. Funktion und Bedeutungswandel. Sozialgeographische und kulturanthropologische Erkundungen zum Verhältnis von Ethnizität und Raum im Transformationsprozess anhand von Beispielen aus Rumänien. Potsdam 2007 (= Potsdamer Geographische Forschungen, Band 25)

SALLANZ, J.: Bedeutungswandel von Ethnizität unter dem Einfluss von Globalisierung. Die rumänische Dobrudscha als Beispiel. Potsdam 2007 (= Potsdamer Geographische Forschungen, Band 26)

SERBRIAN, O.: Despre geopolitică (Über Geopolitik). București, Chișinău 2009 (Editura Cartier)

## **1 ZU GEOPOLITISCHEN PROBLEMEN**





## 1.1 Geopolitische Perspektiven der Republik Moldau

*Oleg Serebrian*

### 1.1.1 Einführung

Die Republik Moldau liegt im Übergangsbereich von Mittel-, Südost- und Osteuropa. Geographisch gesehen ist die Republik Moldau in der Mitte Europas gelegen, was ihre traditionelle Einbeziehung in Osteuropa – neben der Ukraine, Belarus und Russland – nicht verhindert, auch wenn in der letzten Zeit immer mehr Geographen der Republik Moldau und Rumäniens sie als zu Südosteuropa gehörig betrachten.

Die wichtigste geo-strategische Charakteristik der Republik Moldau besteht in ihrer Pufferlage zwischen den zwei politisch-militärischen Gruppen – der NATO und der militärischen Allianz der GUS. Auch wenn die Rivalität zwischen diesen Militärblöcken nicht offiziell angesprochen wird, ist es offensichtlich, dass diese sich in einem Zustand eines latenten Antagonismus befinden; die letzten NATO-Erweiterungswellen nach Osten haben dies gezeigt. Ein anderes geostrategisches Merkmal ist das strategische und politische Interesse für die Republik Moldau seitens einer Großmacht, nämlich von Russland, das seine Militärpräsenz in diesem Land weiterhin behält. Außerdem unterstützt Russland politisch und ideell den Konflikt im Osten der Republik Moldau, d. h. im Staatsgebiet östlich des Dnjestr („Transnistrien“), der einer der wichtigsten neuralgischen Punkte regionaler Instabilität in der Schwarzmeerregion bleibt. Diese Tatsache weckt bei den potentiellen Gegnern Russlands (den USA, der EU, der Türkei) ein Interesse für Chişinău. Außer diesen charakteristischen Merkmalen gibt es zwei weitere, die aus der geographischen Lage hervorgehen: 1. die direkte Nachbarschaft zu einer regionalen Macht, d. h. zur Ukraine, 2. die Nähe zum Balkan, einer Zone hoher politischer Labilität. Diese Sachverhalte können bei einer Analyse der strategischen Bedeutung der Republik Moldau von den westeuropäischen Militär-Geographen und Geostrategen nicht übersehen werden.

Zu den Problemen der Republik Moldau gehören das Fehlen von Zugängen zu den Donaumündungen, zum Hafen von Odessa sowie das weitgehende Fehlen von ökonomisch relevanten Rohstoffen und das relativ kleine ökonomische Potenzial des Landes. Deshalb haben wirtschaftlich große Staaten und Staatenbünde kein besonderes ökonomisches Interesse an der Republik Moldau. Dieses Problem ist insofern von großer Bedeutung, weil die internationale Politik immer mehr von ökonomischen Interessen bestimmt wird. Aus diesen Sachverhalten

kann geschlossen werden, dass die Republik Moldau sehr verletzlich ist. Das negative Image der Republik Moldau im Westen ergibt sich daraus, dass das separatistische Regime im Osten des Landes („Transnistrien“) dem Westen gegenüber feindlich eingestellt ist, dass dadurch das Land auch in den internationalen Waffenschmuggel als wichtiges Operationsfeld einbezogen ist und dass das Land in der Nachbarschaft einiger politisch unruhiger Zonen liegt, die die Sicherheit des Westens gefährden könnten. Leider ist es der Regierung in Chişinău bisher nicht gelungen, wenigstens dieses schlechte Image als geostrategische Kapital zu verwerten, wegen der Befürchtung, dass die Republik Moldau grundsätzlich und auf Dauer als instabiler und verletzlicher Staat betrachtet wird. In der vorliegenden Studie soll versucht werden, die geostrategischen Schlüsselprobleme, welche die Republik Moldau betreffen, zu analysieren, und zwar die folgenden: 1. das Grenzproblem, 2. die transnistrische Frage und 3. die Probleme im Süden Bessarabiens. Außerdem soll ein Überblick über die wichtigsten naturräumlichen Gefahren des Landes gegeben werden.

### **1.1.2 Das Grenzproblem der Republik Moldau**

Wie fast alle Länder Südosteuropas hat auch die Republik Moldau eine schwierige und komplexe Ethnogenese mit zahlreichen geopolitischen und geostrategischen Verwicklungen. Übrigens stellt die Republik Moldau selbst eine Grenzzone dar, d. h. einen Limes zwischen der ostlateinischen Welt und dem Ostslawentum, zwischen Südosteuropa, Mitteleuropa und Osteuropa, zwischen der europäischen Integration und der „eurasiatischen Desintegration“ als Folge des Auseinanderbrechens der damaligen Sowjetunion, zwischen dem euratlantischen Sicherheitsraum und der Zone direkter militärischer Interessen Russlands.

Jahrhundertlang waren die Grenzen Moldaus sehr mobil. Rechtlich gesehen, gibt es zwischen der heutigen Republik Moldau und der Wojewodschaft (Fürstentum) Moldau, gegründet im Jahre 1359, keine Nachfolgebeziehung. Die aktuelle Republik Moldau umfasst den Hauptteil, den östlichen Teil der historischen Provinz, nämlich Bessarabien, welche zur Wojewodschaft Moldau gehörte, die sie aber 1812 zugunsten des Russischen Reiches verlor (Abb. 1). Der Verlust Bessarabiens hat jedoch die weitere Existenz der Wojewodschaft Moldau nicht verhindert. Diese löste sich erst im Januar 1862 auf, als sie sich mit der Wojewodschaft (Fürstentum) Muntenien vereinigte und Rumänien gründete. Die dramatischen Änderungen der politischen Grenzen auf dem heutigen Territorium der Republik Moldau fanden in der ersten

Hälfte des 20. Jahrhunderts statt. Am 15. Dezember 1917, während des Zivilkrieges in Russland, rief sich Bessarabien zu einer eigenen Republik aus. Die Unabhängigkeit Bessarabiens wurde nur von Rumänien anerkannt, das im Januar 1918, auf Forderung des bessarabischen Gesetzgebungsorganes, seine Truppen auf das Territorium Bessarabiens führte. Am 9. April 1918 beschloss das bessarabische Parlament den Anschluss Bessarabiens an das Königreich Rumänien (Abb. 2). Laut Bukarester Friedensvertrag vom Mai 1918 erkannten Österreich-Ungarn und Deutschland den Anschluss Bessarabiens an. Am 28. November 1920 akzeptieren auch die Entente-Mächte die Rechtmäßigkeit des Aktes vom 9. April 1918 durch die so genannte Pariser Konvention.

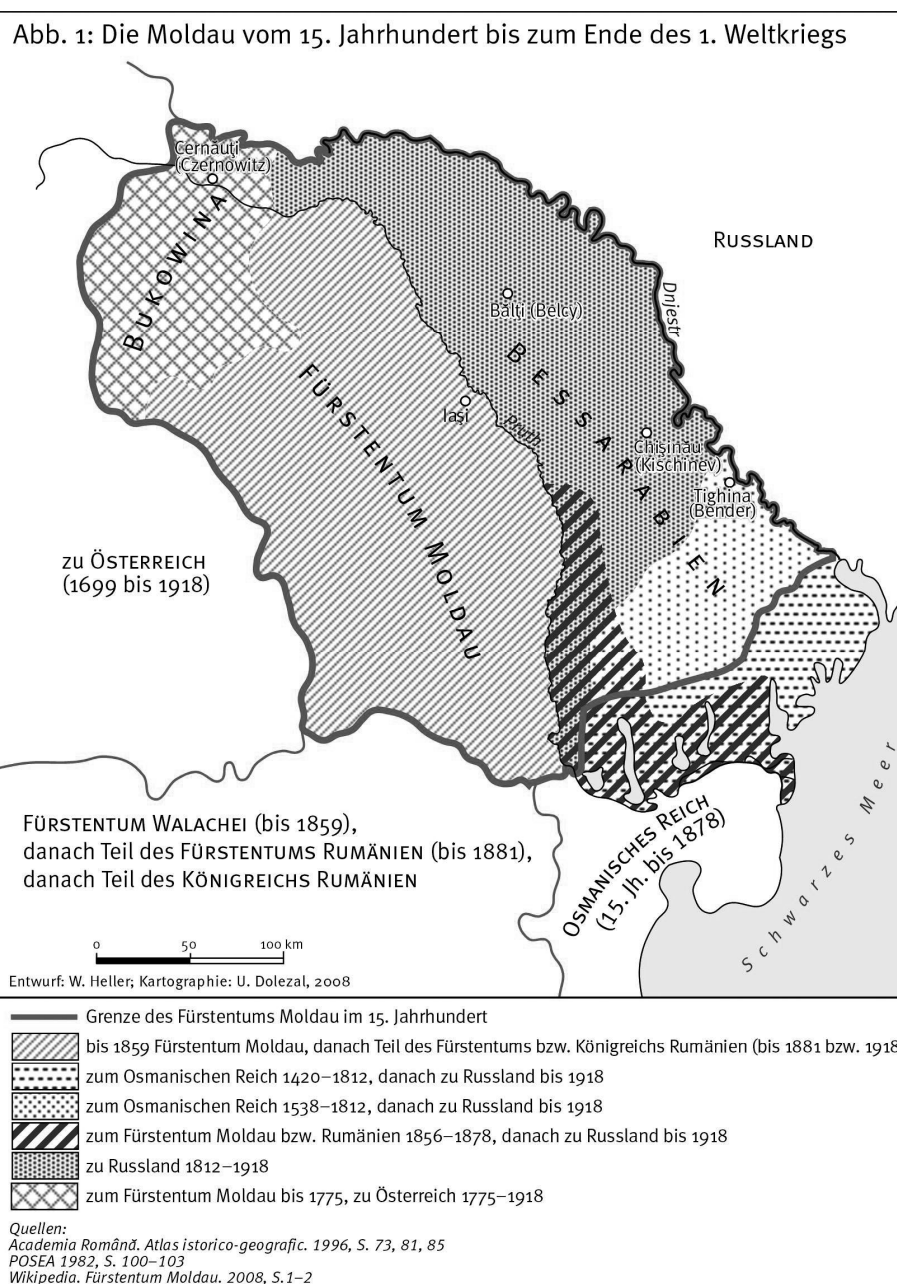
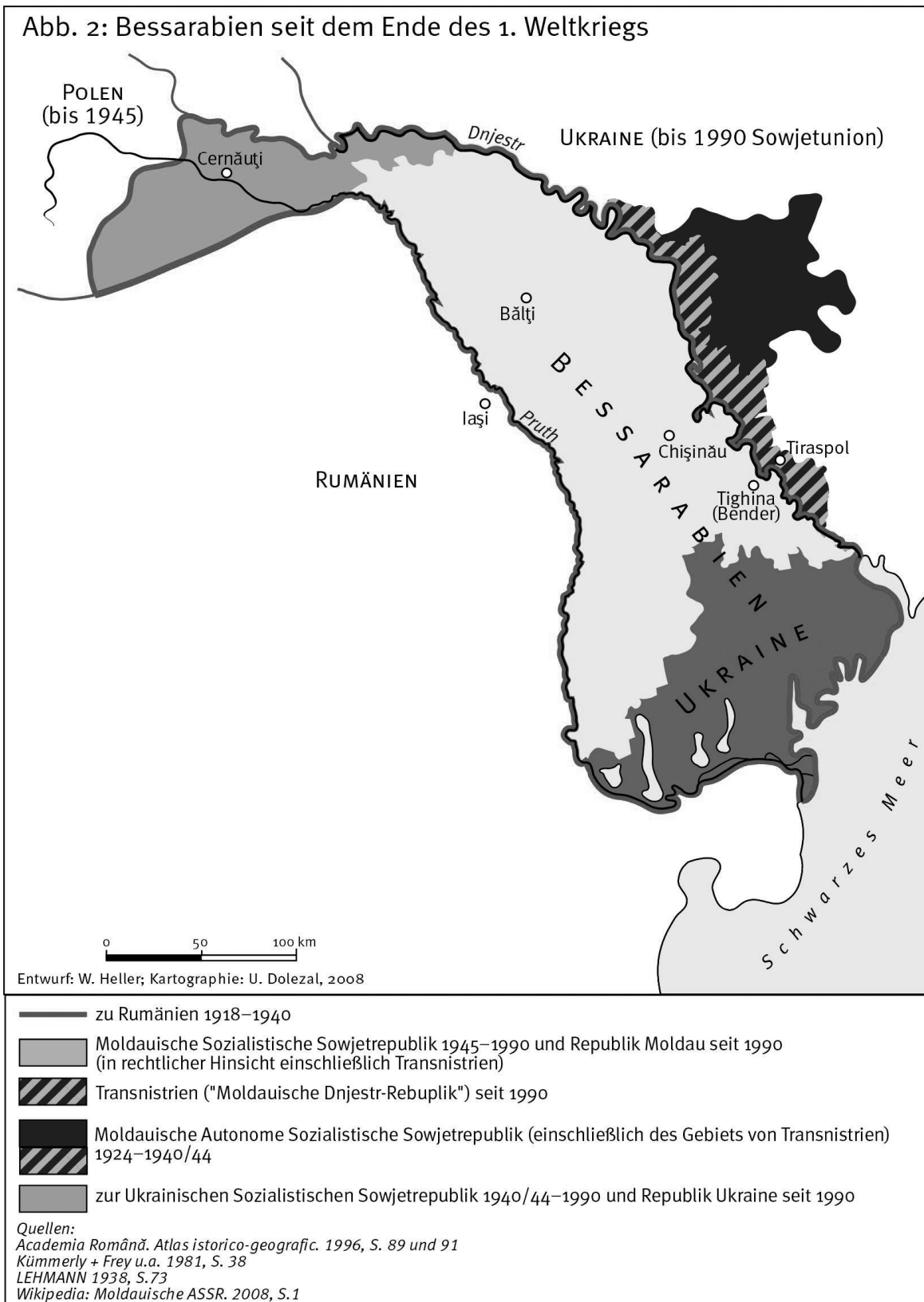


Abb. 2: Bessarabien seit dem Ende des 1. Weltkriegs



Rechtlich gesehen ist die Republik Moldau der Nachfolgestaat der Moldauischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (MASSR), gegründet von den Sowjets im Oktober 1924 im westlichen Teil der historisch-geographischen Region Transnistrien, nicht zu verwechseln

mit der seit 1990 bestehenden sog. Dnjestr-Republik, dem sog. Transnistrien, die damals zur sowjetischen Ukraine gehörte (Abb. 2). Anfangs war die Moldauische ASSR in 11 Rajons (Kreise) gegliedert und erstreckte sich auf einer Fläche von 8.288 km<sup>2</sup><sup>1</sup>. Da die UdSSR den Anschluss Bessarabiens an Rumänien nicht anerkannt hatte, legte die Verfassung der MASSR fest, dass Bessarabien Teil der Moldauischen ASSR ist, die zur sozialistischen Sowjetrepublik Ukraine der UdSSR gehört. Als am 28. Juni 1940 die russischen Truppen Bessarabien anektierten, wurde Bessarabien automatisch in die Moldauische ASSR aufgenommen. Wenige Wochen später, beschloss Moskau, die Moldauische ASSR in eine Sowjetrepublik, also in ein Subjekt der UdSSR umzuwandeln. Die Behörden von Kiew, unter deren Kontrolle auch die Moldauische ASSR war, bestanden darauf, dass mit der „Rangerhöhung“ der neuen Sowjetrepublik der UdSSR auch die Grenzen der Sowjetrepublik Ukraine überprüft werden. Die Ukraine war nicht damit einverstanden, dass die Gebiete mit einer zahlreichen ukrainischen Bevölkerung im nördlichen Teil Bessarabiens und in einigen transnistrischen Kreisen der neuen moldauischen Sowjetrepublik zugeteilt werden. Aus diesen Gründen verblieben am 2. August 1940, am Tag der Ausrufung der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik, fast 40 % der Fläche der ehemaligen Moldauischen ASSR in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik.

Die aktuelle Republik Moldau ist direkter Nachfolger der Moldauischen ASSR und ist auch Erbe ihrer offiziellen Grenzen, die 1940 von den sowjetischen Behörden, festgelegt wurden. Als Folge dieser Grenzen gibt es heute eine Reihe von Problemen, die gleich nach der Ausrufung der Unabhängigkeit der Republik Moldau entstanden. Die schwierigsten davon sind verbunden mit den ethnischen Minoritäten, die durch die Grenzänderungen entstanden. Etwa eine halbe Million Rumänen wohnt heute in der Ukraine, insbesondere in den im Sommer 1940 von Rumänien verlorenen Gebieten. Gleichzeitig wohnt eine Viertel Million Ukrainer in den transnistrischen Kreisen, in einem Territorium, das bis zu den Beschlüssen der sowjetischen Behörden der Ukraine gehörte. Zwischen Kiew, Chişinău und Tiraspol, der Hauptstadt der sog. Dnjestr-Republik, bildete sich ein sog. Geographisches Dreieck, das von Misstrauen und Verdächtigungen gekennzeichnet ist. Im Jahre 2001, nach zehn Jahren von Verhandlungen, haben die Parlamente von Kiew und Chişinău ein Grenzabkommen ratifiziert. Kiew ist es gelungen, Chişinău zu zwingen, den nach 1940 entstandenen de-facto-Zustand zu akzeptieren. Dazu trugen mehrere Faktoren bei,

---

<sup>1</sup> Moldawskaja ASSR, in Malaja Sowetskaja Enziklopedija, Moskau, 1928–1931, B. 5, S. 310.

und zwar erstens der Druck des Westens, der sehr empfindlich auf jede Art territorialer Forderungen reagiert, zweitens die komplizierte Lage in Transnistrien, die ohne Unterstützung von Kiew nicht gelöst werden kann, und drittens die Passivität der rumänischen Bevölkerung in der Ukraine, die wegen des sehr niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes der Republik Moldau von den revisionistischen Ideen einiger politischer Kreise in Chişinău nicht angezogen wurde.

Ein anderes Problem, das sich direkt auf die innere Stabilität der Republik Moldau auswirkt, ist das Problem der ethnischen, genauer gesagt, der sprachlichen Grenzen. Die Republik Moldau hat eine sehr komplizierte ethnische Geographie, was für Südosteuropa, aber auch für eine Grenzzone zwischen Makroregionen, wie sie die Republik Moldau darstellt, sehr charakteristisch ist. Charakteristika Südosteuropas, welche in der Struktur der ethnischen Grenzen der Republik Moldau erkennbar sind, sind die Phänome der Enklavenbildung und der Diskontinuität. Die ethnischen Areale sind nicht geschlossen und verändern sich nicht regelmäßig und kontinuierlich, sondern sind zerstreut, unregelmäßig verteilt und verflochten. Das beste Beispiel in diesem Zusammenhang stellt die russisch-ukrainische Bevölkerung dar. Russen und Ukrainer, die sehr schwer voneinander zu unterscheiden sind, bilden zusammen ein Viertel der Bevölkerung des Landes. In der Regel werden die Ukrainer in Bessarabien traditionsgemäß als Russen oder als ein Subethnos der Russen betrachtet. Obwohl die russisch-ukrainische Gemeinschaft etwa 1,1 Millionen Menschen zählt, existiert keine Region, in der sie die Mehrheit bildet. Große Konzentrationen fallen in der transnistrischen Region der Republik Moldau und in den Munizipien Chişinău und Bălţi auf. Kompakter sind die Siedlungsgebiete der bulgarischen und türkisch-gagausischen Minoritäten im Südwesten des Landes. Die Bulgaren bilden die Mehrheit im Kreis Taraclia. Die gagausischen Türken verfügen seit 1994 dort über eine eigene Autonomie, wo sie über 80 % der Bevölkerung darstellen<sup>2</sup>.

Auch die rumänische Mehrheit wird nicht von einfachen ethnischen Grenzen umgeben, denn sie wird auf dem Gesamtterritorium der Republik Moldau von kleinen russisch-ukrainischen Enklaven perforiert, während eine Art Halbinsel und eine Exklave rumänischer Bevölkerung entlang der ganzen moldauisch-ukrainischen Grenze zu finden sind.

Große Schwierigkeiten ethnolinguistischer Natur entstehen auch wegen der unklaren nationalen Identität der Mehrheit der Bevölkerung, die in ihrer Form einzigartig in Europa ist. Es ist sehr schwer zu schät-

---

<sup>2</sup>[http://www.statistica.md/recensamint/Nationalitati\\_de\\_baza\\_ro.xls](http://www.statistica.md/recensamint/Nationalitati_de_baza_ro.xls)

zen, welcher Teil der rumänischsprachigen Bevölkerung der Republik Moldau sich als rumänisch betrachtet und welcher Teil sich für moldauisch hält. Die Ergebnisse der Volkszählung 2004 geben darüber kaum Auskunft. Wenn man von der Zahl derjenigen ausgeht, die für solche politischen Parteien stimmen, die sich für die Wiedervereinigung Bessarabiens mit Rumänien diskret aussprachen, dann kann man schätzen, dass sich von der rumänisch sprechenden Bevölkerung etwa ein Drittel als Rumänen und etwa zwei Drittel als Moldauer betrachten. Die Grenzen, welche diese beiden unterschiedlichen Identitäten trennen, sind nicht räumlicher, sondern sozial-psychologischer Art. In der Regel begreifen sich die Intellektuellen, die Studenten und die jüngere Generation in der Regel als Rumänen. Daraus kann man schließen, dass die Zahl der „Moldauer“ weiter sinken könnte. Auch die Jugendlichen sind in der Regel diejenigen, welche die rumänische Staatsangehörigkeit beantragen. Die Gründe dafür sind aber nicht sentimentaler, sondern materieller Art. Sie erhalten nämlich mit der rumänischen Staatsangehörigkeit auch die Möglichkeit, den Reisepass eines EU-Mitgliedstaates zu besitzen, der ihnen die Einreise in die EU als Arbeitsmigranten und andere Migranten öffnet.

Eine weitere Kategorie bilden die geopolitischen und geographischen Grenzen. Es stellt sich dabei die Frage, welche Grenzen für die Republik Moldau am besten geeignet sind, die Wohlfahrt der Bevölkerung des Landes zu ermöglichen. Wegen ihrer Lage zwischen den beiden großen geopolitischen Kräften im neuzeitlichen Europa – der GUS und der EU – wurde die Republik Moldau in zwei Teile gespalten. Der Ukraine, die größer und solider als die Republik Moldau ist, blieb die Trennung erspart. Aber es sind auch hier – ebenso wie in der Ukraine und in Belarus – ähnliche räumliche Muster in der politischen Einstellung der Bevölkerung wie in der Republik Moldau zu erkennen. Die Bevölkerung in den westlichen Regionen ist pro-westlich und national und diejenige in den östlichen Regionen ist pro-russisch (genauer: prosovjetsch) orientiert.

Auch wenn es schwer fällt, für die absehbare Zukunft irgendwelche Änderungen der Außengrenzen der Republik Moldau zu prognostizieren, kann man sagen, dass die inneren Grenzen noch äußerst mobil bleiben – ein Hinweis auf politische Instabilität. Im Juni 2005 verabschiedete das Parlament der Republik Moldau die Grundsatzprinzipien für die territoriale Autonomie der östlichen Region der Republik Moldau. Zum größten Teil gleichen diese Prinzipien denjenigen, welche die Basis der gagausischen Autonomie bilden.

Übrigens sind in der letzten Zeit in politischen Kreisen der Republik Moldau immer mehr Stimmen zu hören, die sich für den Zusammen-

schluss der gagausischen Region mit dem Kreis Taraclia aussprechen, welcher überwiegend von Bulgaren bewohnt ist, und zwar zu einem autonomen Bezirk Budschak. Im Herbst 2003, als man über den „Kosak-Plan“ zur Föderalisierung der Republik Moldau diskutierte, existierte auch die Variante, dass die transnistrische Region, der noch zu bildende Bezirk Budschak und der Hauptteil der Republik Moldau als gleichberechtigte Teile eines föderativen Staates Republik Moldau auftreten. Auch wenn bis jetzt Chişinău heftigen Widerstand gegen die Föderalisierungsprojekte (die häufig von Moskau angeregt wurden) leistete, gibt es immer mehr Äußerungen, die auf die mögliche Dreiteilung des Landes hinweisen, insbesondere jetzt, am Ende des zweiten Mandats des Präsidenten Voronin. Zwar werde die Republik Moldau ein einheitlicher Staat de-jure bleiben, aber die Föderationsprojekte könnten verwirklicht werden oder der Hauptteil der Republik Moldau könnte de-facto einem Prozess der „Transnistrisierung“ unterzogen werden, indem die russische Sprache als zweite Amtssprache und die russische Militärpräsenz akzeptiert werden.

### **1.1.3 Die wichtigsten Herausforderungen für die nationale Sicherheit der Republik Moldau**

Die limitierten natürlichen Ressourcen, die zögerlich durchgeführten sozial-ökonomischen Reformen, die Lage in einem politisch unruhigen Raum sowie die Puffersituation zwischen der EU einerseits und den wirtschaftlichen, militärischen und politischen Interessen Russlands andererseits machen die Republik Moldau zu einem sehr problematischen Land. Die nationale Sicherheit dieses Landes ist bedroht von einer Reihe interner Faktoren (territorialen Konflikten, einer schwachen inneren Kohäsion der Nation, einer Kriminalisierung politischer und wirtschaftlicher Eliten, einer psychischen und geistigen Degradierung der Nation), von externen Faktoren (einer reservierten, teilweise sogar feindlichen Haltung Russlands und der Ukraine sowie einer großen Abhängigkeit des Landes von Energieimporten und auch von extra-territorialen Faktoren (durch die Nutzung des Territoriums der Republik Moldau als einer Zone des Schmuggels und des Handels mit Drogen, Waffen und Menschen).

Auf dem relativ kleinen Territorium der Republik Moldau drängen sich wenigstens drei territoriale Konflikte – die transnistrische Frage, der süd-bessarabische Konflikt und das Problem der moldauisch-ukrainischen Grenze. Diese Konflikte sind voneinander nicht zu isolieren. Vielmehr überkreuzen sie sich, sie sind miteinanderbverflochten und beeinflussen sich gegenseitig.



Der transnistrische Konflikt ist ein klassischer geopolitischer Konflikt. Es ist sicher, dass er kein interethnischer und noch weniger ein interkonfessioneller Konflikt ist. Um dies zu beweisen, greift man oft zur Statistik, die zeigt, dass die moldauischen Rumänen etwa 32 % der Bevölkerung der transnistrischen Region darstellen, während den Russen und den Ukrainern 30 % und 29 % zukommen<sup>3</sup>. Eigentlich haben diese Statistiken keinen Wert, denn ein Konflikt kann einen interethnischen Charakter tragen, unabhängig davon, wie die ethnische Struktur der Region aussieht. Bei der Bezeichnung eines Konflikts als interethnisch, interkonfessionell, politisch, usw. ist in erster Linie die Konfliktursache wichtig, erst danach kommen die Faktoren, welche den Konflikt als aktiv oder passiv erhalten. Im Falle des transnistrischen Konflikts war die Ursache von Anfang an nicht ethnisch. Denn die moldauischen Rumänen solidarisierten sich entweder mit den Aktionen des Regimes von Tiraspol oder verhielten sich bei Konfrontationen zwischen Tiraspol und Chişinău passiv, von Ausnahmen abgesehen. Einige könnten behaupten, die transnistrischen Moldauer seien vom Regime von Tiraspol gezwungen, solch ein Verhalten zu akzeptieren, dies ist aber keine Entschuldigung. In Wirklichkeit ist die rumänisch sprechende Bevölkerung aus Transnistrien größtenteils auch während des Konflikts 1992 mit Chişinău nicht solidarisch gewesen und sie unterstützt die Positionen von Chişinău auch gegenwärtig nicht. Eben dieser Aspekt zeigt, dass dieser Konflikt keine ethnischen Wurzeln hat.

Es ist offensichtlich, dass der transnistrische Konflikt auch kein politischer Konflikt ist, so wie es oft in den bessarabischen politischen Kreisen oder in den Massenmedien aus Chişinău behauptet wird. Ein politischer Konflikt setzt eine Konfrontation der politischen Ideen und Doktrinen voraus. Der transnistrische Konflikt ist vielmehr rein geopolitischer Natur. Russland spekuliert mit den Nostalgiegefühlen der transnistrischen Moldauer, welche die materielle Sicherheit der Zeit der Sowjetunion vermissen, und mit pro-slawischen Gefühlen der russisch-ukrainischen Bevölkerung der Region, um die transnistrische Pseudo-Staatlichkeit zu unterstützen. Wegen dieses passiven Konflikts hat Moskau nicht nur einen sicheren Platz für seine Interessen in der Zone zur Verfügung, sondern die Republik Moldau selbst ist zu einem Gefangenen des Kreml geworden. Es ist offensichtlich, dass, solange der transnistrische Konflikt nicht gelöst ist, die Republik Moldau eine Marionette der Russen bleiben wird. Für eine unabhängige Außenpolitik oder eine Annäherung an Rumänien oder an den Westen zu sprechen, ist in dieser Situation nicht banal. Wenn sich Chişinău so artikuliert, dann wird die Botschaft zweideutig bleiben, solange die

---

<sup>3</sup> <http://www.pridnestrovie.net/2004census.html>

transnistrische Frage ungelöst ist. Die transnistrische Frage ist der größte Feind der Republik Moldau. Solange dieser Konflikt auf der geopolitischen Karte der Region präsent bleibt, wird die Zukunft des moldauischen Staates in Frage gestellt.

Der zweite territoriale Konflikt stellt eigentlich einen Konfliktknoten dar, welcher mehrere Innen- und Außenfaktoren einbezieht. Es handelt sich um den süd-bessarabischen Konflikt, an dem sich drei interne Akteure – die Republik Moldau, die türkisch-gagausische und die bulgarische Gemeinschaft – und drei externe Akteure – Bulgarien, die Ukraine und die Türkei – beteiligen. Der süd-bessarabische Konflikt hat seinen historischen Ursprung im Anfang des 19. Jahrhunderts, als die russischen kaiserlichen Behörden entschieden, den Süden Bessarabiens mit gagausischen Türken und Bulgaren zu besiedeln. Geographisch geht dieser Konflikt aus der im Sommer 1940 markierten Grenzlinie hervor, politisch aus der Emanzipationsbewegung der bessarabischen Rumänen und der Ausrufung der Unabhängigkeit der Republik Moldau. Der süd-bessarabische Konfliktknoten ist komplex und beinhaltet viele Gefahren. Auch wenn das gagausische Problem sowie das Problem der bulgarischen Minderheit offensichtlich beigelegt wurden, gibt es keine Grundlage für zu viel Optimismus über die Nachhaltigkeit der Stabilität im Süden Bessarabiens. Die Gagausen und die Bulgaren sind die einzigen ethnischen Minderheiten in der Republik Moldau, die mehr oder weniger kompakt wohnen. Aus geopolitischer Perspektive ist die Präsenz einer ethnischen Minderheit schon ein unerwünschtes Faktum für einen Nationalstaat. Die Präsenz einer ethnischen Minderheit, die geschlossen in einem peripher gelegenen Territorium des Landes wohnt und einen externen Schutzstaat (Patronagestaat) hat, kann noch gefährlicher sein. Im Süden Bessarabiens sind alle diese Kriterien gegeben.

Und schließlich der dritte Konflikt, der moldauisch-ukrainische: Es ist ein Konflikt, der sich teilweise mit dem transnistrischen und dem süd-bessarabischen überschneidet. Die offiziellen Behörden von Chişinău bevorzugen, die Existenz eines solchen Konflikts nicht anzuerkennen, auch wenn seine Präsenz manchmal schwer zu bestreiten ist. Der moldauisch-ukrainische Konflikt hat seine Wurzeln in den Grenzänderungen 1940, als ein Territorium von 20.900 km<sup>2</sup> der Autonomen Sozialistischen Republik Moldau (ASSR) (der Norden und der Süden Bessarabiens sowie die Region Balta in Transnistrien) der Ukraine zugeweiht wurde. Zur Zeit der Volkszählung von 1989 wohnten auf diesem Territorium noch über 200.000 Rumänen. Diese Tatsache hatte Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Chişinău und Kiew. Um das Chişinăuer Interesse vom Problem der moldauisch-ukrainischen Grenze von den im Jahre 1940 „verlorenen“ Territorien abzulenken, unter-

stützte Kiew stillschweigend die Sezessionsbewegung in Transnistrien 1991–1992.

Ein anderes Problem, mit dem sich die Republik Moldau zur Zeit konfrontiert sieht, stellen die „unionistischen“ Optionen dar – sei es die Bewegung, welche für die Vereinigung mit Rumänien plädiert, oder die Bewegung, die für die Wiederherstellung der im Dezember 1991 verlorenen eurasiatischen Union, d. h. der Sowjetunion, kämpft. Obwohl die Idee des Wiederanschlusses der Republik Moldau an Rumänien sich anbietet, wird sie oft von vielen der Regierungspartei nahe stehenden Personen aus Chişinău, aber auch von einigen Beobachtern aus dem Westen, als Bedrohung der regionalen Stabilität betrachtet. Gewöhnlich werden von ihnen drei Argumente vorgebracht: 1. Diese Idee sei bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht populär, was im Falle der Wiedervereinigung mit Rumänien zu einem internen Konflikt im erweiterten Rumänien führen könnte. 2. Die Idee des Wiederanschlusses Bessarabiens an Rumänien werde von den Minderheiten im Südwesten und im Osten der Republik Moldau abgelehnt. Dadurch würden bei einem potentiellen Konflikt Russland, die Ukraine, die Türkei und Bulgarien einbezogen werden. 3. Die EU und die USA betrachten mit viel Sorge jeden Versuch, Grenzen in Südosteuropa zu ändern. Diese drei Argumente haben jedoch so lange keinen Wert, als Rumänien nicht das geringste Interesse für den Anschluss der Republik Moldau zu haben scheint. Unter diesen Umständen sind die Debatten über die Gefahr eines „rumänischen Revisionismus“ reine Spekulationen. Um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Problemen abzulenken, spricht die derzeitige Regierung in Chişinău über die „rumänische Gefahr“.

Eigentlich ist das große Problem der Republik Moldau die eurasiatische und nicht die rumänische Gefahr. Besorgniserregend ist die Tatsache, dass die politischen Kräfte, die sich für die Rückkehr zu einem föderativen Staat aussprechen, ziemlich gut bei den Moldauern ankommen. Die „eurasiatische“ Option stellt ein Schlüsselement des politischen Programms der Partei der Kommunisten der Republik Moldau dar.

Bei genauer Betrachtung der „geopolitischen“ Optionen der politischen Kräfte von Chişinău stellt man eine außergewöhnliche Situation fest: Denn die Mehrheit der politischen Parteien (einschließlich die Mehrheit der Bevölkerung) spricht sich direkt oder indirekt für die Auflösung des moldauischen Staates aus, und zwar entweder durch den Anschluss der Republik Moldau an Rumänien oder durch ihren Beitritt zu einer eurasiatischen Föderation. Letztendlich ist die Unabhängigkeit der Re-

publik Moldau nicht anderes als ein Kompromiss zwischen diesen antagonistischen Tendenzen.

Zu den großen Herausforderungen für die nationale Sicherheit der Republik Moldau zählt, wie bereits erwähnt, die Energie-Abhängigkeit des Landes vom Import von Gas, Öl und Kohle aus Russland und der Ukraine. In den Zeiten der Kommunikation und hoher Mobilität ist die Energie-Unabhängigkeit eine der Grundbedingungen für die Sicherung der in der Geopolitik genannten „realen“ Souveränität von Staaten. Leider ist die Republik Moldau weit entfernt davon, diesen Herausforderungen entsprechen zu können. Vielleicht ist sie das verletzlichste Land in ganz Südosteuropa, was die Energieversorgung betrifft. Die Lage im Energie-Bereich verschlechterte sich besonders nach 1991, als die Republik Moldau unabhängig geworden ist und der Mangel an Energie-Ressourcen in der Republik Moldau sowie die transnistrische Frage zu effizienten Kontrollmitteln seitens Moskaus geworden sind. Seit dem militärischen Konflikt 1992 ist die Republik Moldau ständig mit der Drohung, die Energiezufuhr zu drosseln, von Moskau, von den separatistischen Transnistriern oder von den beiden Seiten zusammen erpresst worden.

Trotz dieser Situation beeilte sich die neo-kommunistische Regierung von Chişinău, die im Frühjahr 1994 an die Macht kam, nicht, einen Lösungsweg aus der entstandenen Situation zu finden. Darüber hinaus wurden sogar die moderaten Versuche der vorherigen Regierungen, die Energie-Importe aus Rumänien zu vergrößern und somit die Importquellen zu diversifizieren, zunichte gemacht. In derselben Zeit wurden auch die Vorschläge von Bukarest, gemeinsam mit der moldauischen Seite den Bau des Kernkraftwerkes Cernavodă (in Rumänien) zu beenden, entschlossen abgelehnt. Dieser Vorschlag hätte natürlich eine große Anstrengung für den moldauischen Haushalt dargestellt. Der Preis dieser Anstrengung hätte aber gerechtfertigt werden können. Die Republik Moldau wandte sich 1994–1996 nach Osten, sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Sinne. Russland und die Ukraine lieferten Energie zu einem ziemlich hohen Preis, ohne jedoch von Chişinău die sofortige Bezahlung dafür zu fordern. Die neo-kommunistische Regierung machte dabei ein gutes Bild für die moldauische Bevölkerung, die sich aber nicht bewusst war, dass die gesammelten Schulden schwer die Wirtschaft des Landes bedrücken und die nationale Souveränität reduzieren werden. Dementsprechend übernahmen die Regierungen, die im Frühjahr 1998 an die Macht kamen, eine Außenschuld, die so hoch wie das jährliche Bruttoinlandsprodukt des Landes war und die damit den Staatshaushalt deutlich überschritt. Ein großer Teil der Außenschuld, die mehr als 1 Milliarde Euro betrug, war der Energie-Einfuhr aus dem Osten zu verdanken

(Datoria externă a Republicii Moldova: 1,3 miliarde de dolari, Ziarul de Iași, 7 august 1999).

Im Moment ist die wirtschaftliche Lage der Republik Moldau dramatisch. Infolge der notwendigen Energieimporte ist die Republik Moldau von Russland quasi abhängig. Die Kosten für Brennstoff stellen fast die Hälfte aller Importkosten der Republik Moldau dar, Tendenz steigend. Auch nach 18 Jahren offizieller Unabhängigkeit bleibt die wirtschaftliche Unabhängigkeit (genauer gesagt, die reale Unabhängigkeit) eine platonische Bestrebung der Republik Moldau. Der Grundstein für eine wirtschaftliche Unabhängigkeit wäre die Sicherung der Energie-Unabhängigkeit, die neben der Lösung der transnistrischen Frage die entscheidende Aufgabe für die Gewährleistung der weiteren Existenz des Staates ist.

#### **1.1.4 Die Stellung der transnistrischen Frage in der geopolitischen Charakteristik der Republik Moldau**

Der transnistrische Konflikt stellt zweifellos die größte Gefahr für die moldauische Staatlichkeit dar und ist das höchste Hindernis auf dem Wege zur sozial-politischen Stabilisierung der Republik Moldau. In den letzten 18 Jahren wurde die Existenz der Republik Moldau als unabhängiger Staat ständig von der Lage im Osten des Landes bedroht. Die transnistrische Frage bestimmte leider mehrere politische Entscheidungen, wie den GUS-Beitritt, die Verleihung des Status´ einer offiziellen Sprache an die russische Sprache, die Förderung eines Moldovenismus und die Idee der andauernden Neutralität. Den größten Schaden für das Bild der Republik Moldau im Ausland erzeugte aber wahrscheinlich der transnistrische Konflikt.

Leider ist insbesondere im westlichen Ausland über die Republik Moldau nur wenig bekannt und dieses auch nur verzerrt, nämlich: dass hier bei den Wahlen die Kommunisten siegen, dass die Bevölkerung vom Menschenhandel lebt und sich mit einem Konflikt im östlichen Teil des Landes beschäftigt. Die Tatsache, dass die Republik Moldau ihre Ostgrenze nicht kontrolliert, stellt eines der Grundargumente der EU gegen die Aufhebung der Visumpflicht für Moldauer und die Liberalisierung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau dar.

Transnistrien – eher ein aktuell-räumlicher als ein historisch-geographischer Name – bezeichnet das Territorium zwischen dem Unterlauf des Dnjestr und dem südlichen Bug. Es liegt im Überschneidungsbereich von zwei historischen Regionen, und zwar des Fernen Westens

von Russland und des Fernen Südens von Podolien. Der größte Teil Transnistriens gehört heute zur Ukraine (Bezirke der Region Odessa auf dem linken Ufer des Dnjestr, ein Teil der Region Nikolaew links des südlichen Bugs sowie ein kleiner Teil der Region Kirowograd westlich des südlichen Bugs). Nur 3.700 km<sup>2</sup> befinden sich auf dem Territorium der Republik Moldau (die „Territoriale Einheit auf dem linken Ufer des Dnjestr“ und teilweise der Bezirk Dubasari) was ein Achtel der Gesamtfläche Transnistriens ausmacht. Die Moldauer stellen etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Transnistriens dar, im transnistrischen Teil der Republik Moldau sogar etwa ein Drittel der Bevölkerung<sup>4</sup>. Es gibt eine große moldauische Minderheit auch im ukrainischen Transnistrien, besonders in den Kreisen Balta, Kotowsk (Bârzula) und Ananjiw (Anani), die bis August 1940 Teil der Moldauischen ASSR waren. Ab 1792, als Russland das westliche Neurusland annektierte, nahmen Anteil und Zahl der moldauischen Bevölkerung kontinuierlich ab, zum einen durch russische und ukrainische Einwanderung, zum anderen durch massive Slawisierung der Moldauer, d. h. der ethnischen Rumänen Transnistriens. Dieser Prozess beschleunigte sich in der Zeit der Sowjetunion. Gemäß den Angaben der allgemeinen Volkszählung der Bevölkerung der UdSSR von 1926 betrug die Bevölkerungszahl der Moldauischen ASSR 572.100 Personen, darunter 277.500 Ukrainer (48,5 %), 172.400 Moldauer (Rumänen) (30,1 %), 48.900 Russen (8,5 %), 48.600 Juden (8,5 %), 10.700 Deutsche (1,9 %), 14.000 andere (Bulgaren, Polen, Zigeuner) (2,5 %)<sup>5</sup>. Wenn wir die heutige ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung der östlichen Rayons der Republik Moldau und der Kreise Balta, Kodyma, Kotowsk, Krasni Okny und Ananjiw der ukrainischen Region Odessa betrachten, Territorien, die vor 80 Jahren zu der Moldauischen ASSR gehörten, stellen wir fest, dass die Zahl der ethnischen Rumänen (Moldauer) zwei Mal kleiner ist, die Juden und Deutschen praktisch verschwunden sind und der Anteil der Russen sich verdreifacht hat.

Es ist aber auch festzuhalten, dass die Moldauer keine ständige Präsenz in diesen Gebieten hatten. Die Kolonisierung der Territorien auf dem linken Ufer des Dnjestr begann vor allem im 16. Jahrhundert. Zu Einwanderungen war es aber schon davor gekommen. Trotz der Tatsache, dass Russen und Ukrainer eine massive Präsenz in dieser Region nach 1792 hatten, könnte man behaupten, dass eher Moldauer als Ukrainer ein historisches Siedlungsrecht hier haben. Auch wenn Transnistrien zum politischen moldauischen Territorium erst nach 1924 geworden ist, ist es zweifellos Teil des rumänischen ethnokulturellen

---

<sup>4</sup> <http://www.olvia.idknet.com/ol37-09-05.htm>

<sup>5</sup> Moldova. Materialurile statistice. Balta, 1928, S. 221.

Raumes für mehrere Jahrhunderte lang gewesen. Die transnistrischen Moldauer waren die Einheimischen, die nach 1792 das Besatzungsregime und die nationale Unterdrückung des Russischen Reiches zu ertragen hatten.

Die drohende Gefahr eines Konflikts auf dem transnistrischen Teil der Republik Moldau ist schon im Sommer 1998 mit der Wiederbelebung der nationalen Bewegung in Bessarabien evident geworden. Nach den ersten Siegen der nationalen demokratischen Kräfte in Chişinău 1989 ist die Teilung der Republik Moldau entlang des Dnjestr offensichtlich geworden. Ein Jahr später verlor der transnistrische Konflikt seinen politisch-kulturellen Charakter, den er am Anfang trug, zugunsten eines rein geopolitischen. Dieser Charakter bestätigte sich noch mehr nach der Ausrufung der Unabhängigkeit der Republik Moldau 1991. Wenn man über den geopolitischen und geo-strategischen Wert des Konflikts spricht, wird ihm oft von einigen politischen Kommentatoren aus Chişinău eine übertriebene Dimension zugeschrieben, wenn z. B. erklärt wird, dass Transnistrien „ein russisches Messer im Rücken der Ukraine“ sei, oder wenn behauptet wird, Transnistrien sei „das Tor“ Russlands zum Balkan. Nicht zu vergessen ist aber, dass die alte und metaphorische Bezeichnung Bessarabiens als „Tor zum Balkan“ für Russland in seiner geographischen Konfiguration bis zum ersten Weltkrieg gültig gewesen ist. Ein Vergleich der Karten Russlands und Bessarabiens von 1812 mit denjenigen von 2007 ergibt allerdings, dass sich Einiges geändert hat. Heutzutage hat Russland Zugang zum Balkan entweder über das Meer oder durch die Ukraine, denn der Süden Bessarabiens mit den Donaumündungen gehört nicht zur Republik Moldau.

Das Bild „Transnistrien – ein russisches Messer im Rücken der Ukraine“ ist noch weniger zutreffend. Transnistrien könnte für Russland einen geopolitischen Wert bei den Auseinandersetzungen mit der Ukraine nur in dem Falle haben, dass die Republik Moldau und Rumänien auf der Seite Russlands wären. Wie könnten sonst Russen Zugang zu Transnistrien haben, zu einer Exklave, die zwischen der Ukraine und der Republik Moldau in Form eines nur 20 km breiten Streifens liegt? Transnistrien ist nicht mit der Region Königsberg zu vergleichen, die, obwohl sie weit entfernt von Russland ist, einen breiten Zugang zum Meer hat. Geo-strategisch betrachtet haben die Exklaven einen Wert nur dann, wenn die Verbindungen mit diesen Territorien auch im Falle einer Militärkrise aufrecht erhalten werden können.

Transnistrien hat für Russland zweifellos einen großen geopolitischen Wert, der aber nicht in der Kontrolle des Balkans oder in der Bedrohung der Ukraine besteht, sondern in der Kontrolle der Republik Mol-

dau selbst. Paradoxe Weise hat die Republik Moldau ihr Bestehen zum größten Teil dem transnistrischen Problem zu verdanken, zum einen, weil die moderne moldauische Staatlichkeit ihren Ursprung im Transnistrien des Jahres 1924 hat, zum anderen, weil ohne die Existenz des transnistrischen Konflikts die Unabhängigkeit der Republik Moldau nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion durch den Wiederschluss Bessarabiens an Rumänien ein Ende genommen hätte, wenn man die Einstellung der Chişinău politischen Elite im Dezember 1991 berücksichtigt.

Obwohl Transnistrien ein dominanter geopolitischer Faktor für die Zukunft der Republik Moldau ist, hat es auch nach 16 Jahren Unabhängigkeit die Regierung in Chişinău nicht geschafft, einen Aktionsplan zur Lösung dieser Frage zu erarbeiten. Allgemein heißt es, der Schlüssel zur Lösung dieses Konflikts liege in Moskau. Manche vertreten die Meinung, Chişinău sei gleichermaßen beteiligt. Manche hoffen auch, dass die Ukraine zur Konfliktlösung beitragen würde. Es ist jedoch die Zeit gekommen, die Akzente und die Methoden des Herangehens an diesen Konflikt zu ändern, weil bisher die Behörden von Tiraspol (der sog. Dnjestr-Republik) in keiner Weise zu erkennen geben, über das Problem sprechen zu wollen und mit Chişinău sowie mit westlichen Ländern nach Lösungen dieses Problems zu suchen.

Leider wurden die Hoffnungen, welche seitens der Republik Moldau in die Ukraine, besonders nach dem Sieg der pro-westlichen Kräfte bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2004, gesetzt wurden, nicht erfüllt. Es scheint, dass Kiew und Chişinău verschiedene Ziele verfolgen.

Selbstverständlich könnte die Regierung der Republik Moldau weiter nachgeben, eine für Chişinău in der Zeitspanne 1992–2003 charakteristische Handlungsweise. Es sollten aber von Chişinău eigene Initiativen ergriffen werden. Da die Behörden von Tiraspol Zoll- und Grenzposten entlang der Demarkationslinie zwischen der von ihnen kontrollierten Zone, d. h. der sog. Dnjestrrepublik, und dem Teil der Republik Moldau, der westlich des Dnjestr liegt, eingerichtet haben, wäre zu fragen, ob nicht die Behörden von Chişinău ebenfalls Zoll- und Grenzposten entlang des transnistrischen Abschnitts der moldauisch-ukrainischen Grenze aufstellen sollten.

Die Europäische Union fordert von der Republik Moldau, den Schmuggel zu bekämpfen und die Grenzen zu kontrollieren. Eine Lösung in dieser Situation wäre die Festlegung einer de-facto-Grenze, um die sog. Dnjestr-Republik vom übrigen Territorium der Republik Moldau zu isolieren, ohne aber eine Unabhängigkeit dieses separatistischen Teils der Republik Moldau anzuerkennen. Damit soll aber dieser Teil der



Republik nicht blockiert werden. Der Dnjestr-Übergang sollte weiterhin ermöglicht werden, jedoch nicht unkontrolliert bleiben. Gleichzeitig sollte die Regierung von Chişinău mehr Bedeutung der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land beimessen. Denn ein Weg zur Lösung der transnistrischen Frage besteht in der Verbesserung der Situation auf dem rechten Ufer des Dnjestr. Das transnistrische Regime existiert im Grunde genommen nur so lange, wie die Republik Moldau Misserfolge auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene aufweist. Wenn die Republik Moldau ein attraktives und stabiles Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft wäre, wenn der moldauische Reisepass kein Dokument wäre, das einem eher Probleme beim Grenzübergang bereitet, sondern ein Dokument, das den freien Personenverkehr ermöglicht, dann würden die Chancen des separatistischen Regimes, an der Macht zu bleiben, bedeutend geringer werden. Bisher hat Chişinău den 600 000 Bürgern der transnistrischen Region nur Folgendes angeboten: patriotische Botschaften sowie Bekundungen, dass Chişinău nicht den Anschluss an Rumänien anstrebt, dass im Westteil der Republik Moldau Russen nicht verfolgt werden und dass die Republik Moldau nicht in die NATO will, sondern weiterhin zur GUS gehört. Diese Botschaften und Bekundungen wurden in Transnistrien aber nicht geglaubt.

Vergeblich sind die Versuche, die Behörden der Republik Moldau und die Bürger Transnistriens zu überzeugen, sich die Wiedervereinigung des Landes zu wünschen, so lange ein großer Teil der Bevölkerung des westlichen Teils der Republik Moldau auswandern möchte. Hunderttausende Moldauer sind bereits im Ausland, zumeist als Arbeitsmigranten. Meinungsumfragen zeigen einen besorgniserregenden Vertrauensmangel der moldauischen Bevölkerung in die Zukunft ihres Landes. Das transnistrische Problem wird dann gelöst, wenn das ökonomische Problem der Republik Moldau gelöst sein wird.

Die Bemühungen der Regierung von Chişinău sollten sich auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im westlichen Teil der Republik Moldau konzentrieren. Diese Region sollte attraktiv für die Bevölkerung östlich des Dnjestr werden. So könnte eine Voraussetzung und ein Anreiz für die Wiedervereinigung des Landes geschaffen werden. Diese wäre eine Grundbedingung für die Integration der Republik Moldau in die Europäische Union.

Als anderer Weg, den Transnistrien-Konflikt zu lösen, wird von einigen Politikern in Chişinău der Dialog mit Russland vorgeschlagen. Dadurch sollte Moskau gewonnen werden, die Einrichtung Transnistriens als eine autonome territoriale Einheit im Rahmen der Republik Moldau zu unterstützen. Der Rechtsstatus dieser territorialen Einheit sollte denje-

nigen des Gagausen-Gebiets in der Republik Moldau gleichen. Chişinău sollte dafür Russland das Recht einräumen, Militärbasen in den transnistrischen Rayons zu halten. In diesem Zusammenhang sollte Moskau der Republik Moldau alle finanziellen Schulden erlassen. Es ist aber fraglich, ob die Republik Moldau auf diesem Weg zur europäischen Integration finden kann.

### **1.1.5 Die Stellung des süd-bessarabischen Konflikts in der geographischen Charakteristik der Republik Moldau**

Der im Jahre 2000 unterzeichnete moldauisch-ukrainische Grenzvertrag und die Verwaltungsreform 1999 haben erneut die Aufmerksamkeit auf die Konflikte im Süden Bessarabiens gerichtet. Neben der transnistrischen Frage bergen diese Konflikte ein enormes Potenzial zur Destabilisierung der Lage, dessen Dimension noch zu wenig analysiert wurde. Auch wenn die Regelung des gagausischen Problems 1994 die Situation zu entspannen schien, bleiben an der südlichen Grenze der Republik Moldau noch zwei potentielle Konfliktherde: 1. die Präsenz der bulgarischen Minderheit und 2. die Konflikte an der moldauisch-ukrainischen Grenze. Eben dieses zweite Problem erzeugte das südbessarabische Konfliktpotenzial. Der lange Verhandlungsprozess über die moldauisch-ukrainische Grenze ist fast unmerkelt an der Öffentlichkeit und den Massenmedien der Republik Moldau vorbeigegangen, was von einer Tendenz zur politischen Gleichgültigkeit der Bevölkerung zeugt. Selbst die politische Klasse von Chişinău wurde auf das Problem im Süden Bessarabiens erst nach den jüngsten Zwischenfällen an der Grenze im Dorf Palanca und nach dem von der bulgarischen Minderheit 1999 verursachten Problem aufmerksam. Im Jahre 1992 schafften 80.000 Bulgaren in der Republik Moldau das, was Chişinău und Bukarest in der Ukraine für 500.000 Rumänen nicht geschafft haben, nämlich eine territoriale Autonomie in der Praxis, ohne dass sie offiziell erklärt wurde.

Südbessarabien ist für die Republik Moldau aus geopolitischen Perspektiven wichtig, weil sich in Südbessarabien nicht nur die Interessen der Länder der Regionen, sondern auch externer Mittel- und Großmächte treffen. Bevor auf das Konfliktpotenzial, das dort besteht, genauer eingegangen wird, soll im Folgenden ein Überblick über die Geschichte Südbessarabiens gegeben werden.

Der Süden Bessarabiens, anders genannt Budschak, ist nie eine sehr stabile Region gewesen. Die Wojewodschaft Moldau hat dieses Gebiet immer nur schwach kontrolliert. Obwohl dieses Territorium Teil des Fürstentums Moldaus bereits im letzten Jahrzehnt des 14. Jahrhun-

derts geworden ist, dauerte die moldauische Herrschaft insgesamt weniger als ein Jahrhundert. Das Territorium des Budschak wurde Ende des 15. Jahrhunderts von den Osmanen annektiert. Ein rumänisches Territorium ist es erst 1856 geworden, nach dem Pariser Frieden, und auch nur teilweise. 1812 annektierte das Russische Reich diese Gebiete und entriss es dem Osmanischen Reich und nicht dem Fürstentum Moldau, wie es mit dem Zentrum und Norden des späteren Bessarabiens geschah. Nach dem Annektieren des Südens Bessarabiens durch Russland begann Petersburg eine Politik zur Nutzung und Kolonisierung der Region, genau so, wie es mit den neuen westlichen Territorien Russlands geschah. Die Mehrheit der Kolonisten waren deutscher, türkisch-gagausischer, bulgarischer und ukrainischer Herkunft. Zur Zeit der Annektierung der Region durch die Russen lebten hier Rumänen, aber auch Lipowaner-Russen, Tataren, Griechen und Armenier (die beiden letzten Ethnien lebten überwiegend in den Städten). Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das Budschak zu einem balkanischen Dagestan. Hier lebten fünf größere Volksgruppen, und zwar Rumänen, Ukrainer, Deutsche, Russen, Bulgaren und gagausische Türken, und vier kleinere Gruppen, nämlich Tataren, Juden, Armenier und Zigeuner. Im Vergleich zu anderen Gebieten Bessarabiens war in den südbessarabischen Bereichen Ismajil und Akkerman die rumänische Ethnie nur schwach vertreten.

Am 2. August 1940 erhielt die Ukraine ein Territorium von 12.400 km<sup>2</sup> im Süden Bessarabiens, das später zur Region Ismajil wurde. Die Begründung dieser Entscheidung lag in der ethnischen Zusammensetzung der Region. Allerdings war damals die ukrainische Bevölkerung dort nicht zahlreicher als die russische. Eine relative ukrainische Mehrheit wurde erst nach der „Umsiedlung“ von 100.000 Bessarabiendeutschen erreicht, die überwiegend auf den Gebieten der heutigen Kreise Tarutino, Sarata und Arzis lebten, weil die verlassenen Ortschaften mit Ukrainern und Russen besiedelt wurden. Was die anderen zwei großen ethnischen Minderheiten in der Zone betrifft – die Bulgaren und die gagausischen Türken – so wurden sie folgendermaßen verteilt: Die Mehrheit der gagausischen Türken blieb in der Moldauischen SSR, während die Mehrheit der Bulgaren zur Ukrainischen SSR kam. Nach den Daten der Volkszählung 1989 lebten etwa 150.000 gagausische Türken in der Republik Moldau und etwa 40.000 in der Ukrainischen Region Odessa<sup>6</sup>. Die Zahl der Bulgaren betrug 240.000 im Gebiet Ismajil der Region Odessa und 80.000 im Süd-Westen der Republik Moldau.

---

<sup>6</sup> <http://www.ato-gagauzia.narod.ru/istoria.htm>

Mit dem Untergang der Sowjetunion und dem Beginn des Prozesses der nationalen Wiederbelebung in der Republik Moldau kam die bessarabische Frage erneut auf die Tagesordnung der Politik. Selbstverständlich konnte Rumänien diese Gebiete aufgrund von Entscheidungen des Pariser Friedensvertrags vom Februar 1947 nicht für sich beanspruchen. Diejenigen, die die bessarabische Frage erneut angeschnitten haben, waren die Vertreter der nationalen Idee in Bessarabien, die 1988–1989 nicht nur das Rumänische als offizielle Landessprache, die lateinische Schrift und eine moldauische nationale Identität, sondern auch „Volkseinheit“ verlangten. Auch wenn seit den damaligen Ereignissen nur relativ wenige Jahre vergangen sind, ist weitgehend in Vergessenheit geraten, dass die Idee der „Volkseinheit“ einen früheren Ursprung hatte, der auf das Jahr 1940 zurückgeht. 1988 nannten sich viele Bessarabier zwar nur zurückhaltend Rumänen, aber sie hielten die Verkleinerung der Moldauischen Sowjetrepublik durch die Zuordnung von Gebieten im Norden und Süden Bessarabiens zur Ukraine im August 1940 für einen Willkürakt.

Die ukrainische Regierung hat eine andere Sicht dieser Geschichte. Deswegen unterstützte und unterstützt auch heute Kiew die separatistischen Bewegungen sowohl im Osten, als auch im Süden der Republik Moldau.

Es ist sehr fraglich, ob durch die Gründung der autonomen territorialen Einheit Gagausien, die Erklärung des Kreises Taraclia als autonomes Gebiet für die bulgarische Minderheit und durch die Unterzeichnung eines Grenzvertrages mit der Ukraine, in dem diese autonomen Regionen berücksichtigt werden, der Konfliktknoten im Süden Bessarabiens gelöst werden kann. Denn die Abspaltung dieser Autonomiegebiete von der Republik Moldau ist möglich.

Eine Lösung des Problems könnte darin bestehen, den Kreis Taraclia und die gagausische Autonomie in einem einzigen autonomen Kreis, d. h. im Kreis Budschak, zusammenzuschließen, der drei offizielle Regionalsprachen hätte: Türkisch, Bulgarisch und Rumänisch.

Dadurch würde ein autonomer Kreis gegründet werden, der sich auf historisch-geographische Kriterien (Budschak) bezieht und nicht auf ethnische, wie im Falle der jetzigen territorialen Einheit Gagausien. Der neue autonome Kreis würde eine Fläche von 2.666 km<sup>2</sup> und eine Bevölkerungszahl von 200.000 Personen umfassen. Nach den Angaben der Volkszählung vom Jahre 2004 würden die Gagausen 61,8 % (131.400 Personen) der Gesamtbevölkerung dieses Kreises stellen. Auf die Bulgaren würden 18,2 % (36.300 Personen) und auf die moldauischen Rumänen würden 6,3 % (13.500 Personen) entfallen. Außerdem würden in diesem Kreis noch Russen, Ukrainer, Zigeuner,

u. a. leben<sup>7</sup> Für ein solches Verfahren gäbe es historische Vorbilder. Beispielsweise wendete die Sowjetunion dieses Verfahren 1920 und 1930 im Nord-Kaukasus an, indem sie die autonomen Gebiete der Tscherkessen und Karatschaier, der Kabardiner und Balkaren sowie der Tschetschenen und Inguschen vereinigt hat. Auch das demokratische Italien schloss das überwiegend deutschsprachige Südtirol und die mehrheitlich italienisch bewohnte Provinz Trentino in einer einzigen Region zusammen, um das Gewicht des deutschen Elements im Rahmen des neu gegründeten autonomen Gebiets Trentino und Südtirol zu verringern. Die Vorteile eines neu zu gründenden autonomen Kreises Budschak lägen darin, dass erstens dieses Gebiet den Namen einer historischen Provinz und nicht einer ethnischen Gruppe tragen würde, was dazu beitragen könnte, ethnische Konflikte zu vermeiden, und dass zweitens die großen ethnischen Gruppen dieses Gebiets auf Ausgleich bedacht sein müssten, um friedlich miteinander leben und zum Nutzen aller ihre Siedlungsgebiete weiterentwickeln zu können.

### **1.1.6 Schlussfolgerung**

Die geopolitische Lage der Republik Moldau ist nach wie vor sehr kompliziert. Seit 2001, d. h. seitdem die Regierung in Chişinău von Kommunisten gestellt wird, haben sich die Möglichkeiten einer Annäherung des Landes an die Europäische Union verschlechtert. Rumänien ist allerdings inzwischen Mitglied der Nord-Atlantischen Allianz und seit dem 1. Januar 2007 auch der Europäischen Union geworden, was die geopolitische Situation Südosteuropas deutlich verändert hat.

Die Erfolge Rumäniens machen Hoffnungen, dass sich auch die Lage Bessarabiens zum Guten ändern könnte. Im Moment ist aber die Situation in der Republik Moldau schlecht. Offensichtlicher als je ist der Mangel an Fortschritten im Lösungsprozess des Konflikts in Transnistrien, d. h. in der östlichen Region des Landes. Massive Belastungen für das Land sind die erneuten Spannungen im Süden des Landes, die Abkühlung der Beziehungen zu den östlichen und westlichen Nachbarn sowie die andauernde Stagnation der Wirtschaft.

Diese Entwicklungen stellen die Zukunft der Republik Moldau als souveräne und unabhängige Einheit in Frage. Hunderttausende Menschen haben in den letzten sieben Jahren auf der Suche nach einem Arbeitsplatz das Land verlassen. Andere Hunderttausende von Personen nutzten die Möglichkeit aus, Reisepässe anderer Länder – Rumäniens, Russlands und der Ukraine – zu erhalten. Tausende Jugendli-

---

<sup>7</sup> [http://www.statistica.md/recensamint/Nationalitati\\_de\\_baza\\_ro.xls](http://www.statistica.md/recensamint/Nationalitati_de_baza_ro.xls)

cher, die im Rahmen verschiedener internationaler Programme ins Ausland gereist sind, kehren nicht mehr zurück. Viele der besten Fachleute auf dem Gebiet der Angewandten und Geisteswissenschaften, aber auch Künstler sind bereits im Ausland oder beabsichtigen, dies zu tun. Der Lebensstandard nimmt ab, die Lebenserwartung sinkt und die Arbeitslosigkeit wächst. Unter diesen Bedingungen ist die Frage zu stellen: In welche Richtung geht die Republik Moldau? Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung würde diese Frage negativ beantworten, was einen psychologischen Zustand der Niederlage und des Scheiterns offenbart. Bukarest brachte seine Bereitschaft zum Ausdruck, die Republik Moldau bei der Annäherung an Europa uneingeschränkt zu unterstützen. Leider ergaben sich daraus noch keine positiven Konsequenzen, auch nicht in der Einstellung der Regierung der Republik Moldau. Dies alles gibt Anlass zu vermuten, dass sich die Dinge in absehbarer Zukunft nicht in eine gute Richtung entwickeln werden, dass die Republik Moldau riskiert, weiterhin eine Pufferzone zwischen dem west-europäischen Raum, der in vollem politischen und wirtschaftlichen Integrationsprozess ist, und der eurasiatischen Zone im Osten zu bleiben, bestimmt vom unvorhersehbaren Verhalten einer frustrierten Nation, die mit ihrer geopolitischen Lage nicht zurechtkommen kann.

### **1.1.7 Literatur- und Quellenhinweise**

<http://www.ato-gagauzia.narod.ru/istoria.htm>

<http://www.olvia.idknet.com/ol37-09-05.htm>

<http://www.pridnestrovia.net/2004census.html>

[http://www.statistica.md/recensamint/Nationalitati\\_de\\_baza\\_ro.xls](http://www.statistica.md/recensamint/Nationalitati_de_baza_ro.xls)

Moldawskaja ASSR, in Malaja Sowetskaja Enziklopedija, Moskau, 1928–1931, B. 5, S. 310.

Moldova. Materialurile statistice. Balta, 1928, S. 221.

## 1.2 Romania. A geopolitical Outline

*Radu Săgeată*

### 1.2.1 Abstract

With a surface-area of 238,391 km<sup>2</sup> and a population of 21,584,365 (July 1, 2007), Romania is one of the relatively large states in Central Europe, coming third after Germany; as regards its neighbours, it ranks second after Ukraine. The country lies in-between two conflict foci, the former Yugoslav space and the former Soviet Union, where the Transnistrian conflict has a direct bearing on the Romanian population of the Republic of Moldova. Both conflicts have been triggered by ethnic tensions augmented by the fall of the communist regime and the assertion of national identity. Within this geostrategic context, Romania is an island of stability, with a broad political openness to the European and Euro-Atlantic structures of cooperation, its participating in potential crisis situations in terms of EU and NATO demands.

Taking advantage of the country's geographical and geostrategic position after 1918, basically at the cross-roads and interaction of the Central-European, Balkan and East-European countries (Austro-Hungary, Turkey and the Slav states, and Russia and Ukraine, respectively), Romanian geopolitics would focus on the national factor, on the nation and the national state.

### 1.2.2 The Carpathians, the Danube and the Black Sea

The geographical position of Romania at the intersection of parallel 46° north lat. with meridian 25° east long. accounts for three major landmarks that have stamped its historical destiny: the Carpathian Mountains, the Danube River and the Black Sea.

*The Carpathians* in Romania are a relatively low mountain range, with lots of depressions and valleys, propitious to intense settlement since oldest times. Together with the Transylvanian Depression they represent the cradle of the Romanian people's formation (CONEA, 1941, 1942, 1967). Two-thirds of the entire Carpathian Chain extend on Romanian territory, occupying, alongside the Subcarpathians and the hilly Depression of Transylvania, 107,741 km<sup>2</sup>, that is 45.2 % of the country's surface-area, and also housing 40 % of its population.

In view of the favourable conditions offered by the natural environment (low altitudes, a host of valleys and intra-mountainous depressions suitable to settlement and to Transcarpathian traffic), the Carpathian area has been heavily populated. These mountains are not an element of demographic divergence, like the Alpes are, but of convergence, and moreover a shelter-place, kind of “natural stronghold”, in times of historical adversity. This shelter role is attested by traces of old and constant habitation. It was here that the centralised Dacian state led by Burebista<sup>1</sup>, and later on the Roman Dacian state had their capitals. It was again in the Carpathians that the first Romanian state formations emerged. The first mediaeval capitals of the Romanian Countries (Baia, Suceava, Câmpulung and Curtea de Argeş) had strong functional links with the mountains, and it was this landform that gave rise to an agro-pastoral civilization and a civilization of the wood. The Carpathians were the hardcore of the fiercest warring Dacian tribes, which united all the other entities between the Tisa River and the Pontus Euxinus (the Black Sea). In the Middle Ages, these mountains were a place of refuge for the Romanian people from foreign invasions, a reality documented also by the old chronicles. That would explain why it was here that language costume, tradition, and the Romanian people itself have been preserved in their purest form. Speaking of the historical destiny of the Carpathians, geographer Ion Conea (1902-1974), the founder of the Romanian School of Geopolitics, concluded that “the mountain is the true Romanian homeland”, “the backbone of Romanian history is in the Carpathians”, “the Romanian state is a Carpathian state”.

*The Danube* is not only the river that collects all of the country’s inland drainage network, but also the main navigable avenue of the continent, connecting Central Europe with the Black Sea Basin, also linking the port of Constanța to the port of Rotterdam (the North Sea) through the Danube-Main-Rhine and Danube-Black Sea canals; it is actually a transcontinental axis. What makes this waterway be of geostrategic importance for Romania is its lower course (1,075 km, 38 % of the total river length) which is the most important section in terms of discharge and navigation. Shortly before the union of the Romanian principalities, the ruling princes of Moldavia and Wallachia had succeeded in attracting the sympathy of the French Emperor Napoleon III and of England’s Queen Victoria, who used to name them the “Danube Princes”, also supporting the unification of all the territories inhabited by Romanians into a powerful state at the Danube mouths in order to

---

<sup>1</sup> The fusion between Dacians and Romans gave birth to the Romanian people.



successfully cope with the Russian expansion towards the Bosphorus and the Dardanelles straits (CAZACU 1999).

Geopolitically speaking, the Danube played a treble role (RĂDULESCU 1938):

- Navigable route since Roman times;
- Borderline separating Balkan Europe from Central and Eastern Europe. In the course of time, except for some favourable circumstances, the Danube stood for the northern limit of the Roman, Byzantine and Ottoman empires. On the other hand, the river had never been a boundary for the Romanians living on either side of its banks;
- Element of political polarisation of the Romanian state. Ever since the Roman times, the Danube has favoured the development of a real urban belt that structured the macro-space.

Under the new geo-economic and geostrategic conditions, when the transport of hydrocarbons from the Caspian region to Central and Western Europe is of overriding importance, the Black Sea Basin and the Danube-Main-Rhine Canal are of major interest, and here are the reasons behind it: In the first place, there is minimum risk, because the Danubean countries (except for Serbia) have EU membership. In addition, the Black Sea-Aegean Sea straits (Bosphorus and Dardanelles) being overcrowded, there is a higher risk for accidents; moreover, there is frequent and intense pollution in the adjoining area of high human and economic concentration. Within the post-1989 context, complex environmental issues in the Danube Basin have acquired a Pan-European dimension, being constantly in the focus of attention of the Council of Europe.

Romania's geostrategic importance at the eastern end of the Danube-Main-Rhine Canal is due also to the port of Constanța, the largest of the Black Sea Basin and of the Danube riverine harbours. It links the Danube-Main-Rhine axis with the ports at the Black Sea, the Eastern Mediterranean and the Near East and hence with any of the world's harbours. Romania's important geostrategic position is also proven by two of the major Paneuropean transport corridors which cross its territory from west to east (Dresden-Prague-Bratislava-Vienna-Budapest-Bucharest-Constanța-Thessaloniky-Istanbul) and from north to south (Helsinki-Moscow-Odessa-Chishinev-Bucharest-Dimitrovgrad-Alexandropolis).

A third element defining Romania's geographical position is the *Black Sea* which opens up navigable routes to the whole planetary ocean. The fluvial link between the North Sea (Rotterdam) and the Black Sea

(Constanța) enlarged the geostrategic importance of the latter port beyond a strictly regional cooperation framework.

The development of the port of Constanța has been favoured by its geostrategic function as relay among the European markets, on the one hand, and of South-East Asian and the Black Sea markets, on the other. Besides, this harbour is connected to a many-sided transport system: maritime, fluvial, road-and-railway and air. The Danube-Black Sea Canal is made through the southern area of the harbour, which enables direct trans-shipment of the cargo from maritime to river vessels.

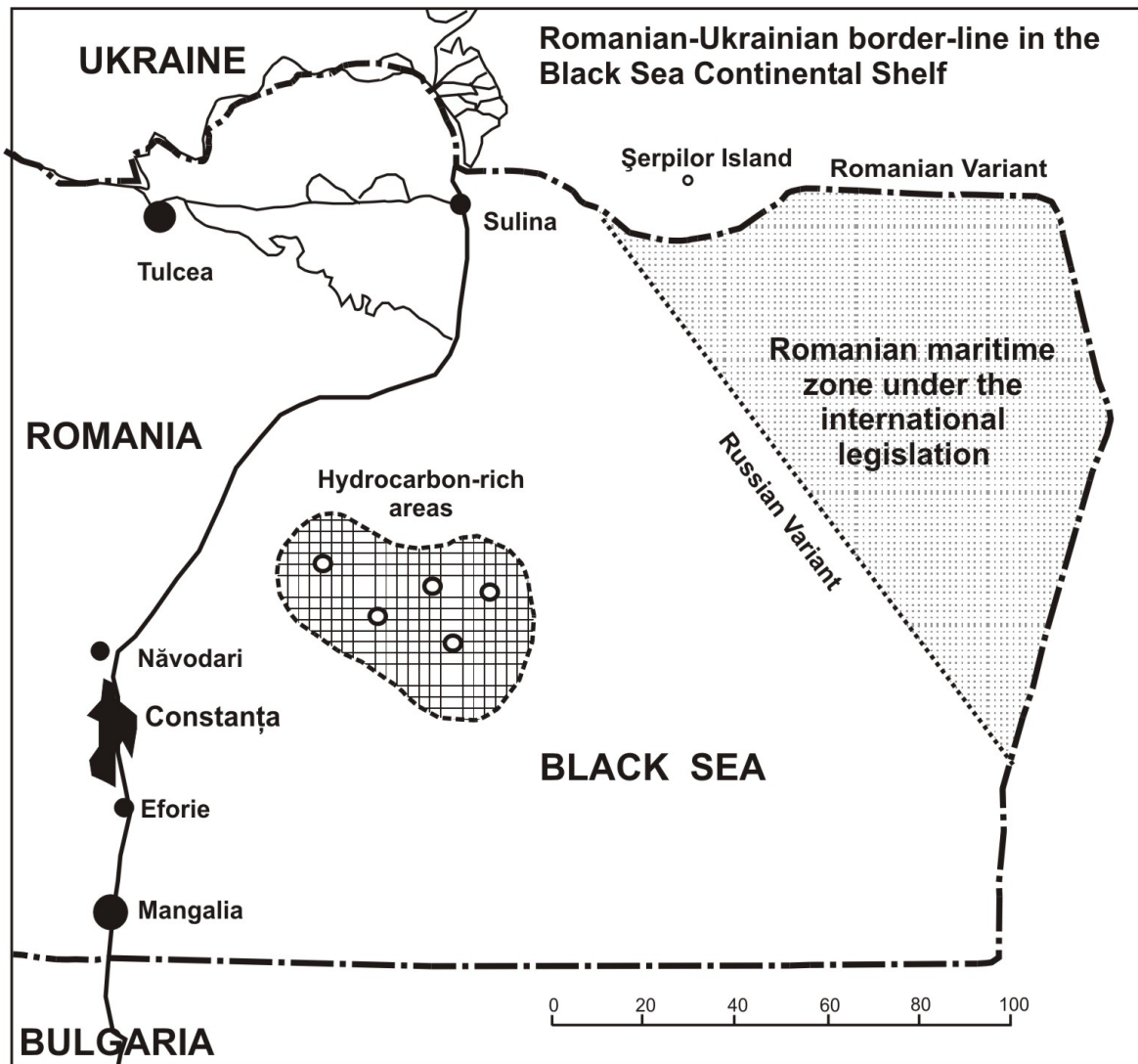
The hinterland of this port includes the Black Sea Basin and the Danube river. Being located at one terminal of the Rhine-Main-Danube transcontinental axis, it provides direct access to a shorter, basically cheaper, route to Central Europe. Its infrastructure and water height along the dock enables all types of ships crossing the Suez Canal and the Black Sea–Mediterranean straits to anchor in this harbour. Besides, it enjoys some strategic facilities such as a free zone regime and ship-building and repair works.

As the USSR fell apart and Ukraine and Georgia became independent, geopolitics in the Black Sea zone was assumed by Ukraine. Turkey, the second Black Sea maritime power, which had used to direct its interests to the Aegean and the Mediterranean ports, began reaffirming its role of regional power within the Balkan and the Caucasian space. Pan Slavism, favoured by the independence of Azerbaijan and by the separatist movements in Bosnia and Georgia, was supported by Turkey. As a NATO-member state since 1952 and a candidate to EU accession, Turkish policy had to become a regional catalyst, in view of the conflictual situation at its borders (Kurdistan, Caucasus, Irak, the Near East and the Balkans).

Until the 1990s, maritime traffic meant largely imports and exports through the ports of riverine countries, but given the growing interest shown lately by Europe, which is the main hydrocarbon-consuming market, it is expected that the Black Sea region, beside an oil transport route inscribed in the short-and-medium term European development programmes, is included also in EU's medium-and-long-term regional development programmes. Provided the Black Sea is viewed within a global context and included into an integrating programme, it could play an essential future role in the cohesion and stability of this area whose geopolitics is a pretty complex and conflictual one. The EU accession of Romania and Bulgaria, and prospectively of Turkey as well, on the one hand, and the crises in Abkhazia and South Ossetia, and the tensional situation in Ukraine and in the Republic of Moldova

on the other hand, appear to be the main geopolitical data of this region.

Fig. 1: Romanian – Ukrainian border-line in the Black Sea Continental Shelf



Source: Săgeată 2003, S. 174.

Even though the Black Sea Basin is not a political, cultural or religious unit, it nevertheless represents a cross-road of European-Asian migrations, the place where European, Asian and Arab civilisations, cultures and religions meet, also presenting hotbeds of tension in which conflicts are going to evolve, e.g. the Caucasus and the Caspian Sea area, and the conflicts in Central Asia and in the Arab states do have an influence. As a matter of fact, the open conflicts manifest on the Balkan-Caucasian axis, on the Caspian-Arab fault-line, and on the Mediterranean-Arab axis have a negative bearing on the security and sta-

bility of states in the Black Sea Basin. Not less detrimental are the diplomatic conflicts on the status of the Serpents Island and the delimitation of the continental shelf in the Romanian-Ukrainian sector (Fig. 1), the Cyprus problem, the status of the Pomacian minority in Bulgaria, the Abkhasian and Ossetian problem in Georgia, the Russian-Ukrainian tensions because of the status of Crimea and of the Tartar community of Crimea, the delimitation of the Caspian Sea oil exploitation areas, the effects of the Chechenyan conflict on the integrity and security of the Russian Federation, cooperation difficulties between Russia and Central Asia and Caucasus states, etc.

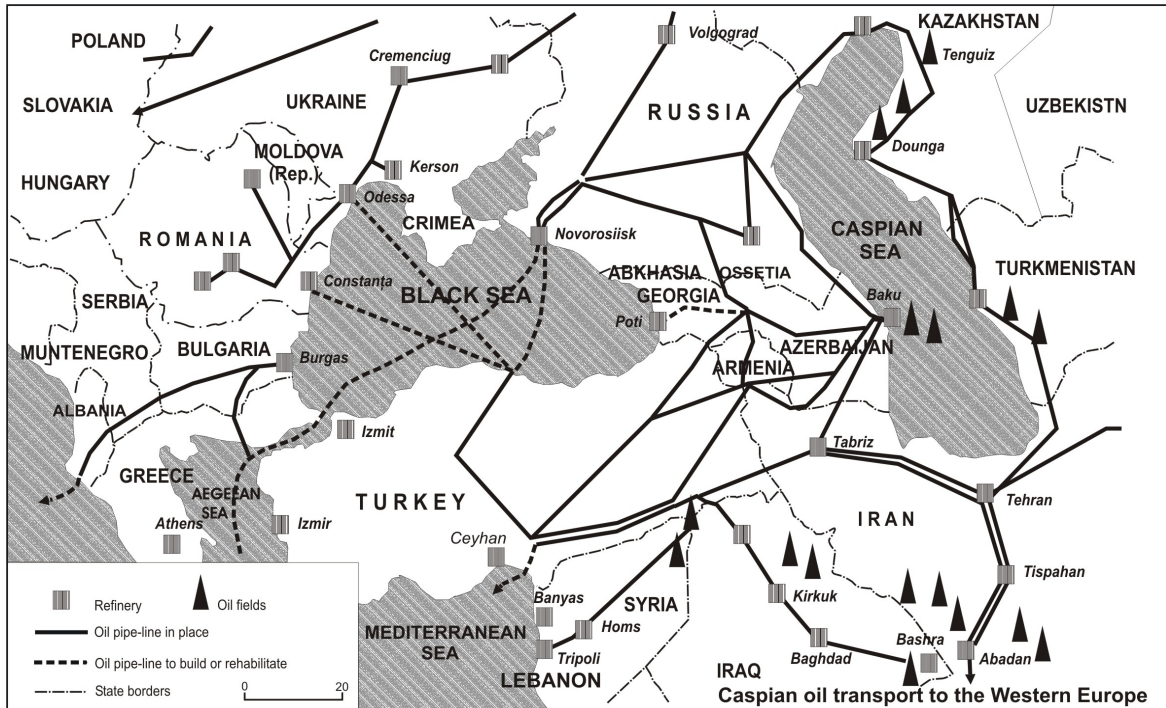
In the course of history, the Black Sea has also been a geographical area of geostrategic and geopolitical importance: the Greek colonisation, the Byzantine hegemony, the big Asian migrations, the Venetian and the Genoese colonisation, the Ottoman invasion, the Russian expansion, and currently the reconsideration of this water body by NATO and the European Union. Throughout that time the Black Sea geopolitical system experienced paradoxical evolutions. While trade was flourishing during the times of the great empires, after World War II this basin became a closed space, with the Soviet military fleet standing against the NATO military bases located in Turkey and the Mediterranean Sea.

For all the efforts made by the Romanian side after 1989, the Black Sea has not regained its status of regional geopolitical power, although the dissolution of Soviet Russia kindled the hope of new prospects for the development of the international relations in this strategic zone. Despite various international organisations being established over nearly all of the last two decades, Russian intervention, Ukrainian and Turkish interests and the lack of interest on the part of international alliances brought positive evolutions to a halt. As the oil crisis got momentum, a crisis actually triggered by Islamic revolutions, the Black Sea was found to have an exceptional geostrategic potential, so far unexploited. A shift in the economic-military policy of Western states opened up new vistas for a fresh approach to the Black Sea, an area lying at the cross-roads of some vital axes (Pontic-Baltic, Pontic-Caspian, Caspian-Arab, Mediterranean-Arab and Balkan-Caspian) for international alliances, part and parcel of the geopolitical system of intra-continental European seas.

So, Romania's geographical position links it essentially to the Black Sea, which thus becomes a main gateway to Europe (through the ports of Constanța, Constanța Sud-Agigea and the Danube-Black Sea Canal, unfortunately still not exploited at its full strategic capacity) and the main Caspian-Pontic interface with the West. Situated in the

central zone of the geopolitical system of intra-continental seas, Romania can become the “Eastern key” to NATO and EU relationships with Russia, Asia and the Arab states (Fig. 2).

Fig. 2: Caspian oil transport to Western Europe



Source: “Romania. Space, Society, Environment”, 2006, S. 24.

In this period determined by the globalisation process, Romania possesses the necessary infrastructure to take over, store and transport the energy resources, being a real partner in the alliances it belongs to. A founder, together with Bulgaria, Georgia, Russia, Turkey and Ukraine, of the Black Sea Economic Community (BSEC), Romania has been actively involved in strengthening trade relations, public and telecommunication works and environmental protection (especially of the Danube Delta, tensioning its relations with Ukraine), stimulating cultural exchanges and granting political support to the Republic of Moldova, Ukraine, Georgia, Azerbaijan and Turkey on the world stage.

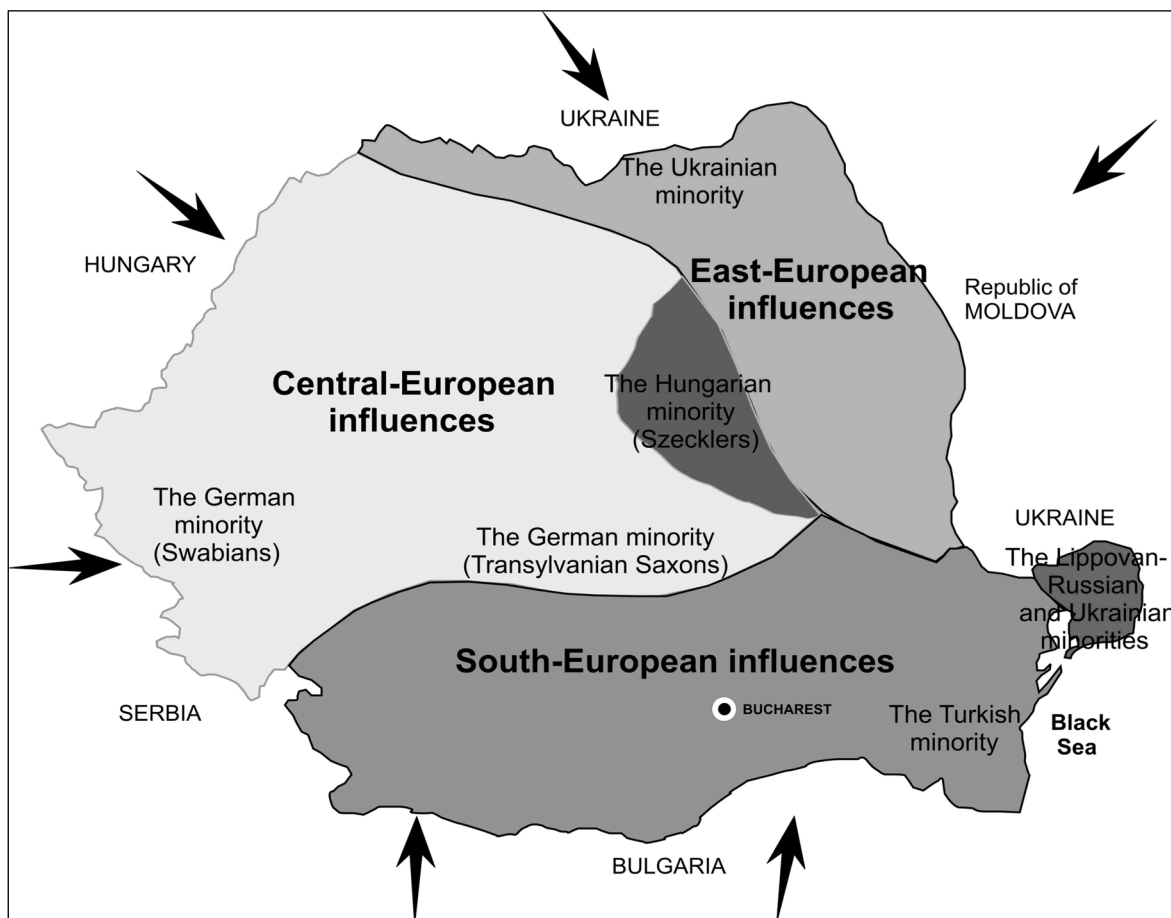
### 1.2.3 Romania, a state of European cross-roads

Three elements (the Carpathians, the Danube and the Black Sea) place Romania in Central Europe, a reality confirmed also by approximately even distances from the northernmost, easternmost and southernmost points of Continental Europe: the North Cape – 2,800 km, the Ural Mts – 2,600 km, and the Roca Cape (Capo da

Roca) – 2,700 km; however, it lies closer to the Mediterranean Sea – 1,050 km (Akademia Româna 1983, p. 21). Hence the Romanian territory is a point of contact and interference of Europe's big four climatic and biogeographical domains:

- *Western*, Oceanic, manifest by the penetration of oceanic masses of air, more frequently in the Banat-Crișana Plain and the western side of the Apuseni Mountains;
- *Eastern*, featuring a temperate-continental climate, often with excessive shades, in the Moldavian Plateau and the Bărăgan Plain;
- *Southern*, Balkan, marked by aridity in the south of the country and characteristic flora and fauna species (mainly in the Banat, Cerna and Mehedinți mountains, and in South Dobrogea),
- *Northern*, Scandinavian-Baltic, very much attenuated in the forested Carpathians of Ukraine, yet often affecting the Obcinele Bucovinei (Low Bucovinian Mountains) and the Suceava Plateau.

Fig. 3: Romania. A State of European cross-roads



Source: Săgeată 1999–2000, S. 248.

Historical and political circumstances have enhanced this interconnecting feature. Romania emerged as an area where three distinct cultural and geostrategic domains have met: Central European influences: Catholic religion and Austro-Hungarian influence; East European influences: Orthodox religion and Russophonous influence; South European and Balkan influences represented by the South-Danubian Slavonic branch (Bulgarian and Serbian), influences overlain by Muslim ones through the biggest expansion of the Ottoman Empire (Fig. 3).

Moreover, all along the centuries, Romania's geo-economic position has turned it into a crossing point of the major traffic axes going from Western Europe to the former Soviet space, Asia Minor and the Near East; also of some big transversal geo-economic axes that have been acquiring an ever greater importance: the sea axis (Caspian Sea-Black Sea-Mediterranean Sea), and the axis of rivers and canals (Rhine-Main-Danube and Danube-Black Sea).

Romania's affiliation to the Central-European space has been confirmed by fundamental geographical works produced since the early 20th century. A work published by Jovan Cvijič in 1918 fixes the Danube as northern limit of the Balkan Peninsula.

Speaking about the borders of the Balkan Peninsula, *Jacques Ancel* contended that (1930, p.36) "the Danube is sometimes considered to be the northern boundary of the Balkan Peninsula. But the middle course of the Danube has never been a boundary (...), the Danube does not divide, it unites the Romanian lands with the Balkan lands". However, six years later he would reconsider his position situating Romania in Central Europe and setting the big river as the southern limit of this European region (Fig. 4a).

Giselher Wirsing (Fig. 4b) places Romania, alongside the Baltic States, Poland, Czechia, Slovakia, Hungary, the (ex-)Jugoslav states, Albania and Bulgaria into "Middle Europe" (*Zwischeneuropa*), an appellation sanctioned by Albrecht Penck (WIRSING 1932).

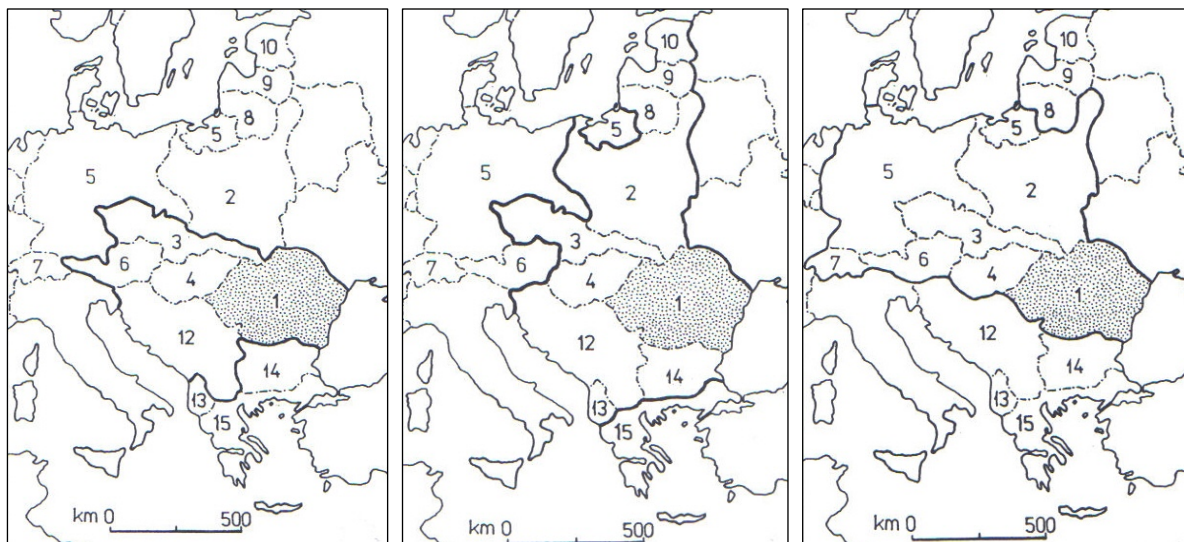
Emmanuel de Martonne (1934) gave a *definition of "Central Europe"*. In his view, this definition should be used to designate the intermediate position occupied by the countries assumed to lie between a "better articulated" Western Europe and a "more compact Eastern Europe". What de Martonne actually meant was a location between a Europe of peninsulas, gulfs and seas and a Europe of endless fields, including in this latter part of Europe, Romania, Germany, Poland, Switzerland, Austria, Czechia, Slovakia and Hungary (Fig. 4c).

Making a synthesis of all these viewpoints, Nicolae Al. Rădulescu (1938), counts Germany, Switzerland, Austria, Italy, the (ex-)Jugoslav

states, Albania and Greece to the west, and Poland, Romania, Bulgaria and European Turkey to the east of Central Europe. He distinguished three subgroups: Central-Western Europe of German expression, formed by Germany, Austria, Switzerland and Liechtenstein; Central-Eastern Europe made by Poland, the Russian enclave of Kaliningrad, Czechia, Slovakia, Hungary and Romania; and Balkan Europe which consists of the (ex-)Jugoslav states, Bulgaria, Albania and Greece.

Fig. 4: Romania and Central Europe in the cartographic representations of some inter-war foreign geographers:

- a.) Jacques Ancel (1930, 1936),
- b.) Giselher Wirsing (1932),
- c.) Emmanuel de Martonne (1934)



a.) ANCEL (1930, p. 36).

b.) WIRSING (1932).

c.) DE MARTONNE (1934).

- 1. Romania,
- 2. Poland,
- 3. Czechoslovakia,
- 4. Hungary,
- 5. Germany,

- 6. Austria,
- 7. Switzerland,
- 8. Lithuania,
- 9. Latvia,
- 10. Estonia,

- 11. Russia,
- 12. Jugoslavia,
- 13. Albania,
- 14. Bulgaria,
- 15. Greece.

Source: Rădulescu 1938, S. 20.

The Danube is considered to be the northern limit of Balkan Europe, basically an ethnic and cultural line between the Slav peoples from the south-east of the Continent and the Romanic peoples from its central and western parts; it is the southern limit of German colonisation and the northern boundary of the dissemination of Islam; it is a boundary between two distinct physical-geographical domains: the Romanian Plain in the north and the Prebalkan Tableland in the south. The river



is also a historical line, because none of the empires based in the Balkan Peninsula could safely expand north of the Danube; it is a psychological limit between the Balkan peoples who are thoroughly different from their Central European counterparts. And last but not least, the Danube is an economic border because Romania gravitates towards Central Europe.

However, the German conception of Mitteleuropa, that is Central Europe, takes a different view, namely, Romania does not belong to this region, instead it regards some Balkan countries like Croatia and Slovenia, former subjects of the Habsburg Empire, gravitating geopolitically towards Germany, as parts of this space.

For a lapse of over 40 years, Central Europe and the name of Europe itself had been monopolised by the geopolitical complex located west of the Iron Curtain. Europe used to be associated with the “realm of freedom”, in opposition to communist Europe, which leaned towards the Soviet Union, and was designated as Eastern Europe, or simply the East, actually a dominantly ideological category without any definite territorial basis (FOURCHER 2000). In the view of Western Europeans, the geometry of this territorial unit became increasingly more diffuse; whether Poland and Romania, or Bulgaria, Albania and Hungary, states belonging to distinct geographical domains and cultures, they were all opposed to Greece, Spain, Great Britain or Germany, integrated into the same economic and political-military blocs, but they are geographically and culturally fundamentally diverse. Under these conditions, the northern limit of the Balkan Peninsula was shifted up to the Soviet borders, the only states acknowledged to be Central-European were East Germany, Poland, former Czechoslovakia and Hungary (JELAVICH 1983; CASTELLAN 1991; PRÉVÉLAKIS 1994). In 1991, these states formed the Višegrad Group.

The fundamental changes experienced at the end of the 1980s made people review the geopolitical relations in the Central and East-European space, reactualising some old geostrategic alliances and setting up new ones. The area between the former Soviet borders and the Iron Curtain began turning towards the European and Euro-Atlantic structures, while the buffer zone between “Europe” and Russia was pushed eastwards, towards Ukraine, Belarus and the Baltic states. In this way, the old Eastern Europe continues to be erroneously considered as a homogeneous geographical category named Median Europe (FOURCHER 2000) or New Europe, a geostrategic area of transition between the East and the West (BRUNET/REY 1996).

Old foci of tension and conflicts in the Balkans were brought to the fore, eventually dismantling Yugoslavia (1991–2006), new ones broke

out in the former Soviet Union, triggered by ethnic tensions accumulated in the latter half of the 20<sup>th</sup> century. Europe is thus redefined, but its limits remain uncertain: Europe is a term combining geographical, historical and cultural elements contributing to the European identity. Their experience is marked by a similarity of ideas, values and historical interactions, which could not be condensed within a simple formula and which remain to be reviewed by each successive generation.

As a conclusion, we feel justified in stating that geographical, ethnic, historical and social-economic arguments place Romania within the Central European space, a space that best fits into the concept of Emmanuel de Martonne (with difference that we count Slovenia and Croatia to Central Europe because of their geographical and geostrategic position, their history and their cultural and economic affinities).

#### **1.2.4 Romania, a factor of regional stability**

Romania is one of the relatively large states in Central Europe. Its very important regional role also derives from the fact that of all border-states only Ukraine has a larger territory and a bigger demographic potential.

It should be remembered that Romania lies between two major foci of conflict, those of the former Yugoslavia and those of the former Soviet Union, where the Transnistrian conflict has a direct bearing on the Romanian population from the Republic of Moldova. Both conflicts were generated by ethnic tensions heightened by the downfall of communism and the assertion of national identity.

Compared with this geostrategic background Romania emerges as an isle of stability, showing an obvious political opening to all European and Euro-Atlantic structures and the capacity to deal with potential crisis situations in terms of the standards set by these structures.

Although some ethnic-based internal tendencies to fragmentation became vocal in Romania, they are calmed down under the conditions of Romania's membership in the European Union.

At present, the main risk for Romania's domestic security is of a social nature. Prolonged transition, the economic decline and its social effects might become a source of potential conflicts. Growing poverty, the absence of viable economic alternatives, and generalised corruption may exacerbate the role of some ethno-cultural or cultural communities and their tendencies to creating enclaves.

The main external insecurity risks for Romania have largely been removed because of the country's NATO membership. The country's progress on the road of democracy and the advantages of its geostrategic position as a revolving platform between East and West within a Europe of interdependent entities have already been recognised by international organizations as EU and NATO.

### 1.2.5 References

- ANCEL, J. (1930): *Peuples et nations des Balkans*. Paris.
- ANCEL, J. (1936): *Manuel géographique de politique européenne*. Tome 1. Paris.
- ACADEMIEI ROMÂNĂ (ed.) (1983): *Geografia României*. Vol. I. București.
- BOIA, L. (2001): *România, țară de frontieră a Europei*. București.
- BRUNET, R./REY, V. (1996), *Géographie Universelle. Europes Orientales, Russie, Asie Centrale*: Berlin / Reclus, Paris.
- CASTELLAN, G. (1991): *Histoire des Balkans*: Fayard. Paris.
- CAZACU, M. (1999): *Le Danube dans le discours géostratégique et économique roumain*. In: *Géopolitique du Danube*. M. FOURCHER (Hg.). Paris. S. 43–88.
- CONEA, I. (1941): *Transilvania, inima pământului și statului românesc*. In: *Geopolitica și Geoistoria*, I. S. 18–34.
- CONEA, I. (1942): *Carpații, hotar natural ?* In: *Geopolitica și Geoistoria*, II, S. 62–68.
- CONEA, I. (1967): *Cu privire la „teritoriul nucleu” de formare a poporului român*. In: *Studii și Cercetări de Geologie, Geofizică și Geografie, Geografie*, XVI, 1, S. 3–14.
- DE MARTONNE, E. (1934): *Europe Centrale*. In: *Géographie universelle*. Vol. IV. I partie. Paris.
- FOURCHER, M. (2000): *Fragments d'Europe*: Fayard. Paris.
- FOURCHER, M. (Hg.) (1999): *Géopolitique du Danube*. Ellipses, Paris.
- FOURCHER, M (2000): *La République Européenne*. Berlin, Paris.
- JELAVICH, B (1983): *Histoire of Balkans*: Cambridge University Press.
- KAHL, T./METZELTIN, M./UNGUREANU, M.-R. (Hg.) (2006): *Rumänien. Raum und Bevölkerung, Geschichte und Geschichtsbilder, Kultur, Gesellschaft und Politik heute, Wirtschaft, Recht und Verfassung, Historische Regionen*. Wien.

- NEGUT, S./CUCU, V./VLAD, L.-B. (2004): Geopolitica României. Târgoviște.
- NEGUT, S./SĂGEATĂ, R. (2006): Romania in the new architecture of Europe. In: Romania. Space, Society, Environment. Bucharest.
- POSEA, G. (1999): România. Geografie și Geopolitică. București.
- PRÉVÉLAKIS, G. (1994): Les Balkans. Cultures et géopolitique: Nathan. Paris. \*\*\* (1997). L'Etat du Monde: La Découverte. Paris.
- Rădulescu, N.-A. (1938): Poziția geopolitică a României. In Revista Geografică Română. Vol. I, 1. Cluj-Napoca, S. 5–35.
- SĂGEATĂ, R. (1999–2000): Outstanding Personalities in Inter-War Romanian Geopolitics. In Geographica Timisensis. Vol. VIII–IX. Timișoara, S. 247–255.
- SĂGEATĂ, R. (2002): România – A Central-European Country. In Romanian Review on Political Geography. Vol. IV, 1–2. Oradea, S. 15–20.
- SĂGEATĂ, R. (2003): The State Frontiers of Romania – between International Treaties and Diktat. In “Europe between Millenniums. Political Geography Studies”, IGU Political Geography Commission, S. 171–177.
- SĂGEATĂ, R. (2008): Geopolitică, Ed. Universității Lucian Blaga. Sibiu.
- SIMILEANU, V. (2003): România. Tensiuni geopolitice. București.
- SIMILEANU, V./SĂGEATĂ, R. (2008): Geopolitica României. București.
- WIRSING, G. (1932): Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft. Leipzig.

## **2 ZU ETHNISCHEN UND NATIONALEN PROBLEMEN**



## 2.1 Staats-/Nationsbildung und Geschichte in der Republik Moldau

*Wim van Meurs*

### 2.1.1 Nationskonzepte

Keine Nation und kein Staat kann existieren, ohne auf die eigene Geschichte zu rekurrieren. Gerade der moderne Nationalstaat und die nicht weniger moderne Nation geben sich gerne historisch. Bekanntlich erfüllt die Geschichte für Staat und Nation eine doppelte Funktion. Einerseits lassen sich die territorialen Ansprüche einer Nation oder eines Staates aus historischen Siedlungsräumen bzw. Staatsgrenzen ableiten, andererseits lassen sich die Einwohner so von ihrer Zugehörigkeit zur Staatsgemeinschaft überzeugen. In beiden Fällen impliziert Inklusion auch Exklusion. Manche Territorien werden von der Nation für den eigenen Staat nicht beansprucht, manche (ethnische oder religiöse) Gruppen werden aus der Staatsgemeinschaft ausgeschlossen. Das Gewicht von historischen Argumenten für Staat und Nation hängt dabei entscheidend von der Konstellation mit den Nachbarn und den Minderheiten ab.

Die klassischen Begriffe Kulturnation und Staatsnation im 19. Jahrhundert basierten beide auf der Annahme einer objektiven Nation. Im Falle einer Staatsnation war jedoch der Idealzustand einer Kongruenz zwischen Staats- und Nationsgrenzen gegeben. Im Falle einer Kulturnation lebten entweder Angehörige der Nation außerhalb des Nationalstaats oder es fehlt im schlimmsten Fall der betreffenden Nation jeglicher Staat. Aus deutscher Perspektive war Frankreich nach Napoleon eine Staatsnation, während die Konturen der eigenen Nation lediglich an der gemeinsamen Sprache und Kultur erkennbar waren (SUNDBAUSSEN 1992).

Aus französischer Perspektive war Frankreich keine objektive, sondern eine subjektive Nation – eine politische Gemeinschaft, die in den Worten Ernest Renans von den Bürgern jeden Tag neu bestätigt werden sollte: „Une nation est donc une grande solidarité, constituée par le sentiment des sacrifices qu'on a faits et de ceux qu'on est disposé à faire encore. Elle suppose un passé; elle se résume pourtant dans le présent par un fait tangible: le consentement, le désir clairement exprimé de continuer la vie commune. L'existence d'une nation est ... un plébiscite de tous les jours“ (RENAN 1882). Anders als eine objektive Nation und ähnlich wie eine Staatsnation unterstellt die subjektive Nation die Existenz eines eigenen Staates. Der wesentliche Unter-

schied zur Staatsnation ist jedoch, dass eine Staatsnation, die ihre Kongruenz zu den Staatsgrenzen durch historische Schicksalsschläge verliert, in den Urzustand der Kulturnation zurückversetzt wird. Eine subjektive Nation ohne Staat ist dagegen nichts – eine politische Gemeinschaft ohne Politik. Außerdem sind für eine subjektive Nation (Sonderrechte für) ethnische Minderheiten grundsätzlich undenkbar. Für eine idealtypische objektive Nation ist die (rechtliche) Anerkennung ethnischer Minderheiten eine moderate Lösung zur Herstellung ethnischer Homogenität (anstelle des Völkermordes bzw. der Vertreibung). Da Staats- und Kulturnation beide auf die Außenabgrenzung einer objektiven Nation abzielen, ist die Minderheitenfrage hier zweitrangig. Die auf Innenintegration ausgerichtete subjektive Nation verneint die Existenz von ethnischen Minderheiten, während die objektive Nation deren Existenz nicht verneint, sondern im schlimmsten Fall nur deren Existenzrecht im Staat.

Diese beiden Gegensatzpaare prägen unterschiedliche Bedeutungen für die Geschichte (oder, besser gesagt, Geschichten). Für eine nach Staat-Nation-Kongruenz strebende Kulturnation sind die nationale Vergangenheit im Allgemeinen und die Frühgeschichte der Ethnogenese und der Volksgeschichte im Besonderen von eminenter Bedeutung, um die erwünschte Staatsbildung bzw. Grenzziehung nach außen zu legitimieren. Gleiches gilt für einen existierenden Nationalstaat nach dem objektiven Nationskonzept bei der In- und Exklusion nach innen: Die nachweisbare historische Präsenz und Dominanz der eigenen Nation im Territorium ist das Hauptargument. Je nach heutiger Lage bezüglich Nachbarstaaten und Minderheiten ist die geschichtliche Kontinuität und Anciennität des eigenen Staates ein überaus wichtiges Zusatzargument. Die historische Darstellung einer idealtypischen subjektiven Nation kann prinzipiell nicht auf einer Volksgeschichte basieren, da die staatliche politische Gemeinschaft das Volk (*demos*) macht und nicht andersherum (*ethnos*), wie im Falle einer objektiven Nation. Für eine subjektive nationale Gemeinschaft kommt die Staatsgeschichte an erster Stelle als Argument der Integration und Solidarisierung. Wichtiger als die Staatskontinuität als solche sind dabei die früheren Leistungen des Staates für die historische Schicksals- und Solidargemeinschaft seiner Bürger. Dennoch ist ein Rekurrieren auf Vergangenes kein untrüglicher Beweis für eine objektives Nationskonzept, auch Renan betrachtet im oben genannten Zitat „un passé“ als *conditio sine qua non*. Insgesamt ist das Gegensatzpaar Staatsnation–Kulturnation keine analytische Kategorie eines (akademischen) Außenseiters, sondern die Innenansicht eines Beteiligten und in dem Sinne die politische Agenda einer Kulturnation.



Das Gegensatzpaar aus subjektiver und objektiver Nation ist ebenfalls eine Innenperspektive oder, besser gesagt, ein idealtypisches Ordnungsprinzip für die Summe der relevanten gesetzlichen Regelungen wie Verfassungspräambel, Staatsbürgerschaftsrecht, Minderheitenschutz und Migrationspolitik (BRUBAKER 1992). Die Gesetze werden nur bedingt aus der Norm eines subjektiven bzw. objektiven Idealtypus entwickelt. Es ist somit durchaus wahrscheinlich, dass ein Einbürgerungsgesetz neben an Abstammung und Sprache orientierten Kriterien auch z. B. eher territorial fixierte subjektive Ausnahmeregelungen kennt und somit nach den strengen Kriterien des Gegensatzpaares „inkohärent“ ist.

Ähnlich wie das zweite wird auch das dritte Gegensatzpaar oftmals als binärer Gegensatz präsentiert: Benedikt Andersons moderne und konstruierte Nation versus Anthony Smiths historische und ethnische Nation. Die theoretischen Positionen reichen jedoch von einer Dekonstruktion von „Ethnos“ als vermeintlich objektivierbarer Grundlage für die Nationsbildung bis zu dem Primordialismus, der die Nation als ewigen Wert außerhalb der Geschichte platziert. Die meisten Nationalismusforscher werden aber Benedikt Anderson, Ernest Gellner und Eric Hobsbawm zustimmen, dass die Nation in der Moderne einen qualitativ anderen Stellenwert erhielt und zu dem Zwecke konstruiert wurde. Sie werden aber auch Anthony Smith zustimmen, dass diesem Konstruktionsprozess historische bedingte Grenzen gesetzt sind. So wie Kultur- und Staatsnation beide ein objektives Nationskonzept implizieren, so wäre die Theorie des Konstruktivismus für eine subjektive Nation eher zu verkräften als für eine objektive Nation. Entscheidend ist, dass es hier an beiden Seiten um eine akademische Außen-seiterbetrachtung und eine analytische Kategorie geht.

### **2.1.2 Die Republik Moldau – Sonderfall oder Musterbeispiel?**

Im Weiteren werden die Begriffspaare auf die neueste moldauische Nationsbildung angewendet: Die Republik Moldau lässt sich nicht nur als Sonderfall oder Abgrenzung der rumänischen Nationsbildung betrachten, sondern hat selbst mit dem transnistrischen Separatismus einen eigenen Sonderfall bzw. innere Abgrenzung produziert (MEURS 2007). Beide Fallstudien beziehen sich vorwiegend auf die Nationsbildung in der postkommunistischen, unabhängigen Republik Moldau, obwohl die Traditionen früherer Nationsbildungsprojekte und historiographische Paradigmen von eminenter Bedeutung sind für die Ausrichtung und den Erfolg heutiger Ansätze: „When the elites themselves have qualms about the cultures they are making – as in the Moldovan

case – the success of planned cultural change [i.e. nation building, WvM] is highly dubious“ (KING 2000).

Die erste Fallstudie betrifft die Auseinandersetzung des kommunistischen Paradigmas mit dem nationalen Gegenentwurf Ende der 1980er / Anfang der 1990er Jahre. So wie der Internationalist Christian Rakovskij 1925 eine rein kommunistische Meistererzählung für die Region Moldau skizzierte, die weitgehend „ethnisch blind“ war (RAKOVSKI 1925), so musste die Führung der postkommunistischen Republik die Nationalgeschichte nach Jahrzehnten immer neuer Amalgamen aus russischem Nationalismus, sowjetischem Patriotismus und moldauischem Anti-Rumänismus neu erfinden. In der Außenbetrachtung geht es dabei um die Frage, ob das neue national-moldauische Paradigma entweder auf einem objektiven, Minderheiten ausschließenden oder auf einem subjektiven, staatsbürgerschaftlichen Nationskonzept basierte (MEURS 1998).

Der Umgang mit der historischen Heldenfigur Stefan dem Großen (ca. 1433–1504) sowohl in Rumänien als auch in der Region Moldau im gesamten 20. Jahrhundert zeigt als zweite Fallstudie die Dynamik einer historiographischen Konkurrenz zwischen Bukarest und Chişinău um ein und die gleiche Person für den nationalen Kanon (MEURS 2004). Der Mittelalterfürst wird dabei mit ebenso wenig Respekt für Historizität abwechselnd als Held eines Staates, einer Nation und sogar einer Klasse porträtiert.

### **2.1.3 Moldauische Meistererzählungen – exklusive oder inklusive Nationsbildung?**

Die Moldau ist seit den späten 1980er Jahren auch unter den Spätfällen der Nationsbildung eine Ausnahmeerscheinung: Die ursprüngliche Idee einer moldauischen Nation geht eindeutig auf ein Kominternprojekt Mitte der 1920er Jahre zurück, das zum Ziel hatte, die Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik gegenüber dem rumänischen Staat jenseits der Sowjetgrenze zu behaupten. Nach dem Ende der Sowjetunion stand die politische Führung in Chişinău vor der Herausforderung, das stalinistische Konzept zu rehabilitieren, um es gegen die Moldauische Volksfront einzusetzen, die eine umgehende Wiedervereinigung mit Rumänien forderte. Es entstand in Chişinău schließlich eine einzigartige Teilung: Die Befürworter der moldauischen staatlichen Unabhängigkeit und nationalen Eigenständigkeit übernahmen die politische Macht 1994 unter Anführung des Präsidenten Mircea Snegur, aber die kulturell-historische Deutungshoheit an Schulen, Universität und Akademie blieb fest in den Händen der rumä-

nischen intellektuellen Elite. Dem Regime fehlten professionelle Historiker, die dem neuen Staat eine verlässliche und kohärente Synthese der Nationalgeschichte produzieren konnten.

Parteisekretär Petru Lucinschi hatte 1989 dem anstürmenden rumänischen Nationalismus der Volksfront vergeblich eine halbherzige nationale Umdeutung der moldauischen Geschichte entgegen gehalten. Auch er hatte aber bereits versucht, über nationale Identifikation Unterstützung für Reformen zu gewinnen, ohne dabei die nicht ethnisch-moldauischen Staatsbürger der Republik zu entfremden (CROWTHER 1991, MEURS 1998). Erst die Erfahrung des transnistrischen Sezessionskrieges und das Nachlassen der Wiedervereinigungseuphorie sollten jedoch einer national-moldauischen Meistererzählung eine zweite Chance geben. Mangels professioneller Geschichtsdeuter übernahm Mircea Snegur diese Aufgabe im Februar 1994, als die Bürger in einem Quasireferendum die Eigenständigkeit der Moldau gutgeheißen hatten und als seine Partei von den Wählern mit der politischen Verantwortung betraut wurde.

Snegurs Grundsatzrede „Unser Haus – die Republik Moldau“ (IHRIG 2008, S. 291–297) wurde von manchen Autoren als nationalistisches Programm eines ethnisch-moldauischen Nationalstaats betrachtet oder zumindest als in Widerspruch zur toleranten Kultur- und Minderheitenpolitik des neuen unabhängigen Staates stehend bewertet (KING 1994, IHRIG 2008). In der Tat berief sich Snegur in seiner Meistererzählung oft auf das moldauische Volk und griff auch weit in die Geschichte zurück – typisch für ein ethnisches Nationsverständnis.

Wie oben angemerkt wurde, ist das Gegensatzpaar Staatsbürgernation–ethnische Nation ein idealtypisches. Gerade Staatsmänner wie Snegur haben das Talent, diese Konzepte überzeugend zu vermischen, damit mehrere Zielgruppen gleichzeitig bedient werden können. So wurde die integrative Staatsbürgerschaftsgesetzgebung Anfang der 1990er Jahre noch von der eindeutig rumänisch-nationalistischen Volksfrontregierung verabschiedet, um eine Konfrontation mit den großen russischsprachigen Minderheiten zu vermeiden. Snegurs Rede enthielt auch für die Minderheitenvertreter im Publikum eindeutige positive Signale, die dabei die national-moldauischen „Ausrutscher“ im Text geflissentlich überhörten (Ihrig 2008, S. 49–53), ohne deswegen ihre Loyalität zum neuen Staat neu zu überdenken.

Bei näherer Betrachtung bildet die moldauische Staatskontinuität die Hauptlinie der Nationalgeschichte, nicht die ethnische Nation. Das Volk (ethnos oder demos) ist bei Snegur meist eine historische Schicksalsgemeinschaft in einem Staat. In der politischen Führung der Republik Moldau nach 1991 führte die Gewichtung von ethnischen und

staatsbürgerlichen Politikansätzen durchaus zu Konflikten. Auch in der (minimalen) moldauisch-nationalen Historiographie seit 1994 lassen sich größere Unterschiede und vielleicht sogar Verschiebungen ausmachen.

Es ist bezeichnend, dass in den letzten zehn Jahren nur zwei Autoren eine Synthese der moldauischen Geschichte vorgelegt haben – der Sprachwissenschaftler Vasile Stati und der Historiker Victor Stepaniuc (STATI 2002, STEPANIUC 2005). Letzterer war in seiner Doppelfunktion als der für Ideologie zuständige Sekretär des ZK der Moldauischen KP die richtige Person, um unter dem Titel *Die Staatlichkeit des moldauischen Volkes* eine Nationalgeschichte mit politischer und akademischer Autorität vorzulegen. Während Stati jedoch die moldauische Nation im Sinne eines primordialen Nationalismus zum Dreh- und Angelpunkt der Geschichte macht, ist es bei Stepaniuc der Staat oder die Staatlichkeit. Alle historischen Ereignisse werden nach ihrem Beitrag zur (Wieder-)Errichtung eines moldauischen Staates in den heutigen Grenzen gemessen. Dieser Ansatz bietet dem Autor alle Freiheiten, je nach Bedarf die ethnischen Moldauer oder alle Bürger inklusive Minderheiten als Träger dieser Staatsgründungsbestrebung zu betrachten.

Zur Ethnogenese vertritt Stepaniuc die klassisch-stalinistische These der freien Daker im Karpaten-Dnjestr-Gebiet, die mit Ostslawen den moldauischen Ethnos bildeten und Mitte des 14. Jh. das Fürstentum Moldau gründeten. Die Darstellung der historischen moldauisch-russisch-ukrainischen Freundschaftsbeziehungen erinnert stark an Sowjetzeiten, obwohl z. B. Cantemirs Allianz und Feldzug mit Russland gegen den Sultan stärker als damals üblich als nationaler Befreiungskampf des moldauischen Volkes charakterisiert wird. Dennoch befasst er sich wesentlich kürzer mit der Vorgeschichte von Staat und Nation im Mittelalter und Neuzeit als Stati (wenn auch genauso anachronistisch): Nach einem Drittel des Buches ist Stepaniuc mitten in der Revolution von 1905 angelangt, wo er genauestens zwischen einer endogenen moldauischen Nationalbewegung und rumänischen Agitatoren unterscheidet. Nach einem Drittel seiner Synthese erkundet Stati dagegen gerade das 16. Jh. Stepaniuc treibt die moldauische Staatsidee soweit, dass er für die Periode 1812-1918 von einer *Entzweigung* und von einer Bukarester Politik der „demoldovenizea“ (S. 117) in der „Westmoldau“ spricht. Die Tragödie der Teilung ist aus seiner Sicht jedoch ein historisches *fait accompli* für eine moldauische Staatsnation (und keine Grundlage für großmoldauische Ansprüche einer Kulturnation heute): Die eigentliche (moderne) Nationsbildung fand nach 1812 und vor allem seit dem späten 19. Jh. statt, in dem territorialen Rahmen, den Stati „Moldova nouă“ nennt. In seinem Vergleich der

historischen Schicksale der Ost- und Westmoldau zwischen 1812 und 1918 kommt die russische Herrschaft eindeutig besser weg: Autonomie, Frieden und keine Leibeigenschaft. Die Anfänge einer moldauischen Nationalbewegung werden ohne Bedenken auf die 1860er Jahre zurückprojiziert, bevor die Frage der Russifizierung überhaupt angesprochen wird.

Obwohl Stepaniuc auf die in der Sowjethistoriographie übliche revolutionäre Tradition, die die Annexion 1812 „objektiv“ rechtfertigen sollte, verzichtet, wird betont, dass die Russische Revolution der nationalen Befreiungsbewegung einen wichtigen Impuls gab. Sein Urteil über den Sfatul Țării, den Landesrat, der früher als „kontrarevolutionärer Verräter im Dienste des bürgerlich-gutsherrlichen Königreich Rumänien“ dargestellt wurde, ist erstaunlich mild. Der Sfatul Țării war vor allem machtlos, nicht imstande, die Autonomie Bessarabiens zu verwirklichen. Sogar die lokalen Sowjets unterstützten die Initiative des Sfatul Țării für die Proklamation der Demokratischen Moldauischen Republik am 2. Dezember 1917. Die Unterstützung im Sfatul Țării für die rumänische Militärintervention und schlussendlich für die Besetzung wird in Stepaniucs eigenwilliger Darstellung auf einige wenige Verräter reduziert. Seine Motivation ist unübersehbar: Da er (wegen der Sezession der sog. Dnjestr-Republik heute und des Stalinismus damals) der Moldauischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik dezidiert einen Platz in der moldauischen Staatstradition verweigert, gilt es, von der Staatsbildung 1917–1918 soviel wie möglich zu retten und sie keinesfalls zu Marginalien der „Wiedervereinigung“ mit Rumänien verkommen zu lassen. Mit der Republik von 1924 befasst er sich nur zehn Seiten lang, und nach der „ersten Moldauischen Republik“ vom Dezember 1917 erfolgte die zweite Republikgründung in seiner Darstellung 1940, nicht 1924 (die dritte 1991). Folgerichtig, aber politisch ungeschickt plädiert er dafür, die Flagge von 1918 zur Staatsflagge zu erheben und den Molotow-Ribbentrop-Pakt zu rehabilitieren, um damit den geschädigten Legitimations- und Kontinuitätswert der zweiten Republikgründung 1940 wieder zu gewinnen (Stepaniuc 2005, S. 351–361).

#### **2.1.4 Stefan der Große – Nationalheld, Staatsgründer oder Heiliger?**

Im moldauischen Geschichtskanon ist Stefan der Große eine logische Wahl als Identifikationsfigur. Während seine außergewöhnliche fünfzigjährige Herrschaft als Fürst der Moldau seinem Nachruf aus nationaler Perspektive zusätzlichen Glanz verlieh und ihn über andere

Fürsten wie Alexander den Guten, Mihail den Tapferen oder Petru Rares emporhob, disqualifizierte sein Fürstenstatus ihn jedoch in der Phase des orthodoxen Kommunismus beiderseits des Pruth-Flusses als Identifikationsfigur. Obwohl sich Stefan als Kind seiner Zeit selbst am ehesten mit der sozialen Elite der Bojaren identifiziert haben wird, haben die anachronistischen Zwänge der Volkssouveränität und des Nationalstaates die Idee einer Identifikation aufgrund von sozialem Status oder gesellschaftlicher Klasse obsolet gemacht. Nur ein Fürst, der „nachweislich“ auf der Seite des „Volkes“ stand, kann sich als Nationalheld qualifizieren. Wird „Volk“ als „ethnos“ (Nation) verstanden, wird der Fürst zum Beschützer der rumänischen bzw. moldauischen Staatsnation und deren Nationalstaat gegen Fremdherrscher. Wird „Volk“ dagegen als „demos“ verstanden, wird der Fürst zum Verbündeten des einfachen Volkes gegen die Repression und Ausbeutung durch die Bojaren. Komplexer wird dieses Schema nicht nur durch die Frage, ob Stefan der rumänischen bzw. der moldauischen Nation angehört, sondern auch durch die Definition des jeweiligen Staates als Staat seiner Bürger (subjektive Nation) bzw. als Staat einer ethnischen Nation (objektive Nation).

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in den Anfangsjahren der kommunistischen Geschichtsschreibung in der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik wurde – bei aller Verherrlichung der Freundschaft und der Bande zwischen den russischen, ukrainischen und moldauischen Völkern sowie des Klassenkampfes – die Eigenstaatlichkeit positiv gewürdigt. Die Historiker erlaubten sich jedoch jede denkbare argumentative Kunstfigur, um die Staatskonsolidierung und „den nationalen Befreiungskampf gegen die türkischen Unterdrücker“ als Leistung des moldauischen Volkes darzustellen. Trotz seiner Hauptrolle in beiden Prozessen wurde Stefan dabei übergangen.

Auch in der moldauischen Historiographie der 1970er und 1980er Jahre war die Zeit des Fürstentums Moldau weiterhin geprägt von Abstraktionen wie Feudalismus und „der Staat“. Treibende Kraft der Geschichte war weiterhin das moldauische Volk. Gelobt wurde Stefan der Große eher ausnahmsweise als „der, der von Monarchen und Völkern bewundert wurde“ (CHELYSHEV 1979). Nach dem bekannten Argumentationsmuster wurde zwar eingestanden, dass er das feudale System verteidigte, sein politisches Handeln war aber *objektiv* im Interesse des Volkes, indem es der Einhegung der Macht der Bojaren und der Verteidigung der Einheit und Unabhängigkeit des Landes diene. Und das Volk bot ihm uneigennützig die entsprechende Hilfe (Sovetskaja Moldovija. Kratkaja Enciklopedija 1982, S. 30, S. 91 f., S. 96, S. 595). Als Nationalheld war Stefan offenbar so deutlich rumänisch belegt, dass den Historikern und Politikern die Chuzpe fehlte,

ihn für sich (als moldauische Nation) zu reklamieren und zu popularisieren. Stefans Aufstieg zum moldauischen Nationalhelden wurde somit verhindert: Chişinău und Moskau fürchteten, dass man, wenn man Stefan auf den Schild heben würde, dem rumänischen Nationalismus Vorschub leisten würde. Gleichzeitig und damit zusammenhängend blieb die historische Ikonographie ohnehin orthodoxer als die rumänische: nur moderne Helden des Klassenkampfes und ältere Figuren, die eher kulturell als politisch vereinnahmt werden konnten, wurden hervorgehoben (MEURS 1994, S. 307–328).

In der polarisierten moldauischen Historiographie und nicht zuletzt in den entsprechenden Schulbüchern seit Mitte der 1990er Jahre spielt Stefan der Große für alle Parteien eine bedeutsame Rolle (MEURS 2003). Die Schulbücher der Richtung „Geschichte der Rumänen“ identifizieren seine Herrschaft als „die Glanzzeit der mittelalterlichen rumänischen Geschichte“ aufgrund des von ihm erreichten „sozialen Gleichgewichts“ im Inland, seines Geschicks in der Außenpolitik gegenüber den mächtigen Nachbarstaaten und der Kriegsführung sowie der daraus folgenden kulturellen Blüte (DRAGNEV/POSTICA 2001, S. 131–136).

Am 2. Juli 1992 (seinem Todestag) wurde er von der Orthodoxen Rumänischen Kirche im Kloster Putna, seiner Grabstätte, feierlich kanonisiert als „der rechtgläubige Fürst Stefan der Große und Heilige“. Anwesend war nicht nur der rumänische Staatpräsident Ion Iliescu, sondern auch sein moldauischer Amtskollege Mircea Snegur – einen Moment teilten sich Bukarest und Chişinău einen Nationalhelden bzw. Nationalheiligen. In Chişinău selbst war die Statue von Stefan dem Großen aus dem Jahre 1928 bereits am 31. August 1989 wieder an ihren ursprünglichen Platz am Eingang des Parks zurückgebracht worden. Somit wurde er umgehend zur Ikone der Volksfrontbewegung, die gegen Russifizierung und Kommunismus und für Wiedervereinigung mit Rumänien antrat. Als Snegur aber danach zunehmend für die Unabhängigkeit der Moldau agierte und die Anhängerschaft der Volksfront bröckelte, stand auch Stefan der Große vor einer Zerreißprobe: War er der Nationalheld Rumäniens oder Moldawiens? Gehörte er den Befürwortern einer Wiedervereinigung oder den Vorkämpfern moldauischer Unabhängigkeit?

Die historiographische Kontinuität in Rumänien nach 1989 hat, was Stefan den Großen anbelangt, verdeutlicht, wie gering das kommunistische Element lange vor der Dezemberrevolution war. In Moldawien entfielen mit der Unabhängigkeit 1989 und der wachsenden Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern eines unabhängigen Staates einer eigenständigen moldauischen Nation frühere Hemmun-

gen. Auf eine argwöhnische Imperialmacht in Moskau muss diesbezüglich keine Rücksicht mehr genommen werden, und die rumänisch-nationale Strömung ist eine politisch bedeutsame, hat aber ihr Drohpotential verloren. In den 1970er Jahren war die Mobilisierungskraft dieses Tabus unbekannt, jetzt hat sie ihren Zenit überschritten. Entsprechend offen beanspruchen heute beide Parteien Stefan den Großen für sich und ihre Sache. Anders als vor hundert Jahren ist er aber kein Staatsheld, sondern in erster Linie ein Nationsheld.

### **2.1.5 Fazit**

Die Republik Moldau ist als Fallstudie für späte Nations- und Staatsbildung exemplarisch für manche neuen Entwicklungen in der Nationalismusforschung. So wurde vor längerer Zeit festgestellt, dass das Gegensatzpaar „ethnische Nation – Staatsbürgernation“ sich in der Praxis differenzierter darstellt. Nicht nur in der Gesetzgebung können beide Nationskonzepte vermischt werden, sondern auch und gerade in der (historischen) Legitimation des Nationalstaates verwischt diese Trennschärfe. Im Falle der Republik Moldau ist eine solche intendierte Zweideutigkeit durchaus funktional. Befürworter einer unabhängigen Republik Moldau stehen vor der Aufgabe, die großen slawischen Minderheiten mittels eines Staatsbürgerschaftskonzeptes und entsprechend integrativer Gesetze zu integrieren. Gleichzeitig erfordert die Selbstbehauptung der moldauischen Nation eine offensive ethnische Unterscheidung von der rumänischen Nachbarnation. In der Praxis der Geschichtsschreibung bedeutet dies, dass Staat und Nation der Moldauer abwechselnd die Hauptrolle spielen. Aus einer gewissen Dominanz der Nation in der Meistererzählung auf ein ethnisches Nationskonzept zu schließen, wäre aber ebenso verfehlt wie hinter einem eher an Staatsgrenzen orientierten Geschichtsrahmen ein tolerantes, integratives und weltoffenes Konzept von Staatsbürgerschaft zu vermuten. Üblicherweise wird die Anwesenheit und Rolle der ethnischen Minderheiten in beiden Ansätzen der Nationalgeschichtsschreibung eher als Lippenbekenntnis erwähnt.

### **2.1.6 Literatur**

BRUBAKER, R. (1992): *Citizenship and nationhood in France and Germany*. Cambridge.

CHELYSHEV, B. D. (1979): 'On byl udivleniem gosudarej i narodov'. Ich imenami udalcy naznany. Kishinev. Kartja Moldovenjaske. S. 82–84.



- CROWTHER, W. (1991): The politics of ethno-national mobilization: Nationalism and reform on Soviet Moldavia. *Russian Review* 50 (2). S. 183–202.
- DRAGNEV, D. / POSTICA, G. (2001): *Istoria Romanilor. Epoca antica si medievala. Manual pentru clasa a X-a*. Chisinau. Civitas.
- IHRIG, S. (2008): *Wer sind die Moldawier? Rumänismus versus Moldovanismus in Historiographie und Schulbüchern der Republik Moldova, 1991–2006*. Stuttgart.
- KING, C. (1994): Moldovan identity and the politics of pan-Romanianism. *Slaci Review*. Jg. 53 (2). S. 346–368.
- KING, C. (2000): *The Moldovans. Romania, Russia, and the politics of culture*. Stanford. Ca.
- MEURS, W. P. v. (1994): The Bessarabian question in communist historiography. *Nationalist and communist politics and history-writing. East European Monographs* New York.
- MEURS, W. P. v. (1998): Carving a Moldavian identity out of history. In: *Nationalities Papers* 26 (1): 39–56.
- MEURS, W. v. (2003): *History textbooks in Moldova*. Strassbourg. Council of Europe. Georg-Eckert-Institut. S. 30.
- MEURS, W. v. (2004): *Die Entdeckung Stephan des Großen. Stefan der Große in der Republik Moldova. Symbol der kulturellen, nationalen Identität und Staatlichkeit*. V. Dumbrava and Edda-Binder-Iijima. Leipzig.
- MEURS, W. v. (2007): Eingefrorene Konflikte. Wie weiter mit den Quasistaaten? In: *Osteuropa*. Jg. 57 (11). S. 111–120.
- RAKOVSKIJ, K. G. (1925): *Rumynija i Bessarabija; k semiletiju aneksii Bessarabii*. Moskva.
- RENAN, E. (1882) : *Qu'est-ce qu'une nation?* Paris.
- Sovetskaja Moldovija. Kratkaja Enciklopedija* (1982). Kishinev.
- STATI, V. (2002): *Istoria Moldovei*. Chişinău.
- STEPANIUC, V. (2005): *Statalitatea poporului moldovenesc: aspecte istorice, politico-juridice*. Chişinău.
- SUNDHAUSSEN, H. (1992): Nationsbildung und Nationalismus im Donau-Balkan-Raum. In: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte*. Jg. 48. S. 223–258.



## 2.2 Nation und Nationalismus in Rumänien 1866–2008

*Mariana Hausleitner*

### 2.2.1 Zur Begriffsklärung

Unter den Historikern im westlichen Europa setzte sich seit Ende der 1980er Jahre das Konzept durch, die Nation als ein ideologisches Konstrukt zu begreifen. Damit stießen sie bei vielen Historikern im östlichen Europa auf Unverständnis, die es nach dem Zerfall des Kommunismus als ihre Aufgabe begriffen, mit nationalen Ideen ihre Staatswesen zu legitimieren. Für jene ist die Glorifizierung ihrer Nation ein Ausdruck von Patriotismus und diejenige, die auf Diskriminierungen von Minderheiten hinweisen, werden als feindlich gesinnt eingestuft. Da es keinen Konsens gibt, was Nationalismus ist, will ich vorweg präzisieren, was ich im Weiteren darunter fasse: Wenn länger ansässigen Bevölkerungsgruppen die gleichen Rechte verweigert werden, ist das für mich ein Ausdruck von Nationalismus. Daher stelle ich ins Zentrum meiner Ausführungen die Mechanismen der Inklusion und Exklusion im Nationsverständnis in den verschiedenen Abschnitten der rumänischen Geschichte.

Einige deutsche Historiker erklären die besonders häufigen Spannungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den Minderheiten in Südosteuropa damit, dass sich dort im 19. Jahrhundert ein fatales Nationsverständnis herausgebildet hat. Holm Sundhaussen erklärte es zur Hauptursache der Homogenisierungsbestrebungen, die besonders in Kriegs- und Krisenzeiten wie nach 1991 zu Massenmorden und Deportationen von Minderheiten führten. Die Eliten dieser Staaten, die bis zum 19. Jahrhundert unter osmanischer Herrschaft standen, hätten von Frankreich das zentralistische Staatsmodell in ihre Verfassungen übernommen, wodurch die Besonderheiten historischer Regionen nicht berücksichtigt wurden. Gleichzeitig lehnten sie aber das Verständnis der Franzosen von der Nation ab, das seit der Französischen Revolution alle Bürger ohne Unterschied ihrer Religion oder Sprache einbezog. Die politischen Eliten in Südosteuropa griffen zumeist auf Herders von der Romantik geprägten Vorstellungen zurück und machten die gemeinsame Sprache zum wichtigsten Kriterium der Nation. Damit begründeten sie einerseits umfassende Gebietsansprüche mit Hinweis auf gleichsprachige Minderheiten jenseits der Staatsgrenzen. Andererseits wurden oft bestimmten Gruppen im Land die gleichen Rechte vorenthalten (SUNDHAUSSEN 1997, S. 80 ff.).

Im Fall Rumäniens lässt sich dieses problematische Nationsverständnis tatsächlich seit der ersten Verfassung von 1866 zurückverfolgen, und es prägte den Nationscode. In den Verfassungen von 1923, 1938 und 1991 wurden immer wieder nur die Rumänen als Träger der Nation begriffen, während den nationalen Minderheiten lediglich ein untergeordneter Status zugebilligt wurde. Seit 1993 fordert die Demokratische Union der Ungarn (UDMR), dass Minderheiten in einem gesonderten Gesetz als „konstituierende Faktoren des Staates“ „neben der rumänischen Nation“ erwähnt werden. Sie stößt damit bei Rumänen größtenteils auf Unverständnis und Ablehnung (RUSU 2007, S. 77; TONTSCH, 2004, S. 76).

Im Weiteren werde ich einleitend die rumänischen Konzepte der Nation in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg darstellen. Die kommunistische Phase werde ich nicht eingehend behandeln, weil damals weitgehend das Konzept der sowjetischen Verfassung übernommen wurde. Nur die Nachwirkungen von Ceaușescus Nationalkommunismus bei der Formulierung der Verfassung von 1991 sollen erwähnt werden. Im Mittelpunkt des zweiten Teils stehen die neuen Konfliktfelder, die sich in den Beziehungen zwischen Mehrheitsnation und den Minderheiten nach 1990 herausgebildet haben. Abschließend gehe ich darauf ein, inwieweit sich durch den Beitritt Rumäniens zur NATO und EU die Spannungen zwischen den nationalen Gruppen verringert haben.

## **2.2.2 Rumänisches Nationsverständnis zwischen 1866 und 1990**

### **2.2.2.1 Nationsverständnis vor dem Ersten Weltkrieg**

Für die Vereinigung der beiden Fürstentümer Moldau und Walachei hatte sich 1859 eine kleine Gruppe von Rumänen eingesetzt, von denen viele in Paris studiert hatten. Sie strebten mit der Verfassung von 1866 eine umfassende Modernisierung an. Als Modell diente die belgische Verfassung, von der der institutionelle Teil weitgehend übernommen wurde. In der Definition der Staatsbürgerschaft tauchte aber in Art. 7 eine folgenreiche Einschränkung auf: „Nur christliche Fremde können die Naturalisierung erlangen“ und nur rumänische Staatsbürger sollten Boden erwerben können (zit. n. IANCU 1996, S. 72). Hieran zeigte sich, dass die rumänischen Eliten für sich die Leitungspositionen im Staatsapparat und den Grundbesitz monopolisieren wollten.

Von der Exklusion waren etwa 228.000 Juden betroffen, die mit 3 % der Gesamtbevölkerung damals die größte Minderheit stellten (DURAN-

DIN 1998, S. 130). Bereits 1867 wurde ein Gesetz erlassen, durch das sie als „Vagabunden“ jederzeit über die Grenzen abgeschoben werden konnten. Vertreibungen von sozial Schwachen und politisch Missliebigen waren danach an der Tagesordnung und wurden im Ausland heftig kritisiert. Innerhalb von zehn Jahren wurden über neuntausend Juden ausgewiesen (HAUSLEITNER 2002, S. 499 f.).

Jüdische Organisationen aus Frankreich und Deutschland setzten sich während des Berliner Kongresses 1878 dafür ein, dass die diskriminierende Politik gegenüber ihren Glaubensbrüdern in Rumänien eingestellt würde. Bismarck griff diese Frage auf, und die Großmächte machten die Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens von ihrer Lösung abhängig. Diese Auflagen waren auch an Serbien und Bulgarien ergangen, wo danach alle Juden Bürgerrechte erhielten (STERN 1988, S. 514–526).

In Rumänien dagegen kam es zu antisemitischen Ausschreitungen, und viele Abgeordnete wandten sich gegen die Einmischung aus dem Ausland. Sie behaupteten, dass es durch die Gleichberechtigung zu einer Invasion von Juden aus Russland kommen würde. Nach langen Verhandlungen nahmen die beiden rumänischen Kammern im Oktober 1879 eine Veränderung des Artikels 7 der Verfassung an. Folgendes wurde festgehalten: „Die Verschiedenheit des religiösen und konfessionellen Glaubens ist in Rumänien kein Hindernis zur Erlangung der bürgerlichen und politischen Rechte und deren Ausübung“ (zit. n. IANCU 1996, S. 200). Doch die Einbürgerungen sollten einzeln von beiden Kammern des Parlamentes überprüft und von einer Zweidrittelmehrheit positiv entschieden werden. Die Antragsteller mussten nachweisen, dass sie dem Land einen besonderen Nutzen bringen. Diese Hürden konnten zumeist nur gut situierte Juden überwinden: Bis 1899 hatten von 266.652 Juden lediglich 4.272 die rumänische Staatsbürgerschaft erworben. Von diesen Eingebürgerten lebten über 3.000 in der Dobrudscha. In dieser bis 1877 osmanischen Provinz hatten sie volle Bürgerrechte gehabt, deren Sicherung die Großmächte eingefordert hatten. Tatsächlich waren in zwanzig Jahren nur etwa 1.200 Juden eingebürgert worden, darunter fielen über 888 Freiwillige aus dem antiosmanischen Krieg, von denen viele post mortem diese Anerkennung erhielten (MÜLLER 2005, S. 43–45).

Vom Bodenerwerb blieben die Juden weiterhin ausgeschlossen, wodurch es zu starker Konkurrenz unter den Handwerkern kam. Die Sonderrechte für Juden wurden mit verschiedenen Argumenten verteidigt. Besonders häufig wurde damit argumentiert, dass sie die Rumänen aus dem Handel verdrängt hätten und der Staat nun mit Sondergesetzen die Herausbildung einer rumänischen Mittelschicht schützen müs-

se. Als solche Gesetze den Juden den Zutritt zu den Handwerksinnungen versperrten, wanderten viele Juden aus. Bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges hatten aufgrund der Perspektivlosigkeit ein Drittel der Juden Rumänien verlassen (HAUSLEITNER 2004, S. 362).

Während die seit vielen Jahrhunderten in Rumänien lebenden Juden als Fremde galten, wurde in rumänischen Medien gleichzeitig die Magyarisierungspolitik der ungarischen Regierung in Siebenbürgen kritisiert (HAUSLEITNER 2005, S:51–53).

#### **2.2.2.2 Zur Lage der Minderheiten in der Zwischenkriegszeit**

Rumänien war 1918 das einzige Land in Europa, in dem die Politiker sich gegen die Gleichberechtigung der Juden wehrten, die schon beim Sonderfrieden mit den Mittelmächten zur Sprache kam. Als Rumänien bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 die Verdopplung des Staatsgebietes mit Hinweis auf die rumänische Bevölkerung in Bessarabien, Siebenbürgen und der Bukowina beanspruchte, kam die Frage nach dem Schutz der Minderheiten auf. Ihr Anteil daran erhöhte sich von 5 % auf etwa 30 %. In den ehemaligen Habsburger Gebieten hatten alle Ethnien seit 1867 volle Bürgerrechte und in Bessarabien seit der Februarrevolution von 1917. Ministerpräsident Ion I. C. Brătianu wandte sich gegen die Forderung der Friedenskonferenz alle Juden en bloc einzubürgern. Erst sein Nachfolger; Alexandru Vaida-Voevod, unterzeichnete im Dezember 1919 unter Druck eines Ultimatums die Bestimmungen zum Schutz der Minderheiten, die von den Vertretern anderer Staaten gleich akzeptiert worden waren (KENDI 1992, S. 25–27).

Bei der Debatte über die neue Verfassung von 1923 zeigte sich, dass Großrumänien eine „Grande Nation incertaine“ war (DURANDIN 1994, S. 84). Als die Bestimmungen des in Paris garantierten Minderheitenschutzes integriert werden sollten, kam es zu heftigen Protesten. Durch die Agitation antisemitischer Gruppen formierten sich rumänische Studenten zur „Bewegung von 22“ und verlangten Zulassungsbeschränkungen für Juden in den Bildungseinrichtungen. Hintergrund der Empörung war, dass Juden durch die Einbürgerung zum ersten Mal die Möglichkeit bekamen, sich auf staatliche Stellen zu bewerben und die Rumänen dadurch Konkurrenz bekamen (LIVEZEANU 1995). Mit der Rückendeckung dieser Bewegung wurde bereits 1924 ein Gesetz zur Staatsbürgerschaft erlassen, durch das ca. 80.000 Juden wieder zu Staatenlosen wurden. Gegenüber den Kritikern aus dem Ausland wurde dieses Gesetz damit begründet, dass die Lage der zugewanderten Auslandsrumänen geregelt werden müsste. Etwa 10.000 Aromunen waren aus Griechenland, Albanien, Bulgarien und Jugosla-

wien nach Rumänien gezogen und hatten Bodenparzellen in der Südbukowina erhalten. Sie sollten dieses vor allem von Türken, Tataren und Bulgaren bewohnte Gebiet „rumänisieren“. Viele Muslime verließen danach Rumänien (MÜLLER 2005, S 362).

Aufgrund der mit großem Tempo durchgeführten Rumänisierung aller Lebensbereiche in den neu angeschlossenen Regionen gingen große Teile der Ungarn, Deutschen und Juden auf Distanz gegenüber der neuen Obrigkeit. Weil diese ihnen die kulturelle Autonomie streitig machte, verteidigten sie ihre Institutionen mit Nachdruck. Im Fall der Juden war ihr wirtschaftlicher Einfluss größer, als es ihrem Anteil von 3,2 % (1930) an der Gesamtbevölkerung entsprach. Rumänische Nationalisten kritisierten ihr Eindringen in zentrale Wirtschaftsbereiche, den anderen Minderheiten warfen sie vor, sich zu separieren. Die größte Minderheit waren die Ungarn mit 10 %, gefolgt von den Deutschen mit 4,4 %. Diese beiden Gruppen wehrten sich besonders, als der Staat ihren konfessionellen Schulen nach 1925 die Maßnahmen zur Rumänisierung aufzwang (HAUSLEITNER 2001, S. 185 f. und S. 264 ff.). Die Vertreter der Juden und Deutschen setzten auf Verhandlungen mit der Regierung (SCURTU/BOAR 1995, S. 660). Vertreter der Ungarn und Ukrainer dagegen beschwerten sich in vielen Interpellationen beim Völkerbund und verwiesen auf die Garantien des Minderheitenschutzes (KOLAR 1997, S. 117) 1927 bildete sich ein gemeinsamer Wahlblock von Vertretern der Deutschen, Ungarn und Ukrainern, der die Partei unterstützen wollte, die zu Zugeständnissen bereit war (SCURTU/DORDEA 1996, S. 215–219).

Als die Nationale Bauernpartei 1928 an die Macht kam, versuchte sie in den ersten zwei Jahren die Minderheiten zu integrieren. Es gab wieder mehr Schulunterricht in der Muttersprache sogar für Ukrainer, die bis dahin besonders starkem Assimilationsdruck ausgesetzt waren. Doch durch die Weltwirtschaftskrise konnte die Regierung seit 1931 nicht einmal mehr die rumänischen Lehrer bezahlen und reduzierte drastisch die Subventionen an die Institutionen der Minderheiten. 1934 hatte sich die wirtschaftliche Lage stabilisiert, doch nun waren wieder die Nationalliberalen an der Regierung, die erneut die Rumänisierung aller Institutionen vorantrieben. Das führte dazu, dass sich die Minderheiten zunehmend um finanzielle Unterstützung aus dem Ausland bemühten. Bei den Deutschen hatte dies eine schnelle Zunahme des Einflusses des Nationalsozialismus zur Folge. Aber auch bei den Ukrainern, die keine Unterstützung von außen bekommen konnten, wurden seit Mitte der dreißiger Jahre die gemäßigten Führer durch Rechtsradikale zunehmend verdrängt. Das verweist darauf, dass die Verhandlungspolitik keine Erfolge verbucht hatte. Bleibende Folge dieser Radikalisierung war, dass sich die Deutschen und Ungarn nun

als Teile ihrer Mutterländer begriffen und die Ukrainer einen eigenen Staat anstrebten. Die Juden waren nun völlig isoliert, da sich eine so genannte „christliche Abwehrfront“ der Rechten verschiedener Ethnien bildete (HAUSLEITNER 2001, S. 266–275).

Die Nationalliberalen nutzten den rechten Druck, um die Juden im wirtschaftlichen Bereich zu marginalisieren. Das „Gesetz zum Schutz der nationalen Arbeit“ von 1934 war ursprünglich gegen alle „Fremde“ gerichtet, aber zugunsten der deutschen Minderheit setzten sich Vertreter des Deutschen Reiches ein. So verloren vor allem viele Juden und einige Ungarn ihren Arbeitsplatz (KOLAR 1997, S. 144 f.). Der wichtigste Einschnitt war aber erst das Gesetz zur Überprüfung der Staatsbürgerschaft von 1938, das die antisemitische Regierung Cuzagoga erlassen hatte. Bis 1939 verloren 395.000 Juden die Staatsbürgerschaft, das war die Hälfte der Juden. 1940 erfolgte der Ausschluss aller Juden aus dem Staatsdienst und Leitungspositionen in der Wirtschaft (MÜLLER 2005, S. 458). Nach Rumäniens Angriff auf die Sowjetunion kam es 1941 zu Massenmorden an Juden. Die Juden Bessarabiens sowie fast alle aus der Bukowina wurden in das neue rumänische Besatzungsgebiet Transnistrien deportiert. Da viele dort keine Versorgungsmöglichkeiten fanden, starb ein Drittel der Deportierten an Hunger und Mangelkrankheiten. Gleichzeitig wurden auch die Juden aus Transnistrien in die Ghettos und Lager gesperrt. Insgesamt kamen in Transnistrien zwischen 280.000 bis 380.000 Juden um. Auch ca. 12.000 Roma aus Rumänien starben dort (COMISIA, S. 388). Nach Bessarabien und in die Bukowina wurden Rumänen gebracht, die im 18. Jahrhundert in Russland kolonisiert worden waren. Diese Umsiedlungsaktion konnte durch die Niederlagen der rumänischen und deutschen Einheiten nicht abgeschlossen werden. Unter Marschall Antonescu war die Vertreibung von 3,5 Millionen Nichtrumänen geplant worden, um ein ethnisch „purifiziertes“ Rumänien zu erhalten (ACHIM 2001).

## **2.2.3 Neubestimmung im Verhältnis Mehrheitsnation und Minderheiten nach 1990**

### **2.2.3.1 Zum nationalen Diskurs in Rumänien**

Die Tendenz zur Homogenisierung setzte sich nach 1945 fort. Bei Kriegsende hatten viele Deutsche Rumänien verlassen, so dass ihr Anteil von 4,2 % (1930) auf 2,2 % im Jahr 1948 zurückgegangen war. Viele Juden wurden durch die kommunistische Verstaatlichung aller Wirtschaftsbetriebe marginalisiert. Viele von ihnen emigrierten nach



Israel. Ihre Zahl schrumpfte schnell und 1977 betrug ihr Anteil nur mehr 0,1% (ILLYÉS 1981, S. 49). Durch den Rückgang der deutschen und jüdischen Bevölkerung und Zunahme der Urbanisierung nahm der Anteil der Rumänen bei der Stadtbevölkerung stark zu (MIHOK, 1990, S. 186). In den letzten zehn Jahren der Ceaușescu-Ära verschlechterte sich die materielle Lage der Bevölkerung drastisch. Bei den Minderheiten wirkte sich zusätzlich noch der übersteigerte nationalkommunistische Diskurs aus, der zunehmend auf Versatzstücke aus der Zwischenkriegszeit zurückgriff. Im Zentrum der Angriffe stand die ungarische Minderheit, weil sich einige ihrer Angehörigen gegen den Rumänisierungsdruck wehrten (KOLAR 1997, S. 350–354). Die deutsche Minderheit hatte vor 1990 eine beschränkte Möglichkeit zur Ausreise, danach setzte ein massenhafter Exodus ein: Zwischen 1990 und 1993 kamen 165.291 Deutsche aus Rumänien in die BRD (STERBLING 1997, S. 76). Während die Deutschen 1977 mit einem Anteil von 1,7 % an der Gesamtbevölkerung noch an dritter Stelle standen, rückte sie 2002 mit einem Anteil von 0,21 % auf den fünften Platz (MIHOK 1999, S. 73; STEFANESCU 2005, S. 156).

Rumänien war nie in der Geschichte ethnisch so homogen wie heute: 1977 hatten die Rumänen einen Anteil von 88 % und 2002 von 91 %. Der Anteil der ungarischen Minderheit ist von 8 % (1977) auf 6,6 % zurückgegangen. Dass es dennoch nach 1990 heftige Auseinandersetzungen um die Rechte der Minderheiten gab, liegt also nicht an einer demographischen Bedrohung der Mehrheitsgruppe durch die Minderheiten.

Das erste postkommunistische Parlament reizte mit sinnlosen Provokationen die ungarische Minderheit: So wurde etwa 1990 als nationaler Feiertag der 1. Dezember bestimmt, der für viele Ungarn ein Trauertag ist, weil es der Jahrestag der Abtrennung Siebenbürgens von Ungarn im Jahr 1918 ist (MATEI 2004, 105 ff.). Ungarische Feiern zum Jahrestag der 1848-Revolution waren im März 1990 Anlass zu Massendemonstrationen in Târgu Mures, bei denen es zu Ausschreitungen mit fünf Toten kam. Sie dienten zur Rechtfertigung, um den neuen so genannten Rumänischen „Informationsdienst“ SRI zu errichten, der vor allem aus Angehörigen der Securitate bestand (GALLAGHER, 1995, S. 88–104).

Als die neue Verfassung 1990/91 diskutiert wurde, wandten sich die Vertreter der Ungarn erfolglos gegen die Übernahme des Art. 1 aus der Verfassung von 1923. Rumänien wird darin als „unabhängiger, einheitlicher und unteilbarer Nationalstaat“ bezeichnet, in dem die nationale Souveränität dem „rumänischen Volk“ gehört (TONTSCH 2004, S. 4). Die UDMR plädierte statt der Formulierung „rumänisches Volk“

für „rumänische Staatsbürger“ (Rusu 2007, S. 69). Sie wandte sich auch dagegen, dass im Art. 13 nur Rumänisch als zulässige Amtssprache angeführt wurde. In den Auseinandersetzungen der folgenden fünf Jahre zeigte sich, warum hierbei von der rumänischen Regierung keine Zugeständnisse gemacht wurden. Rumänische Politiker konnten die Machtpositionen weitgehend monopolisieren und ahndeten jegliche Forderung nach Dezentralisierung. Forderungen nach der Zulassung des Ungarischen als zweiter Amtssprache in den zwei von ihnen mehrheitlich bewohnten Regionen galten nun als Verletzung der Verfassung. In den Berichten des SRI wurden 1994 Kontakte der UDMR mit ausländischen Organisationen als verfassungsfeindlich und „Gefahr für die nationale Sicherheit“ eingestuft (МІНОК, 2004, S. 378).

Als die UDMR 1993 einen Entwurf für ein Minderheitengesetz vorlegte, mit dem kollektive Rechte verankert werden sollten, wurde dies in rumänischen Medien als Schritt zur Sezession gebrandmarkt (PONS, 1999, S. 126). Um dem Ausland zu demonstrieren, dass die Minderheiten nicht diskriminiert würden, richtete die Regierung der Ex-Kommunisten um Iliescu den Rat für nationale Minderheiten ein, der nur eine Beratungsfunktion hat. Allen Minderheiten wurde ein Parlamentsvertreter zugestanden. Diese auf den ersten Blick demokratische Lösung bedeutet, dass auch Vertreter von sehr kleinen und stark assimilierten Gruppen als Gegengewicht gegen die Ungarn ins Feld geführt werden (OPRESCU 2005, S. 30 f.).

Besonders heftig waren die Auseinandersetzungen mit der ungarischen Minderheit zwischen 1994 und 1995, als die Regierung Iliescu nur noch mit der Unterstützung der ultranationalistischen Parteien PUNR und Partei Großrumänien (PRM) regieren konnte. Besonders in jenen Jahren überboten sich die Politiker mit patriotischen Äußerungen in der Debatte über neue Lehrbücher. Die „Geschichte der Rumänen“ sollte ihrer Meinung nach auf drei Säulen gesetzt werden: Priorität, Kontinuität und Unabhängigkeit (MURGESCU 2002, S. 286). Damit verteidigten sie die Leitlinien des rumänischen Nationalkommunismus, der sich gegen die Minderheiten und die Sowjetunion gerichtet hatte. Sie behaupteten nun, dass das Rumänentum durch Aktionen von Ungarn, Juden und Roma gefährdet sei, die angeblich vom Westen finanziert würden (VOICU 2000, S. 63). Besonders sichtbar wurde die Stimmungsmache in der Glorifizierung von Marschall Antonescu, nach dem viele Straßen benannt wurden. Da er die Deportation der Juden und Roma initiiert hatte, war dies auch eine Provokation dieser Minderheiten (HAUSLEITNER 2007, S. 280 f.).

Erst als 1996 die Allianz der „Demokratische Konvention“ unter Ministerpräsident Emil Constantinescu an die Macht kam, entspannte sich

die Lage. Durch die Einbeziehung von Vertretern der UDMR in die Regierung konnten viele Streitfragen pragmatisch gelöst werden wie etwa mehrsprachige Ortsschilder (RUSU 2007, S. 75 ff.). Die Ungarn erhielten nach längeren Auseinandersetzungen weitgehende Zugeständnisse im Bildungswesen, nur die Forderung nach einer ungarischen Universität stieß auf Widerstand (CIZEK 2000). Unter der nachfolgenden Regierung der zu Sozialdemokraten gewendeten Ex-Kommunisten wurde die UDMR erneut heftig angegriffen. Hintergrund war das in Ungarn verabschiedete so genannte Statusgesetz für auswärtige Ungarn, für das die UDMR verantwortlich gemacht wurde. Als in Ungarn 2001 Angehörige der ungarischen Minderheit spezielle Ausweise und einige Vergünstigungen auf dem Arbeitsmarkt erhielten, erklärten einige Rumänen dies zur „nationalen Demütigung“. Aufgrund von Protesten in Ungarn wurden 2002 die Vergünstigungen stark verringert. (DE NÈVE 2007, S. 265; OPRESCU 2005, S. 96 f.)

### **2.2.3.2 Veränderungen durch die NATO und EU**

Der Kurs der Regierung Constantinescu zur Integration Rumäniens in die NATO und EU wurde von den nachfolgenden Regierungen nicht mehr in Frage gestellt. Im Vorfeld der Aufnahme Rumäniens in die NATO waren einige Bedingungen wie der Abschluss von Nachbarschaftsverträgen gestellt worden. Die Verhandlungspartner aus den USA verlangten auch die Beendigung des Antonescu-Kultes (SHAFIR 2002, S. 97). Unter diesem Druck wurde zum Beispiel ein Mitglied des rumänischen Generalstabs abgesetzt, nachdem er im Juni 2001 gemeinsam mit Vertretern der Partei Großrumänien in Uniform an der Weihung einer Antonescu-Büste teilgenommen hatte. General Mircea Chelaru hatte 1990 jene Armeegruppe geführt, die zu spät in Târgu Mureş eingriff, und leitete danach die Abteilung Konterspionage im neuen Sicherheitsdienst SRI (ANDREESCU, S. 19 f.). Im Hinblick auf Rumäniens NATO-Mitgliedschaft wollte die USA jene Führungskader im Armeeapparat zurückdrängen, die unter Ceauşescu eng mit arabischen Terroristen kooperiert hatten und nach 1990 offen rechtsradikale Positionen vertraten. Besonders diese Kräfte hatte die SRI dazu benutzt, um die ungarische Minderheit als Bedrohung darzustellen. Um ihr Kontrollnetz zu legitimieren, behaupteten sie, dass die staatliche Autorität in den Landkreisen Harghita und Covasna, die eine breite ungarische Mehrheit haben, in Auflösung begriffen sei. (ANDREESCU 2003, S. 90). Parlamentarier der Partei Großrumänien und einige andere wandten sich 2001 im Parlament gegen ein Verbot von antisemitischer Propaganda und behaupteten, dass es keinen rumänischen

Holocaust gab. Staatspräsident Ilescu wollte nun die Partei Großrumänien schädigen, die bei den Wahlen von 2000 mit 20 % der Stimmen zweitstärkste Kraft geworden war und deren Präsidentschaftskandidat sogar 33 % erhalten hatte (GALLAGHER 2005, S. 293 und S. 297). Er ließ eine internationale Expertenkommission dieses Thema studieren. Sie legte 2004 einen Bericht vor, der eine eingehende Analyse der Massenmorde und Deportationen von Juden und Roma und heftige Kritik an den rechten Stimmungsmachern aus der Partei Großrumänien enthält (COMISIA 2005). Der Führer der Partei Großrumänien Corneliu Vadim Tudor versuchte einzulenken und fuhr demonstrativ nach Auschwitz, womit er seine Anhänger verunsicherte. Bei den Wahlen 2004 konnte seine Partei nur noch 13 % der Stimmen erringen. Bei den Wahlen zum Europaparlament blieb sie unter der Fünfprozenthürde. Ein von ihr abgespaltener Flügel behauptet, dass eine halbe Million Israelis sich rumänische Pässe besorgt hätten, um EU-Bürger zu werden und nun den Staat unterwandern würden (TOTOK 2002, S. 18).

Nach langem Tauziehen wurde 2006 das Dekret gegen rassistische Hetze von 2002 durch beide Parlamentskammern gebilligt. Antisemitische Äußerungen sind in rumänischen Medien seltener anzutreffen (FLORIAN/GUŞU 2007). Aber unter den Historikern gibt es noch Nationalisten, welche die Verfolgung der Juden verzerrt darstellen. So etwa gaben zwei rumänische Hochschullehrer 2006 in einem englischsprachigen Lehrbuch die Zahl der jüdischen Opfer von 1941 mit 500 an, während die Expertenkommission sie auf mindestens 60.000 bezifferte (POP/BOLOVAN 2006, S. 607). Der ehemalige Senator der Partei Großrumänien Gheorghe Buzatu wiederholte 2008 seine Ansicht, dass Antonescu den Krieg an der Ostfront zur Reintegration der verlorenen Gebiete führte (MORARU/PETRENCU 2008, S. 8).

Durch solche Fälschungen ist niemand bedroht. Anders sieht es mit den akuten Problemen der Roma-Bevölkerung aus, die noch unzureichend angegangen werden. Zwar gibt es keine Pogrome mehr wie Anfang der 1990er Jahre (ZAMFIR 1993). Die in den Berichten der EU immer wieder kritisierten Missstände wurden seit 2000 von der Regierung zumindest insoweit zur Kenntnis genommen, dass durch einen Erlass ethnische Diskriminierung geahndet wird. Ein dem Ministerpräsidenten direkt unterstelltes Amt erarbeitete ein auf zehn Jahre angelegtes Förderprogramm (SERGIU 2007, S. 86) Aber selbst hochrangigen Politikern fehlt noch das Fingerspitzengefühl für dieses Thema. Als in Italien nach dem Mord eines Rom aus Rumänien viele ausgewiesen wurden, schlug etwa der Außenminister Adrian Cioroianu im November 2007 vor, „Rumänen möge in der ägyptischen Wüste Land für ein Straflager erwerben. Dorthin sollten ,alle Personen deportiert

werden, die in Italien straffällig geworden sind'(...)" (FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung – v. 17.11.07). Über diese Äußerung gab es in Rumänien wenig Empörung. Cioroianu trat im April 2008 wegen eines anderen Versagens zurück (ADZ – Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien – v. 14.4.08).

Es fehlt noch stark an der Einsicht, dass alle Kräfte für die Integration der Roma aufgebracht werden müssten, von denen 52 % in extremer Armut leben (KRAUSS 2007). Ihre Anzahl ist nicht auszumachen, weil aus Angst vor Diskriminierung nur etwa eine halbe Million sich 2002 als Roma eintragen ließen. Rumänische Soziologen schätzen, dass es zwischen 1,8 bis 2,5 Millionen Roma gibt, was einem Anteil von 5-7% entspräche (OPRESCU 2005, 218). Viele Organisationen treten in ihrem Namen auf, doch oft ist ihre praktische Arbeit dürftig. Die meisten Probleme der Roma sind sozialer Art: die hohe Arbeitslosigkeit und ihre Benachteiligung bei der Restitution des Bodenbesitzes. Die kulturellen Fragen sind noch schwerer zu lösen, da nur 40 % Romanes können. Ein sehr großer Anteil der Roma-Kinder wird in schlecht ausgestattete Sonderschulen abgeschoben (МИНОК 2002, S. 98). Durch Rumäniens Eintritt in die EU gäbe es Mittel für Förderprogramme, doch oft erreichen diese nicht die diejenigen, die das schlechteste Los gezogen haben.

Viele Anliegen der Minderheiten, die in den neunziger Jahren von rumänischen Nationalisten zurückgewiesen wurden, sind inzwischen auf pragmatische Weise gelöst worden: Es gibt mehrsprachige Ortschilder, Angehörige der Minderheiten haben in den Lokalverwaltungen wichtige Positionen inne und können ihre Muttersprache gebrauchen (CERNICOVA/GHINEA 2002). Durch die Verfassungsrevision von 2003 steht ihnen dieses Recht auch vor Gericht zu. Im Bildungssektor wurde viel erreicht. Doch es gibt kein Minderheitengesetz, und die Formulierung der Verfassung, die „territorialen Separatismus“ unter Strafe stellt (Art. 13, P. 7), wird dazu gebraucht, eine Diskussion über regionale Selbstverwaltung zu verhindern. Bisher wurden territoriale Autonomie und kollektive Rechte vor allem für die Szeklerregion gefordert. Die Gegner argumentieren mit der Gefahr des Staatszerfalls. (TONTSCH 2007, S. 203). Aufgrund der langen zentralistischen Tradition Rumäniens beginnt erst langsam eine Debatte über die Besonderheiten der Regionen. Es ist zu hoffen, dass die Förderungen der EU für Regionen diese voranbringen und dass bei Förderungen darauf geachtet wird, dass alle Ethnien eingebunden werden.

## 2.2.4 Bibliographie

- ACHIM, V. (2001): The Romanian Population Exchange Project Elaborated by S. MANUILA in October 1941. In: *Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento*, XXVII. S. 593–617.
- ANDREESCU, G. (2003): *Extremismul de dreapta în România*. Cluj.
- CERNICOVA M./ GHINEA, A. (2002): Local administration – an important playground for Ethnic Minorities in Romania. In: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): *National Minorities in South-East-Europe. Legal and Social Status at Local Level*. Zagreb.
- CIZEK, A. (2000): Aktuelles zum Problem der Koexistenz von Rumänen und Magyaren in Rumänien. In: LINAU, C./STEINDORFF, L. (Hrsg.): *Ethnizität, Identität und Nationalität in Südosteuropa*, München. S. 189–205.
- Comisia Internațională pentru studierea holocaustului în România: Raport final. Iași 2005.
- DURANDIN, C. (1994): *Histoire de la nation roumaine*. Bruxelles.
- DURANDIN, C. (1998): *Istoria Românilor*, Iași.
- FLORIAN, A./GUSU C. (2007): *Manifestari de anti-Semitism si negare a holocaustului in mass-media*. București.
- GALLAGHER, T. (1995): *Romania after Ceaușescu. The Politics of Intolerance*. Edinburgh.
- GALLAGHER, T. (2005): *Furtul unei națiuni. România de la comunism încoace*. București.
- HAUSLEITNER, M. (2001): Die Rumänisierung der Bukowina. Die Durchsetzung des nationalstaatlichen Anspruchs Großrumäniens 1918-1944. München.
- HAUSLEITNER, M. (2002): Intervention und Gleichstellung – Rumäniens Juden und die Großmächte 1866–1923. In: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts*, I, S. 475–531.
- HAUSLEITNER, M. (2004): Minderheitenpolitik in Großrumänien zwischen 1918 und 1944. In: SCHIPPEL, L. (Hrsg.): *Im Dialog: Rumänistik im deutschsprachigen Raum*. Frankfurt. a. M. S. 361–376.
- HAUSLEITNER, M. (2005): *Deutsche und Juden in Bessarabien 1814–1941. Zur Minderheitenpolitik Russlands und Großrumäniens*. München.

- HAUSLEITNER, M. (2007): Minderheitenprobleme aus der Sicht von Historikern – das rumänische Beispiel. In: HELLER, W. u. a. (Hrsg.): Ethnizität in der Globalisierung. München. S. 277–301.
- IANCU, C. (1996): Evreii din Romania de la excludere la emancipare 1866–1919. Bucuresti.
- ILLYÉS, E. (1981): Nationale Minderheiten in Rumänien. Siebenbürgen im Wandel. Wien.
- KENDI, E. (1992): Minderheitenschutz in Rumänien. München.
- KOLAR, O. (1997): Rumänien und seine nationalen Minderheiten 1918 bis heute. Wien u. a.
- KRAUSS, J. (2007): Integration mit Widerständen. Die Roma in Rumänien. In: Osteuropa, 57. Jg., H. 11. S. 241–251.
- LIVEZEANU, IRINA (1995): Cultural Politics in Greater Romania 1918–1930. Ithaca. London.
- MATEI, S. (2004): The Post-Communist Ethos in Romania. From Nationalism to Privatism. In: Problems of Post-Communism, vol. 51, H. 2. S. 40–47.
- MIHOK, B. (1990): Ethnostratifikation im Sozialismus, aufgezeigt an den Beispielländern Ungarn und Rumänien. Frankfurt. a. M. u. a.
- MIHOK, B. (1999): Vergleichende Studie zur Situation der Minderheiten in Ungarn und Rumänien (1989–1996) unter besonderer Berücksichtigung der Roma. Frankfurt a. M. u. a.
- MIHOK, B. (2002): Länderbericht Rumänien. In: Friedrich Ebert Stiftung: The Roma Population in South Eastern Europe. Reșița. S. 93–108.
- MIHOK, B. (2004): Die rumänische Minderheitenpolitik 1990 bis 2003. In: SCHIPPEL, L. (Hrsg.): Im Dialog: Rumänistik im deutschsprachigen Raum. Frankfurt. a. M. S. 377–388.
- MÜLLER, D. (2005): Staatsbürger auf Widerruf. Juden und Muslime als Alteritätspartner im rumänischen und serbischen Nationscode 1878–1941. Wiesbaden.
- MORARU, A./PETRENCU, A. (2008) (Hrsg.): Mareșalul Ion Antonescu și Basarabia 1941–1944. Iași.
- MURGESCU, M.-L. (2002): “Fatherland” and “Nation” for Schoolchildren Textbooks and the Concept of Nationhood in Romanian Schools. In: Centre for Study of the Imaginary: Nation and National Ideology. Past, Present and Prospects. Bucharest. S. 266–287.

- DE NÈVE, D. (2007): Internationale Einflüsse auf staatliche Minderheitenpolitik. In: HELLER, W. u. a. (Hrsg.): *Ethnizität in der Globalisierung*. München. S. 257–255.
- OPRESCU, D. (2005): *Un pas greșit în direcția cea bună. Minoritățile naționale din România 1990-2005*. București.
- PONS, E. (1999): *Țigani din România. O minoritate în tranziție*. București.
- POP, I.-A./BOLOVAN, I. (2006) (Hrsg.): *History of Romania. Compendium*. Cluj-Napoca.
- RUSU, I. (2007): Minderheitenschutz in Rumänien. In: *Europa Ethnica*, H. 3–4. S. 67–80.
- SCURTU, I./BOAR, L. (1995) (Hrsg.): *Minoritățile naționale din România 1918–1925. Documente*. București.
- SCURTU, I./DORDEA, I. (1996) (Hrsg.): *Minoritățile naționale din România 1925–1931. Documente*. București.
- SERGIU, C. (2007): Assessing the efficiency of EU conditionality in the area of minority protection. The case of Romania. In: *Europa Ethnica*, H. 3-4. S. 81–91.
- SHAFIR, M. (2002): Între negare și trivializare prin comparație. Negarea Holocaustului în țările postcomuniste din Europa Centrală și de Est. Iași.
- STEFANESCU, P. (2005): Ethnicity and Educational Policies in Romania. In: GENOV, N. (Hrsg.): *Ethnicity and Educational Policies in South Eastern Europe*. Berlin/Sofia. S. 154–171.
- STERBLING, A. (1997): Zur Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien. In: DERS.: *Kontinuität und Wandel in Rumänien und Südosteuropa*. München. S. 71–84.
- STERN, F. (1988): *Bismarck und sein Bankier Bleichröder*. Reinbek.
- SUNDHAUSSEN, H. (1997): Nation und Nationalstaat auf dem Balkan. Konzepte und Konsequenzen im 19. und 20. Jahrhundert. In: ELVERT, J. (Hrsg.): *Der Balkan. Eine Krisenregion*. Stuttgart. S. 77–90.
- TONTSCH, G. H.: Minderheitenschutz im östlichen Europa. Rumänien. Unter: [www.uni-koeln.de/jur-fak/ostrecht/minderheitenschutz](http://www.uni-koeln.de/jur-fak/ostrecht/minderheitenschutz).
- TONTSCH, G. H. (2007): Einflüsse internationaler Vorgaben auf nationale Minderheitenpolitiken aus juristischer Sicht. In: HELLER, W. u. a. (Hrsg.): *Ethnizität in der Globalisierung*. München. S. 197–209.
- TOTOK, W. (2002): Mystifikationen, Verfälschungen und Verdrehungen. Rechtsradikalismus und Revisionismus in Rumänien (III). In:



Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik. 14. Jg., H. 2, Dinklage. S. 19–42.

VOICU, G. (2000): Zeii cei răi. Cultura conspirației în România post-comunistă. Iași.

ZAMFIR, E./ZAMFIR, C. (1993): Țiganiii între ignorare și îngrijorare. București.



### **3 ZU ÖKONOMISCHEN UND SOZIALEN PROBLEMEN**



### **3.1 Spatial pattern of the unbalanced social-economic development of the Republic of Moldova**

*Alexandru Muravschi, Ion Osoian, Stela Corobceanu*

#### **3.1.1 Summary**

Being a developing country, Moldova is characterised by an uneven spatial distribution of development opportunities. The pattern of inequalities distribution over the territory of Moldova is not random but is a result of various processes that occurred in the regions over time. The existing economic and social territorial inequalities have roots long back in the soviet times, when small cities somehow fitted into the network of industrial plants with determined sale markets all over the URSS. The de-urbanisation process favoured an accelerating gap in economic and social development between the largely rural regions and the two major cities Chişinău and Bălţi. Certainly, the economic development is generally uneven at many different levels, and such differences are inevitable for any country. However, the difference between Moldova and other post-socialist developing countries is that the concentration of economic activity in the capital city is generally higher than is usual for most capital cities, and especially for capital cities in under-developed European countries.

That paper portrays the patterns of social-economic imbalances of Moldova's development in a territorial perspective. First, it outlines the recent developments of the approach of Moldova's Government to regional policy. Further it critically analyses the spatial patterns of economic activities in Moldova. Finally it researches the social dimensions of Moldova's spatial development.

#### **3.1.2 Regional development policy of the government of the Republic of Moldova**

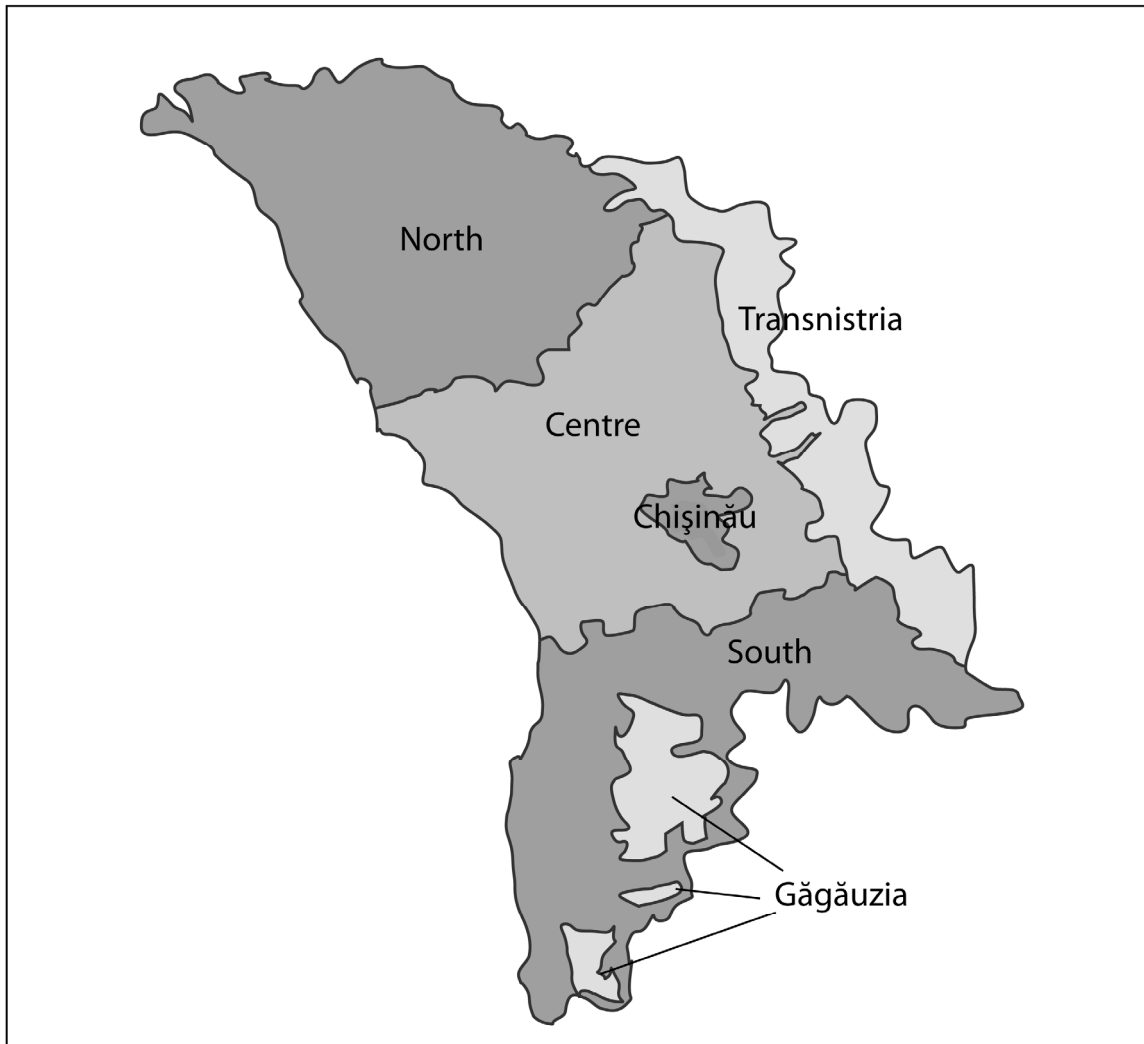
The regional development policy of Moldova was predominantly the preoccupation of donor community<sup>1</sup> and researchers and less of governments that ruled the country after the declaration of independence. As a rule, the sub-national development was put under the control

---

<sup>1</sup> Represented by international organisations offering technical and financial development assistance to the Moldovan Government, i.e. DFID, EU, SIDA, UNDP, USAID, World Bank, a.o.

of the administrative-territorial organisation, and it changed when bigger counties replaced smaller districts and vice versa, being understood as sporadic urbanism and territorial arrangements (OSOIAN 2008, p. 1).

Fig. 1: Development regions of the Republic of Moldova



The government has established the goal and strategic objectives of the regional development policy and actions needed to implement this policy for the first time in late 2001 in the medium-term strategy of socio-economic development of the Republic of Moldova (until 2005). Although the strategy stipulated the consideration of the opportunity to set up a regional development fund, which could finance various investment projects on infrastructure development and conditions to attract non-budgetary investments in disadvantaged areas, budgetary regulations adopted before 2007 had not stipulated such a fund. The 2009 state budget law foresees 156 million lei (about 14 million US \$). Under legislation, at least one percent of the state budget incomes will

be allocated to the National Fund for Regional Development every budgetary year, and it may be supplemented by donors and private sector.

The National Development Strategy for 2008–2011 identified regional development as one of five key national priorities, with an overarching goal of “implementing a balanced and sustainable social and economic development all over the country by coordinating efforts within development regions”.

Regional Development Policy targets the entire territory of the Republic of Moldova and will be implemented in two phases. During the initial phase (2008–2010) the efforts of the government are focused upon building capacity and conditions for development within three development regions – North, Centre and South. At a later stage (2011–2018), regional development actions will be supported in Transnistria and in the Autonomous Territorial Unit Găgăuzia development regions (Fig. 1).

### **3.1.3 Spatial patterns of economic activities in Moldova**

The economic decline since 1990 hit certain industries and sectors more than others and disrupted previous trade and distribution patterns, thus exacerbating certain territorial disparities. As the draft of the National Strategy for Regional Development ([www.mapl.gov.md](http://www.mapl.gov.md)) points out, imbalances in economic and social development contributed to the emergence of serious problems in the development of localities, including (i) the concentration of development and growth trends in Chişinău; (ii) the decline of towns; (iii) the under-development of rural communities. Addressing these problems would be the main challenge for regional development policy.

The most significant and most obvious economic and social disparity in the Republic of Moldova is between the municipality of Chişinău and the rest of the administrative-territorial units. It is indisputable that Chişinău is the key centre of wealth creation, employment, consumption, tax revenue, and also public expenditure. Its inhabitants generally enjoy a significantly higher standard of living than those in the rest of the country. Concerning almost all available and relevant indicators, people living outside Chişinău are relatively less favoured.

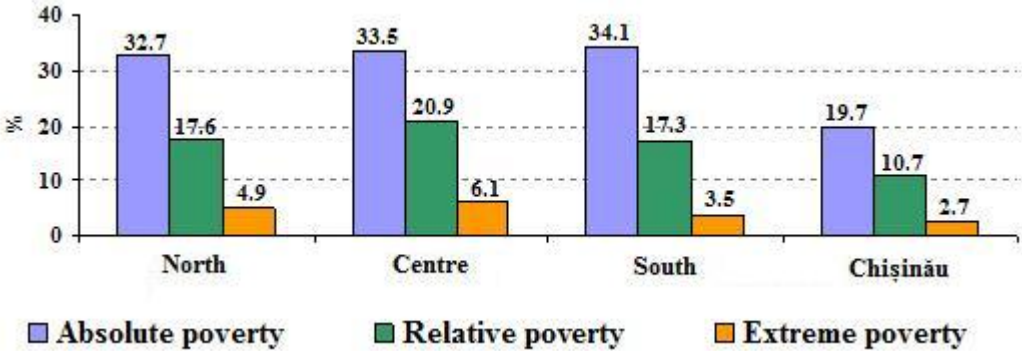
As it was proved in the Economic Development Report, drawn by Stewart MacNeill and Adrian Campbell, with the contribution of Galina Selari, the country’s GDP most significant (approx 35 %) element is represented by remittances from Moldovans working abroad. The

2004 census indicated that 11.2 % of the working age population worked abroad, and 92 % of them have been drawn from the areas outside of Chişinău municipality. The remittances have led to increased imports, two-thirds of tax revenue being derived from the VAT (value added tax) and tariffs on imported goods. This factor influences the general tendency of economic development trends, related to direct incentives for policies to actively develop local sectors in order to substitute the imports in areas where there is a clear demand.

Wage levels are low – the average monthly wage in the country as a whole is € 124.3 (2007), the situation shows even a worse picture being disaggregated, – the Central region’s average salary counts approx. 60 % of it, South 69 %, North 81 %<sup>2</sup>. Whilst this gap does not seem particularly significant these averages disguise a significant level of poverty in many of the rural areas. Although living costs are also low, levels of poverty are significant. Despite overall increases of the salary levels in the course of recent years the numbers of people with incomes below the international poverty line (€ 1.7 per day) is almost one-third.

With small particularities, living standards are roughly equivalent in the three development regions, but higher in the main city where, for example, the proportion of the population described as living in absolute poverty stands at 20 % compared with approximately one-third in the regions.

Fig. 2: Levels of poverty in the Development Regions, 2006



Source: SELARI 2008.

<sup>2</sup> Or, € 74.1 in Center, € 86.3 South and € 100.5 in North. Average monthly salaries in Chişinău and Bălţi are € 162 and € 136.



The concern is that the two largest cities (Chişinău and Bălţi) continue to develop more rapidly whilst other parts of the country are falling behind and the gap in economic and social development is accelerating.

It is a recognised reality that economic, cultural and scientific activity tends to concentrate in regions with more developed infrastructure and higher living standards. So, it is important that regional development policy promotes the development of provincial towns as multi-functional urban centres, capable of providing services and functions for the districts around them that would otherwise only be available by travelling to Chişinău.

Table 1: Main indicators of SMEs development, 2007

Development Regions	Number of enterprises		Number of enterprises per 1000 citizens	Average annual number of personnel		Sales return	
	Total (1000)	% of the total number of enterprises in the territory		Total (1000)	% of the total number of wage-earners in the territory	Total, MDL million	Per capita, MDL
North	5.2	98.0	5.1	65.9	58.4	8262.8	8116.7
incl. Bălţi mun.	1.7	98.1	11.5	16.2	47.3	3429.9	23159.4
Centre	5.2	98.5	4.9	53.1	68.5	7033.3	6595.4
South	2.0	97.6	3.7	28.3	62.7	2806.2	5163.2
mun. Chişinău	25.9	98.4	33.0	183.2	57.8	47159.8	60068.5
ATU Găgăuzia	1.0	97.9	6.3	13.1	60.9	1524.7	9547.3
Republic of Moldova	39.3	98.3	11.0	343.6	59.8	66786.8	18693.6

Source: SELARI 2008.

Two-thirds of enterprises are concentrated in Chişinău. The average number of registered small and medium enterprises (SMEs) is also very low – with an average of 11 enterprises per 1000 population of the Republic of Moldova (in Chişinău respectively 33 per 1000, compared with the regions' average of about 5 per 1000 population) (see Table 1), – compared with the EU average of 70 per 1000. Some 42 %

of small and medium enterprises<sup>3</sup> in Moldova are classified in retail, the rest of them being specialized in food processing, manufacturing, construction, etc. A further concern is that in some areas there are no enterprises of any kind – not even shops. Thus a particular priority is the development of business in the rural areas, the founding and subsequent growth of small enterprises being vital for economic competitiveness and growth.

Important are the labour force skills as a key development parameter. In Moldova the added dimension of major outward migration has led to a de-skilling as the best qualified persons move abroad. The problems arising from this shift of labour into overseas job markets have been particularly acute in rural areas. Low demand coupled with low skills results in low levels of activity or stagnation. It appears that the education system is inadequately geared to address the needs with much of the former vocational system being lost. The rural areas are experiencing the most problems.

To some extent such differences in development are inevitable in any state. Of course, economic activity concentrates in capital cities in proximity to the levers of power as well as to better educational, 'lifestyle' and other resources such as transport. In addition, the significant role of central government spending on employment is an important economic driver. Economic development is also stimulated by the diversity of city environments. It is a well known thesis that firms can gain economies of scale and scope through knowledge 'spill-overs' amongst them. The well-known thesis of Jacobs (1969) suggests that the gain is greatest when there are diverse, if related, trades that draw on each other and stimulate new ideas, markets and labour force development. The key for policy makers is to ensure a spread of wealth without impeding the fastest growing parts of the economy (MACNEILL/CAMPBELL 2008).

### **3.1.4 Social dimensions of Moldova's spatial development**

The social aspect should not be neglected, as regional economic growth and reducing poverty and inequality in the regions are inevitably inter-related. This part is drawn mainly on the findings of Moldova Regional Livelihoods Study developed by Pari Baumann, Ludmila Malcoci and Lisa Paglietti (2009). The study is based on qualitative methods using a livelihoods approach. The chapter also draws from the Small Area Deprivation Index 'poverty maps' that besides econo-

---

<sup>3</sup> 98 % of enterprises in Moldova are classified as SMEs.

mic deprivation data aggregates also some social indicators such as demographic, health, education and housing deprivation in communes and villages, i.e. at the level of rural areas.

As Baumann, Malcoci and Paglieti (2009, p. 9) emphasize, poverty in Moldova is distributed in a relatively uniform way across the country, possibly due to the small size of the country and the broadly similar factor endowments. The incidence of poverty is slightly higher in the centre and south than in the north but poverty incidence and characteristics have high intra-raion and intra-regional heterogeneity (see Table 2). Factor analysis had been applied to develop a domain index. This method assigns a score to each community that can then be used to rank the communities according to their level of deprivation in the respective domain. Based on the domain score, all local communities are assigned a rank from most deprived (rank 1) to least deprived Primaria (rank 843). Thus, the numbers in the Table 2 mean the average rank of all local communities in the respective region.

Table 2: Small Areas Deprivation index 2007 by Development Regions

	Overall	Income	Demographic	Economic	Health	Education	Housing	Geographic <sup>4</sup>
Centre	338	332	446	234	533	324	445	435
North	465	573	479	432	465	431	285	541
Chişinău	486	240	639	23	465	260	672	569
South	500	420	326	526	495	394	523	384
Găgăuzia	701	478	136	470	641	545	758	452

Source: SADI 2007.

<sup>4</sup> The geographic indicator concerns the remoteness of a local community and the quality of its road infrastructure. Access to markets is also very important in rural areas where the sale of produce determines the level of household income. Both the distance to a commercial center and the quality of the roads measure the level of geographic deprivation. Also, many roads cannot be used in unfavorable weather conditions, which have a negative impact on the access of the rural population to education and health services, and to the urban markets. Thus, the means to measure the geographical deprivation were: i) Average distance to market, km; ii) Average distance to the next town, km; iii) Proportion of repaired hard-surface road as percentage of total length of roads; iv) Proportion of children age 6–15 living within 2 km of secondary school of lyceum (see GASSMANN and VREMIS, 2006).

The regional characteristics in poverty differ, with the greater entrepreneurial capacities and lesser dependence on agricultural incomes or with more value added upstream development in the North, and the lack of initiative and agricultural dependency in the centre being the main extremes noted. Obviously, each region will have specific issues arising from the agricultural products and economic sectors with the most comparative advantages.

### **3.1.5 Policies and institutions**

The special policy and institutional interventions need to be done for reducing regional poverty and ensuring balanced social and economic regional development in Moldova.

Taking into account the very high level of rural population the central role in all government strategies plays the agricultural policy, particularly related to market access and land tenure. The low prices received for agricultural products, and the high price for inputs, is one of the main grievances of farmers. They consider this as policy, rather than as market issue, because they think that low prices are a consequence of a lack of infrastructure, cold storage, market information and market access. In short, they believe that the terms of trade are deliberately stacked against them in order to force them to accept low prices. These factors reduce the bargaining power of small holders and force them to rely on a small number of intermediaries and processors.

Policies related to land tenure are also considered to marginalise small holders. Moldova has a dual farm structure with the existence of a relatively small number of large corporate farms at one extreme and a very large number of small and very small family farms at the other extreme. There has been a lot of recent analysis on the structure of the agrarian sector in Moldova. The general conclusion is that smaller individual farms are on the whole more productive and more efficient than large corporate farms. The farm structure in Moldova is too polarised between very small subsistence units and a much greater concentration of land in large farms than is typical in most market economies. The policy recommendation is that the government should abandon its support of large farms, improve the operating environment for smaller producers and allow the market to reallocate land. This should result in the emergence of more medium-sized farms, which would have an international comparative advantage.

Social and employment policies have moderated the impact of transition in some areas (primary and secondary school education, child

health and poverty amongst pensioners), but not in others (poverty amongst the working age population, adult mortality, kindergarten enrolments and the marginalisation of some social groups). In general, the share of social transfers as total income has declined, and the composition of social transfers has become less pro-poor with an increase in non-monetary transfers, that are less progressive, and a decrease in the amount of targeted assistance. Many social transfers are poorly targeted and those that are well targeted are often too low to have an impact on poverty.

Financial and business sector policies do not support the poor; Moldova has a very poor operating environment for small business development. There is a remarkable number of people who have tried to start some income generating activity. The commercially active field-work participants in all three regions were struggling under the complex tax, licensing and banking requirements of their enterprises and the burden of having to make unpredictable and possibly illicit payments. For most poor people the regulatory and financial requirements of starting a small business are prohibitive, and if there is any surplus income this is used for consumption or invested in education.

The institutions responsible for implementing regional development policies will be the Regional Development Agencies (RDAs). The creation of RDAs has to start in the three regions (North, Centre and South) in the autumn 2009. But already we can say that RDAs will start with the twin disadvantages of having little money or power. Politically, they will have little power, and the financial instruments available will only be the Moldovan government's normal procurement instruments. Thus their role will be to coordinate and persuade both central government and the individual raions to utilize funds to affect regional development objectives. In the medium term they may have some grants for test or pilot projects but these will be limited in scale. However, while, under the policy direction set by the Regional Councils, individual raions may pool parts of their funding to support particular initiatives, such resources will inevitably be limited as most of funds at raion level are from the central government and are earmarked for specific purposes. The primary Regional Development legislation allows for only 1 % of the total budget to be available for economic development purposes.

This model is not unusual in Europe. For example, in the UK the RDAs were set up on a very similar basis. However, the model has some clear disadvantages. Although RDAs can set policy directions and priorities they are reliant on other organizations for implementation. Often these organizations, such as local authorities or universities are much

better resourced in terms of both their financial and human resources. The situation can lead to clashes of priorities with organizations whose main priorities lie outside economic development or whose lines of reporting are rather national than regional. At the same time a significant advantage of the model is that when priorities are identified they will be considered within organizations that have strong delivery capabilities.

It is necessary that initiatives are fair and transparent and attract real support from business and local administrations. As such they must be based on careful investigation and realistic targets. RDAs need to be strong minded enough to set strategies and balance between the contested agendas of different players. It is important that the Regional Development Councils have a balanced composition of both public and private actors is essential.

So, the success of regional development policy directed to creating conditions for balanced socio-economic development and reducing regional poverty will very much depend from the capacity of RDAs and level of local initiatives.

### **3.1.6 Conclusion**

The conclusion is that the relevance of regional development for poverty reduction lies not in the great regional disparities of poverty, but in the opportunities to invest in further development of local value chains, in human assets of development and infrastructure, information and market linkages. Especially important is to apply a holistic approach to the soft infrastructure of development, to make possible an equitable economic development in the regions, which includes

- (1) the provision of demand-led skills training in response to employer needs and region development trends;
- (2) business focused education projects, which should comprehend work ethics, Information and Communication Technology (ICT), basic entrepreneurship education and sector studies;
- (3) business advisory services support and development in the regions;
- (4) provision of access to capital and finance, because the underdeveloped and segmented credit market and the excessively high cost of credit exclude many potential small borrowers; regional development policies would be greatly improved if they could contribute towards the

identification of a real, moderate and fairly stable interest rate and of financial products that fit to the needs;

(5) catalysing the development of business and trade associations in order to increase bargaining power, access to information, advocacy capacities, etc.;

(6) focusing on social inclusion measures in the regions, encouraging the social and entrepreneurial activities especially of young, woman and retired people;

(7) improving the quality of government services for businesses on the municipality level, alleviating huge information disparity, even on the level of regulations, taxation, standardization and licensing. Regional development policies should foster the capacity of the Local Public Administration (LPA) in these fields whilst supporting its accountability to local people.

### **3.1.7 Bibliography**

BAUMANN, P./MALCOCI, L./PAGLIETTI, L. (2009): Moldova Regional Livelihoods Study. Unpublished paper. Moldova Regional Development Project. Chişinău.

GASSMANN AND VREMIS (2006): Multiple Deprivation In Rural Areas In Moldova. Development of a small area deprivation index. Report prepared for UNDP/UNICEF/SDC and Government of Moldova. SADI project. Chişinău.

JACOBS, J. (1969): The Economy of Cities. Random House, New York.

Law no 295 from 21.12.2007 approving the National Development Strategy for 2008-2011, published in Monitorul Oficial no 18–20 on 29.01.2008

Law no. 438 from 28.12.2006 on regional development in the Republic of Moldova, published in Monitorul Oficial no. 021 on 16.02.2007.

Local Economic Development: <http://www.worldbank.org/>

MACNEILL, S./CAMPELL, A. (2008): Economic Development Report. Unpublished report. Moldova Regional Development Project. Chişinău.

Ministry of Economy and Trade: Small Area Deprivation Index SADI 2007. Chişinău. <http://www.mec.gov.md>

National Strategy for Regional Development (2009–2011). Chişinău. draft: <http://www.mapl.gov.md>

OSOIAN, I. (2008): Normative and Institutional Framework of Regional Development in Moldova within the Context of Implementation of the EU-Moldova Action Plan. Policy Brief No. 2. Association for Participatory Democracy. Chisinau.

SELARI, G. (2008): Review of Regional Development in the Republic of Moldova, unpublished report, Moldova Regional Development Project: Chişinău.



## 3.2 Ungleichmäßige intraregionale Entwicklung der Nordost-Region Rumäniens

*Ioan Ianoş, Andreea-Loreta Cepoiu und Radu-Daniel Pintilii<sup>1</sup>*

### 3.2.1 Einleitung

Beginnend mit dem Jahr 2000 verzeichnete die rumänische Wirtschaft ein stetiges Wachstum, gekennzeichnet durch die Gewinnung von immer mehr ausländischen Investitionen, durch die Entwicklung insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen und durch die Revitalisierung einiger traditioneller Wirtschaftszweige wie Agrarwirtschaft und Tourismus. Die Analyse der Wirkungen dieser Veränderungen auf regionaler Ebene kann verdeutlichen, wie der Abbauprozess von regionalen Disparitäten durch wirtschaftliches Wachstum in bestimmten Zeiträumen stattfindet.

Im Gegensatz zu den meisten Studien, die sich bislang auf die Darstellung der Unterschiede auf nationaler Ebene konzentriert haben, verfolgen wir hier einen Forschungsansatz auf intraregionaler Ebene. Die Nordost-Region, identisch mit der rumänischen Entwicklungsregion Nordosten (s. Abb. 1), wurde aus zwei Gründen gewählt: Einerseits ist sie die ärmste Region des Landes, andererseits bildet sie zum größten Teil die Grenze zur Republik Moldau. Letzteres führt zu einer Reihe von Einschätzungen hinsichtlich des realen grenzüberschreitenden Kooperationspotenzials unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Außengrenze der EU an die westliche Grenze der Republik Moldau stößt.

Die Entwicklungsregion Nordosten umfasst 36.850 km<sup>2</sup> (15,46 % der Gesamtfläche Rumäniens) und zählt eine Bevölkerung von 3.732.683 Einwohnern (17,30 % der Gesamtbevölkerung des Landes). Hier ist zu beachten, dass der Anteil der Bevölkerung des ländlichen Raums über dem Landesdurchschnitt liegt (56,3 % im Vergleich zu ca. 45 %).

Alle Regionen Rumäniens weisen aktuell ein wirtschaftliches Entwicklungsniveau unter dem europäischen Durchschnitt auf, in einigen Fällen sogar um mehr als 25 % unter diesem Niveau. Unter solchen Bedingungen ist ein ungleichmäßiges Wachstum zugunsten der peripheren und armen Regionen nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Es wird mit einer Nutzung der Vorteile der besser entwickelten Regionen

---

<sup>1</sup> Aus dem Rumänischen übersetzt von Corina Anderl-Motea, bearbeitet von Wilfried Heller.

gerechnet, so dass ihre Entwicklung direkt oder indirekt die ärmeren Regionen beeinflussen wird.

In einem solchen wirtschaftlichen Kontext versucht die Analyse der intraregionalen Entwicklung der Nordost-Region Rumäniens, einer der ärmsten Regionen Europas, zu zeigen, wie Ungleichmäßigkeiten auf der Makroebene Ungleichmäßigkeiten auf der Meso- und Mikroebene generieren oder aufrechterhalten können. Außerdem befindet sich diese Region an der östlichen Grenze der EU. Eine Revitalisierung dieser Region durch eine grenzüberschreitende Kooperation wäre theoretisch möglich, sollte ein bestimmtes Entwicklungsniveau beider Nachbarstaaten einschließlich der Nachbarregionen erreicht werden. Aber gerade das Entwicklungsniveau der Nachbarregionen kann gegenwärtig weder Kooperationsprozesse in Gang setzen, noch dazu führen, Vorteile, die sich aus ihren gegenseitigen Beziehungen ergeben, zu nutzen.

Abb. 1: Entwicklungsregionen Rumäniens



Quelle: Romanian Government and European Commission: Green Paper. Regional Development Policy in Romania. Bucharest 1997. S. 37.

Die Perspektive einer Akzentuierung der Disparitäten zwischen den Nachbarstaaten durch eine schnellere Entwicklung Rumäniens und

damit auch implizit der Nordost-Region kann zum Aufbau von grenzüberschreitenden Kooperationsbeziehungen führen, welche sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zeigten.

### 3.2.2 Elemente der ungleichmäßigen regionalen Entwicklung in Rumänien

Trotz der unternommenen Anstrengungen zur Minimierung der ungleichmäßigen Entwicklung in Rumänien nach 1998, ausgelöst durch die Verabschiedung des Regionalentwicklungsgesetzes, konnte man feststellen, dass der Unterschied zwischen den reichen und den armen Regionen immer größer wird. Um das Territorialentwicklungsniveau zu zeigen, wird der Indikator Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (BIP/Einw.) als der geeignetste dafür eingesetzt. Der Wert dieses Indikators stieg im Zeitraum 1994-2005 auf nationaler Ebene von 1.324 auf 4.574 \$, was ein quantitatives Wachstum von 3.250 \$ (Tab. 1) bedeutete. Dabei ist anzumerken, dass 92 % dieses Wachstums nach 1999 registriert wurden und dass die höchsten Werte die Region Bukarest-Ilfov aufweist, gefolgt von den Regionen Westen und Zentrum. Gleichzeitig belegt die Nordost-Region seitdem kontinuierlich den letzten Platz.

Tab. 1: Bruttoinlandsprodukt/Einwohner in den Entwicklungsregionen Rumäniens 1994, 1999 und 2005 (in US \$)

Region	1994	1999	2005
Nordosten	1.130	1.172	3.128
Südosten	1.276	1.470	3.991
Süden	1.266	1.321	3.744
Südwesten	1.246	1.423	3.590
Westen	1.398	1.830	5.135
Nordwesten	1.326	1.522	4.341
Zentrum	1.383	1.695	4.700
Bukarest-Ilfov	1.729	2.706	9.722
Rumänien	1.324	1.585	4.574

Quelle: Errechnet nach INS: Anuarul Statistic al României: 2000 (S. 714–715), 2002 (S. 704–705), 2007 (S. 458–459).

Beginnend mit 1999 hätte sich die Wirkung der Regionalentwicklungspolitik theoretisch bemerkbar machen sollen. Die Analyse der statistischen Daten zeigt jedoch, dass die Wirkungen so vertauscht wurden, dass der Indikator BIP/Einw. vor dem Hintergrund des allgemeinen

Wirtschaftswachstums einen leicht stärkeren Anstieg in den entwickelten Regionen als in den ärmeren aufweist. Mit Ausnahme der Region Bukarest-Ilfov, welche von einer viel besseren Infrastruktur und einem hohen Attraktivitätspotenzial profitiert hat, beachtet die vergleichende Analyse das Verhältnis zwischen dem Jahresdurchschnitt des Wirtschaftswachstums der Regionen Westen und Nordosten und den Unterschieden als Absolutwerte. Einerseits hätte der Wachstumsdurchschnitt zugunsten der ärmeren Region ausfallen sollen, was allerdings nicht zu beobachten ist. Denn die Region Nordosten registriert einen Jahresdurchschnitt von ca. 44 %, während die Region Westen fast 47 % aufweist. Andererseits verdiente ein Einwohner der Region Westen im Jahr 2005 2.007 \$ mehr als einer aus der Region Nordosten. Im Vergleich dazu betrug die Differenz im Jahr 1999 nur 268 \$. Mit anderen Worten: Ein Einwohner der Region Westen ist durch die Regionalentwicklungspolitik um 1.749 \$ „reicher“ geworden als ein Einwohner der Region Nordosten. Dabei wurde der unterschiedliche Ausgangspunkt im Jahr 1999 berücksichtigt.

Tab. 2: Anteile der Wirtschaftssektoren an der BIP-Struktur in Rumänien (1995–2005)

Jahr	Wirtschafts- sektor	Land insg.	NO	SO	S	SW	W	NW	Zentrum	Bukarest- Ilfov
1995	Primärer	19,8	25,5	20,4	24,0	23,4	21,9	23,0	20,4	2,5
	Sekundärer	39,5	36,3	39,1	42,3	41,7	37,4	35,7	41,9	40,0
	Tertiärer	40,7	38,2	40,5	33,7	34,9	40,7	41,3	37,7	57,5
1999	Primärer	13,3	19,2	17,1	18,4	17,1	13,0	14,5	12,0	1,2
	Sekundärer	29,8	27,0	28,0	30,4	33,1	32,3	26,3	34,0	28,6
	Tertiärer	56,9	53,8	54,9	51,2	49,8	54,7	59,2	52,0	70,2
2005	Primärer	8,4	12,9	11,1	11,2	11,1	9,2	10,1	8,7	0,6
	Sekundärer	31,0	28,0	30,8	35,6	35,6	31,8	29,9	35,3	26,4
	Tertiärer	60,6	59,4	58,1	53,2	53,3	59,0	60,0	56,0	73,0

Quelle: Errechnet nach INS: Anuarul Statistic al României: 2000 (S. 714–715), 2002 (S. 704–705), 2007 (S. 458–459).

Die Analyse des Beitrags der Wirtschaftssektoren zur Bestimmung des BIP zeigt Unterschiede zwischen den reichen und den armen Regionen des Landes (Tab. 2). Der allgemeine Trend geht hin zu einer Abnahme der Bedeutung des Primären Wirtschaftssektors und zu einem allmählichen Zuwachs des Tertiären. Der Tertiäre Sektor ist in der Zeit von 1995–1999 im Vergleich zum Zeitraum bis 2005 bedeutend ge-

wachsen. In den reichsten Regionen, in Bukarest und in der Region Westen, verzeichnet der Sekundäre Sektor kontinuierlich einen Abnahmetrend, während in den anderen Regionen dieser nur in der Zeit von 1995–1999 regelmäßig sank, um später wieder leicht anzusteigen. Dies beweist eine Wiederaufnahme der Industrieaktivitäten nach 2000, als die ausländischen Direktinvestitionen in der Industrie spektakulär gestiegen sind.

In diesem Kontext wird die Nordost-Region dadurch gekennzeichnet, dass sie unter den Entwicklungsregionen Rumäniens weiterhin den größten Anteil des Primären Sektors aufweist. Dessen Beitrag zur Bestimmung des BIP liegt mit fast 13 % ein Drittel über dem Landesdurchschnitt. Der Tertiäre Sektor ist in der regionalen Wirtschaftsstruktur prozentual gestiegen, so dass diese Region die anderen besser entwickelten Regionen, wie die Region Zentrum, überholte. In Wirklichkeit hat dieser Sektor aber einen viel niedrigeren Absolutwert, und dieser Sektor zeichnet sich durch einfache Wirtschaftsaktivitäten aus.

Die vergleichende Analyse der Kreise Rumäniens macht mit Hilfe des Indikators BIP viel besser die armen Gebiete im Osten und Süden des Landes erkennbar. So stellt man zwischen 1994 und 2005 eine deutlichere Angleichung der Kreise mit einem niedrigeren BIP/Einw. fest. Während im Jahr 1994 nur die Kreise Vaslui und Botoșani die niedrigsten Werte aufzeigten, kamen 2005 die Kreise Neamț und Suceava hinzu, alle mit weniger als 3.000 \$/Einw.

Das Angleichungsphänomen erfolgte nicht durch eine Verlangsamung des Entwicklungsprozesses, sondern durch das in diesen Kreisen registrierte niedrige Tempo im nationalen Vergleich. Anders gesagt: In diesem Zeitraum fand eine Vergrößerung der Differenz zwischen den besser entwickelten Kreisen der Region, Iași und Bacău, und den anderen Kreisen statt. Diese ungleichmäßige Entwicklung ist insbesondere auf die Rolle der Stadt Iași hinsichtlich der Gewinnung von Investitionen zurück zu führen, aber auch auf die größere Attraktivität des Kreises Bacău (bessere Verkehrslage, mannigfaltigere Ressourcen und einige traditionsreiche Industriezweige). Dieser Unterschied ist dennoch nicht ausreichend, um eine starke räumliche Diffusion der Entwicklung zu bewirken, so dass in nächster Zeit eine Zunahme der Disparitäten auf Kreisniveau zu erwarten ist.

### **3.2.3 Aktuelle Entwicklung einiger Wirtschaftselemente**

Die Wirtschaft der Nordost-Region basierte in den 1950er und 1960er Jahren vor allem auf der Agrarwirtschaft. Trotz ihres wichtigen Poten-

zials blieb das Lebensniveau der Einwohner niedrig. Im Zeitraum 1965–1989 fand eine extensive Industrialisierung statt, gekennzeichnet durch den Aufbau von großen Industrieanlagen im urbanen Raum oder in den stadtnahen ländlichen Ortschaften. Der erste Effekt dieser forcierten Industrialisierung war offenkundig die Reduzierung der Migration in weit entfernte Regionen und eine Reorientierung der Migration hin zu den Städten der Region. Das führte zu einem explosiven Bevölkerungswachstum in den Großstädten, insbesondere in den Kreishauptstädten, die bis 1968 nicht den Status einer Regionshauptstadt hatten (Vaslui, Piatra Neamț, Botoșani).

Die Abschaffung der nach sowjetischer Prägung eingerichteten Regionalstrukturen und die Wiederherstellung der traditionellen Kreise-Struktur schienen positive Ergebnisse zu bringen. Statistisch gesehen gab es Tendenzen einer Angleichung des Entwicklungsniveaus der Kreise. Leider wurde diese Entwicklung nur durch die Perspektive des globalen Industrieproduktionsniveaus betrachtet, das zum Hauptkriterium für die Messung des Territorialentwicklungsprozesses der gesamten kommunistischen Periode wurde. Die Orientierung der Landesressourcen auf den Aufbau von Industrieanlagen, um Arbeitsplätze für die überschüssige arbeitsfähige Landbevölkerung zu schaffen, hat sich später als Fehlschlag erwiesen.

Die Anzeichen des Misserfolgs der Industrialisierungspolitik wurden Anfang der 1980er Jahre sichtbar, als man versuchte, den Industrialisierungsprozess der kleinen und mittelgroßen Städte sowie die Entwicklung der kleinen Industriebetriebe und der Betriebe der Kunstgewerbeindustrie voranzubringen. Solche Betriebe entstanden in den Kleinstädten ohne Industrietradition wie in Negrești, Săveni, Siret, Darabani, Târgu Frumos usw. sowie in manchen Dörfern wie Flămânzi, manchmal ohne Berücksichtigung der lokalen Rohstoffvorkommen oder der Frage, ob eine Tradition, diese Rohstoffe zu verarbeiten, besteht.

Diese Entwicklung hätte zu einer wirtschaftlichen Revitalisierung des Landes führen können, vorausgesetzt, sie hätte parallel zu einem Privatisierungsprozess stattgefunden, damit die Kleinbetriebe in flexible Betriebe mit einer Direktverantwortung ihrer Manager hätten umgewandelt werden können. Gerade dies wäre aber inkompatibel mit dem utopischen Modell der sozialistischen Entwicklung jener Zeit gewesen. Unter den Bedingungen der staatlichen Betriebe mit Betriebsleitern, die nicht immer den beruflichen Anforderungen entsprachen, war der territoriale wirtschaftliche Effekt temporär und unbedeutend. Die Region Nordosten profitierte aber von solchen Betrieben. Denn diese fungierten als Zulieferer der Großbetriebe der Großstädte, meistens der

Kreishauptstädte. Diese Beispiele beziehen sich auf Betriebe unterschiedlicher Branchen der Städte Iași, Vaslui, Botoșani, Bacău und Suceava.

Im letzten Jahrzehnt nahm der Beschäftigungsgrad der erwerbstätigen Bevölkerung der Nordost-Region einen ähnlichen Verlauf wie derjenige der anderen Entwicklungsregionen Rumäniens (Abb. 2), wobei die wirtschaftliche Entwicklung im Zeitraum 2000-2002 einen Rückgang erfuhr. Damals fand eine Restrukturierung der Gesamtwirtschaft statt, angeregt durch direkte ausländische Investitionen mit bedeutendem Einfluss auf die arbeitsfähige Bevölkerung. 2007 zählte die erwerbstätige Bevölkerung 61,3 % der erwerbsfähigen Gesamtbevölkerung. Im Vorjahr waren es 60 % (Abb. 2).

Abb. 2: Beschäftigungsgrad der erwerbsfähigen Bevölkerung (prozentualer Anteil an der erwerbsfähigen Gesamtbevölkerung) in den Entwicklungsregionen Rumäniens 1999–2007 (%)

Entwicklungsregionen Rumäniens:

1. Nordosten, 2. Südosten, 3. Süden, 4. Südwesten, 5. Westen, 6. Nordwesten, 7. Zentrum, 8. Bukarest-Ilfov



Quelle: Errechnet nach INS: Anuarul Statistic al României: 2005 (S. 152–159), 2008 (S. 154–165).

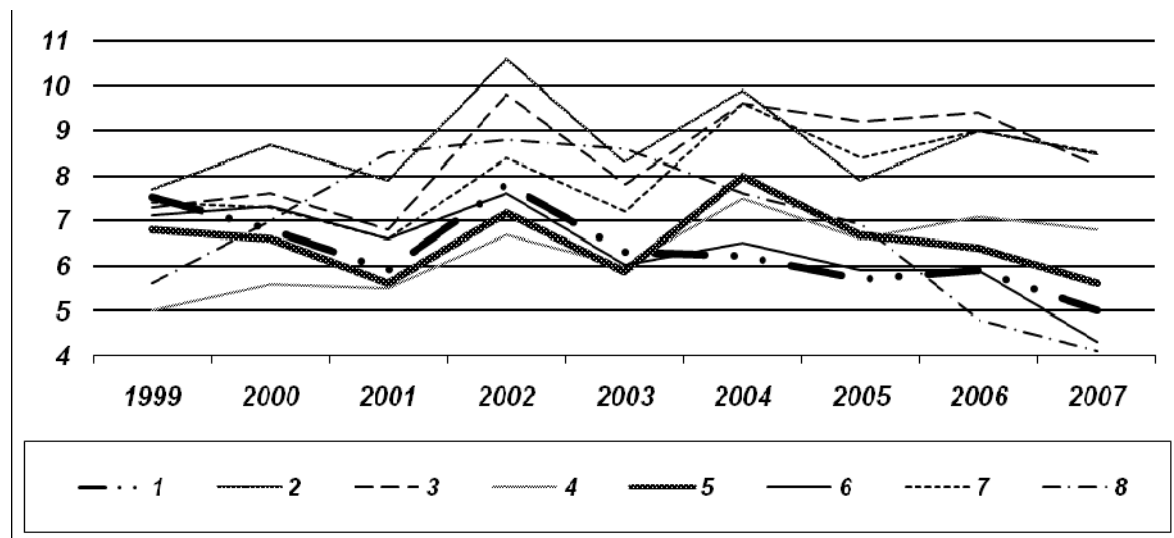
Ende der 1990er Jahre befand sich die Entwicklungsregion Nordosten mit einer hohen Erwerbslosigkeitsrate von 7,5 % landesweit an zweiter Stelle nach der Entwicklungsregion Südosten (7,7 %). 2007 belegte die Region Nordosten nach dem Erwerbslosigkeitsanteil von ca. 5 %

den dritten Platz (Abb. 3). Die niedrigsten Werte auf nationaler Ebene wurden in der Entwicklungsregion Bukarest-Ilfov registriert (4,1 %).

Abb. 3: Erwerbslosigkeitsanteil der erwerbsfähigen Bevölkerung in den Entwicklungsregionen Rumäniens 1999–2007 (%)

Entwicklungsregionen Rumäniens:

1. Nordosten, 2. Südosten, 3. Süden, 4. Südwesten, 5. Westen, 6. Nordwesten, 7. Zentrum, 8. Bukarest-Ilfov



Quelle: Errechnet nach INS: Anuarul Statistic al României: 2005 (S. 152–159), 2008 (S. 154–165)

Im Zeitraum 2000-2006 ist die Zahl der Kleinstbetriebe um fast 70 % gestiegen, ähnlich wie im Fall der kleinen und mittleren Betriebe. Im Gegensatz zu dieser Entwicklung sank die Zahl der Industriebetriebe fast zur Hälfte (46%). Der Großteil der Bruttoinvestitionen fiel der Verarbeitungsindustrie zu, die fast ein Viertel des Gesamtvolumens aufwies (24,08 % im Jahr 2006).

### 3.2.4 Analyse der intraregionalen Disparitäten

Um die wichtigsten intraregionalen Disparitäten hervorzuheben, wurden die kleinsten administrativen Einheiten gewählt: Gemeinde und Stadt. Auf dieser Ebene sind statistische Daten hinsichtlich des Familienlebensstandards, der relevanten Wirtschaftsaktivitäten und des demografischen Potentials vorhanden. Die Daten bezüglich der physischen Infrastruktur sind unbedeutend und werden deswegen bei der



Ermittlung des BIP in der Basisanalyse nicht weiter berücksichtigt. Für die drei oben erwähnten Aspekte wurden spezifische elementare Indikatoren eingesetzt, die später durch ihre Kumulierung den Indikator BIP generieren.

In der Analyse der territorialen Diskrepanzen des Familienlebensstandards wurden folgende vier Indikatoren berücksichtigt: die Wasserversorgung der Haushalte (anteilig an den Gesamthaushalten), der Anteil der Haushalte mit Bad, die durchschnittliche Wohnfläche pro Person (m<sup>2</sup>) und die Apothekenzahl pro 1.000 Einwohner.

Die Analyse der Wasserversorgung der Haushalte führte zur Identifizierung von fünf Kategorien von Gemeinden (Abb. 4). Auf Regionsebene verfügen 14 Gemeinden über kein Wasserversorgungssystem, und in circa 60 % aller administrativ-territorialen Einheiten (Gemeinden und Städten) der Region Nordosten verfügen nur weniger als 5,5 % der Haushalte über eine Wasserversorgung. Zugleich stellt man fest, dass der Grad der territorialen Homogenisierung der Gemeinden mit schwacher Wasserversorgung höher in der östlichen Hälfte der Region ist. Die Werte steigen Richtung Westen, in den Kreisen der Bergregion und in der Suceava-Hochebene, wo sich sowohl urbane als auch rurale Siedlungen mit einer besseren Wasserversorgung der Haushalte befinden. Wenn man die Städte nicht berücksichtigt, ist die Zahl der Gemeinden, in denen über 50 % der Haushalte mit Wasser versorgt sind, sehr niedrig.

Neben diesem Indikator ist der Anteil der Haushalte mit Bad ein weiterer Indikator für einen bestimmten Lebensstandard. Wie bei dem Wasserversorgungs-Indikator zeigen die Städte und Gemeinden hinsichtlich der Haushalte, die über ein Bad verfügen, eine ähnliche Verbreitung (Abb. 5). Hier sollte außerdem der Einfluss der großen Städte berücksichtigt werden. Denn im Umland dieser Städte befinden sich die meisten Haushalte aus dem ländlichen Raum, die mit einem Bad ausgestattet sind. Je weiter weg, um so mehr sinkt ihre Zahl, und die Haushalte mit Bad werden zu einer Zufallserscheinung. Es ist anzumerken, dass wegen des Agrotourismus in den Bergregionen und in der Suceava-Hochebene, manchmal auch in den Vorkarpaten, die Zahl der Haushalte mit Bad im ruralen Raum steigt. Zusammenfassend: In 25 % der Gemeinden haben weniger als 1 % der Haushalte ein Bad, in weiteren 37 % der Gemeinden verfügen weniger als 5 % über ein Bad. Das weist darauf hin, dass es in über 60 % der Gemeinden der Region Nordosten an einer Mindestausstattung für den Lebensstandard mangelt.

Abb. 4:  
Anteile der Haushalte mit  
Wasserversorgung  
in den Gemeinden der Entwick-  
lungs-  
region Nordosten in Rumänien 2002  
(%)

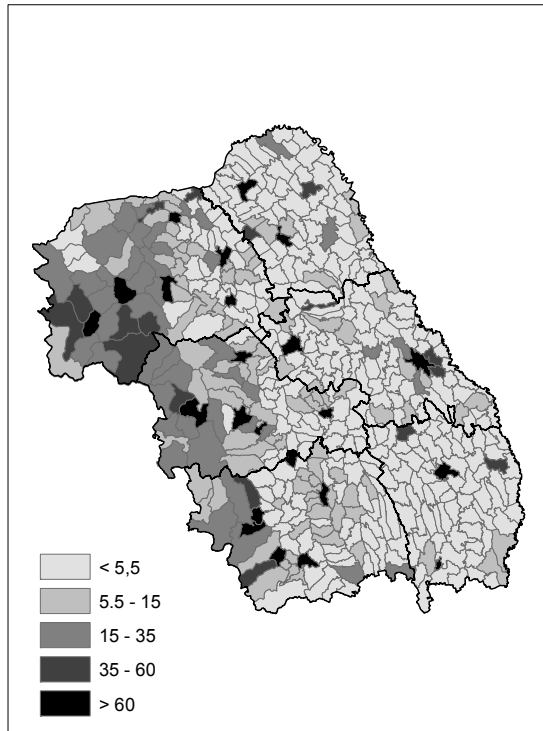
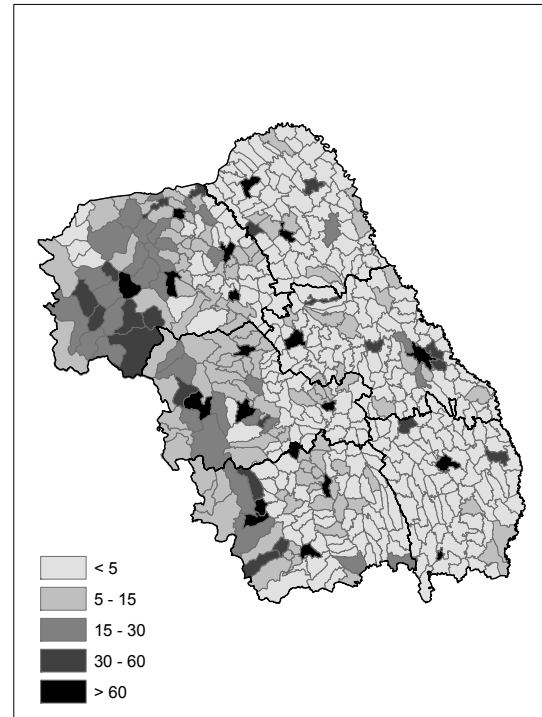


Abb. 5:  
Anteil der Haushalte mit  
eigenem Bad  
in den Gemeinden der Entwick-  
lungs-  
region Nordosten in Rumänien 2002  
(%)



Quelle: Errechnet nach INS 2002: Recensământul populației și al locuințelor. Prin-  
cipalii indicatori pe județe și categorii de localități. Rezultate preliminare.

Hinsichtlich der Werte der durchschnittlichen Wohnfläche pro Person wurde zwischen dem Kreis Suceava einerseits und den Kreisen Botoșani und Iași andererseits ein großer Unterschied festgestellt. Im ersten Fall wurden durchschnittliche Werte von über 16 m<sup>2</sup>/Einw. registriert, während in den anderen zwei Kreisen dieser Wert unter 10 m<sup>2</sup>/Einw. lag. Im ländlichen Raum östlich von Siret liegen diese Werte unter 12 m<sup>2</sup>/Einw. Die Hochebene westlich dieses Flusses zeigt Werte zwischen 12–14 m<sup>2</sup>/Einw. Eine Ausnahme bilden hier die Suceava-Hochebene und die Bergregion, wo die Werte vielerorts über 16-17 m<sup>2</sup>/Einw. liegen.

Bei der Untersuchung der Apothekenverbreitung in der Region stellt man fest, dass die Werte, d. h. die Zahl der Apotheken auf 1.000 Einwohner, auf der Ebene der gesamten Entwicklungsregion ziemlich niedrig sind. Dadurch steigt der Isolationsgrad der ländlichen Bevölkerung in Bezug auf ihren Zugang zu den einfachsten Gesundheitsdiens-

ten. Auf regionaler Ebene belegen die Kreise Neamț und Bacău mit 0,1 Apotheken/1.000 Einw. die letzten Plätze. Werte zwischen 0,5-1 Apotheken/1.000 Einw. werden im urbanen Raum registriert, wobei der nord-westliche Teil der Region bessere Werte aufweist.

Für die Darstellung der demografischen Disparitäten wurden zwei elementare Indikatoren eingesetzt: die Bevölkerungsdynamik 1991–2005 einerseits und der Alterungsgrad der Bevölkerung andererseits. Die niedrigste Bevölkerungsdynamik, d.h. die größte Abnahme der Bevölkerungszahl, wurde im ländlichen Raum mit einer zum größten Teil auf Subsistenzlandwirtschaft basierenden Wirtschaft registriert. Dort sank die Einwohnerzahl bis 2005 auf unter 65 % der Zahl von 1991. Betroffen sind hier sowohl Gemeinden, die sich an der Peripherie der Kreise befinden, als auch zentral gelegene Gemeinden, die trotz dieser Lage keine Vorteile für die Entwicklung von wirtschaftlichen Aktivitäten bieten. Die „Marginalisierung“ dieser administrativ-territorialen Einheiten kann u. a. durch ein schwach entwickeltes Transportsystem erklärt werden, was wiederum direkte Folgen auf die regionale wirtschaftliche Entwicklung hat. Gebiete, in denen die Einwohnerzahlen im Jahre 2005 100–120 % des Standes von 1991 aufweisen, stellen alle Kreise bzw. Gemeinden und Städte entlang der großen Kommunikationshauptwege oder in der Nähe der großen Städte dar.

Eine Bevölkerungsdynamik mit Werten über 120 % weisen viele Ortschaften rund um die Kreishauptstadt Iași auf. Kleinere Areale befinden sich auch in den Gemeinden nahe der Städte Bacău und Suceava. Dieses Phänomen kann erklärt werden durch die Zugangsbedingungen zum städtischen Arbeitsmarkt sowie auch durch die Lokalisierung von Investitionen in der Nähe der großen Städte – darunter von einigen Investitionen im Tertiären Sektor. In diesem Zusammenhang können die positiven Wirkungen des Aufbaus von wissenschaftlichen und technologischen Parks in den sub- oder periurbanen Räumen auf das demografische Wachstum erwähnt werden. Dazu gehören zum Beispiel die Tehnopolis Iași, die auf einer Gewerbefläche von 107.365,23 qm im süd-westlichen Teil der Kreishauptstadt Iași liegt (zwischen dem Industriegelände Fortus Iași und der Hauptstraße Nicolina). Ebenso ist der Standort des Industrieparks HIT Hemeiuși durch eine bessere Verkehrsverbindung zur 9 km entfernten Stadt Bacău begünstigt.

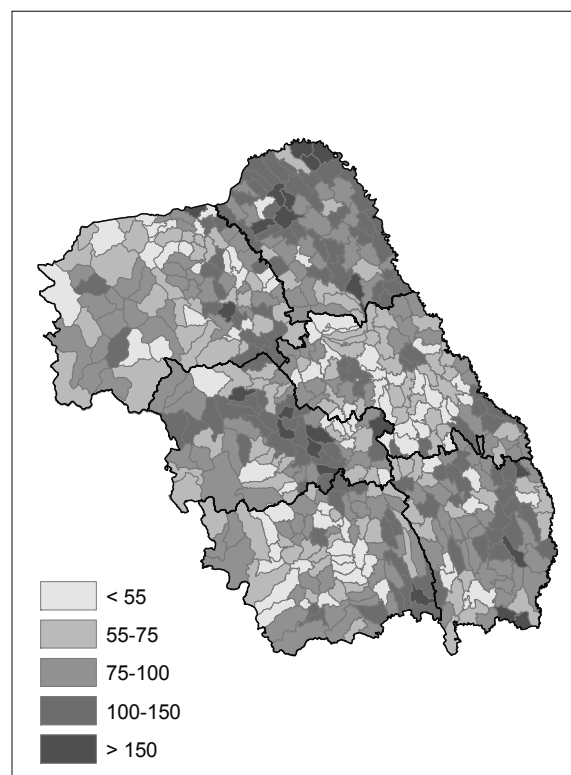
Die Zonen mit dem höchsten Alterungsgrad der Bevölkerung befinden sich zum größten Teil im Kreis Botoșani (Abb. 6) an der Grenze des Landes zum Raum jenseits des Pruths, wo die Werte oft zwischen 100 und 150 % und sogar über 150 % liegen, d. h., der Alterindex stieg bis 2005 dort auf 100 bis 150 % und sogar über 150 % des Standes von 1991. Bei der Distribution dieses Indikators hat die Stadt Iași einen so

starken Einfluss, dass die Indikatorwerte auf Kreisebene relativ niedrig bleiben. Eine Ausnahme bildet hier die süd-östliche Ecke, die ziemlich hohe Werte des demografischen Alterungsprozesses im Kreis Vaslui aufweist. Andere hohe Werte werden im Osten des Kreises Neamț und auf der Tutova-Hochebene im Kreis Bacău registriert.

Es ist evident, dass die definitive Abwanderung den Alterungsprozess der Bevölkerung stark beeinflusst hat. Hinzu kommt eine niedrige Geburtenrate, so dass aus einem Raum mit einem großen demografischen Potenzial ein Raum mit einem wachsenden Anteil der älteren Bevölkerung geworden ist. Die lokale und regionale Wirtschaft waren nicht attraktiv genug, um junge Menschen zum Bleiben zu bewegen, damit die Bedingungen eines natürlichen Bevölkerungswachstums gesichert und auf diese Weise demografische Alterungsprozesse reduziert worden wären.

Abb. 6: Alterungsgrad der Bevölkerung in den Gemeinden der Entwicklungsregion Nordosten in Rumänien 1991–2005

Alterungsgrad = Veränderung des Altersindex zwischen 1991 und 2005 (1991=100).  
Der Altersindex wird auf die folgende Weise berechnet:  
Zahl der Bevölkerung im Alter von mehr als 65 Jahren dividiert durch die Zahl der Bevölkerung im Alter von weniger als 15 Jahren. Der errechnete Quotient wird mit 100 multipliziert.



Quelle: Errechnet nach INS 2005.

Bei der Untersuchung der wirtschaftlichen Indikatoren wurden Elemente mit direktem und indirektem Einfluss betrachtet. In der Regel gibt es für ein solches Vorgehen nur sehr wenige geeignete statistische Angaben. Aus diesem Grund werden hier die folgenden drei statistischen Indikatoren eingesetzt: der Erwerbstätigenanteil in der Landwirtschaft, die Erwerbslosigkeitsquote und der Erwerbstätigenanteil im Dienstleistungssektor.

Obwohl die Hauptbeschäftigung des größten Bevölkerungsteils dieser Region, die durch ein typisch rurales Bild besonders in der Hügelzone charakterisiert ist, die Landwirtschaft darstellt, ist der Beschäftigtenanteil im landwirtschaftlichen Sektor relativ niedrig. Der Grund dafür ist, dass ein Großteil der ländlichen Bevölkerung, im Besonderen der weibliche, sich als nicht erwerbstätig bezeichnet. In Folge dessen zeigen die registrierten statistischen Daten im Fall von 47 % aller administrativ-territorialen Einheiten der Region einen Anteil unter 10 %. Nichtsdestotrotz zählt die in der Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerung zwischen 20 und 30 % der Gesamtbevölkerung. Von Osten nach Westen nimmt dieser Anteil wegen anderer wirtschaftlicher Aktivitäten wie Forstwirtschaft, Bergbau, Holzverarbeitung usw. allerdings ab. Werte über 50 % trifft man relativ oft in den Kreisen Vaslui, Botoșani und Iași, gelegentlich auch in einigen Gemeinden der Suceava-Hochebene.

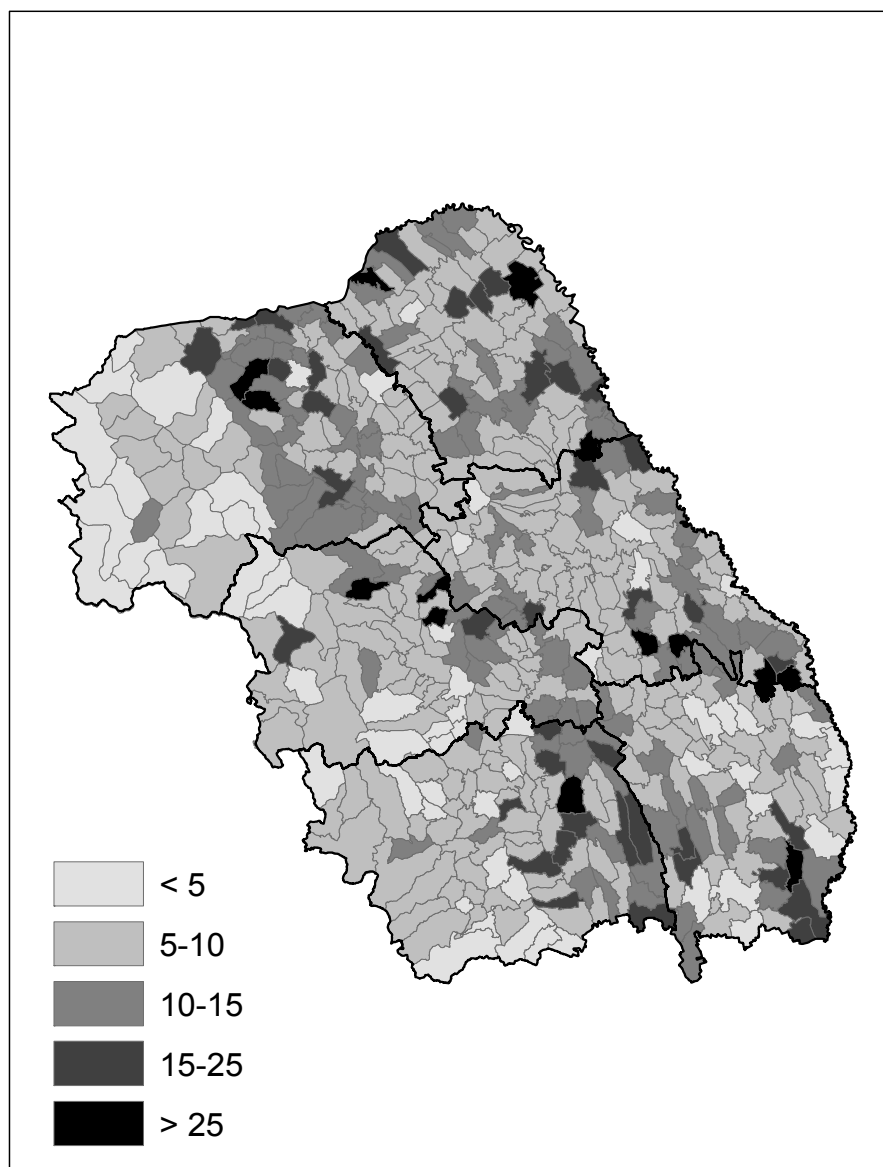
Die Erwerbslosigkeitsquote ist sehr variabel, aber im Allgemeinen niedrig. Die höchsten Werte werden in den Kreisen registriert, die relativ stark industrialisiert worden waren und deren Industrie, insbesondere deren Bergbauindustrie, Restrukturierungsprozessen unterzogen worden waren. Das erklärt, dass die höchsten Erwerbslosigkeitsanteile des Kreises Suceava in den Gemeinden der Bergregionen (Iacobeni, Broșteni, Cârlibaba) verzeichnet werden. Gleichzeitig muss erwähnt werden, dass die Schließung einiger Betriebe der Leichtindustrie oder die Reduzierung der Aktivität der Gütertransportindustrie eine große Rolle dabei spielten, was dazu führte, dass in manchen Städten die Erwerbslosigkeitsquote sogar auf über 30 % (in Dornești, Siret, Vicovu de Sus) stieg.

Unter dem Deindustrialisierungsprozess litten offensichtlich die Kreise Vaslui und Botoșani am meisten. Beide hatten in der sozialistischen Zeit einen extensiven Industrialisierungsprozess erfahren, was den Übergang zur Marktwirtschaft erschwerte.

Ein anderer wichtiger Indikator bei der Ermittlung der Wirtschaftskraft der Administrativeinheiten der Region ist der Erwerbstätigenanteil im Dienstleistungssektor. Beim Angebot von Dienstleistungen einschließlich derjenigen, die auf Waren für den langfristigen Bedarf spezialisiert sind, spielt der Zugangsgrad eine erhebliche Rolle. Denn die Kosten und der Zeitaufwand für die Inanspruchnahme von Waren und Dienstleistungen sind letztendlich wesentliche Kriterien für die Anzahl poten-

zieller Kunden. Es ist anzumerken, dass die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor im ländlichen Raum sehr niedrig ist. Das verdeutlicht, warum fast 70 % der Administrativeinheiten der Region einen Erwerbstätigenanteil im Dienstleistungssektor von nur 5–10 % aufweisen (Abb. 7). Insgesamt ist der Beschäftigtenanteil im Dienstleistungssektor in räumlicher Hinsicht relativ ausgeglichen, aber sehr niedrig. Der Grund dafür ist der dominante landwirtschaftliche und ländliche Charakter der Region mit Dörfern, die teilweise nicht einmal über ganz einfache Dienstleistungen verfügen. Der höchste Erwerbstätigenanteil im Dienstleistungssektor wird im urbanen Raum und in den diesem nahe gelegenen Gemeinden festgestellt.

Abb. 7: Erwerbstätigenanteil im Dienstleistungssektor in den Gemeinden der Entwicklungsregion Nordosten in Rumänien 2005 (%)



Quelle: Errechnet nach INS 2005.

Der Umfang des BIP/Einw. weist auf intraregionaler Ebene auf große Unterschiede zwischen den elementaren Administrativeinheiten hin. Dieser Indikator wurde aus den oben analysierten statistischen Daten ermittelt. Ein Gesamtblick auf die räumliche Verteilung der Werte dieses Indikators auf Kreisebene zeigt drei Gruppen: zum Einen die Kreise mit einer relativ ausgeglichenen Entwicklung und normalen Disparitäten innerhalb der Kreise (Suceava, Bacău und Neamț), zum Zweiten die Kreise mit relativ schwachen Disparitäten und mit einer Dominanz ländlicher Gebiete (Vaslui und Botoșani) und zum Dritten den Kreis Iași, wo der Unterschied Zentrum-Peripherie eine Hypertrophie der Stadt Iași im Verhältnis zu den anderen administrativ-territorialen Einheiten zeigt.

Mit Blick auf die wichtige Rolle, die schwach entwickelte Räume spielen, werden die am meisten benachteiligten Areale der Region Nordosten in der Abbildung 8 gezeigt. Diese Areale sollten Ziele der künftigen Entwicklung werden. Es sind fünf Areale, die durch die Generalisierung des BIP ermittelt werden. Unter ihnen ist das im Nordosten der Region gelegene Areal. Es stimmt fast komplett mit dem Kreis Botoșani überein und ist ein peripherer Raum, der von der Landwirtschaft dominiert wird und schwer zugänglich ist, weit von den Städten entfernt. Die schlecht ausgestattete Subsistenzlandwirtschaft wird durch eine prekäre Bewirtschaftung einer durch zahlreiche Kleinbetriebe stark fragmentierten Agrarfläche gekennzeichnet.

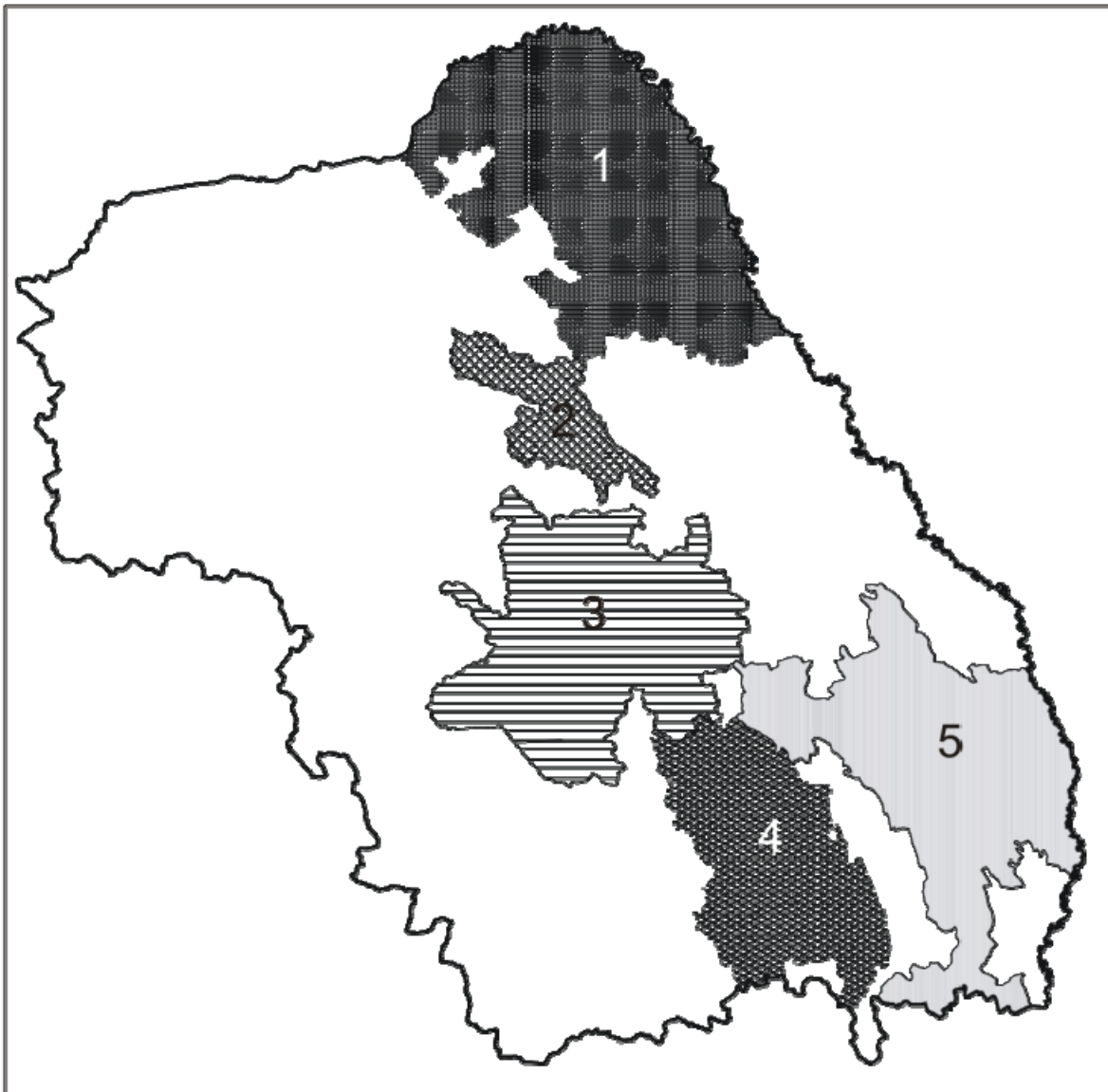
Die Probleme hinsichtlich der künftigen Entwicklung dieses großen Raumes können nicht allein durch eine auf der Kreisebene geführte Politik gelöst werden, sondern vielmehr durch eine Politik auf nationaler Ebene, unterstützt von einer adäquaten Regionalpolitik. Das zentrale Problem dieses Raumes ist die physische Infrastruktur, zu der die lokale soziale und wirtschaftliche Struktur gezählt werden müssen. Eine der Chancen dieses Raumes ist die grenzüberschreitende Kooperation mit den benachbarten Ortschaften der Republik Moldau und der Ukraine, damit einige der positiven Aspekte dieser Region in einem breiteren Kontext genutzt werden können.

Am stärksten benachteiligt ist das Gebiet von Botoșani, das in der Nordostecke Rumäniens liegt und an die Ukraine und die Republik Moldau grenzt. Das zweite besonders benachteiligte Areal erstreckt sich rund um die Stadt Hârlău. Weil die wirtschaftlich-soziale Struktur dieser Stadt viel mehr der eines Dorfes als einer Stadt ähnelt, ist sie nicht im Stande, eine nachhaltige Entwicklung auszulösen. Die Entwicklung dieses Areals wird dennoch relativ einfach sein: durch die Weiterentwicklung der Stadt Iași und der Verbesserung der Verbindungswege zu den anderen Städten der rumänischen Region Moldau

und Siebenbürgen sowie durch die stärkere Einbeziehung der Stadt Târgu Frumos in die Reduzierung der Unterschiede innerhalb der Kreise.

Abb. 8: Räumliche Verbreitung der am meisten benachteiligten Gebiete der Entwicklungsregion Nordosten in Rumänien

- 1 = Gebiet von Botoșani, 2 = Gebiet von Hârâu,  
3 = Zentralmoldauische Hochebene,  
4 = Hügelland von Tutova, 5 = Gebiet von Negrești-Murgeni



Quelle: Eigene Darstellung.

Die zentral-moldauische Hochebene war schon immer ein armes Gebiet, weit von den wichtigen Städten der Region entfernt. Die Erstreckung dieses Gebietes auf drei Kreise führt dazu, dass die Lösung



der Probleme bezüglich seiner Unterentwicklung eine Priorität der Regionalentwicklungspolitik der Gesamtregion Nordosten darstellen muss. Der Prozess der Territorialentwicklung muss in diesem Fall als eine Diffusion der städtischen Einflüsse aller drei Städte Iași, Roman und Bacău in unterschiedliche Richtungen konzipiert werden. Die Verbindung mit der überregionalen physischen Infrastruktur ist neben der Förderung einiger lokaler Entwicklungszentren eine Hauptmaßnahme, die vom Rat der Entwicklungsregion zu ergreifen ist.

Die benachteiligten Gebiete Tutova-Hügelland bzw. Negrești-Murgeni befinden sich zum größten Teil im Kreis Vaslui. Mit Ausnahme der Städte Vaslui, Bârlad und Huși sowie einiger Gemeinden in ihrer Nähe ist der gesamte Kreis Vaslui stark benachteiligt. Von nur einer einzigen Transportachse überquert, befindet sich dieses Gebiet zwischen zwei großen und entwickelten Industriezentren: Insbesondere in der totalitäristischen Periode fungierte es als Arbeitskräfte- und Agrarproduktlieferant. Zur Unterentwicklung verurteilt, litt dieser Raum unter der extensiven Industrialisierungspolitik der kommunistischen Periode. Die Erwerbslosigkeit und die Rückkehr zu einer Subsistenzlandwirtschaft kamen in der post-kommunistischen Zeit hinzu. Auch in diesem Fall ist eine Intervention auf nationaler Ebene notwendig. Es sind großflächige unterentwickelte Gebiete, denen nur durch eine adäquate Politik zu einem bescheidenem Lebensniveau verholfen werden kann.

Eine vergleichende Analyse des Entwicklungsverlaufs dieser höchst benachteiligten Gebiete verdeutlicht ihre Entwicklungsprobleme und demonstriert zugleich die Notwendigkeit einer spezifischen Regionalpolitik. Was die Reduzierung der Diskrepanz zwischen diesen Gebieten und den Gebieten im Westen oder dem urbanen Raum anbelangt, könnte eine polizentrische Regionalpolitik durch die Nutzung regionaler Ressourcen und – komplementär dazu – des vorteilhaften geographischen Standortes mancher Zentren wie Bacău, Suceava, Piatra Neamț, aber auch Botoșani, Vaslui, Roman oder sogar Bârlad, bemerkenswerte Ergebnisse erzielen.

### **3.2.5 Fazit**

Die Region Nordosten zeigt wie auch andere Entwicklungsregionen Rumäniens eine Reihe von territorialen Diskrepanzen, deren aktuelle Bekämpfung nicht auf einem realisierbaren Allgemeinmodell basiert. Die Grenze zwischen der Nordost-Region, der östlichsten Grenze Rumäniens, und den Bezirken (Rayonen) der Republik Moldau kann derzeit wegen der ähnlichen Wirtschaftsstruktur und des vergleichbaren Ruralisierungsgrades nicht als realer Entwicklungsfaktor betrachtet

werden. Die Tatsache, dass diese Grenze zur östlichen Grenze der Europäischen Union wurde, reduziert außerdem die Chance einer grenzüberschreitenden Kooperation zur Nutzung der Vorteile dieser Nachbarräume auf ein Minimum.

Die Lage der größten und am meisten benachteiligten Gebiete an der Grenze Rumäniens zur Republik Moldau impliziert vor dem Vordringen von Kooperationsmöglichkeiten eine Verdichtung von materiellen und geistigen Ressourcen sowie ihr adäquates Management. Erst die Implementierung einer Territorialentwicklungspolitik, die eine Reduzierung der internen Unterschiede anvisiert, führt zum nächsten Schritt: zur Identifizierung grenzüberschreitender Kooperationswege, durch welche eine wirtschaftliche Entwicklung dieses Raumes unterstützt werden kann.

### 3.2.6 Literatur

GEORGESCU, L (1941): Localizarea și structura industriei românești. Cartea Românească. București.

GURAN-NICA, L (2001): Investițiile străine directe in România. Edit. Tehnica, București.

IANOȘ, I. (1998): The influence of economic and regional policies on migration in Romania. In: HELLER, W. (Hrsg.): Romania: Migration, Socio-economic Transformation and Perspectives of Regional Development. München. Südosteuropa-Studie, 62. S. 55–76.

IANOȘ, I. (2006): Potential, Strukturdynamik, Attraktivität der rumänischen Wirtschaft. In: KAHL, T./METZELTIN, M./UNGUREANU, M. R. (Hrsg.): Rumänien. Raum und Bevölkerung. Geschichte und Geschichtsbilder. Kultur. Gesellschaft und Politik heute. Wirtschaft. Recht und Verfassung. Historische Regionen. Wien. Österreichische Osthefte, 48, S. 603–622.

IANOȘ, I./HELLER, W. (2006): Spațiu, economie și sisteme de așezări. Edit. Tehnica, București.

Institutul Național de Statistică (abgekürzt: INS): Anuarul Statistic al României 2000, 2002, 2005, 2007, 2008. București.

Institutul Național de Statistică (INS) (2002): Recensământul populației și al locuințelor. Principali indicatori pe județe și categorii de localități. Rezultate preliminare, București.

- MUNTELE, I./IATU, C. (2008): L'influence de la migration internationale sur la natalité en Roumanie contemporaine. In: Analele științifice ale Univ. A. I. Cuza Iași, Geografie, LIV, II., S. 109–116.
- POPESCU, C. R. (2000): Industria României în sec.XX. Analiza geografică. Oscar Print, București.
- Romanian Government and European Commission (1997): Green Paper: Regional Development Policy in Romania. Bucharest.
- TUFESCU, V. (1974): România. Natura, om, economie, Edit. științifică, București.
- TURCANASU, G./RUSU, A. (2007): Etudier le polycentrisme des systèmes urbains de la Roumanie et de la Bulgarie. In: Analele științifice ale Univ. A.I.Cuza Iași, Geografie, LIII, II:97–106.
- UNGUREANU, A./GROZA, O./MUNTELE, I. (2002): Moldova – populația, forța de muncă și așezările umane în tranziție. Editura Corson, Iași.



#### **4 ZUM ALLTAG DER GRENZRAUMBEVÖLKERUNG: GRENZÜBERSCHREITENDE AKTIVITÄTEN**



## 4.1 Mobilitätspraktiken und Strategien von Kleinhändlern im grenzüberschreitenden Verkehr an der rumänisch-moldauischen Grenze vor dem EU-Beitritt

*Bénédicte Michalon*

### 4.1.1 Einleitung

Die internationale Mobilität zwecks Handels existiert an vielen Grenzen der ehemaligen kommunistischen Länder. In manchen Fällen war diese Mobilität schon unter dem Kommunismus vorhanden (FISH/ EDWARDS 1989); sie glich die Schwächen der sozialistischen Vermarktung (SÍK/WALLACE 1999) aus. Deutlich hat sie sich aber erst nach 1989 entwickelt. Die grenzüberschreitende Mobilität hat sich in der Übergangsphase herausgebildet und hält bis heute an. Es handelt sich also um einen dauerhaften Prozess (IGLICKA 2001), der eine wichtige Rolle in den heutigen sozialen und ökonomischen Strukturwandlungen spielt.

Eine grundlegende These des folgenden Textes lautet, dass die Ursachen der heutigen Zunahme der Migration in Richtung neue EU-Mitglieder im grenzüberschreitenden Kleinhandel liegen. In der wissenschaftlichen Literatur werden hierfür Begriffe wie „Kofferhandel“, „Pendeln“ (*shuttle trade*) und „touristischer Handel“ (*trade tourism*) verwendet<sup>1</sup>. Sie bezeichnen verschiedene Formen von internationaler Mobilität, die mit Handelsaktivitäten verbunden sind. Diese Mobilität wird von Individuen oder Gruppen praktiziert, die offiziell aufgrund touristischer Zwecke in ein Land einwandern und sich dort aufhalten; sie benutzen aber diese Zeit, um Waren zu verkaufen, die sie woanders eingekauft haben, und sie bringen andere Waren nach Hause zurück für den eigenen Gebrauch oder um sie dort wieder zu verkaufen. Diese Mobilitätsbewegungen haben ihre räumlichen Bezugsorte in den „*open air markets*“.

Tatsächlich haben sich die ersten Immigranten, die in den ehemaligen kommunistischen Ländern angekommen sind, auf diesen Marktplätzen getroffen und haben dort Handel betrieben. In mehreren neuen Immigrationsländern wurden wissenschaftliche Arbeiten diesen einzelnen Mobilitätspraktiken gewidmet (s. z. B. AIDIS 2003; BODNAR 1998; CHEL-

---

<sup>1</sup>„Touristischer Handel“ ist für Konstantinov eine Aktivität, bei der „die Akteure Händler sind, die sich als Touristen ausgeben; sie präsentieren ihre Waren als persönliche Güter; und vermeiden so, die festgesetzten Taxen zu bezahlen“ (KONSTANTINOV 1996; vom Englischen übersetzt).

CEA/LĂȚEA 2000; CHELCEA/LĂȚEA 2004; CZÁKO/SIK 1999; KONSTANTINOV 1994, 1996; KONSTANTINOV/KRESSEL 1998; PIJPERS/VAN DER VELDE 2007; SANDU et al. 2004°; SANDU 2006; SÍK 1999 ; SWORD 1999; VAN DE VELDE/MARCINCZAK 2005; WALLACE/SHMULYAR/BEDSIR 1999). Diese Forschungen bestätigen die Entwicklung eines neuen Migrationsraumes rund um die neue östliche Grenze der Europäischen Union, oder anders gesagt, die Entwicklung der neuen östlichen Grenze der EU in einem neuen Migrationsraum. Diese These wird hier am Beispiel Rumäniens entwickelt. Rumänien erlebt seit dem Sturz der kommunistischen Regime einen grenzüberschreitenden Kleinhandel, der von moldauischen Bürgern betrieben wird.

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit der Gesamtorganisation dieser Handelsmobilität. Obwohl die Grenze zwischen Rumänien und der Republik Moldau nur für fünfzehn Jahre sehr durchlässig war – die Einreisebedingungen sind für moldauische Bürger viel schwieriger, seitdem Rumänien der EU beigetreten ist –, hat sich eine zeitliche, räumliche und soziale Differenzierung der grenzüberschreitenden Mobilität herausgebildet.

#### **4.1.2 Phasen der grenzüberschreitenden Strategien von Kleinhändlern an der rumänisch-moldauischen Grenze**

In der kommunistischen Zeit war die Grenze zwischen Rumänien und die UdSSR geschlossen, und die 1.330 Kilometer entlang der Grenze waren streng kontrolliert. Die Grenze hatte vor allem Militär- und Sicherheitsaufgaben zu erfüllen. Der Austausch zwischen den Einwohnern war sehr begrenzt, und der Zutritt zu den Grenzräumen war nur denjenigen erlaubt, die in der Grenzzone lebten (Coeure/Dullin 2007). Die Transportnetzwerke waren nur sehr dünn und so organisiert, dass sie die Beziehungen zwischen den zwei aneinander grenzenden Staaten einschränkten (POPESCU 2006). In der Tat war die Grenze zwischen Rumänien und der UdSSR das Ziel einer Politik der räumlichen Marginalisierung, die soziale und ökonomische Konsequenzen hatte.

1991 wurde die Grenze geöffnet. Verschiedene Mobilitätsformen traten in Erscheinung: Handelsverkehr, Familienbesuche, Arbeitspendeln, usw. Seitdem hat sich der grenzüberschreitende Verkehr entwickelt. Man kann drei Phasen identifizieren, die zeigen, wie eng der Verkehr an die Entwicklungen der EU und den internationalen Handel gekoppelt ist. Dieser Handel ist erst nach dem Sturz des Kommunismus entstanden, im Unterschied zu anderen Grenzräumen zwischen Zentral- und Osteuropa, wo bereits vor der politischen Wende oder unmittelbar danach bereits Handel möglich war.



## **Phase 1:**

### **Die 1990er Jahre und die Entwicklung der grenzüberschreitenden Handelsmobilität**

Der Verkehr fand unter ziemlich lockeren Einreisebedingungen statt: Die moldauischen Staatsbürger konnten in Rumänien mit einem Personalausweis einreisen und sie waren nicht gezwungen, ihre Güter und Waren beim Zoll zu melden. Diese Bedingungen waren günstig für den Handel, so dass der Kleinhandel zwischen beiden Ländern in dieser Zeit sehr schnell und deutlich zugenommen hat.

In dieser Phase wurden hauptsächlich Fertigwaren gehandelt. In Rumänien herrschte ein Mangel an alltäglichen Gütern. Die Händler aus der Republik Moldau waren in der Lage, Konsumgüter nach Rumänien zu bringen, die von der sowjetischen Industrie produziert wurden. Diese Aktivität trug dazu bei, dass eine neue räumliche Kategorie in Rumänien entstanden ist: die Basare oder – anders gesagt – Märkte für Fertigerzeugnisse. In derselben Zeit entwickelte sich auch der Kleinhandel von Nahrungsmitteln und Landwirtschaftsprodukten zwischen der Republik Moldau und Rumänien. Er fand auf rumänischen Lebensmittelmärkten statt. Die Moldauer verkauften dort dieselben Waren wie die rumänischen Händler: Obst und Gemüse sowie Milchprodukte. Sie konkurrierten erfolgreich, weil ihre Preise niedriger als die der Rumänen waren.

## **Phase 2:**

### **Reform des Handels, der Märkte und der Einwanderung in Rumänien (seit Ende der 1990er Jahre bis Mitte der 2000er Jahre)**

Verkehr und Handel waren Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre erheblichen Veränderungen ausgesetzt. So wurden die Regelungen für die Grenzüberschreitung strenger. Ab 2001 brauchen die moldauischen Staatsbürger einen Reisepass, um in Rumänien einzureisen zu können. Die Bedingungen für den Handel veränderten sich ebenfalls. Der rumänische Staat und die lokalen Behörden verstärkten die Kontrollen der Waren und Verkäufer auf den Märkten und den so genannten Basaren (CHELCEA, RADU, CONSTANTINESCU 2005). Während die 1990er Jahre die Jahre der Improvisation und des informellen Handels waren, bemühten sich der Staat und die lokalen Behörden die Märkte und Basare besser zu verwalten. Ziel war die Modernisierung der Verkaufsstände und die genaue Kontrolle der Händler und Käufer. Außerdem wurde die Menge der Waren, die über die Grenze

transportiert wurden, beschränkt. Diese Veränderungen reduzierten stark den grenzüberschreitenden Handel der Moldauer.

### **Phase 3:**

#### **Schrumpfung und Anpassung des grenzüberschreitenden Handels (seit Mitte der 2000er Jahre)**

Tiefe Veränderungen kennzeichnen diese dritte Phase. Seit dem 1. Januar 2007 müssen die moldauischen Staatsbürger ein Visum für Rumänien beantragen, was erhebliche Schwierigkeiten für viele von ihnen aufwirft. Außerdem wurden die Kontrollen auf den Märkten und Basaren noch verstärkt. Schließlich wurden die Einfuhrmengen der Waren noch weiter begrenzt. Der grenzüberschreitende Handel verlor deswegen viel von seiner Anziehungskraft. Ein Teil der moldauischen Händler oder Pendler musste notgedrungen die Strategie ändern, um sich dem neuen Mobilitäts- und Handelskontext anzupassen. Eine Möglichkeit ist Großhandel zu betreiben. Die Händler reisen als Touristen ein und gründen Firmen, die Nahrungsmittel und Fertigprodukte auf den rumänischen Großmärkten verkaufen. Außerdem arbeiten seit 2000 mehr und mehr Moldauer im Ausland: Ein Teil von ihnen findet Arbeit in Rumänien, und zwar in verschiedenen ökonomischen Sektoren (LAZAROIU 2003; MIRA 2008). Der grenzüberschreitende Handel besteht also immer noch zwischen beiden Ländern, aber er hat sich entsprechend den anderen Bedingungen verändert.

Dieser kurze historische Überblick zeigt, dass die grenzüberschreitende Mobilität und der Handel zwischen Rumänien und Moldau erst nach dem Sturz des Kommunismus entstanden ist, was einen großen Unterschied zu anderen regionalen Mobilitätssystemen darstellt. Seit der Grenzöffnung hat sich allerdings sehr viel an der moldauisch-rumänischen Grenze verändert, und zwar wegen der ökonomischen und geopolitischen Transformation auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

#### **4.1.3 Orte, an denen die Waren des grenzüberschreitenden Kleinhandels verkauft werden, am Beispiel von Iași**

Die Kleinhandelsmobilität der moldauischen Staatsbürger betrifft die Grenze auf ihrer ganzen Länge: von Suceava im Norden bis nach Tulcea im Süden. Alle Grenzübergänge sind, vor allem in den 1990er Jahren, von diesem besonderen Verkehr betroffen. Die Orte, an denen die Waren verkauft werden, lassen sich nach drei Typen gliedern:

1. nach Basaren, wo die verschiedenartigsten Waren angeboten werden, 2. nach Lebensmittelmärkten und 3. nach bestimmten Orten am Stadtrand, wo der Kleinhandel komplett informell abläuft.

#### **4.1.3.1 Der Basar Nicolina in Iași**

Der Basar Nicolina in der Stadt Iași ist im Jahre 1991 entstanden, direkt nach dem Sturz des sowjetischen Regimes und der Öffnung der Grenze. Er hat zuerst die Form eines spontanen Treffs von moldauischen „Touristen“ angenommen, der in der Mitte der Stadt entstanden ist. Diese „Touristen“ sind gekommen, um dort verschiedene Sachen zu verkaufen, die in Rumänien schwierig oder nicht zu finden waren: Chapkas, Schuhe, Kleidung, elektronische Geräte, Wodka. Dieser originelle Treffpunkt der moldauischen „Handelstouristen“ zieht viele Kunden an. Die Händler aus der Republik Moldau konzentrieren sich immer mehr dort. Auch Rumänen betreiben inzwischen dort Kleinhandel. Diese Rumänen sind auch „Handelstouristen“: Sie pendeln zwischen Nachbarländern, hauptsächlich der Türkei und Jugoslawien, um dort verschiedene Waren zu kaufen und sie anschließend in Rumänien auf den Basaren zu verkaufen. Die Basare sind also seit ihrer Entstehung zu einem Treffpunkt für Händler verschiedener Provenienz geworden. Ihnen gemeinsam ist, dass sie ihr Leben auf den Kleinhandel und das internationale Pendeln einrichten.

Der Basar in Iași nimmt eine formellere Form nach 1992 an. Die Stadtverwaltung entschied seine Verlagerung. Ein eigens für den Basar ausgerichtetes Areal wurde gefunden. Es liegt im südlichen Teil der Stadt, in einem Arbeiterviertel. Der internationale Bahnhof Nicolina liegt ganz nah, und die Güterzüge aus der Republik Moldau kommen dort an. Dazu wird der Handel gesetzlich strenger geregelt: Der Basar darf nur zum Handel der Fertigprodukte dienen. Im Prinzip dürfen dort keine Nahrungsmittel verkauft werden; aber man kann sie trotzdem finden – sie werden unter dem Ladentisch verkauft.

Der Ort ist im Laufe der Zeit der Basar der Stadt Iași geworden. Er ist jetzt bei der lokalen Handelskammer als einziger Basar der Stadt anerkannt und registriert. Diese offizielle Registrierung zwingt die Verkäufer, Erlaubnisse der lokalen Handelskammer einzuholen, um dort Handel zu betreiben. Auf dem Basar werden diese Erlaubnisse nur an Handelsfirmen erteilt; private Personen können sie nicht erhalten. Dies ist eine wesentliche Beeinträchtigung im Vergleich zu den Märkten. Diese Bedingung erweist sich als ein richtiges Hindernis für die Händler aus der Republik Moldau. Denn um eine Handelserlaubnis für den Basar zu bekommen, sind sie gezwungen, mit einem rumänischen

Partner zusammenzuarbeiten. Oder sie müssen über einen Wohnsitz in Rumänien verfügen und dort eine Handelsfirma gründen. All dieses zeigt, wie die Formalisierung des Basars, die strengere politische und amtliche Kontrolle, den Handel der moldauischen „Touristen“ kurzfristig sehr eingeschränkt hat. Vor dieser drastischen Verschärfung waren sie die Gründer des Basars und stellten bis Ende der 1990er Jahre die Mehrheit der Verkäufer. Im Jahre 2000 gab es ungefähr 560 reguläre Verkäufer auf dem Nicolina-Basar, darunter regelmäßig nur 10 bis 15 aus der Republik Moldau.

#### **4.1.3.2 Die Lebensmittelmärkte**

Die moldauischen „Handelstouristen“ sind noch auf rumänischen Lebensmittelmärkten präsent. Diese Märkte existierten schon vor 1990. Sowjetische Staatsbürger waren unter den Händlern nicht vertreten. Denn die Grenze war streng geschlossen. Als sie dann geöffnet wurde, blühte der Handel mit Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Produkten sofort auf. Die Moldauer fanden schnell ihren Platz auf den wichtigsten Märkten der Stadt Iași – Nicolina, Alexandru cel Bun, Piața Cugului. Auf dem Nicolina-Markt stellten sie 2006 zirka ein Drittel der ungefähr 200 regelmäßigen Verkäufer dar. Sie verkaufen dort Obst, Gemüse und Milchprodukte. Ihre Preise sind um ein Drittel niedriger als die der Rumänen, was ihnen eine gewisse Anziehungskraft auf Kunden verleiht. 2006 kostete 1 kg Bohnen 3,5 rumänische Lei bei den Rumänen und nur 2 bis 2,5 rumänische Lei bei den Moldauern.

Um auf den Märkten verkaufen zu dürfen, muss man aber von der lokalen Verwaltung als Landwirt anerkannt werden. Es ist im Prinzip verboten, Waren zu verkaufen, die man vorher auf einem Großmarkt eingekauft hat. Dies ist die einzige Bedingung, die die Moldauer erfüllen müssen, nachdem sie die Grenze überschritten haben, um auf den rumänischen Lebensmittelmärkten Handel zu treiben.

Auf dem Markt sieht der Besucher schnell, dass nicht nur landwirtschaftliche Produkte verkauft werden, sondern auch Fleisch und Fisch sowie verarbeitete landwirtschaftliche Produkte (Schokolade, Konserven...) und andere Fertigwaren. Diese Produkte dürfen im Prinzip nicht auf den Märkten verkauft werden. Fleisch und Fisch müssten zum Beispiel vorschriftsmäßig in Kühlräumen gelagert werden. Jeder weiß trotzdem, wo er sich diese Waren besorgen kann. Die Verwalter des Marktes wissen auch Bescheid, aber bedienen sich des Argumentes der Armut der moldauerischen Händler und schließen die Augen.

Diese Gegebenheiten zeigen, dass bei einer strengen und strikten Anwendung der Gesetze der grenzüberschreitende Kleinhandel schnell verschwinden würde. Dieser Kleinhandel ist zum Teil bedingt durch eine gewisse Informalität. Je strenger die Regeln und Gesetze sind und je mehr sie beachtet werden, desto weniger findet der so genannte „Touristenhandel“ den Raum, um sich zu entwickeln.

#### **4.1.3.3 Der Handel am Rande der Märkte**

Die Ränder der Märkte sind die dritte räumliche Kategorie, wo man Kleinhändler aus der Republik Moldau treffen kann. Diese Ränder stellen ebenfalls informelle Räume des Kleinhandels dar.

Am Eingang eines Marktes trifft man auf einige Leute, die hin und her laufen und Zigaretten verkaufen. Dies ist eine wichtige Aktivität an diesen Orten. Manchmal sind Rumänen Zwischenhändler für die geschmuggelten Zigaretten aus der Republik Moldau. Der Zigaretten schmuggel wird durch eine binationale Organisation ermöglicht. Die Moldauer bringen die Zigaretten nach Rumänien. An der Grenze treffen sie ihre rumänischen Partner, die dann die Zigaretten weiterverkaufen. Am Rande der Märkte befinden sich nur kleine Mengen an geschmuggelten Zigaretten, die aber oft ergänzt werden. Die Verkäufer tragen nur einige Zigarettenpackungen in einer Tüte. Sie werden regelmäßig von anderen Zwischenhändlern beliefert. Es ist allgemein bekannt, dass hier geschmuggelte Zigaretten verkauft werden. Auch die lokalen Behörden sind darüber informiert.

Der Wodkaschmuggel ist mit dem Zigaretten schmuggel vergleichbar. Auch dieser findet hier statt, ist aber weniger sichtbar. Nur an einigen Stellen in den Straßen eines Wohnblockviertels sind kleine Gruppen von Frauen zu sehen, die kleine Taschen tragen. Die Fußgänger gehen schnell vorbei, halten kaum an, kleine Flaschen Wodka wechseln schnell die Hände, und dann geht jeder seinen Weg weiter. Wenn die Polizei ihre Runde macht, dann verschwinden die Frauen sofort in den Eingängen der Nachbarblöcke.

Die anderen Waren des Kleinhandels werden auf verschiedene Art und Weise angeboten: auf den Innenseiten von Mänteln, auf kleinen Auslagen auf dem Boden, aber auch auf ganz formellen und registrierten Auslagen. Man kann von einem räumlichen *Kontinuum* sprechen, weil die Angebote formeller Art mehr und mehr zu Orten mit Angeboten informeller Art übergehen. Der grenzüberschreitende Raum des Kleinhandels ist also vielfältig. Die Orte des Kleinhandels sind miteinander in der Form eines Netzwerkes verbunden, sei es in der moldau-

ischen Republik, wo die „Handelstouristen“ Waren verkaufen, die sie aus Rumänien mitgebracht haben, oder sei es in anderen Regionen Rumäniens, die weiter von der Grenze entfernt sind. Man trifft moldauische Händler zum Beispiel im relativ grenzfernen Oltenien (Südrumänien) auf den Märkten kleiner Städte oder Dörfer.

Der Kleinhandel über die Grenze hinweg bewirkt die Integration der Grenzgebiete in die Wirtschaft des Landes, sowohl in Rumänien als auch in der Republik Moldau. Er schafft Beziehungen zwischen den Bewohnern der beiden Seiten der Grenze, die durch die kommunistischen Regime so weit wie möglich verhindert worden waren. In diesem Sinne ist diese Handelsmobilität wichtig für die regionale wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Allerdings ist die Integration der moldauisch-rumänischen Grenzgebiete in die Gesamtwirtschaft der Länder noch sehr schwach ausgebildet. Dies gilt besonders für die Republik Moldau.

#### **4.1.4 Grenzüberschreitender Kleinhandel und Migration**

Die Verbindung zwischen dem mobilen Kleinhandel und Migration lässt sich am Beispiel von Lebensläufen moldauischer Pendler erläutern. Diejenigen, die sich in der relativ besten Position befinden, können in Rumänien schon als Einwanderer betrachtet werden. Die anderen werden durch die Unsicherheit ihrer Situation gezwungen, in der Einstufung der gelegentlichen „Handelstouristen“ zu verbleiben. Zwischen diesen zwei Extremen gibt es eine ganze Reihe von sozialen Einstufungen, die ein soziales *Kontinuum* bilden.

##### **4.1.4.1 Die Stellung der Immigranten**

Das erste Beispiel ist das eines moldauischen Ehepaares, das auf dem Basar Handel betreibt. Der Ehemann und seine Frau verbringen jeden Tag auf dem Basar, die meisten anderen Händler kommen nur am Wochenende. Sie verkaufen allerlei Waren, die in der Republik Moldau wie auch in der Ukraine, in Weißrussland, in Russland, in der Türkei und auch in Rumänien hergestellt werden. Die Eheleute stammen aus der Nord-Moldau und sind ungefähr fünfzig Jahre alt. Vor der politischen Wende haben beide als Staatsbeamte gearbeitet, er als Polizist und sie als Lehrerin. Sie fingen schon 1991 mit dem Handel über die Grenze hinweg an, weil sie nicht genug Geld verdienten. Zuerst verkauften sie selbstgemachte Chapkas, als der Basar noch ganz informell war und in der Stadtmitte von Iași lag. Danach

verkauften sie andere Waren, und ihre Mobilität wurde alltäglich. Einige Jahre danach ging ihr Sohn nach Rumänien, um dort zu studieren. Seine Eltern erhielten kurz danach die rumänische Staatsbürgerschaft, als das rumänische Gesetz für die Erlangung der Staatsbürgerschaft noch für die Staatsbürger der Republik Moldau günstig war. Die Frau erbt in Iași eine Wohnung von einer Tante. Der Handel erwies sich als erfolgreich. Das Ehepaar bezog die Wohnung in Iași und lebt dort fast ständig. In ihrem modernisierten und vergrößerten Haus in der Republik Moldau verbringen die beiden jetzt nur noch die Ferien, einige Wochen im Jahr. Dieses Ehepaar lebt also nicht mehr wie die anderen „Handelstouristen“. Ihre Situation in Rumänien ist ziemlich stabil: zivilrechtlich, wirtschaftlich und familiär. Ihre soziale Position ist mit derjenigen von Immigranten in Rumänien vergleichbar.

#### **4.1.4.2 Mobilität und Unsicherheit**

Ein Beispiel für das Zusammenspiel einer starken Mobilität mit einer wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheit bietet eine junge Frau, die auf einem Lebensmittelmarkt Waren verkauft. Sie hatte bis dahin keine Möglichkeit, sich dauerhaft in Rumänien niederzulassen, obwohl sie es gerne gewollt hätte. Sie ist ungefähr dreißig Jahre alt und kommt aus einer kleinen Stadt in der Mitte der Republik Moldau. Zusammen mit einer Freundin verkauft sie Samen auf dem Markt. Den Samen kauft sie auf einem Großhandelmarkt. Sie ist also keine Landwirtin, obwohl das Gesetz dies für diese Tätigkeit verlangt. Sie verbringt drei bis vier Tage in der Woche in Rumänien und fährt dann nach Hause zurück, mit dem Zug oder mit einem der vielen informellen Taxis. Wenn sie in Iași ist, schläft sie bei einer alten Rumänin, die direkt neben dem Markt wohnt. Diese Frau vermietet ein Zimmer an moldauische Pendler für ungefähr 1 Euro pro Nacht und verdient damit ein wenig Geld, mit dem sie ihre kleine Rente aufbessern kann. Die junge Frau ist in einer sehr labilen Lage. Sie besitzt nicht die rumänische Staatsbürgerschaft, obwohl sie sich darum bemüht hatte. Sie hat auch keine persönlichen Kontakte in Rumänien, die ihr helfen könnten. Zu Anfang ihres grenzüberschreitenden Pendelns betrieb sie Zigarettenschmuggel. Das war aber sehr riskant, deshalb stieg sie auf Lebensmittel über. Sie will aber in dieser „Handelskarriere“ weiter kommen. Sie will entweder einen Rumänen heiraten, um in Rumänien bleiben zu dürfen, oder nach Frankreich auswandern, denn ihre Schwester arbeitet schwarz in Paris. Sie betont ihre höchst prekäre Lage, und fürchtet, in der Republik Moldau „gefangen“ zu sein.

Diese Beispiele zeigen, dass die Personen, die grenzüberschreitenden Schmuggel betreiben, sich in einer ungewissen und wechselhaften Situation befinden. Ihr Ziel ist letztlich die dauerhafte Einwanderung in Rumänien bzw. in einem Land der Europäischen Union.

#### **4.1.5 Schlussbemerkungen**

Rumänien ist später als andere ehemalige kommunistische Länder vom Handel über die östliche Grenze hinweg betroffen worden. Die Beschreibung der Aktivitäten der Moldauer Händler auf den Märkten in der rumänischen Stadt Iași weist im Laufe der letzten 15 Jahre auf den tiefen Wandel hin, der den grenzüberschreitenden Handel betraf, aus politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Es stellt sich die Frage, wie lange noch grenzüberschreitender Kleinhandel anhält, weil die Kontrolle an der Grenze strenger geworden ist und weil Rumänien seine Gesetze über die Einwanderung verschärft. Je stärker Rumänien in europäische und internationale Prozesse eingebunden ist, desto mehr wird die grenzüberschreitende Mobilität aus der Republik Moldau als Einreise und nicht als Pendeln betrachtet. Das heißt: Die moldauischen Staatsbürger werden immer mehr als internationale Einwanderer in Rumänien angesehen. Tatsächlich stellen heute die moldauischen Staatsbürger die größte Immigrantengruppe in Rumänien dar, und zwar sowohl hinsichtlich Kurzzeit- als auch der Langzeit-Visen. Was die Arbeitserlaubnisse anbelangt, liegen sie auf der zweiten Stelle nach den türkischen Staatsbürgern (Mira 2008). Die moldauische Präsenz in Rumänien zeigt also die Beziehung zwischen grenzüberschreitenden Handel und Einwanderung.

Das Bild eines *Kontinuums* oder eines gleitenden Übergangs von Mobilität/Pendeln zur Immigration ist geeignet, den Wandel des Verkehrs über die rumänisch-moldauische Grenze hinweg und seine Verbindung zur Einwanderung zu verstehen.

#### **4.1.6 Bibliographie**

- AIDIS, R. (2003): Officially Despised yet Tolerated: Open-air Markets and Entrepreneurship in Post-socialist Countries. In: Post-Communist Economies. Vol. 15. Nr. 3. S. 461–473.
- BODNAR, J. (1998): Assembling the Square: Social Transformation in Public Space and the Broken Mirage of the Second Economy in Postsocialist Budapest. In: Slavic Review. Vol.57. Nr.3. S. 489–515.



- CHELCEA, L./LĂȚEA P. (2000): România profundă în communism. Dileme identitare, contract social și economie secundară la Sântana. Bucurest.
- CHELCEA, L./LĂȚEA P. (2004): Cultura penuriei: bunuri, strategii și practici de consum în România anilor '80. In: NECULAU, A. (Hrsg.): Viața cotidiană în communism. Iași, S. 152–174.
- CHELCEA, L./RADU, C./CONSTANTINESCU, L. (2005): Informalizare și instituționalizare: geografia compărării și piețele agricole din două sectoare ale Bucureștiului. In: CHELCEA, L./MATEESCU, O. (Hrsg.): Economia informală în România: Piețe, practici sociale și transformări ale statului după 1989. Bucurest, S. 145–188.
- CŒURE, S./DULLIN, S. (2007) : Introduction. In : CŒURE, S./DULLIN, S. (Hrsg.): *Frontières du Communisme*. Paris, S. 9–23.
- CZAKÓ, Á./SÍK, E. (1999): Characteristics and Origins of the Comecon Open-air Market in Hungary. In: Journal of Ethnic and Migration Studies. Vol. 27. Nr. 3. S. 715–737.
- FISH, M./EDWARDS, L. (1989): Shadow trading by international tourists in the Soviet Union. In: Journal of Criminal Justice. Vol. 17. S. 417–427.
- IGLICKA, K. (2001): Shuttling from the former Soviet Union to Poland: from 'primitive mobility' to migration. In: Journal of Ethnic and Migration Studies. Vol.27. Nr.3. S. 505–518.
- KONSTANTINOV, Y. (1994): Hunting for Gaps through Boundaries: Gypsy tactics for economic Survival in the Context of the second Phase of Post-Totalitarian Changes in Bulgaria. In: Innovation: The European Journal of Social Sciences. Vol. 7. Nr. 3. S. 237–278.
- KONSTANTINOV, Y. (1996): Patterns of Reinterpretation: Trader-Tourism in the Balkans (Bulgaria) as a Picaresque Metaphorical Enactment of Post-Totalitarianism. In: American Ethnologist. Vol. 23. Nr. 4. S. 762–782.
- KONSTANTINOV, Y. /KRESSEL, G./THUEN, T. (1998): Outclassed by Former Outcasts: petty Trading in Varna. In: American Ethnologist. Vol.25. Nr.4. S. 729–745.
- LĂZĂROIU, S. (2003), More “Out” Than “In” at the Crossroads between Europe and the Balkans. Genève, IOM.
- Mira (Ministerul internelor și Reformei Administrative) (2008): Imigrația și azilul în România 2007. Bukarest.
- PIJPERS R./VAN DER VELDE, M. (2007): Mobility across Borders: Contextualizing Local Strategies to Circumvent Visa and Work Permit

- Requirements. In: *International Journal of Urban and Regional Research*. Vol. 31. Nr. 4. S. 819–835.
- POPESCU, G. (2006): *Transborder State Reterritorialization in Eastern Europe: the Lower Danube Euroregion*. Tallahassee, Dissertation of the Florida State University.
- SANDU, D./RADU, C./CONSTANTINESCU, M./CIOBANU O. (2004): *A Country Report on Romanian Migration Abroad: Stocks and Flows after 1989*. Prague.
- SANDU, D. (Hrsg.) (2006): *Locuirea temporară în străinătate. Migrația economică a românilor: 1990–2006*. Bucurest.
- SÍK, E. (1999): *The Spatial Distribution of Informal Marketplaces and Informal Foreign Traders in Contemporary Hungary*. In: FEIGE, E./OTT, K. (Hrsg.): *Underground Economies in transition*. Aldershot. S. 275–306.
- SÍK, E./WALLACE C. (1999): *The Development of Open-Air Markets in East-Central Europe*. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, Vol. 23. Nr. 4. S. 697-714.
- SWORD, K. (1999): *Cross-Border 'Suitcase Trade' and the Role of Foreigners in Polish Informal Markets*. In: IGLICKA, K./SWORD, K. (Hrsg.): *The Challenge of East-West Migration for Poland*. London. S. 145–167.
- VAN DE VELDE, M./MARCINCZAK, S. (2005): *From Iron Curtain to Paper Wall: The influence of border-regimes on regional economies and societies. The life, death and resurrection of the bazaars in the Łódź-region*. Nijmegen.
- WALLACE C./SHMULYAR, O./BEDSIR, V. (1999): *Investing in Social Capital: the Case of Small-Scale, Cross-Border traders in Post-Communist Central Europe*. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*. Vol. 27. Nr. 3. S. 751–770.

## 4.2 Bedeutung der grenzüberschreitenden Praktiken im moldauisch-rumänischen Grenzraum vor und nach dem EU-Beitritt Rumäniens<sup>2</sup>

*Mihaela Narcisa Arambaşa*

### 4.2.1 Einführung: der moldauisch-rumänische Grenzraum

Seit der Unabhängigkeit der Republik Moldau („Republica Moldova“ in der Landessprache) 1991 bestehen sowohl in den deutschen Massenmedien als auch in der Literatur nicht weniger als drei Begriffe für ein und dasselbe Land: Moldawien, Moldova und Moldau. Wir haben uns für die Terminologie „Republik Moldau“ entschieden, weil der Begriff „Moldawien“ in der internationalen Diplomatie unüblich ist. Zudem wird er als eine Eindeutschung des russischen Moldavija betrachtet (vgl. MENN 2008, ZELLER 2005). Moldova hingegen bezieht sich auf die rumänische Bezeichnung (HAUSLEITNER 2004, S. 25, zitiert nach IHRIG 2008, S. 26).

Die Republik Moldau ist das ärmste Land Europas, das seit mehreren Jahren unter einem ungelösten Konflikt im Osten des Landes, in der Region Transnistrien, leidet. Die Republik befindet sich in einer schwierigen sozio-ökonomisch-demografischen Lage (Auswanderung, „brain-drain“, elternlose Kinder, hohe Scheidungsrate, Prostitution), die ohne die Rimessen der schätzungsweise ein Viertel der im Ausland arbeiteten moldauischen Bevölkerung nicht überleben würde.

Die Konturen des aktuellen Rumäniens und der Republik Moldau haben sich in den letzten Jahrhunderten oft verändert. Im 14. und 15. Jh. existierte das Fürstentum Moldau, zu dem die heutige Republik Moldau (ohne Transnistrien) und ein Teil der heutigen Region Moldau Rumäniens gehörten. 1812 wurde das Fürstentum durch den türkisch-russischen Krieg geteilt. Der östliche Teil (der Teil der aktuellen Republik Moldau) wurde an Russland angegliedert – bekannt unter dem Namen „Bessarabien“. Den westlichen Teil bildete bis 1859 weiterhin das Fürstentum Moldau. Im Jahre 1859 fand dann die Vereinigung des Fürstentums Moldau mit dem südlichen Teil des heutigen Rumäniens (Țara Românească) statt, die den Beginn der Staatlichkeit Rumäniens

---

<sup>2</sup> In diesem Artikel werden Teilergebnisse des Forschungsprojekts „Alltag am östlichen Rand der EU: Raumaneignungen der Bevölkerung im Grenzraum Rumänien/Republik Moldau“ präsentiert. Dieses Projekt wird von Mihaela Narcisa Arambaşa bearbeitet, von der Volkswagenstiftung gefördert und von Wilfried Heller geleitet.

darstellte. Diese Konturen blieben bis 1918 konstant, als in Folge des Ersten Weltkrieges Bessarabien Teil Groß-Rumäniens wurde. Zwischen den beiden Weltkriegen stellte der Pruth keine Grenze dar (1918–1940/44) – ein Zustand, der bis dahin mehr als 100 Jahre nicht existierte.

Im Ribbentrop-Molotov-Pakt wurde dann 1940 der Pruth wieder Grenzfluss. Der östliche Teil des früheren Fürstentums Moldau wurde an die UdSSR angegliedert (ohne einige Territorien im Süden und Norden, jedoch mit dem heutigen Transnistrien). So entstand die Moldauische SSR, die bis zum Zerfall der Sowjetunion 1991 existierte. Seitdem ist die Republik Moldau ein souveräner und unabhängiger Staat Europas.

Als am 1. Januar 2007 Rumänien der Europäischen Union beitrug, wurde die etwa 4,2 Mio. Einwohner zählende Republik Moldau (einschließlich Transnistrien) einer der neuen Nachbarn der EU. Die Grenze entlang des Pruths bekommt eine besondere Bedeutung: Sie trennt nunmehr den „Westen“ (Rumänien) vom „Osten“ (Republik Moldau) und zudem die rumänische Region Moldau von der Republik Moldau. Damit kommt der Grenze eine wichtige geopolitische Bedeutung mit hohem Konfliktpotential zu.

Die Besonderheit dieses Grenzraums ist, dass auf beiden Seiten der Grenze dieselbe Sprache gesprochen wird und aus Sicht des Panrumänismus dieselbe „Nation“ lebt. Da in der Republik Moldau seit den 1990er Jahren ein moldauisches und damit ein anderes „nation building“ betrieben wird, sind auch hier Konflikte angelegt.

An der Grenze Rumänien/Republik Moldau bestehen große Wohlstandsunterschiede. Einen statistischen Hinweis darauf gibt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner, das in Rumänien im Jahr 2006 5.647 US \$, in der Republik Moldau dagegen nur 876 US \$ beträgt, d. h. also nur ein knappes Sechstel des rumänischen Wertes. Nach Angaben einer neuen Studie über Rimessen der 350.000 bis 1. Mio. Arbeitsmigranten befindet sich die Republik Moldau auf dem zweiten Platz nach Tadschikistan, gemessen am Anteil der Geldüberweisungen am Bruttoinlandsprodukt (vgl. NELLEN-STUCKY, Juni 2008). Diese werden auf ca. 35 % des Wertes des BIP geschätzt (vgl. HELLER 2009 nach Bundesagentur für Außenwirtschaft. Servicestelle.2008, S. 2–3; nach United Nations 2006 seien es 27 %; vgl. auch den Artikel von MURAVSCHI u.a. im vorliegenden Band).

Laut Statistiken ist die rumänische Region Moldau und besonders ihr Gebiet an der Grenze zur Republik Moldau eines der ärmsten Landstriche Rumäniens (s. Artikel von IANOȘ u. a. im vorliegenden Band).

Ein Vergleich der Situation von 1999 mit derjenigen von 2005 zeigte sogar eine Verschlechterung im Vergleich mit der Entwicklung Rumäniens insgesamt. Trotzdem ist der sozioökonomische Entwicklungsstand hier deutlich höher als in der Republik Moldau (ARAMBAȘA, BRUNS 2008, S. 107). So ist die ökonomische Situation auf der moldauischen Seite der Grenze denkbar schlecht: Im Jahre 2008 musste, unseren Ergebnissen zufolge, ein Haushalt (durchschnittlich 3,8 Mitglieder) mit ca. 140 Euro pro Haushalt und Monat auskommen (40 € pro Person und Monat). Dadurch sind die Menschen gezwungen, Alternativen für ihr Leben – um es deutlicher zu sagen: ihr Überleben – zu entwerfen. Eine bessere Situation zeigte sich auf der rumänischen Seite des Grenzflusses, wo ein Haushalt (durchschnittlich 3,6 Mitglieder) mit ca. 405 Euro im Monat (113 € pro Person und Monat) auskommen muss.

#### **4.2.2 Fragestellung**

Die Grenze „markiert territoriale Differenzierungen zwischen hier und dort, konstruiert und konstituiert somit Differenzen“ (EIGMÜLLER 2006, S. 9). So lassen sich verschiedene Arten von Grenzen unterscheiden, die koexistieren können, aber nicht müssen. Es handelt sich dabei um administrative, physische, ökonomische, soziale, sprachliche und nicht zuletzt um mentale Grenzen.

Grenzräume sind – wie alle Räume – Produkte sozialer Handlungen, in denen sich die dominanten gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegeln. Grenzräume zählen in der Regel zu den benachteiligten Räumen im binnenstaatlichen Vergleich. Was oft mit „peripheren Räumen“ bezeichnet wird, kann durch politische Ereignisse (Integrationsprozess innerhalb der Europäischen Union, die revolutionären Umbrüche in Mittel- und Osteuropa und die Osterweiterung der Europäischen Union) zu einem Wandel des Status führen. Die Grenzöffnung oder -schließung kann zu einer Änderung von Grenzbedeutungen führen, die auch wirtschaftliche, sozial-demographische und psychologische Konsequenzen hat (vgl. SCHERHAG 2008). Liegen diese Räume an den Grenzen von Staaten mit höherem ökonomischem und sozialem Entwicklungsstand und sind diese Grenzen durchlässig, dann werden den dort lebenden Menschen die Wohlstandsunterschiede deutlicher bewusst als in anderen Räumen. Deshalb reagiert die Bevölkerung auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen mit besonderen Aktivitäten, unter denen grenzüberschreitende eine wesentliche Rolle spielen.

Während die Bedeutung von Grenzen innerhalb der Europäischen Union systematisch vermindert wird, werden die Außengrenzen der

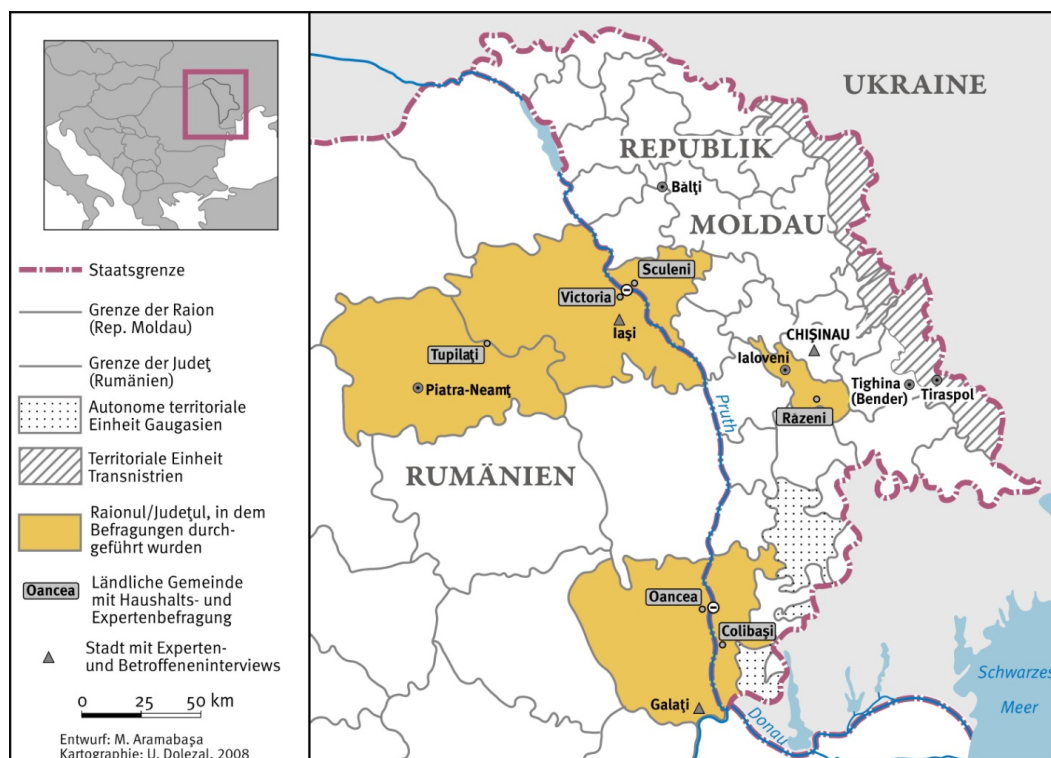
EU verstärkt und damit eine Barrierewirkung geschaffen. Diese Sachverhalte treffen in Europa auf die Grenzräume an der Ostgrenze der NATO und der EU in besonderem Maße zu. Ihre Grenzen sind aber trotzdem durchlässig, so dass sie auch Übergangsräume darstellen. Sie sind also Tore und Barrieren zugleich (vgl. z. B. ANDERSON/O'DOWD 1999)

Der vorliegende Artikel geht der Frage nach, wie sich die grenzüberschreitenden Aktivitäten der im Grenzraum wohnenden Bevölkerung nach dem Beitritt Rumäniens zur EU am 1. Januar 2007 entwickelt haben und wie diese Bevölkerung mit der neuen Qualität der Grenze, d. h. mit den neuen Grenzregelungen, umgeht und welche Konsequenzen für ihre Lebensgestaltung sie daraus zieht.

#### 4.2.3 Forschungsmethodik

Die empirische Untersuchung wurde als Trend-Befragung geplant. Die erste Etappe erfolgte im November 2006 in vier ländlichen Gemeinden in der Nähe der Grenzübergänge Victoria-Sculeni und Oancea-Cahul, und zwar in den Orten Victoria und Sculeni sowie in Oancea und Colibași. Mit der Hilfe von moldauischen und rumänischen Studenten wurden „an der Haustür“ von Privathaushalten 560 standardisierte Fragebogen ausgefüllt (Abb.1).

Abb. 1: Untersuchungsorte 2006 und 2008



Die zweite Etappe begann im Mai 2008. Zusätzlich zu den vier im Jahr 2006 untersuchten Ortschaften wurden in noch zwei weiteren Gemeinden Befragungen durchgeführt, und zwar in Răzeni in der Republik Moldau und in Tupilați in Rumänien. Diese Orte liegen ca. 135 km bzw. ca. 140 km Straßenkilometer von der Grenze entfernt. Damit wurden im Jahr 2008 insgesamt 886 Befragungen absolviert (Tab. 1).

Tab. 1: Quantitative Befragungen 2006 und 2008

Republik Moldau			Rumänien			Insgesamt
Ort	2006	2008	Ort	2006	2008	
Sculeni	148	148	Victoria	140	153	589
Colibași	144	143	Oancea	152	144	583
Răzeni	–	148	Tupilați	–	150	298
Summe der Befragungen	292	439	Summe der Befragungen	292	447	1470

Die Einbeziehung der beiden relativ grenzfernen Gemeinden hat eine Kontrollfunktion für die Untersuchungsergebnisse. Es soll geprüft werden, ob die Nähe der Grenze und die häufigen Fahrten in das jeweils andere Land sich tatsächlich in einer spezifischen Weise auf die Einstellungen zur Grenze und auf das Bewusstsein einer gemeinsamen rumänischen Nation oder von zwei verschiedenen Nationen auswirken. Dieses Thema wird aber im vorliegenden Artikel nicht behandelt.

In allen Untersuchungsorten wurden zusätzlich problemzentrierte Leitfadeninterviews mit den so genannten „lokalen Eliten“ durchgeführt. Dazu zählen: Bürgermeister, Schuldirektoren und Pfarrer. Die „lokale Elite“ besteht aus Personen, die wichtige Positionen im Dorf inne haben und deshalb viel über die Strukturen und das Leben im Dorf wissen und zudem als „Meinungsführer“ gelten. Dieses Vorgehen der Leitfadeninterviews wurde in der zweiten Phase fortgesetzt und durch Befragungen in den Städten Iași, Galați und Chișinău erweitert.

Da es „eindeutig illegitim [ist], von den Eliten auf die Massen zu extrapolieren“ (HOBSBAWM 1990, S. 48), haben wir auch mit den anderen Dorfbewohnern qualitative Interviews durchgeführt. Es ist anzunehmen, dass sich die sogenannte breite Masse der Dorfbevölkerung in den Interviews anders artikuliert als die Dorfelite. Die insgesamt 1470 Fragebogen (Tab. 1) und 89 Interviews sollen dazu beitragen, Sphären menschlicher Subjektivität in Bezug auf die Grenze und deren Identität

zu entziffern. Das sollen einige „räumliche, soziale, [ökonomische] und kulturelle Dimensionen dieser kleinen Bühne des Alltags“ an der moldauisch-rumänischen Grenze „konkret andeuten – am Beispiel dörflicher Gesellschaft und Geschichten“ (KASCHUBA 1985, S. 85).

Da in dem vorliegenden Artikel vor allem die Bedeutung der grenzüberschreitenden Aktivitäten der Grenzbevölkerung vor und nach dem EU-Beitritt Rumäniens behandelt wird, werden hier nur die in den Grenzgemeinden durchgeführten 1172 quantitativen und 75 qualitativen Interviews (einschließlich Experteninterviews in den Landes- und Provinzhauptstädten) analysiert. Das Thema Identität wird nur am Rande behandelt.

#### **4.2.4 Grenzregelungen und Anspruch der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP)**

Im Unterschied zur Zeit der Sowjetunion, in der die Grenze zwischen der Republik Moldau und Rumänien weitgehend geschlossen war, reichte den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern der Republik Moldau und Rumäniens für den Grenzübertritt im Zeitraum von 1991 bis 2001 der Personalausweis aus. Im Jahr 2001 wurde zur Vorbereitung des rumänischen EU-Beitritts in Rumänien die Passpflicht für die Besucher aus der Republik Moldau eingeführt. Seit dem 1. Januar 2007 (Beitritt Rumäniens) wird sogar ein Visum für die Einreise aus der Republik Moldau in Rumänien benötigt. Für die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Rumäniens galt bis April 2009 die alte Regel: Ihnen genügte der Pass für die Einreise in die Republik Moldau. Nach den sehr heftigen Demonstrationen in Chişinău nach der Parlamentswahl vom 5. April 2009, für die der rumänische Staat von der moldauischen Regierung mitverantwortlich gemacht wird, wurde in der Republik Moldau ein neues Gesetz eingeführt, das im Grunde genommen die Vereinbarungen mit der EU verletzt. Denn nunmehr benötigen auch rumänische Staatsbürger ab April 2009 ein Visum, um in die Republik Moldau einzureisen. Die Beziehungen, die zwischen Chişinău und Bukarest nach 1991 nie sehr gut waren, haben nun wahrscheinlich einen neuen kritischen Tiefpunkt erreicht.

Die Einführung der Visumpflicht sollte nach dem EU-Beitritt Rumäniens Sicherheit und Stabilität an den neuen Außengrenzen der EU schaffen. Laut Europäischer Nachbarschaftspolitik (ENP) sollen aber auch „neue Trennlinien an der Grenze der erweiterten Union [vermieden werden]“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaft 2004, S. 17). Theoretisch wurden auch Maßnahmen anvisiert, die diesen Anspruch umsetzbar machen sollen. So wurde eine Verordnung über den



kleinen Grenzverkehr an der Außengrenze der EU erlassen. Diese sollte den kleinen Grenzverkehr fördern, indem Personen, die in einer Reichweite von 50 km jenseits der Grenze wohnen, allein mit einer Erlaubnis die Grenze überqueren können (vgl. SZYMBORSKA 2007). Zusätzlich enthält die ENP Anmerkungen über eine vereinfachte und kostenlose Visavergabe für die Bürger der Nicht-EU-Mitgliedstaaten. Darüber hinaus gibt es auch Rahmenbedingungen für den Aufbau der grenzüberschreitenden Kooperationen (vgl. KEMPE 2007). Beispiele solcher EU-Projekte sind PHARE/CBC, TACIS/CBC und ENPI/CBC.

#### **4.2.4.1 Realität der ENP: Grenzüberschreitende Mobilität im moldauisch-rumänischen Grenzraum**

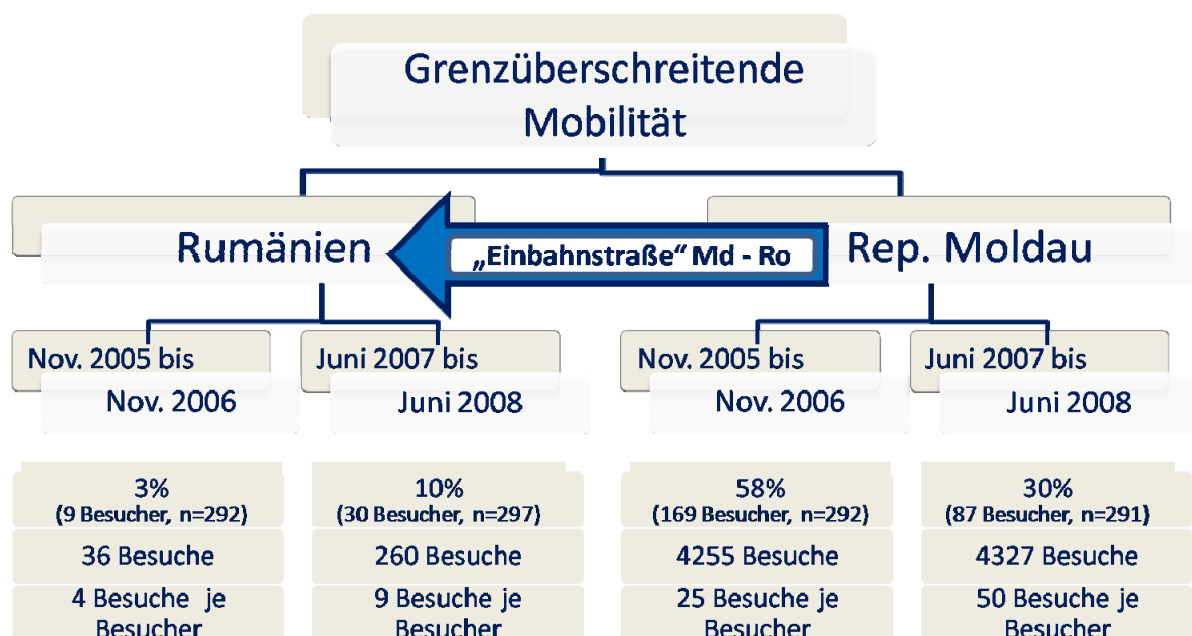
Wie sieht konkret die Situation an der rumänisch-moldauischen Grenze aus? Welche Folgen haben der EU-Beitritt Rumäniens und die Umsetzung der ENP?

An Hand der quantitativen und qualitativen Ergebnisse unserer empirischen Untersuchungsphasen (2006 und 2008) werden im Folgenden Auswirkungen der neuen Grenzregelungen auf die Grenzraumbevölkerung dargestellt und thematisiert.

Bei der grenzüberschreitenden Mobilität handelt sich um ein „Einbahnstraßen-Phänomen“ von der Republik Moldau nach Rumänien. So ergaben die Auswertungen der Fragebogen insgesamt 4.255 Besuche der befragten 292 Moldauer in Rumänien während des Zeitraums von November 2005 bis November 2006. 58 % der befragten Moldauer (d. h. 169) überquerten im genannten Zeitraum die Grenze. Dagegen fanden nur 36 Besuche der befragten 292 Rumänen in der Republik Moldau in denselben zwölf Monaten statt. Nur 3 % der befragten Rumänen überschritten in dieser Zeit die Grenze.

2008 hat sich die Situation verändert: Unter den 292 befragten Moldauern hat sich die Anzahl derjenigen, die die Grenze zwischen Juni 2007 und Juni 2008 überquerten, signifikant vermindert (von 58 % auf 30 %;  $p < 0,01$ ), d. h. auf 87 Personen. Hingegen zeigt die Anzahl der Besuche keinen signifikanten Unterschied, sie ist sogar etwas größer als im Zeitraum 2005/ 2006 (4.327). Das bedeutet, dass sehr viel weniger Moldauer die Grenze in das benachbarte Rumänien überqueren, aber wenn, dann häufiger als im Zeitraum 2005/2006 (ca. 25 Besuche pro Besucher im Zeitraum 2005/2006 und ca. 50 Besuche pro Besucher im Zeitraum 2007/2008). Auf der rumänischen Seite der Grenze nahm die Anzahl der Besuche auch zu: Im Zeitraum 2007/2008 führten 30 Besucher 260 Besuche durch (Abb. 2).

Abb. 2: Grenzüberschreitende Mobilität an der rumänisch-moldauischen Grenze; November 2005–Nov.2006 und Juni 2007–Juni 2008

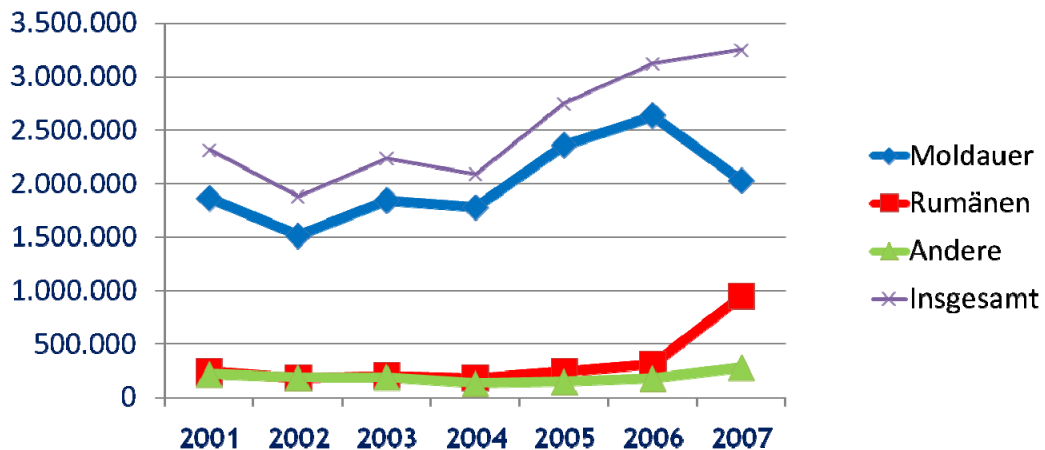


Quelle: Eigene Erhebungen.

Dass für die Moldauer der Grenzraum eine höhere Relevanz hat, zeigen auch die statistischen Daten der Grenzpolizei. In den Jahren 2001 bis 2007 waren über 80 % der Personen, die die Grenze in beiden Richtungen überquerten, Moldauer. Wie schon vermutet, ist wegen der neuen Grenzregelungen nach dem EU-Beitritt Rumäniens am 1. Januar 2007 die Anzahl der Grenzüberquerungen von Moldauern gesunken, und zwar um 20 % (Abb. 3).

In demselben Zeitraum ist die Anzahl der Grenzüberschreitungen von Rumänen genau um denselben Prozentsatz gestiegen (von 10 % auf 30 %). Man kann vermuten, dass die in der Republik Moldau niedrigeren Preise für Treibstoff, Zigaretten, Lebensmittel und Agrarprodukte der Grund dafür sind. Eine andere Erklärung wäre, dass die Anzahl der Grenzübertritte der 200.000 Moldauer, welche eine rumänische Staatsbürgerschaft besitzt, nach dem EU-Beitritt Rumäniens gestiegen ist. Da die Statistiken die Grenzgänger nach den von ihnen mitgeführten Pässen und nicht nach dem Wohnort registrieren, ist es unmöglich, diese Vermutung zu bestätigen.

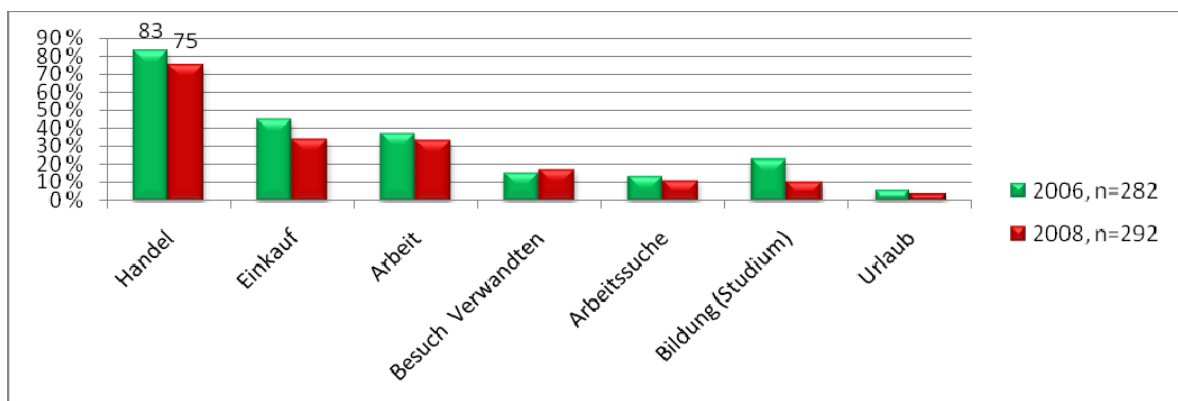
Abb. 3: Grenzüberquerungen von 2001 bis 2007



Quelle: Statistische Daten der Grenzpolizei Iași (DPF Iași).

Was veranlasst nun die Moldauer nach Rumänien zu fahren? 2006 waren die Hauptgründe für die Grenzüberschreitungen der befragten Moldauer Einkäufen (41 %), Kleinhandel (31 %) und Besuch von Verwandten (21 %). Nach den Motiven der Grenzüberschreitung ihrer Mitbürger befragt, gaben 83 % den Kleinhandel als Hauptaktivität an, gefolgt von Einkäufen, Arbeit und Studium (Abb. 4). Da der Kleinhandel als eine semi-legale und informelle Aktivität betrieben wird, kann man den großen Unterschied zwischen den Angaben über die eigenen Gründe und Angaben über die Gründe der anderen für den Besuch erklären.

Abb.4: Hauptgründe für die Moldauer nach Rumänien zu fahren



Quelle: Colibași und Sculeni, eigene Erhebungen 2006 und 2008.

Obwohl der Kleinhandel auch 2008 als Hauptgrund für die Reise der anderen nach Rumänien weiterhin genannt wird, nannten die Moldauer

für sich selbst als Hauptgrund am meisten „den Besuch von Verwandten und Bekannten“ (42 %). Dieser Unterschied erklärt sich dadurch, dass seit dem 1. Januar 2007 die Moldauer nur mit einem Visum über die Grenze fahren dürfen, welches sie meistens durch eine Einladung von Verwandten und Bekannten bekommen.

Die Nähe der Grenze ist für den Alltag der moldauischen Grenzbevölkerung sehr wichtig. So gaben in der Republik Moldau ca. 75 % der Befragten an, dass im Jahr 2006 und auch schon in den 1990er Jahren der nahe gelegene Grenzraum ihnen Vorteile gebracht hätte. Auf der moldauischen Seite wird die Grenze als „Tür“, als Zugang zu Vielfalt und zu Perspektiven für die Lebensgestaltung sowie zu Verwandten gesehen, in einigen Fällen sogar als eine Überlebens- oder Finanzierungsmöglichkeit für diejenigen, die Kleinhandel treiben. Wie lebensnotwendig der Kleinhandel tatsächlich für die Menschen vor Ort ist, fassen zwei Interviewte für sich wie folgt zusammen:

*„Die Not [...] in den Jahren '95, '96, '97 war schlimmer als jetzt, eine bejammernswerte Situation. Damals haben wir unsere Löhne fast ein ganzes Jahr nicht bekommen [...] und dann habe ich mir die Frage gestellt ‚Gott, was soll ich machen? Soll ich arm werden und mit ausgestreckter Hand zum Betteln laufen? Besser sterbe ich!‘ [...] So habe ich mich entschieden, Ferkel in Rumänien zu verkaufen. [...] Stellen Sie sich das mal vor, ich als Direktor eines Gymnasiums, was für eine erniedrigende Situation war das damals für mich...“ (Ion, Colibași 2008).*

*„Ich habe als Köchin im Kindergarten gearbeitet, der geschlossen wurde, so hatte ich keine Arbeit mehr. Seit damals komme ich hierher [Rumänien], um Geld zu verdienen. Ich habe eine Tochter, die zur Universität geht...mit dem Handel habe ich meine ganze Familie versorgt, mein ganzes Haus...von hier [...] Es ist nicht legal, was ich mache, ich habe keine Papiere. Bis zum EU-Beitritt war es ein bisschen lockerer, aber jetzt nach der Union ist es schwieriger geworden“ (Romica, Moldauerin auf dem Markt Piața CUG in Iași 2008).*

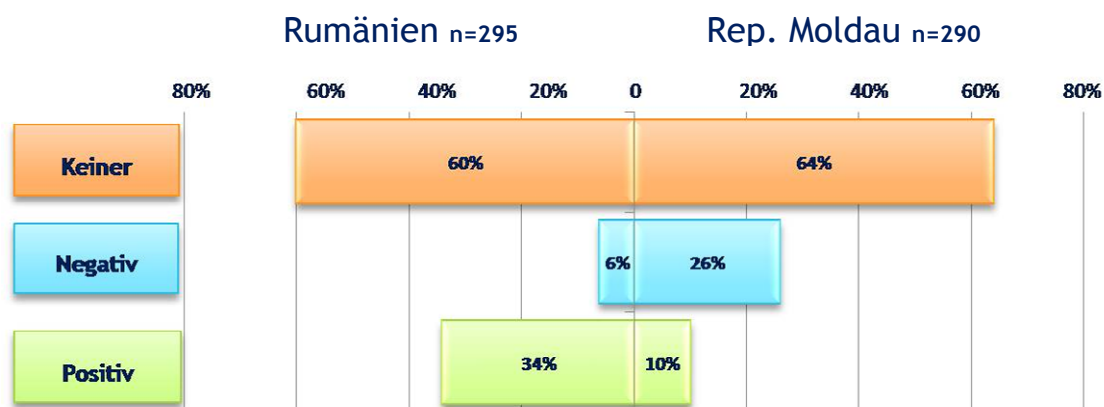
Dagegen wurde die Zeit vor 1990 eher als bedeutungslos (35 %) oder als Nachteil (40 %) betrachtet.

Auf der rumänischen Seite ist die Relevanz der nahe gelegenen Grenze sowohl im Jahr 2006 (vorteilhaft für nur 25 %) als auch in den 1990er Jahren (vorteilhaft für 42 %) viel kleiner. Diese Angaben zeigen, dass die Grenze für die Moldauer viel mehr als Ressource betrachtet wird.

#### 4.2.4.2 Bedeutung / Einfluss / Wahrnehmung des EU-Beitritts Rumäniens

Im Jahr 2006 rechneten auf der rumänischen Seite der Grenze 61 % der Befragten damit, dass der EU-Beitritt positive Wirkungen auf ihr Alltagsleben nach dem EU-Beitritt haben werde (n=292). 32 % von ihnen glaubten an negative Folgen. Eineinhalb Jahre nach dem EU-Beitritt Rumäniens wurden sie anscheinend nicht enttäuscht, auch wenn nicht alle Erwartungen erfüllt wurden: Nur 6 % der im Jahr 2008 befragten Dorfbewohner bewerteten die Auswirkungen des EU-Beitritts als negativ, dagegen 34 % als positiv. Jedoch verspürten 60 % noch keinen Einfluss (Abb. 5).

Abb. 5: Einfluss des EU-Beitritts Rumäniens nach Angaben der befragten Grenzraumbewohner Rumäniens und der Republik Moldau im Jahr 2008



Quelle: Eigene Erhebungen.

Die positiven Auswirkungen des Beitritts sahen die befragten Grenzraumbewohner Rumäniens im Fördergeld der EU für die Verbesserung der Infrastruktur der Dörfer, in der Erhöhung der Renten und der Löhne und vor allem darin, in die EU-Mitgliedstaaten frei reisen zu können. Außerdem setzten sie darauf, dass in der Zukunft viele ausländische Unternehmen in der rumänischen Landwirtschaft investieren würden. Andererseits wurde es sehr bedauert, dass wegen der nun geltenden EU-Regelungen der Tierhandel auf den Märkten verboten wurde und dass die Preise gestiegen waren. Dazu kamen Zweifel an der ausreichenden Höhe der versprochenen Förderungen für die Landwirtschaft sowie an deren zeitnahe Auszahlung. Auch die freie Reise in die EU wird nicht von allen positiv betrachtet, da das Dorf wegen der größeren Anzahl der Arbeitsmigranten schrumpft.

Dagegen wurden von der moldauischen Bevölkerung der EU-Beitritt Rumäniens besonders wegen der neuen Grenzregelungen und der Einführung des Visums eher als negativ empfunden (26 %). Trotzdem gab es auch Stimmen (10 %), die der EU-Osterweiterung positive Seiten abgewinnen können. So gaben diese Befragten an, dass sich ihr Land dadurch direkt an der „Tür“ der EU befindet, wodurch ihre Hoffnung genährt wird, dass die Republik Moldau in absehbarer Zeit der EU beitreten werde. Eine kurzfristige Verbesserung erhofften sie sich durch die Erhöhung der Preise ihrer Verkaufswaren nach dem Beitritt in Rumänien. Denn dies werde ihrer Meinung nach zur verstärkten Nachfrage moldauischer Produkte durch Einkaufsbesuche von Rumänen führen.

Die oben erwähnte Halbierung der Anzahl der moldauischen Grenzgänger steht eindeutig mit dem EU-Beitritt Rumäniens in Zusammenhang. Schon 2006 produzierte nur die Vorstellung über bürokratische Hürden zur Erlangung des Visums Unsicherheit und das Gefühl von Freiheitsmangel sowie Isolierung: „wir werden einfach eine bewohnte Insel sein“ (Interview in Colibași).

80 % der in den Grenzgemeinden befragten Moldauer (n=291) betrachteten die Einführung des Visums als ein Hemmnis für ihre Mobilität und damit als Barriere. Die befragten Experten auf der moldauischen Seite sahen darin sogar „einen Verlust des Vertrauens in den nächsten Tag“ (Interview 4, Colibași 2006) und einen modernen „Eisernen Vorhang“ (Interview in Sculeni 2008). Obwohl das Rumänien-Visum für die Moldauer kostenlos ist, ist der Aufwand für die Erlangung teuer und wird zudem als demütigend empfunden. Fast 55 % der in den beiden Grenzgemeinden Befragten (n=291) äußerten sich als unzufrieden mit dem Funktionieren des Visum-Systems, wobei 30 % nicht genau wussten, wie das Prozedere ist. Die meisten klagten über die Behandlung im rumänischen Konsulat in Chișinău bei der Antragsstellung, über die komplizierte Vorgehensweise (70 %), die dort üblich sei, über die lange Wartezeit (61 %) und die erheblichen Kosten, die durch die Fahrt nach Chișinău sowie die Verpflegungs- und Übernachtungskosten vor Ort entstünden.

Die Erlangung des Visums wird dadurch erschwert, dass die Moldauer eine Einladung von einem rumänischen Staatsbürger vorweisen müssen. Erst dann können sie ihre Akten in Chișinău einreichen. Da gemäß unseren Ergebnissen 66 % (n=291) der befragten Moldauer Verwandte oder Bekannte in Rumänien haben, haben viele um eine Einladung gebeten. Die Kosten, die den einladenden Rumänen durch die amtliche Beglaubigung der Einladung entstehen, nämlich etwa 10 € im Jahr 2008, werden meistens von den eingeladenen Moldauern ersetzt.

In Rumänien sind kleine Unternehmen entstanden, die Einladungen an diejenigen Moldauer verkaufen, die keine Bekannten oder Verwandten in Rumänien haben, die ihnen Einladungen schicken könnten. Das betrifft vor allem die grenzfernen Gemeinden. Auch in unserer Untersuchung wurde festgestellt, dass von den Befragten der im Landesinneren gelegenen Gemeinde Răzeni nur 36 % (n = 148) Verwandte oder Bekannte in Rumänien hatten.

Ein Interviewte aus Sculeni fasst für sich zusammen: *„...das Visum ist ein Hindernis für uns. Nicht jeder kann sich leisten, nach Chişinău zu fahren, um da ein Visum zu beantragen [...] man braucht mindestens eine (beim Notar) beglaubigte Einladung aus Rumänien und noch andere Dokumente, die man bei der rumänischen Botschaft einreichen muss. Es dauert ein paar Tage und dann muss man wieder nach Chişinău...“* (Cătălin, Sculeni 2008).

Die zu erwartenden Wirkungen der Einführung des Visums nach dem EU-Beitritt Rumäniens für die moldauisch-rumänischen Beziehungen wurden im Jahr 2006 unterschiedlich von den rumänischen Befragten eingeschätzt. Ein Teil der Interviewten war überzeugt, dass die Einführung des Visums zu einem „Bruch des Kontaktes“ führen wird. Dazu befürchteten sie ein Abrücken der Republik Moldau von Rumänien und eine Annäherung an den russischen Raum, von dem die Republik Moldau auch ökonomisch abhängig ist. Andere glaubten, dass zwar die Vorgehensweise für die Grenzüberquerung komplizierter wird, jedoch würden die Moldauer darauf vorbereitet, da viele inzwischen die rumänische Staatsbürgerschaft hätten. Es wurde aber auch die idealistische Vorstellung geäußert, dass trotz der Einführung des Visums wegen der vielen Gemeinsamkeiten der Rumänen und Moldauer – Geschichte, Sprache und Kultur – die Beziehungen eng bleiben werden. Eine kleine Minderheit war dagegen der Meinung, dass die besonderen Beziehungen zwischen Rumänen und Moldauern fast nicht mehr existieren, weder die wirtschaftlichen noch die „seelischen Verbindungen“.

Was konkret die An- bzw. Abwesenheit der Moldauer auf den rumänischen Märkten für den Alltag der Rumänen bedeutet, haben zwei Interviewte aus unterschiedlichen Perspektiven zusammengefasst. Die häufigen Fahrten der Moldauer zu den rumänischen Märkten in Galaţi und Iaşi wird von den rumänischen Interviewten ambivalent gesehen. Aus der Sicht der rumänischen Kunden wird der Handel mit den Moldauern positiv dargestellt:

*„Es besteht eine gute Beziehung [zu den Moldauern]. In welchem Sinn? Weil wir uns gegenseitig aus der Armut retten. Sie [die Moldauer] kommen hierher, um irgendetwas zu verkaufen, um ein biss-*

*chen Geld zu machen. Einige sind mehr betroffen und kommen auch mit Obst. Lehrer, Ärzte, Zahnärzte: sie quälen sich, sie sind sehr arm dran[...] Wir empfangen sie gut, nur die [Markt-]Polizei läuft ihnen hinterher. Sie kommen auch mit Produkten, die sie nicht anbieten dürfen ... und dann die vom Verbraucherschutz... Sie kommen mit etwas Käse, geräuchertem Fisch und was sie alles haben [...] und wenn sie erwischt werden, dann können sie auch eine Strafe bekommen“ (Tanța [Rumänien], Galați, Markt Calea Basarabiei 2008).*

Im Gegensatz zu den rumänischen Verbrauchern sehen die rumänischen Händler und Bauern die moldauische Konkurrenz kritisch und betrachten deshalb die Einführung des Visums als positiv:

*„...und manchmal waren sie [die Moldauer] auch böse. Sie haben so etwas öfter gemacht...sie postierten sich vor uns [vor der Marktbude], setzten sich dort hin, sind nicht weggegangen, weil sie ihre Waren verkaufen mussten...und manchmal haben sie unsere Geschäfte kaputt gemacht, indem sie billiger als wir verkauften. Sie zahlten praktisch nichts, sie zahlten nur den Zoll und die Gebühren hier für den Markt...aber sie zahlten keine Gebühren an den Staat [...] Das haben sie manchmal gemacht...also es ist besser, dass das Visum [für die Moldauer] eingeführt wurde. [...] Und schau mal, jetzt sind die Moldauer verschwunden und die Einfuhrgüter von den Türken, Ungaren sind erschienen...sie haben sehr kleine Preise im Vergleich zu uns...wir müssen uns an deren Preise anpassen oder sogar noch weiter runter gehen...(Lipov, rumänischer Händler, Markt CUG, Iași 2008).*

#### **4.2.4.3 Strategien zur Armutsbekämpfung in der Republik Moldau**

##### **4.2.4.3.1 Weniger grenzüberschreitender Kleinhandel führt zu mehr Arbeitsmigration**

Mit einem Einkommen von 140 € pro Haushalt und Monat (durchschnittlich 3,8 Mitglieder; ca. 40 € pro Person und Monat) sind die Moldauer von Armut und Elend bedroht und gezwungen, Alternativen für das Überleben zu entwerfen. Einkommen durch Kleinhandel zu erzeugen war eine Strategie, um die Armut zu vermeiden. Durch die neuen Grenzregelungen und die verschärften Kontrollen an der EU-Außengrenze müssen sich viele Moldauer nun neu orientieren.

Wegen der prekären ökonomischen Lage der Republik Moldau, die einen Mangel an Arbeitsplätzen und niedrige Löhne zur Folge hat, ist oft

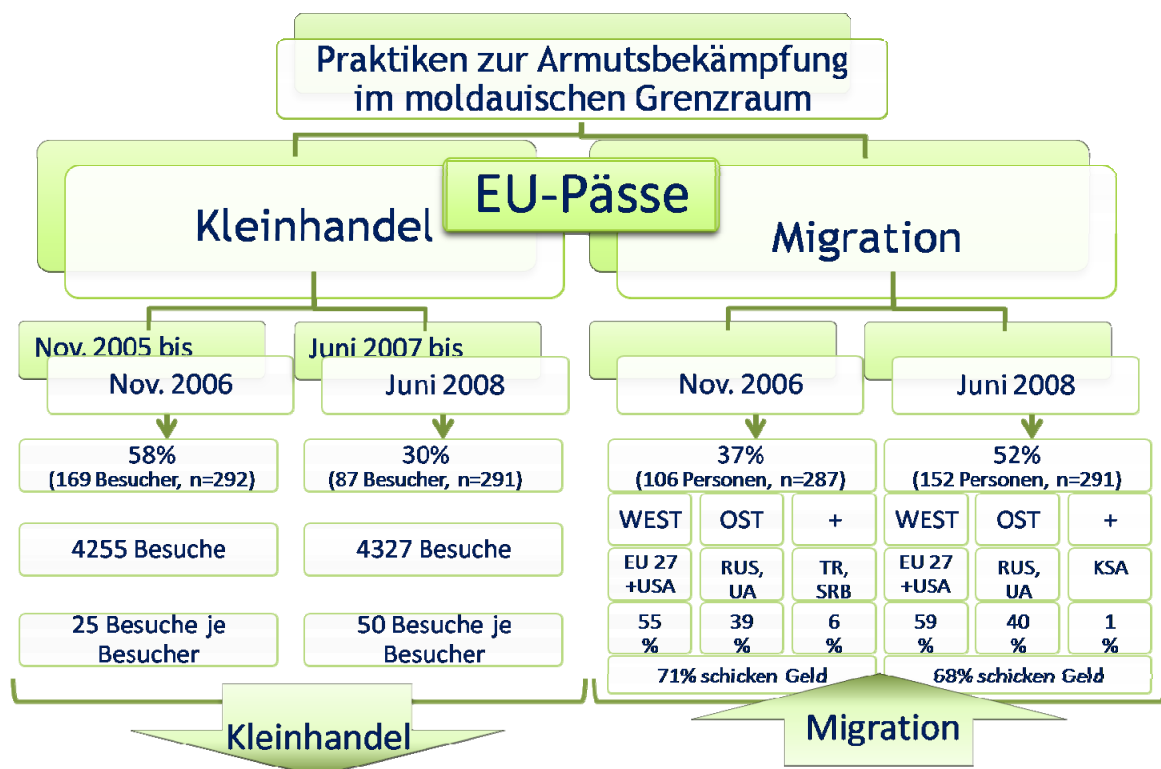


die Arbeit im Ausland die einzige Option für die moldauische Grenzbevölkerung.

Diese Tendenz wurde schon 2006 von Befragten befürchtet: „*Falls ab 2007 das Visumsystem mit Rumänien eingeführt wird, wird sich unser Dorf schwer entwickeln... viele Leute werden die Republik Moldau verlassen[...] Sie werden gehen, viele werden gehen, wenn sie Arbeit in Moskau oder in der Ukraine finden werden. In der Republik Moldau findet man nichts zu arbeiten, [und wenn] dann sind die Löhne sehr klein...nur der kann leben, der etwas handelt oder eine Firma hat*“ (Victor, Sculeni 2006).

In den untersuchten Grenzgemeinden der Republik Moldau (Sculeni und Colibași) gaben im Jahr 2006 37 % (n=287) der Befragten an, jemand aus der Familie arbeite im Ausland, und zwar meistens in Russland (36 %) und in Italien (30 %). Auf der rumänischen Seite sieht die Situation nicht viel anders aus. Bei 26% der Befragten (n=292) arbeitete ein Familienmitglied im Ausland, wobei Italien (63 %) und Spanien (16 %) die beiden am häufigsten genannten Ziele waren.

Abb. 6: Praktiken zur Armutsbekämpfung im moldauischen Grenzraum: Zunehmende Arbeitsmigration ersetzt abnehmenden Kleinhandel



Quelle: Eigene Erhebungen im moldauischen Grenzraum 2006 und 2008.

Die Anzahl der Befragten, bei denen ein Familienmitglied im Ausland arbeitet, ist im Jahr 2008 in der Republik Moldau um 15 % und in Rumänien um 20 % gestiegen, so dass unter den Familien der Befragten der Republik Moldau von 52 % und Rumäniens von 46 % der Familien wenigstens ein Mitglied im Ausland arbeitete (Abb. 6).

Die Befragungsergebnisse bestätigen den Zusammenhang zwischen der Reduktion des Kleinhandels und der Zunahme der Arbeit im Ausland. Die Anzahl der Kleinhändler ist von 2006 bis 2008 fast um die Hälfte gesunken (von 169 in 2006 auf 87 in 2008;  $p < 0,01$ ). Gleichzeitig erhöhte sich in signifikanter Weise der Anteil der Befragten von denen ein Mitglied der Familie im Ausland arbeitete (von 37 % in 2006 auf 52 % in 2008;  $p < 0,01$ ; Abb. 6). Dass diese zwei Veränderungen zusammenhängen, bestätigen die Interviewten von 2008:

*„Ja, ja, ja, es sind eindeutig viel weniger [Dorfbewohner], die die Grenze überqueren. Kann man gar nicht vergleichen [mit der Zeit vor 2007]. Selbst bei uns in Sculeni haben sich viele neu orientiert, einige gehen nach Moskau, einige nach St. Petersburg, um für ihre Existenz zu verdienen. [...] Das Visum ist für uns eine Benachteiligung, dieses Visum erniedrigt uns und ist demütigend [...] ich sage Ihnen, nur deswegen haben wir überlebt, weil die Grenzen offen waren und weil die Leute nach Italien gegangen sind...ansonsten weiß ich nicht, wie wir überleben würden“ (Valerica, Sculeni 2008).*

#### **4.2.4.3.2 Ziele und Folgen der Arbeitsmigration**

Wegen des hohen Risikos durch nicht ausreichende Dokumente bei der illegalen Arbeit in Westeuropa entdeckt zu werden und der dadurch entstehenden Kosten entscheiden sich viele Moldauer trotz der niedrigen Löhne für eine Arbeit in Russland. Die Hindernisse, die überwunden werden müssen, um dorthin zu gelangen, sind vergleichsweise niedrig und die Kosten geringer. Der moldauische Pass genügt für einen dreimonatigen Aufenthalt. Die Beherrschung der russischen Sprache ist ihnen auch von Vorteil und spielt eine wichtige Rolle bei der Migrationsentscheidung. 70 % der Befragten ( $n = 291$ ) sprechen Russisch. Die offiziellen Statistiken über die Arbeitsmigranten schwanken erheblich. Schätzungsweise sind zwischen 350.000 bis 1 Mio. Moldauer im Ausland. Laut Angaben des Statistikamts arbeiten 61 % der Migranten in Russland, 29 % in der EU (davon 18 % in Italien) und 10 % in anderen Ländern. Die durchschnittlichen Kosten für die Reise nach Russland liegen bei ca. 140 US \$. Die Reise in die EU ist mit 2.800 US \$ 18mal teurer (vgl. Biroul Național de Statistică 2008).

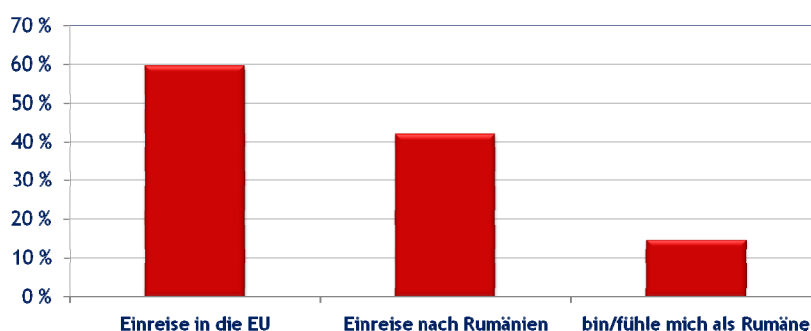
Dass besonders ländliche Regionen der Republik Moldau für die Menschen wenig attraktiv sind, zeigen auch Presseangaben. Demnach kommen zwei von drei im Ausland arbeitenden Personen aus dem ländlichen Raum (Timpul 2006). Über 50 % von den im Ausland arbeitenden Familienmitgliedern schicken ihr verdientes Geld nach Hause (vgl. Biroul Național de Statistică 2008).

Diese Migration generiert einerseits umfangreiche Geldüberweisungen (Rimessen), die ca. 35 % des BIP umfassen und die die Republik Moldau „am Atmen hält“. Neben den ökonomisch positiven Wirkungen der Geldüberweisungen auf das Alltagsleben der Menschen und der damit verbundenen künstlichen Stabilisierung der moldauischen Wirtschaft gibt es aber auch negative soziale Konsequenzen. So konfrontiert sich die Republik Moldau mit den typischen sozio-demographischen Problemen der Migration, die sich negativ auf die zukünftige Entwicklung auswirken: „brain-drain“, elternlose Kinder, hohe Scheidungsraten (7. Position in den Statistiken zu Scheidungsraten unter den Staaten der Erde) und Prostitution. Umso bedauerlicher ist es, dass sich der Trend zur Arbeitsmigration fortsetzt, was ein deutliches Zeichen für die wirtschaftliche Notlage der Familien ist.

#### 4.2.4.3.3 Die Bedeutung von Pässen der EU-Mitgliedstaaten

Die Alternativen für insbesondere jüngere Moldauer, die neuen Grenzregelungen zu umgehen, sind neben dem oben geschilderten Kleinhandel und der Auslandsmigration der Erwerb der rumänischen oder der bulgarischen Staatsbürgerschaft.

Abb. 7: Gründe für den Wunsch nach einem rumänischen Pass



Quelle: Colibași und Sculeni, eigene Erhebung 2006, n=292.

Die Auswertung der Haushaltsbefragungen auf der moldauischen Seite der Grenze ergibt, dass sowohl 2006 als auch 2008 nur drei Befragte einen rumänischen Pass besaßen, aber 42 % ihn beantragt hatten.

Insgesamt 72 % äußerten den Wunsch, einen rumänischen Pass zu besitzen. Von denjenigen, die einen rumänischen Pass besitzen wollen (d. h. 72 % von 290 Befragten), nannten 60 % als Grund die Einreise in die EU und 42 % die Einreise nach Rumänien (Mehrfachnennungen waren möglich). Nur 15% wünschten einen rumänischen Pass, weil sie sich als Rumänen fühlen (Abb. 7).

So kann man interpretieren, dass der Wunsch nach einem rumänischen Pass (72 %, s. o.) dadurch entsteht, dass die moldauischen Pässe Probleme bei der Grenzüberquerung bereiten und die Befragten die Vorteile eines Passes eines EU-Mitgliedstaates nutzen wollen. National begründete Motivationen scheinen eher die Ausnahme zu sein (vgl. SEREBRIAN 2009). Die praktischen Aspekte des schwierigen Alltags der Moldauer lässt die Frage nach der nationalen Identität in den Hintergrund treten bzw. wenig wichtig erscheinen. Die Dorfelite erklärte diese Einstellung als „Mangel an Perspektive in der Republik Moldau“. Wirtschaftliche Gründe wurden dabei vor allem genannt. Denn der rumänische Pass bietet einen großen Vorteil, weil „man sich so frei in der EU bewegen kann“, um dort eine Arbeit zu finden.

In der Republik Moldau ist der Pass und dessen Konsequenzen ein Gesprächsthema, das kontrovers diskutiert wird. Interviewte aus Colibași, Sculeni und Chișinău sprechen häufig mit Unzufriedenheit über diejenigen Mitbürger, die nicht die rumänische Sprache beherrschen (vor allem Russen, Ukrainer und Gagausen), aber trotzdem die rumänische Staatsbürgerschaft bekommen hätten. Deutlich formuliert eine Interviewte aus Sculeni dieses Phänomen:

*„Im Süden der Republik Moldau haben sich die Gagausen türkische und bulgarische Pässe erstellt, verstehst du? Und unsere [Moldauer] haben sich gegen Entgelt die bulgarische Staatsbürgerschaft beschaffen lassen, damit sie auch ökonomische Vorteile nutzen können, auch [...] weil die rumänische schwieriger zu bekommen ist. Sie sind Bulgaren über Nacht geworden, nur damit sie im Okzident arbeiten können...“ (Geanina, Sculeni 2008)*

Angaben darüber, wie viele Menschen der Republik Moldau diese Möglichkeit nutzten, schwanken erheblich. Nach Schätzungen beantragten von den rund 3,7 Mio. Einwohnern der Moldau (ohne Transnistrien) über 800.000 die rumänische Staatsbürgerschaft (The Economist Intelligence Unit 2007). Laut TOMESCU-HATTO (2007, S. 266), die sich auf Daten des rumänischen Justizministeriums von 2005 bezieht, hätten zwischen 1991 und 2005 knapp 100.000 Moldauerinnen und Moldauer die rumänische als zweite Staatsbürgerschaft erhalten. Nach Presseberichten würden fast 150.000 Moldauer die bulgarische Staatsbürgerschaft (ISAC 2007) besitzen. Laut anderen Presseanga-

ben (COTIDIANUL 2007) und Erfahrungen von moldauischen Befragten in der Zeit unmittelbar vor und nach dem EU-Beitritt würden aber nur noch sehr wenige rumänische oder bulgarische Staatsbürgerschaften verliehen.

Im April 2009 hat der rumänische Präsident Traian Basescu nach der heftigen Demonstration gegen die wiedergewählte Regierung in der Republik Moldau in einer Rede die Unterstützung Rumäniens für die Bürger der Republik Moldau zugesichert, „die sich als Rumänen betrachten und rumänisch fühlen“ (vgl. Revista 22, 2009). Als Konsequenz wurde durch ihn im Parlament eine schnelle Änderung des Gesetzes für die Schaffung der rumänischen Staatsbürgerschaft für Moldauer eingereicht. Das soll zu einer Beschleunigung der Erstellung der rumänischen Staatsbürgerschaft führen (vgl. Revista 22, 2009). Das Europäische Parlament lehnte aber den Vorschlag des rumänischen Präsidenten ab. Elmar Brok, Außenpolitikexperte der Unionsfraktion im Europäischen Parlament betonte, dass es „nicht möglich“ ist, „eine Million Moldawier mit rumänischen Pässen auszustatten und so automatisch zu Bürgern der Europäischen Union zu machen“ (vgl. BRILL/GAMMELIN 2009).

Die Europäische Union hat im Laufe der Zeit ähnliche Präzedenzfälle immer wieder erlebt: 2005 hat Spanien den Status von 600.000 Immigranten legalisiert, indem eine Arbeits- und Wohnsitzerlaubnis genehmigt wurde. Wegen der Kritik der EU wurde den Immigranten jedoch keine spanische Staatsbürgerschaft verliehen. Auch Polen beabsichtigte 1 Mio. Staatsbürgerschaften für die ethnischen Polen aus der Ukraine, Weißrussland, Russland und Kasachstan zu verleihen. Wegen der gleichen Kritik der EU wurde nur „eine polnische Karte“ ausgegeben, womit Visums-Gebühren erstattet werden können, der Zugang zum Gesundheitssystem ermöglicht wird und kostenlose Fahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln genehmigt werden (vgl. BLAJAN 2009). Möglicherweise wird der Umgang mit der Staatsbürgerschaft für Moldauer in Rumänien auch in diese Richtung gehen.

#### **4.2.4.3.4 Grenzüberschreitender Kleinhandel: (un)geschriebene Gesetze seines Funktionierens**

Wie schon dargestellt, spielt der Kleinhandel eine sehr wichtige Rolle für die Armutsvermeidung im Grenzraum. Wie funktioniert der Kleinhandel konkret an der Grenze?

Laut Gesetz darf jede Person 200 Zigaretten (meistens eine Stange Zigaretten „Monte Carlo“) und zwei Liter Alkohol (meistens zwei Fla-

schen Wodka) mit über die Grenze führen. Zusätzlich können auch andere nicht-kommerzielle und übliche landwirtschaftliche Produkte im Wert von 200 Euro mitgeführt werden (vgl. *Legislația vamală a Republicii Moldova*, 2002). Diese Waren werden an der Grenze als Eigenbedarf deklariert. So ist leicht zu verstehen, warum die Interviewten nicht öffentlich zugeben, dass sie über die Grenze hinweg Handel betreiben. Nach der Grenzüberquerung fahren die meisten befragten Moldauer (84 %) aus Sculeni und Colibași auf die Märkte der zwei größten grenznah gelegenen rumänischen Städte Iași und Galați, die ca. 25 und 30 km von der Grenze entfernt sind. Dort können sie ihre selbst angebauten oder gekauften landwirtschaftlichen Produkte (84 %) verkaufen. Diese sind zu bestimmten Zeiten in Rumänien teurer als in der Republik Moldau. Hinzu kommt der Verkauf von Zigaretten (38 %), Alkohol (19 %), Lebensmitteln (13 %) und Treibstoff (11 %).

Bevor sie wieder über die Grenze nach Hause fahren, kaufen fast drei Viertel der moldauischen Klein Händler überwiegend Textilien und Lebensmittel in Rumänien, die dort billiger sind. Beispielhaft erklärt eine Interviewte den Handel wie folgt: *„so funktioniert es das ganze Jahr. Wir wissen, welche Produkte bei uns billiger sind und in welcher Jahreszeit [...] Zum Beispiel sind jetzt die Tomaten billiger in Rumänien, im nächsten Monat sind sie es bei uns. So verkaufen wir jetzt moldauischen Knoblauch in Rumänien und rumänische Tomaten in der Republik Moldau [...] Nur das Visum bereitet uns Ärger [...] aber was können wir tun?“* (Andrei, moldauischer Händler, Iași 2008.)

Die typischen Strategien, das Gesetz zu umgehen, sind:

- „die Waren mit anderen Personen über die Grenze bringen“;
- „die gute Schicht“ an der Grenze berücksichtigen, d. h. Grenzüberschreitung erfolgt dann, wenn solche Grenzpolizisten Dienst haben, die diese Art von Schmuggel akzeptieren;
- „gute Verbindungen“ zur Grenzpolizei herstellen und nutzen (Protokoll einer Kleinhandelsfahrt, Sculeni 2008).

Dadurch, dass man Produkte im Wert von 200 Euro pro Person mitführen darf, werden so viele Personen wie möglich in einem Auto mitgenommen, damit sie gleichsam legal die Waren über die Grenze bringen. Die Bezeichnung für diese Art des Tätigseins ist „Warentragen“ („a trece marfa“). D. h., die sog. „Warenträger“ bringen Waren über die Grenze, die sie als Eigenbedarf deklarieren, aber in Rumänien an die Klein Händler für den Verkauf weitergeben. Für diese Tätigkeit bekommen die „Warenträger“ zwischen 3 und 5 Euro pro Fahrt (ca. 50–70 moldauische Lei). Natürlich spielt die „gute Schicht“ der Grenzpolizei eine wichtige Rolle bei der Grenzüberquerung. Wenn die Grenzgänger

mehr als erlaubt mitnehmen wollen, dann benötigen sie „gute Verbindungen“ zur Grenzpolizei. Leider war es uns nicht möglich zu erfahren, wie viel ein Grenzbeamter dafür erhält.

Wie oben dargestellt, ist die Wirkung des Kleinhandels ambivalent. Einerseits generiert der Kleinhandel zusätzliche Einkommen, die zur Armut- und Migrationsvermeidung beitragen. Durch das Pendeln in das andere Land entstehen automatisch Kontakte, die zu Vertrauensaufbau und Abbau von Vorurteilen führen können. Nicht zuletzt tragen die moldauischen Händler auch zur Wirtschaft Rumäniens bei, da sie oft günstige rumänische Produkte kaufen und über die Grenze nach Hause nehmen. Für die Rumänen ist es natürlich von Vorteil, die billigen Produkte der Moldauer zu kaufen. Andererseits ermutigt der Kleinhandel die Schattenwirtschaft und bewirkt so einen Ausfall von Steuern. Auch durch die billigeren Angebote sind die moldauischen Konkurrenten den rumänischen Händlern ein Dorn im Auge. Letztendlich können durch die Handelskontakte negative Stereotypen entstehen (vgl. HAASE u. a. 2004).

Kleinhandel ist in diesem Grenzraum wegen der Einschränkungen für die Grenzüberschreitung ein risikoreiches Geschäft, das seine Akteure an den Rand der Legalität zwingt, wenn es Erträge bringen und damit das Überleben sichern soll.

#### **4.2.5 Zusammenfassung und Perspektive**

Die ENP hat als Ziel sowohl die „Sicherheit und Stabilität der EU-Außengrenze“ herzustellen als auch „neue Trennlinien an der Grenze der erweiterten Union zu vermeiden“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaft 2004, S. 17). Damit soll die Dichotomie zwischen Mitgliedstaaten der EU und Nicht-Mitgliedern entschärft werden (vgl. GLOSER 2007). Theoretisch wurden dementsprechende Maßnahmen erarbeitet, wie z. B. die Verordnung über den kleinen Grenzverkehr an der Außengrenze der EU, die kostenlose Visavergabe und Rahmenbedingungen für den Aufbau der grenzüberschreitenden Kooperationen.

Auch wenn dieser Anspruch der ENP besteht, zeigt die Realität an der rumänisch-moldauischen Grenze ein anderes Bild. Die Maßnahmen zu Vermeidung der Trennlinien haben nur teilweise oder gar keinen Erfolg. Da auf der politischen Ebene der beiden Länder Unklarheiten bezüglich der Bedingungen des kleinen Grenzverkehrs bestehen, wurde das Abkommen nicht ratifiziert. Die moldauische Seite macht die Ratifizierung des Abkommens des kleinen Grenzverkehrs von der Ratifizierung des Grenzvertrags („tratatul de frontiera“) abhängig. Die

Moldauer bekommen von Rumänien das Visum zwar kostenfrei, müssen dafür aber den kostenintensiven Weg nach Chişinău antreten, mit tagelangen Wartezeiten rechnen und oft eine schlechte Behandlung im rumänischen Konsulat ertragen.

Es wird deutlich, dass nicht nur die ENP für die Trennlinien an der Außengrenze der EU verantwortlich ist, sondern auch die nationale Politik und die Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten. Trotz der erschwerten Regelungen und der zahlreichen Risiken bleibt im Grenzraum der Republik Moldau der Kleinhandel neben der Arbeit im Ausland und der damit verbundenen Beschaffung von Pässen für die Einreise in die EU-Mitgliedstaaten fast die einzige Möglichkeit im Kampf gegen die Armut. Da ab dem 1. Januar 2007 der Kleinhandel durch die neuen EU-Grenzregelungen weiter erschwert wurde, wird die Auslandsmigration aus der Republik Moldau steigen und damit eine Zunahme der regionalen Disparitäten in der Republik Moldau nach sich ziehen, weil besonderes der ländliche Raum von Abwanderung betroffen ist. Um dieses Phänomen zu bekämpfen, ist die Entwicklung einer Strategie auf EU-Ebene und einer bilateralen Strategie zwischen den Nachbarstaaten diesseits und jenseits der EU-Außengrenze notwendig.

#### **4.2.6 Bibliographie**

ANDERSON, J./O'DOWD, L. (1999): Borders, Border regions and territoriality: Contradictory Meanings, Changing Significance. In: *Regional Studies* 33 (7). S. 593–604.

ARAMBAŞA, M./BRUNS, B. (2008): Am östlichen Rand der EU: Politisch-geographische, ethnische und nationale sowie ökonomische und soziale Probleme und ihre Folgen für die Grenzraumbevölkerung. In: *Südosteuropa Mitteilungen*. Heft 05–06 din 2008. 48. Jg. S. 106–110.

Biroul Naţional de Statistică al Republicii Moldova. (2007): *Anuarul Statistic al Republicii Moldova 2007*. Chişinău: Statistica.

BLAJAN, A.-M. (2009): „EUobserver: Presedintele ceha a UE si institutiile europene sunt ingrozite de propunerea Romaniei de a acorda cetatenie romana unui milion de moldoveni“.

Im Internet

<http://www.hotnews.ro/stiri-international-5605561-euobserver-presedintele-ceha-institutiile-europene-sunt-ingrozite-propunerea-romaniei-acorda-cetatenie-romani-unui-milion-moldoveni.htm?cfnl>  
[17.05.2009, letzter Zugriff am 24.05.2009]



- BRILL, K./GAMMELIN, C. (2009): Neue Pässe für die alten Brüdern. Süd-deutsche Zeitung vom 17.04.2009. S. 8.
- Bundesagentur für Außenwirtschaft. Servicestelle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. (2007): Wirtschaftstrends kompakt Republik Moldau 2007/08. In: [http://www.bfai.de/fdb-SE, MKT20080110101141](http://www.bfai.de/fdb-SE,MKT20080110101141) [letzter Zugriff am 25.02.2008].
- EIGMÜLLER, M. (2006) Der duale Charakter der Grenze. In: EIGMÜLLER, M./VOBRUBA, G. (Hrsg.). Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes. Wiesbaden. S. 7–14 und S. 55–74.
- EIGMÜLLER, M. (2007): Grenzsicherungspolitik. Funktion und Wirkung der europäischen Außengrenze. Wiesbaden.
- GLOSER, G. (2007): „Europäische Nachbarschaftspolitik nach der deutschen EU-Ratspräsidentschaft – Bilanz und Ausblick“, in Forum ENP, Ausgabe 4/07. Im Internet [http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/integration\\_2007/gloser.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/integration_2007/gloser.pdf) [letzter Zugriff am 22.04.2009].
- HAASE, A./WUST, A./KNAPPE, E./GRIMM, F.-D. (2004): Wandel in ostmitteleuropäischen Grenzregionen. Auswirkungen der zunehmenden Durchlässigkeit der polnischen Ostgrenze auf Grenzregionen und Grenzbeziehungen – Ergebnisse eines Forschungsprojektes. Leipzig.
- HELLER, W. (2009): Die Republik Moldau – ein europäischer Übergangsraum? Eine geographische Studie. In: BOCHMANN, K./Dumbravă, V./Müller, D. (Hrsg.): Moldova-Handbuch. Leipzig (in Druckvorbereitung)
- IHRIG, S. (2008): Wer sind die Moldawier? Rumänismus versus Moldowanismus in Historiographie und Schulbüchern der Republik Moldova 1991–2006. Stuttgart.
- ISAC, M. (2007): Dosarul vizelor: Diplomatul român de la Chişinău riscă expulzarea. In *Gardianul*: [http://www.gardianul.ro/2007/08/22/extern-ec3/dosarul\\_vizelor\\_diplomatul\\_roman\\_de\\_la\\_chisinau\\_risca\\_expulzarea-s99863.html](http://www.gardianul.ro/2007/08/22/extern-ec3/dosarul_vizelor_diplomatul_roman_de_la_chisinau_risca_expulzarea-s99863.html) [22. 08. 2007, letzter Zugriff am 22.12.2008]
- KEMPE, I. (2007): Zwischen Anspruch und Realität. Die Europäische Nachbarschaftspolitik. In: SAPPER, M./WEICHSEL, V. (Hrsg.): Inklusion, Exklusion, Illusion. Konturen Europas: die EU und Ihre Nachbarn. 57. Jg./Heft 2–3. S. 57–68.
- MENN, A. (2008): Konstruktion von Nation und Staat in Osteuropa. Transnistrien und die Republik Moldau. Saarbrücken.

- Revista 22. 2009: Mesajul președintelui României, Traian Băsescu, în fața Camerelor reunite ale Parlamentului.  
Im Internet <http://www.revista22.ro/articol-5939.html> [15.04.2009, letzter Zugriff am 27.04.2009]
- SCHERHAG, D. (2008): Europäische Grenzraumforschung. Hannover.
- SEREBRIAN, O. (2009): *Despre Geopolitica*. Chișinău: Cartier.
- Serviciul Vamal al Republicii Moldova (2008): Legislația vamală a Republicii Moldova: Informația detaliată cu privire la modul de introducere și scoatere a bunurilor de pe teritoriul Republicii Moldova de către persoanele fizice...” Im Internet: <http://www.customs.md/index.php?id=1160> [letzter Zugriff am 20.04.2009]
- SZYMBORSKA, A. (2007): Freundliche EU-Grenze. Anspruch und Realität der EU-Visapolitik“. In: SAPPER, M./WEICHSEL, V. (Hrsg.): Inklusion, Exklusion, Illusion. Konturen Europas: Die EU und Ihre Nachbarn. 57. Jg./Heft 2–3. S. 273–285.
- The Economist Intelligence Unit (2007): Moldova politics: Heading for the exit.[www.viewswire.com/article1811867966.html?pubtypeld=930000293&text=moldova](http://www.viewswire.com/article1811867966.html?pubtypeld=930000293&text=moldova) [letzter Zugriff am 22.12.2008].
- Timpul. 6. Oktober 2006. 27,1 % din PIB-ul moldovean e asigurat de cei plecati peste hotare. Chișinău.
- TOMESCU-HATTO, O. (2007): Noile frontiere ale Uniunii Europene și relațiile româno-moldovenești. In: HEINTZ, M. (Hrsg.): Stat slab, cetățenie incertă. București: Curtea Veche: 252–290.
- United Nations Statistics Division – National Accounts. 2007. Per Capita GDP in US \$. August 2007.
- ZELLER, A. (2005): Konstruktion im Wandel: Nationale Identität in der Republik Moldau. Eine Analyse der staatlichen Zeitung *Nezavisimaja Moldova* (1991–1994).

### **4.3 Schmuggel an der polnisch-russischen Grenze – Illegalität im Spannungsfeld zwischen Rationalität und Legitimität<sup>3</sup>**

*Bettina Bruns*

In diesem Artikel geht es um den praktischen Aushandlungsprozess des Verhältnisses formaler Gesetze und akzeptierter Normen. Mit formalen Gesetzen lassen sich Legalität und Illegalität, mit akzeptierbaren Normen Legitimität und Illegitimität definieren. Anhand einer qualitativen Feldforschung über Schmuggel an der polnisch-russischen Grenze wird deutlich, dass eine gesetzlich als illegal definierte Handlung nicht, wie sonst oft, notwendigerweise als unmoralisch klassifiziert wird.

#### **4.3.1 Problemstellung**

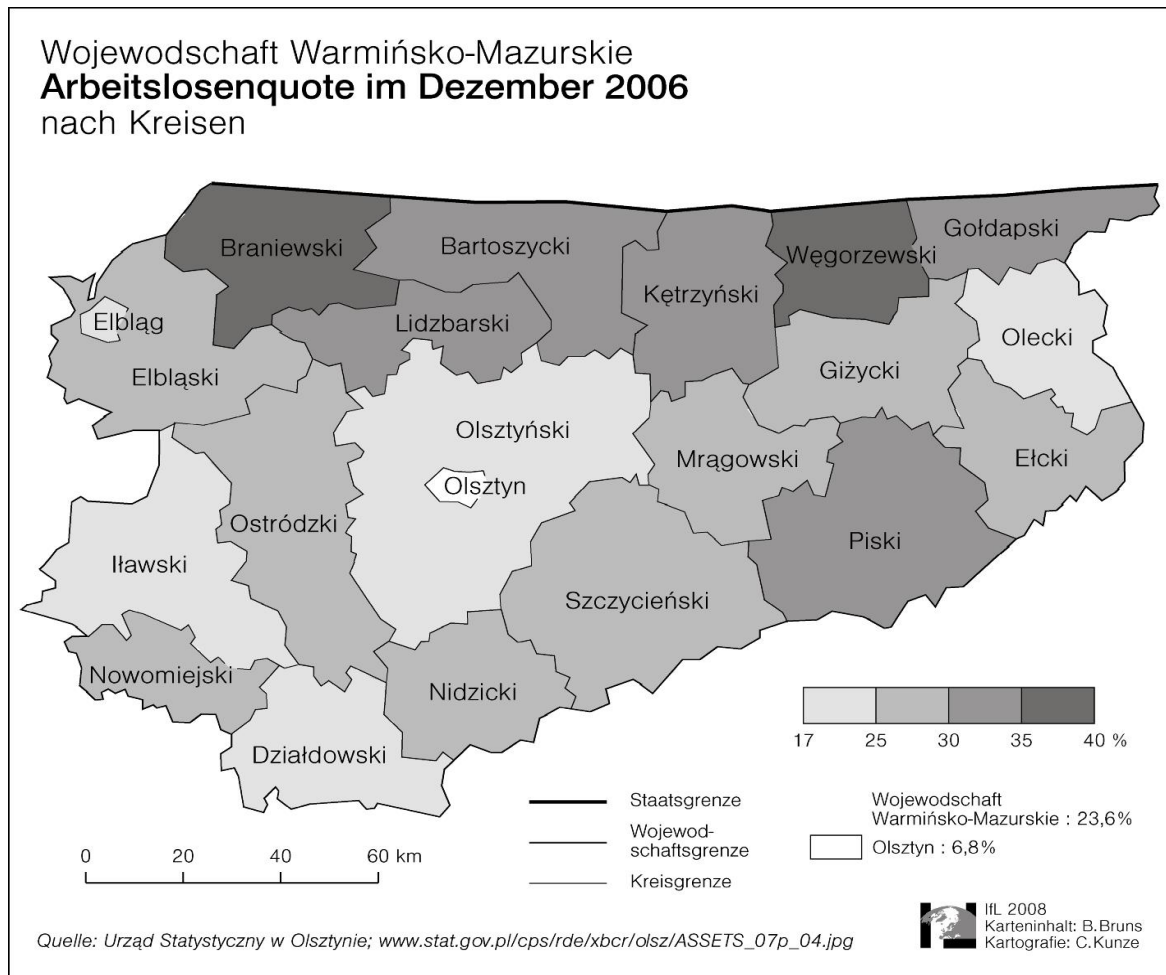
Die Woiwodschaft Warmińsko-Mazurskie, im Nordosten Polens gelegen und an die russische Exklave Kaliningrad grenzend, ist besonders stark von negativen Effekten des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses betroffen. Eine plötzlich einsetzende und lang anhaltende strukturelle Massenarbeitslosigkeit, Erwerbsmigration weiter Teile der Bevölkerung sowie ein geringes regionales Lohnniveau haben zu ernststen sozialen und ökonomischen Problemen in der Region geführt. Als ein Ergebnis ihrer peripheren Lage, der schlecht ausgebauten Infrastruktur und wenigen Investoren auf ihrem Territorium wird sie oft als eine Region des „sozioökonomischen Verfalls“ beschrieben (z. B. FASSMANN 1997, S. 30, KORCELLI 1997, S. 239). Insbesondere der nördliche Teil der Woiwodschaft, der an die russische Exklave Kaliningrad grenzt, gehört zu Polens am meisten benachteiligten Regionen, was schwerwiegende Folgen für die dortige Bevölkerung mit sich bringt. Die offizielle Arbeitslosenquote betrug im Jahr 2006 in allen grenznahen Kreisen der Woiwodschaft zwischen 30

---

<sup>3</sup> Dieser Artikel basiert auf einem Dissertationsprojekt, das im Rahmen des von der Volkswagenstiftung geförderten Forschungsprojekts „Grenze als Ressource“ der Universität Bielefeld angegliedert ist. Er bezieht sich auf die Situation während der dazugehörigen Feldforschung, die zwischen 2005 und 2006 stattfand. Den in diesem Artikel vorgenommenen Währungsumrechnungen liegen ebenfalls Wechselkurse aus diesem Zeitraum zugrunde.

und 40 % (GUS 2007b), was den höchsten Wert in ganz Polen darstellt<sup>4</sup> (Abb. 1).

Abb. 1: Arbeitslosenquote in der Woiwodschaft Warmińsko-Mazurskie nach Kreisen



Dabei haben weniger als 20 % aller Arbeitslosen in der Woiwodschaft Warmińsko-Mazurskie ein Anrecht auf staatliche Sozialleistungen. Aber auch viele formell beschäftigte Personen sind aufgrund des geringen Lohnniveaus in der Region mit finanziellen Engpässen konfrontiert. Im Jahr 2005 betrug die durchschnittliche Höhe der Löhne in der Woiwodschaft Warmińsko-Mazurskie nur 90 % des polnischen Durchschnittslohns (GUS 2007a, 2008). Private Arbeitgeber zahlen oft nicht mehr als den staatlichen Mindestlohn von umgerechnet knapp 240 €. Vor diesem Hintergrund stellt die Tätigkeit im informellen Sektor für viele Menschen einen Teil ihrer Überlebensstrategie in der regionalen

<sup>4</sup> Die Arbeitslosenquote für ganz Polen lag im August 2006 bei 15,5 % (GUS 2006).

Armutsökonomie dar. Für viele Anwohner der grenznahen Gebiete dient insbesondere der Schmuggel von Zigaretten und Alkohol von Russland nach Polen als eine wichtige Erwerbsquelle. Voraussetzung für die lohnende Ausübung des Schmuggels ist zum einen der Wohlstandsunterschied zwischen Polen und Kaliningrad, der sich im Preisunterschied zwischen den Nachbarländern bemerkbar macht. Zum anderen ist die Tatsache ausschlaggebend, dass die Grenze überhaupt passierbar ist. Nachdem sie seit ihrer Entstehung im Jahr 1945 jahrzehntelang aufgrund des militärischen Charakters der Oblast Kaliningrad hermetisch abgeriegelt war, wurde sie 1992 im Rahmen eines Abkommens zwischen beiden Anrainerstaaten geöffnet und kann an neun Grenzübergängen überquert werden.

Abb. 2: Die polnisch-russische Grenze



Entscheidend ist also die Gleichzeitigkeit zweier einschneidender Veränderungen für die Region: zum einen das Entstehen einer äußerst hohen Arbeitslosigkeit und von damit zusammenhängenden Verarmungsprozessen, zum anderen die Öffnung der bis dato unüberbrückbaren Grenze. Vor diesem Hintergrund erscheint die Tatsache, dass viele Einwohner der grenznahen Gebiete massenhaft Waren schmuggeln als logische Konsequenz des individuell vorteilhaften Umgangs mit äußeren Bedingungen.

### 4.3.2 Schmuggel als illegale Praktik

Spricht man von Schmuggel, so hat sich in der Wissenschaft die Unterscheidung zwischen „commercial smuggling“ und „petty smuggling“ eingebürgert (WIEGAND 1993). „Commercial smuggling involves the transportation of large quantities to be sold for profit abroad. Petty smuggling applies to individual people crossing a border to purchase goods at a cheaper price“ (DEFLEM, HENRY-TURNER 2001, S. 473). Hier soll es um letzteren Begriff gehen, um „petty smuggling“ oder auch „small-scale smuggling“ (vgl. EGBERT 2006), was wörtlich übersetzt soviel heißt wie „kleiner Schmuggel“, wobei es sich aber dabei durchaus um große Mengen von Waren handeln kann, die geschmuggelt werden.

Im Unterschied zu Kleinhandel handelt es sich beim Schmuggel um eine illegale Tätigkeit. „Traditionally ‚trade‘ is the legal and ‚smuggling‘ is the illegal means of moving items from one side of the border to the other“ (THUEN 1999, S. 741). Was legal und was illegal ist, ist dem hier berücksichtigten Etikettierungsansatz<sup>5</sup> zufolge keine natürliche Eigenschaft einer Sache oder Person, sondern das Ergebnis eines Zuschreibungsprozesses von außen (vgl. SINGELNSTEIN, STOLLE 2008, S. 122). Schmuggel als illegale Handlung ist demnach ein Effekt staatlicher Regulierungen (vgl. PAUL et al. 2002, S. 117). Gleichzeitig ist der Staat das einzige Opfer des Schmuggels, denn im Gegensatz zu anderen illegalen Aktivitäten gibt es beim Schmuggel keine weiteren Geschädigten, sondern das Gegenteil ist der Fall: Der Schmuggler profi-

---

<sup>5</sup> Dieser konstruktivistische Ansatz, der auch „labeling approach“ genannt wird, ist dem interpretativen Paradigma zuzuordnen. Ausgangspunkt dieser Denkrichtung ist die Feststellung, dass es keine objektive Wirklichkeit gibt, sondern nur verschiedene Interpretationen von ihr. „Welche Interpretation von Wirklichkeit sich dabei durchsetzen und als scheinbar objektive Realität gesellschaftlich verankern kann, ist nicht zufällig, sondern folgt bestimmten Regeln und ist abhängig und geprägt von gesellschaftlichen Machtstrukturen“ (SINGELNSTEIN, STOLLE 2008, S. 26).

tiert nicht nur selbst, sondern befriedigt eine bestehende Nachfrage nach günstigeren Waren, die legal nicht zu erfüllen ist. Deshalb „ist sein Handeln zwar aus der Sicht des Staates gesetzeswidrig, aus der Sicht seiner Kunden aber noch lange nicht unmoralisch“ (ebd. S. 100). Die moralische Legitimierung bis zur verstohlenen Bewunderung der Schmuggler lässt auch die etymologische Interpretation des Begriffs des Schmuggels zu. „Schmuggel kommt von Schmiegen. Man schmiegt sich den Verhältnissen an“ (FINCKH 1943, S. 8). Zurückgeführt werden kann der Begriff auf das germanische Wort „smeug“ oder „smeugan“, was „heimlich und tückisch lauern“ (KLUGE 1960, S. 667) bedeutet und den dänischen Begriff „smug“, was so viel wie „heimlich“, „verborgen“ heißt (SCHOMBURG 1992, S. 6). Ursprünglich wird Schmuggel also mit „sich verstecken“ in Verbindung gebracht, mit geschicktem Vorbeischleichen an Zollregelungen und Reagieren auf äußere Bedingungen – und nicht etwa mit moralisch verwerflichen Unrechtshandlungen. Schmuggel bewegt sich also auf theoretischer Ebene in einem Spannungsfeld zwischen juristischer Illegalität und moralischer Legitimität. Wie sieht dieses Verhältnis nun in der empirischen Praxis aus?

### 4.3.3 Fragestellung

Die Verordnung EWG Nr. 918/83 „über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen“ legt fest, dass von Russland nach Polen legal eine Stange Zigaretten und ein Liter Alkohol unverzollt eingeführt werden dürfen. Für die Einwohner der Gebiete innerhalb der Grenzzone<sup>6</sup> gelten schärfere Bestimmungen. Ihnen ist nur erlaubt, unverzollt eine Schachtel Zigaretten sowie einen halben Liter Alkohol einzuführen. Soll der Transport dieser Waren nun finanziell lohnend sein, muss mehr als die legale Menge mitgenommen werden. Vor diesem gesetzlichen Hintergrund soll hier der Frage nachgegangen werden, welche Rolle die somit hergestellte Illegalität der informellen Schmuggeltätigkeit für ihre Ausführung spielt. Dies wird auf zwei Ebenen betrachtet: Zum einen wird die Bedeutung der Illegalität für den konkreten Ablauf der Schmuggeltätigkeit untersucht. Zum anderen geht es um die normativen Rahmenbedingungen, vor deren Hintergrund der Schmuggel realisiert wird. Zwar wird Schmuggel über allgemeingültige Gesetze Illegalität zugeschrieben, aber wie wird die Tätigkeit praktisch von den Umsetzenden dieser Gesetze interpretiert? Um Antworten auf solche

---

<sup>6</sup> Die Grenzzone in Polen (strefa nadgraniczna) umfasst die angrenzenden Gemeinden bis zu einer Entfernung von 15 km von der Grenze. Im Falle, dass die an der Grenze liegenden Gemeinden schon innerhalb der 15 km-Zone enden, werden auch die Nachbargemeinden zur Grenzzone gezählt.

Fragen zu bekommen, bedarf es notwendigerweise der Beschäftigung mit dem konkreten Ablauf der Grenzüberschreitung von Schmugglern, was übrigens ein von der sozialwissenschaftlichen Forschung bisher vernachlässigtes Gebiet darstellt (vgl. EGBERT 2006, S. 350). Zunächst werden deshalb kurz Biographie und Lebensumstände einer Schmugglerin namens Wanda vorgestellt, um im Anschluss daran eine Schmuggelfahrt von ihr zu erläutern.

#### **4.3.4 Ablauf einer Grenzüberschreitung: Bartoszyce-Bagrationsk und zurück**

Wanda ist 46 Jahre alt und hat ihr ganzes Leben in Bartoszyce verbracht, einem Ort, der 17 km vom größten Grenzübergang der polnisch-russischen Grenze entfernt ist (s. Abb. 2). Sie teilt sich ihre 50 m<sup>2</sup> große Neubauwohnung mit ihrer einzigen Tochter, die sie allein erzogen hat, und die jetzt als Apothekerin arbeitet. Wanda lernte Bautechnik und machte Abitur, dann arbeitete sie bis 1996 ununterbrochen im Büro einer Firma für Elektrogeräte. Als die Firma aufgelöst wurde, fand sie eine neue Halbtagsanstellung als Reinigungskraft in einer Bank. 2003, als die Bank den Besitzer wechselte und sie nur noch die Hälfte ihres bisherigen Gehalts hätte verdienen können, kündigte sie und bezog ein Jahr Arbeitslosengeld. Während dieser Zeit arbeitete sie im Rahmen einer Maßnahme des Arbeitsamts für drei Monate in Deutschland in einem Restaurant. Sie kehrte zurück und hat seitdem nicht wieder formell gearbeitet. Ihre einzige offizielle Einnahme momentan sind 120 Złoty (ca. 30 €) Mietbeihilfe, die sie monatlich vom Sozialamt erhält.

Nach Russland fährt Wanda schon sehr lange, allerdings hat sich der Charakter ihrer Reisen im Laufe der Zeit stark verändert. Schon zu sozialistischen Zeiten bekam Wanda durch soziale Kontakte die Gelegenheit, im Rahmen eines offiziellen Ausflugs den nördlichen Nachbarn zu besuchen. Einmal in der Woche hatte sie die Möglichkeit, sehr günstige Produkte wie Schuhe und Kleidungsstücke von, wie sie sagt, „guter DDR-Qualität“ in Kaliningrad zu kaufen. Anfang der 1990er Jahre fuhr Wanda ein- bis zweimal in der Woche mit ihrem Nachbarn im Auto über die Grenze, um Lebensmittel, Kleidung, aber auch Alkohol, vorwiegend für den eigenen Gebrauch, in Russland günstig zu kaufen. Seitdem vor einigen Jahren grenzüberschreitende Linienbusse eingeführt wurden, nutzt Wanda ihr Jahresvisum für Russland und fährt regelmäßig mit dem Bus von Bartoszyce in die russische Kleinstadt Bagrationowsk, direkt hinter dem Grenzübergang Bezledy gelegen. Da



sie sich momentan um ihr Enkelkind kümmern muss, fährt sie nicht mehr täglich, sondern nur noch zwei- bis dreimal die Woche.

Am stillgelegten Bahnhof in Bartoszyce kauft Wanda die Tickets für Bagrationowsk, die Fahrt über 18 km kostet 10 Złoty (ca. 2,50 €). Der Bus kommt um 12.15 Uhr, Wanda steigt mit den anderen Fahrgästen ein. „Jetzt sind wir alle beisammen“, urteilt der Busfahrer, eine Viertelstunde vor planmäßiger Abfahrtszeit, und fährt los. Von 40 Plätzen sind 19 besetzt, das Alter der Passagiere bewegt sich zwischen Mitte 30 und Mitte 50.

Abb. 3: Auf dem Weg zum Grenzübergang „Bezledy“



Foto: Bettina Bruns.

Nach einer halben Stunde Fahrt erreicht der Bus den Grenzübergang Bezledy. Während der Fahrt plaudern die Passagiere miteinander. Am Übergang angekommen, tauschen einige von ihnen noch schnell polnische Złoty in US-\$ um, bevor der Bus die polnische und russische Passkontrolle passiert und Russland erreicht ist. Noch in Sichtweite der Grenze, keine 500 m entfernt und vor Ortsbeginn, ist die Schmuggel-Infrastruktur am sichtbarsten. Ein großer Platz wird gesäumt von kleinen bunten Bungalows, die alle das Gleiche verkaufen: Zigaretten und Alkohol, als Ergänzung ein paar Süßigkeiten in grell-buntem Papier.

Wandas bevorzugter Laden ist blassgelb gestrichen, mit einer überdimensionalen Marlboro-Zigarettenpackung und schwarzem Ziegeldach geschmückt. Daneben befindet sich eine Tür mit einem Schild „Robimy koła“ („Wir machen Reifen“). Das bedeutet, dass hier Zigaretten in Autoreifen eingelassen werden, um dort gut versteckt unentdeckt über die Grenze zu kommen. Das Schild ist klar zu lesen und hängt ganz öffentlich an dieser Tür, keine 500 m vom russischen Zoll entfernt.

Abb. 4: Verkauf von Zigaretten und Alkohol bei Bagrationowsk (RF)



Foto: Bettina Bruns.

Wanda tritt in einen kleinen Verkaufsraum, der von einem schäbigen Tresen dominiert wird. In einer Ecke plärrt ein kleiner Schwarz-Weiß-Fernseher. An den Wänden sind Zigarettenstangen mit Rubelpreisen versehen, obwohl in US-\$ gezahlt wird. Wanda kauft 10 Stangen der Zigarettenmarke Jin Ling für je 2,35 \$. Im schummrigen Hinterzimmer nimmt sie eine Ecke in Beschlag. Die Verkäuferin schließt das sogenannte Lager auf, mit Zigarettenstangen in den Armen kommt sie zurück und legt Wanda ihre Ware auf das ausrangierte Schülerpult. Schnell wird es bedeckt mit bunten Plastiktüten, Kleidungsstücken und den gekauften Zigarettenstangen. Dazu kommen vier 0,5 l-Wodkaflaschen. Eine Bekannte hat bei ihr diese Bestellung aufgegeben: Przemitschnaja, ein Wodka für einen US-\$ der halbe Liter. In Polen kann er für gute 3,50 US-\$ verkauft werden. Zum Einpacken der Waren löst Wanda die Plastikfolie um die Stangen und verteilt einzelne Päckchen. Sie packt mehr als die Hälfte der Zigaretten für den Bus in Plastiktüten, Taschen, Manteltaschen, Handytaschen, Haarspraydosen, Zuckerbehälter ein, den Rest verstaut sie an ihrem Körper. Dann zieht sie ihre Jeans aus und zieht eine dicke Unterhose, eine Radlerhose und Leggings an, darüber eine weitere Hose. Auf den Oberschenkel zieht sie einen Streifen Klebeband und steckt sich darüber zwei Päckchen, die durch das Klebeband nicht nach unten rutschen können. Unter dem Schaumstoffhintern versteckt sie auch einige Päckchen, im Schritt vier zusammengeklebte und in einer Nylonstrumpfhose zusammengebundene Päckchen. An die Oberarme steckt sie sich jeweils zwei Päckchen im Nylonstrumpf. Der Rest wird in den vielen Behältnissen versteckt. Wodka wird in eine bunte Saffflasche

umgefüllt. Eine Mitreisende kommt auf dem Weg vom Lager an unserem Tisch vorbei und fragt Wanda, ob sie wisse, dass heute die Zöllnerin Magda Dienst hat. Die sei ganz in Ordnung, hätte es aber besonders auf Handtaschen abgesehen. Daraufhin packt Wanda um. Nur kleine Mengen bleiben in der Handtasche, wenn möglich, wird noch mehr am Körper versteckt.

Abb. 5: Schmuggelgut: Ein Zigarettenpäckchen der Marke „Jin Ling“



Foto: Bettina Bruns

Um 15.30 Uhr beginnt die Rückfahrt Richtung Grenze. Nach der russischen Passkontrolle herrscht im Bus emsige Betriebsamkeit: Zigaretten werden unter das Deckenfenster, unter die Sitze, in die Sitzpolster, in die Lehnen gesteckt. Dazu wird der Bezug zurückgeschoben, die Zigaretten unter dem Polster versenkt und das Loch mit Nadel und Faden zugenäht. Im Boden ist eine Luke, unter sie werden Stangen geschoben. Über die Gardine passen drei, vier zusammengeklebte Päckchen. Wanda verrenkt sich unter den Sitzen. Hosen werden heruntergezogen, Zigaretten darunter versteckt. Nachdem alle Passagiere ihre Waren verstaut haben, fährt der Bus los. Eine Reisende sammelt von jedem Schmuggler einen Dollar ein. Dann steigt sie aus und übergibt das Geld dem russischen Zoll, der daraufhin natürlich keine einzige Zigarette findet, ja noch nicht einmal nach ihnen sucht. Nach ein paar Minuten beginnt die Kontrolle durch den polnischen Zoll. Eine junge

Zöllnerin steigt in den Bus, sammelt die Pässe ein und fragt dabei jeden Reisenden, was er mitführt. „Eine Stange und einen Liter“ ist die Standardantwort. Die Zöllnerin fährt mit uns in den sogenannten Hangar, eine offene Halle, in der der Bus und alle Passagiere kontrolliert werden. Zur persönlichen Kontrolle steigen alle Passagiere aus und reihen sich auf einer Rampe auf. „Die ersten beiden Damen bitte“, bittet die Zöllnerin. Diese folgen ihr und kommen bald wieder. Endlich ist Wanda an der Reihe. Sie geht in den kargen Raum, ich begleite sie. Die Zöllnerin fordert Wanda zur Herausgabe von Zigaretten auf. „Also sieben Schachteln könnten Sie hierhin legen. Das haben alle so gemacht“, sagt sie und wendet sich zum Nebentisch, auf dem schon ein Haufen Jin Ling-Zigaretten liegt. Wanda reagiert bestürzt. „Aber ich habe gar nicht so viele“, lügt sie. „Ah, hier ist eins“, sagt sie und zieht ein Päckchen aus der Jackentasche. „Vielleicht finde ich noch eins“, sagt sie und „findet“ noch vier. Das scheint zu reichen an Ausbeute, die Zöllnerin ist zufrieden. „Auf Wiedersehen“ wünscht sie und verlässt den Raum. Nach der Kontrolle wird alles schnell eingepackt und der Bus wieder in Ordnung gebracht. Die Gardinen werden wieder ordentlich hinter die Halter geklemmt, die Sitzbezüge geglättet. Der polnische Zoll hat ein Strafmandat für alle gefundenen Zigaretten ausgestellt. Eine Frau nimmt das Mandat auf sich. Diesmal müssen 360 Złoty (ca. 92 €) bezahlt werden. Geteilt durch 18 Personen, macht das 20 Złoty (ca. 5 €) für jeden. Das sei nicht viel, sagt Wanda. Bis 25 Złoty (ca. 6,50 €) ist so ein Mandat normal. Um 19.00 Uhr fährt der Bus los, alles ist eingepackt. In Bartoszyce steigt Wanda an der ersten Haltestelle aus. Sie geht nach Hause und präpariert die Waren zum Weiterverkauf. Am nächsten Tag wird sie einen Bekannten anrufen, der ihr alle Zigaretten abkauft. Als Reinverdienst, abzüglich aller Ausgaben, wird Wanda 50 Złoty (ca. 13 €) übrig behalten.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich nun bezüglich des Umgangs mit der Illegalität des Schmuggels aus dem beschriebenen Ablauf einer Grenzüberschreitung ziehen?

#### **4.3.5 Spannungsfeld zwischen Illegalität und Rationalität**

Zunächst wird deutlich, dass auch die illegale Praktik des Schmuggels betriebswirtschaftlicher Rationalität folgt, eine Tatsache, die seine konkrete Ausgestaltung determiniert. Ökonomisch rationales Verhalten beim Transport von Zigaretten über die polnisch-russische Grenze bedingt Illegalität. Diese wiederum erfordert zwangsläufig Risikobereitschaft, um in ihr erfolgreich zu sein. „Wir riskieren etwas, weil wir etwas verdienen und nicht nur fahren wollen“, sagt Wanda. Ihre Risiko-

vermeidungsstrategien fußen auf einigen Elementen, die während der Beschreibung der Fahrt anklagen: Die verfrühte Abfahrt des Busses deutet auf eine bestimmte feste Gruppe von Passagieren und stabile, langfristige soziale Netzwerke hin. Der Austausch über Kontrollmethoden zeigt gegenseitige Solidarität sowie Teilung und Schaffung lokalen Wissens an, das Voraussetzung für erfolgreichen Schmuggel ist. Denn: Je genauer das relevante Wissen, desto mehr steigt die Kontrolle der Schmuggler über den Erfolg ihrer Strategien trotz ihrer eigentlich niedrigen Machtposition dem Grenzregime gegenüber. Auch Vertrauen ist unabdingbar, was das Teilen des Strafmandats zeigt. Auch das Verstecken der Waren ist ein Beispiel für Vertrauen zu anderen Passagieren, dass man nicht verraten wird und Waren nicht entwendet werden. Illegalität erfordert also ein höheres Maß an Vertrauen, aber gleichzeitig auch klarere Sanktionen im Falle von Vertrauensbruch. Das verstärkt zum einen die Kollektivität und ein Gemeinschaftsgefühl zwischen den Schmugglern, die zu einer Gruppe gehören, zum anderen aber auch die Distanzierung und das Misstrauen zu Schmugglern außerhalb der eigenen Gruppe.

#### **4.3.6 Spannungsfeld zwischen Illegalität und Legitimität**

Darüber hinaus lassen sich an der Fahrt beispielhaft die normativen Rahmenbedingungen des Schmuggels erkennen. Er ist in ein regionales Umfeld eingebettet, in dem die bestehende faktische Illegalität des Schmuggels mit seiner moralischen Legitimierung seitens der Autoritäten ambivalent kombiniert wird. Dieser Umgang mit Schmuggel wird deutlich illustriert am Zitat des Bürgermeisters einer grenznahen Stadt, der mir in einem Interview sagte: „Wenn wir nicht im Stande sind, für die Leute Erwerbsalternativen auszuarbeiten, dann ist es auch für uns als Behörden leichter, wenn die Leute sich zu helfen wissen und nicht mit jeder Armut zu uns kommen.“ Die Interpretation von Schmuggel durch Grenzregime und Stadtverwaltung orientiert sich damit eben nicht am reinen Verordnungstext, sondern schafft ihre eigene objektive Realität in Form einer ambivalenten Doppelmoral von apodiktisch geltenden Gesetzen und deren großzügiger, pragmatischer Auslegung durch regionale Entscheidungsträger, die die Gesetze praktisch umzusetzen haben. Dies wird erstens durch die öffentliche Sichtbarkeit der Schmuggelinfrastruktur auf beiden Seiten der Grenze manifestiert, wie z. B. durch den Linienbus, der keinem anderen Zweck als dem Schmuggel dient, oder die Verkaufsbuden auf russischer Seite. Zweitens ist auch die Aufrechterhaltung bestimmter Rollen während der Zollkontrolle, bei der der Zoll als nachsichtiger Eingeweihter, der

Schmuggler hingegen als unschuldig Reisender auftritt, ein Zeichen dafür, dass der Schmuggeltätigkeit zwar Illegalität zugeschrieben, diese Eigenschaft aber nicht an schwerwiegende Sanktionen gekoppelt wird. „Die Regeln der Konventionalität und Theoretizität des Handelns“ von Mc Hugh (vgl. BÜTTNER 1999, S. 65) führen die Nichtsanktionierung einer Normverletzung darauf zurück, dass der Beschuldigte offizielle Kontrollinstanzen davon überzeugen kann, dass ihm keine alternativen Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Auf die polnisch-russische Grenze übertragen bedeutet das, dass ein Schmuggler seine normwidrige Tätigkeit vor Vertretern der Exekutive wie Bürgermeister oder Zoll mit Verweis auf fehlende Arbeitsplätze, Armut und Alternativlosigkeit vor Ort rechtfertigen kann. Illegale Routine erscheint im Ergebnis als normale Legalität.

#### **4.3.7 Fazit**

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Illegalität des Schmuggels Risikovermeidung für die ihn ausführenden Akteure erfordert, sofern dabei betriebswirtschaftlich kalkuliert und ein Gewinn angestrebt wird. Risiko kann durch selektive Vertrauensbeziehungen und die Einbettung in soziale Netzwerke verringert werden.

Schmuggel wird an der polnisch-russischen Grenze vor dem Hintergrund schwieriger nachteiliger struktureller Bedingungen als beinahe alternativlose ökonomische Notwendigkeit für viele Menschen angesehen. Deshalb benutzen die regionalen Entscheidungsträger im Sinne des Etikettierungsansatzes sogenannte „Metaregeln“<sup>7</sup>, also zusätzliche außerrechtliche Interpretationsregeln bei der praktischen Umsetzung bestehender Gesetze wie der Verordnung EWG, die dabei Faktoren wie die schwierige Arbeitsmarktlage mit einbeziehen (vgl. SACK 1968, S. 463 ff.). Die viele Menschen umfassende wirtschaftliche Not-situation dient also als Legitimierung einer regional akzeptierten Normverschiebung. Aufgrund dieser kontextabhängigen Anwendung allgemeingültiger Normen wird der Schmuggeltätigkeit neben Illegalität auch Legitimität zugeschrieben. Dieser ambivalente Zuschreibungsprozess bildet eine der Voraussetzungen für das Gelingen des Schmuggelalltags vieler Menschen. Eine weitere Voraussetzung besteht in den geringen Kosten des Grenzübertritts. Seit Polen aber im Dezember 2007 Mitglied des Schengenraums geworden ist, sind die Visakosten für polnische wie für russische Staatsbürger zur Überque-

---

<sup>7</sup> Metaregeln regulieren die Anwendung bestehender Regeln.

zung der Grenze deutlich angestiegen.<sup>8</sup> Wie die Menschen an der polnisch-russischen Grenze mit dieser neuen Situation umgehen, und welche Bedeutung der Illegalität des Schmuggels dabei zukommt, bleibt noch zu untersuchen.

#### 4.3.8 Bibliographie

- BÜTTNER, B. (1999): Labeling Approach. Ein soziologischer Erklärungsansatz für negativ sozial abweichendes (kriminelles) Verhalten. Innsbruck.
- DEFLEM, M. / HENRY-TURNER, K. (2001): Smuggling. In: BRYANT, C. D. (Hrsg.): Encyclopedia of Criminology and Deviant Behavior. Philadelphia: Brunner-Routledge: S. 473–475.
- EGBERT, H. (2006): Cross-border Small-scale Trading in South-Eastern Europe: Do Embeddedness and Social Capital Explain Enough? In: International Journal of Urban and Regional Research 30.2: S. 346–361.
- FASSMANN, H. (1997): Die Rückkehr der Regionen – regionale Konsequenzen der Transformation in Ostmitteleuropa: Eine Einführung. In: FASSMANN, H. (Hrsg.): Die Rückkehr der Regionen. Beiträge zur regionalen Transformation Ostmitteleuropas. Wien. S. 13–35.
- FINCKH, L. (1943): Schmuggler, Schelme, Schabernack. München.
- GUS (2006): Rocznik statystyczny pracy. [Statistisches Jahrbuch der Arbeit].
- GUS (2007a): Zatrudnienie i wynagrodzenie w 2006r. [Beschäftigung und Vergütung im Jahr 2006]. In: *Województwo Warmińsko-Mazurskie. Podregiony, Powiaty, Gminy 2007*.
- GUS (2007b): Województwo Warmińsko-Mazurskie 2007 – podregiony, powiaty, gmina. Olsztyn.
- GUS (2008): Przeciętne miesięczne wynagrodzenie w gospodarce narodowej w złotych w latach 1950–2007 (podstawa wymiaru emerytur i rent) [Durchschnittliche monatliche Vergütung in der

---

<sup>8</sup> Seitdem ist für die Einreise nach Polen ein Schengenvisum notwendig, welches für russische Staatsbürger aufgrund des Vertrages vom 17.05.2007 zwischen der EU und Russland über die Erleichterung der Visumsvergabe für EU-Bürger und russische Staatsbürger 35 € für eine Einreise kostet. Polnische Bürger müssen für ein Einmalvisum nach Russland seitdem ebenfalls 35 € zahlen. Neben den finanziellen Hürden ist die Visumsausstellung sehr bürokratisch und zeitaufwendig.

- nationalen Wirtschaft in Złoty in den Jahren 1950–2007 (Grundlage des Rentensatzes)].
- KLUGE, F. (1960): Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. Berlin.
- KORCELLI, P. (1996): Die polnische Auswanderung seit 1945. In: FASSMANN, H./MÜNZ, R. (Hrsg.): Migration in Europa. Frankfurt/ Main, New York. S. 245–262.
- PAUL, B. / LINDENBERG, M. / SCHMIDT-SEMISCH, H. (2002): Der Schmuggler. In: HORN, E. / KAUFMANN, S. / BRÖCKLING, U. (Hrsg.): Grenzverletzer. Berlin. S. 98–113.
- SACK, F. (1968): Neue Perspektiven in der Kriminologie. In: SACK, F. / KÖNIG, R. (Hrsg.): Kriminalsoziologie. Frankfurt (Main).
- SCHOMBURG, W. (1992): Lexikon der deutschen Steuer- und Zollgeschichte. Von den Anfängen bis 1806. München.
- SINGELNSTEIN, T. / STOLLE, P. (2008): Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert. VS-Verlag: Wiesbaden.
- THUEN, T. (1999): The significance of borders in the East European transition. In: International Journal of Urban and Regional Research 23, 4. S.738–750.
- Umowa między Wspólnotą Europejską a Federacją Rosyjską o ułatwieniach w wydawaniu wiz obywatelom Unii Europejskiej i Federacji Rosyjskiej [Vertrag zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation über Vereinfachungen bei der Visumsvergabe an Bürger der Europäischen Union und der Russischen Föderation] (2007).
- Verordnung Nr. 918/83/EWG des Rates vom 28.02.1983 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 105. S. 1.
- WIEGAND, B. (1993): Petty Smuggling as Social-Justice: Research Findings from the Belize-Mexico Border. In: Social and Economic Studies 42(1):171–193.



## 4.4 Die Rolle ethnischer Gruppen für die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen im ungarisch-slowakischen Grenzraum<sup>\*</sup>

*Wolfgang Aschauer*

### 4.4.1 Einführung

Eine Staatsgrenze beeinflusst Ausmaß und Gestaltung ökonomischer Aktivitäten tiefgreifend: Sie wirkt sich sowohl auf die Grenzregion als auch auf die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen aus. Untersuchungen über Grenzen konzentrieren sich daher oft auf Differenzen der Preise, Löhne, Warenverfügbarkeiten, Steuern, Gesetze und andere Regulationsformen.

Aus diesem Blickwinkel ist es zunächst alles andere als selbstverständlich, dass auch Ethnizität als ein Element von Kultur von Relevanz für die Wirtschaft, im vorliegenden Fall für grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen, ist oder zumindest sein könnte. Daher soll im Folgenden zunächst die Rolle von Kultur innerhalb der Ökonomie analysiert werden. Dabei wird insbesondere auf die Entstehung von Netzwerken eingegangen und auf die Bedeutung von darauf basierenden grenzüberschreitenden Beziehungen für die Regionalentwicklung. In einem zweiten Schritt soll dann am empirischen Beispiel das Augenmerk auf Ethnizität als eines Elements von Kultur und eines Faktors von Wirtschaftsbeziehungen im slowakisch-ungarischen Grenzraum gerichtet werden. Dabei soll untersucht werden, welche Formen grenzüberschreitender Interaktion existieren und welche Auswirkungen sie auf die Regionalentwicklung haben. Hierzu werden die zwei wichtigsten sog. ethnischen Gruppen in dieser Grenzregion betrachtet: die Ungarn in der Slowakei und die Roma bzw. Zigeuner in der Slowakei und in Ungarn.

Zunächst jedoch gilt es zu untersuchen, warum es nötig ist, sich mit kulturellen Gruppen zu beschäftigen, wenn grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen betrachtet werden sollen, d. h. welche Verbindung zwischen Ökonomie und Kultur besteht. Dies soll an Hand des Begriffs „Vertrauen“ geschehen.

---

<sup>\*</sup> Eine erweiterte Fassung des Beitrags ist erschienen in: *Region, Regional Identity and Regionalism in Southeastern Europe : Part 1* / Roth, Klaus [Hrsg.]; Brunnbauer, Ulf [Hrsg.]. - Münster, Westf. : LIT, 2008. - (Ethnologia Balkanica ; 11). - S. 103-125.

#### 4.4.2 Formen der Organisation von Vertrauen

Keine Gesellschaft kann ohne ein Mindestmaß an Vertrauen zwischen ihren Mitgliedern funktionieren (vgl. Luhmann 2000/1968; Sztompka 1999). Die Literatur identifiziert verschiedene Formen von Vertrauen. Rose-Ackerman (1999, 2001) entscheidet etwa zwischen einseitiger Verlässlichkeit oder Vertrauenswürdigkeit und zweiseitigem oder reziprokem Vertrauen.

Reziprokes Vertrauen ist Vertrauen zwischen zwei Personen, das innerhalb von Interaktionen besteht. Die Verbindung zwischen den Personen kann auf Überlegungen in Bezug auf die Interessen des jeweils anderen basieren, auf Gefühlen von persönlicher Zuneigung und Verantwortung oder auf gemeinsamen Werten. Reziprokes Vertrauen gründet auf persönlichen Bindungen, wird innerhalb von Interaktionen realisiert und konstituiert dadurch ein Netz von persönlichen Beziehungen (vgl. a. ABRAHAM 2003).

Einseitiges Vertrauen existiert in verschiedenen Formen; der wichtigste Typ wird nicht in Interaktionen zwischen Einzelpersonen realisiert, sondern in Form von Vertrauen in das Funktionieren von Organisationen. Die Vertrauenswürdigkeit basiert dabei auf dem Vertrauen in Regeln, d. h. dass die Regeln in einer neutralen und vorhersagbaren Art und Weise befolgt werden. Man vertraut daher den Regeln der Organisation unabhängig davon, welche einzelnen Personen darin die entsprechenden Positionen einnehmen.

Im Laufe der Entwicklung von der vormodernen zur modernen Gesellschaft hat eine Bedeutungsverschiebung zwischen den genannten Formen von Vertrauen stattgefunden. Dies steht nicht nur in Verbindung mit dem Bedeutungsverlust des reziproken Vertrauens zugunsten des einseitigen Vertrauens zumeist in formale Institutionen, sondern auch mit den permanenten Spannungen zwischen den beiden Typen von Vertrauen (BRIE 2000). Die den modernen Gesellschaften inhärente Bestrebung, Organisationsformen zu schaffen, die neutral und ohne Rücksicht auf die Einzelperson funktionieren, konfligiert mit reziprokem, gefühlbasiertem Vertrauen, das von engen persönlichen Beziehungen oder Verwandtschaft abhängt.

Diese allgemeinen Tendenzen moderner Vertrauensbildung sind jedoch nicht ubiquitär. Denn auch den modernen Gesellschaften sind zahlreiche Exklusionsprozesse inhärent. So sehen sich diejenigen, denen es unmöglich erscheint, Vertrauen in öffentliche Institutionen zu entwickeln – etwa weil ihnen staatliche Einrichtungen nicht dieselben Rechte einräumen wie anderen Bürgern, die also diskriminiert werden – mit einem grundsätzlichen Problem konfrontiert: Wenn Institutionen

unvorhersehbare oder vorhersehbar negative Auswirkungen haben, ist regelbasiertes oder Institutionen-Vertrauen offensichtlich widersinnig. Stattdessen scheint die geeignete Lösung des Problems in der Reduzierung sozialer Beziehungen auf solche, die auf reziprokem Vertrauen basieren (Familienbande u. ä.) zu liegen. Dies ist jedoch in einer funktional differenzierten modernen Gesellschaft, in der alle Aspekte gesellschaftlichen Lebens eigenständigen funktionalen Systemen zugeordnet sind, unmöglich. Wenn aber das Vertrauen in Freunde u. a. nicht ausreicht für eine gesicherte Inklusion in die moderne Gesellschaft und zugleich kein Vertrauen in (üblicherweise staatliche) Institutionen existiert, dann gibt es nur eine Alternative: die Schaffung von imaginiertem Vertrauen (ähnlich a. ANDERSON 1991). Eine Person vertraut einer anderen, weil sie annimmt, dass der andere deshalb, weil er derselben (z. B. ethnischen) Gruppe angehört, dieses Vertrauen nicht enttäuschen wird. Dieser Glaube wird aufrecht erhalten, obwohl es keinerlei Möglichkeit gibt, Vertrauensbruch auf persönlicher oder institutioneller Ebene zu sanktionieren.

Eine solche ethnisch begründete Solidarität kann sogar institutionalisiert werden, etwa in Form von politischer Repräsentation oder als ökonomisches Subsystem der Gesellschaft. Wenn eine große Zahl von Individuen andernfalls gesellschaftlich ausgeschlossen wäre, kann eine ethnische Organisation eine Vielzahl von Funktionen annehmen und so die Inklusion dieser Personen sichern. Imaginiertes Vertrauen wird dadurch in eine Art von institutionen-basiertem Vertrauen umgesetzt. Auf diesem Weg wird auch die imaginierte Gemeinschaft in ein real existierendes gesellschaftliches System umgewandelt, zumeist auf der Grundlage der Organisationsform des Netzwerkes (Granovetter 1992).

#### **4.4.3 Die Rolle von Netzwerkbeziehungen für wirtschaftliche Aktivitäten**

Vertrauen auf diese Art aufzubauen und zu organisieren ist jedoch nicht nur ein grundsätzlicher Bestandteil gesellschaftlichen Lebens, sondern auch spezifischen, lokalen Faktoren unterworfen, so etwa den Inklusions- und Exklusionsmechanismen des jeweiligen Nationalstaates. Mein Referat beschäftigt sich mit der slowakisch-ungarischen Grenzregion; in einer Grenzregion, d. h. in einer Region mit grenzüberschreitenden ökonomischen Aktivitäten, ist Institutionenvertrauen üblicherweise deutlich schwächer als im Binnenland. Grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit kann nicht als ebenso sicher angesehen werden wie innerhalb desselben Landes. Dies ergibt sich nicht nur aus

unterschiedlichen rechtlichen und ökonomischen Systemen, sondern auch aus verschiedenen informellen Regeln und Verhaltensweisen. Denn zumindest zu Beginn von grenzüberschreitenden Beziehungen muss Vertrauen erworben, aufgebaut und vertieft werden.

Grenzüberschreitende Beziehungen haben in Überlegungen zur Regionalentwicklung aber nicht nur einen Wert an sich, d. h. für die daran beteiligten Wirtschaftssubjekte. Politische Analysen der Regionalpolitik innerhalb der EU stimmen im Wesentlichen darin überein, dass ökonomische Integration und Kooperation für eine Grenzregion als Ganze von Vorteil ist (NIEBUHR/STILLER 2002). Die Bildung einer Region impliziert multilaterale Kooperation, d. h. die Integration der Regionalökonomie als Ganzer. Deshalb schließt sich hier die Frage an, wie eine Region wirtschaftlich integriert werden kann, d. h. zu einer tatsächlichen Interaktionsregion werden kann, nicht nur zu einer deklaratorischen Region, wie sie etwa auf politischen Plänen gezeichnet wird.

#### **4.4.4 Regionsbildung, Wirtschaftsentwicklung und Vertrauen**

Regionalentwicklungstheorien im Umfeld der innovativen Milieus (vgl. CAMAGNI 1991, 2003) oder des Neoinstitutionalismus (vgl. PUTNAM 1993, 2000) betonen die Relevanz kultureller Faktoren für die Ökonomie: für die Unsicherheitsreduktion in Innovationsprozessen, die Koordinierung lokaler Akteure und kollektiver Aktionsformen vor der eigentlichen Handlung auf der Grundlage von Konventionen, Verhaltensnormen, gemeinsamen Codes der sozialen Inklusion und Exklusion und von gegenseitigem Vertrauen, und die Unterstützung kollektiver Lernprozesse.

Fasst man die Argumente zur Rolle von Vertrauen zusammen, wird offensichtlich, dass kulturelle Elemente, die für die Sicherung von Vertrauen nötig sind, Auswirkungen auf die Ökonomie haben. Gemeinsame Werte, gemeinsame Denkweisen, gemeinsame Aspekte der Wirklichkeitswahrnehmung, gemeinsame Handlungsformen – kurz: die gemeinsame Kultur – beeinflussen tiefgreifend das wirtschaftliche Wachstum, die Innovationsgeschwindigkeit und den Wohlstand einer Region, da sie dazu beitragen, ein Vertrauensumfeld zu schaffen. Eine Grenzregion kann damit als eine Sonderform einer vertrauensuchenden und -bildenden Umgebung verstanden werden.

#### **4.4.5 Thesen der empirischen Beobachtungen im ungarisch-slowakischen Grenzraum**

Werden diese Überlegungen als Ausgangspunkt empirischer Beobachtungen verwendet, lassen sich folgende Thesen über das Funktionieren grenzüberschreitender Kooperation und Regionalentwicklung im ungarisch-slowakischen Grenzgebiet ableiten:

1. Grenzüberschreitende Kooperation kann ökonomisch vorteilhaft für die Grenzregion sein.
2. Der beste Weg, eine Kooperationsregion zu schaffen, liegt in einer gemeinsamen vertrauensbildenden Umgebung, insbesondere in einem innovativen Milieu.
3. Großunternehmen benötigen ein solches Milieu nicht, aber im Fall von Klein- und Mittelunternehmen ist es notwendig, über ein Netzwerk an vertrauenswürdigen Beziehungen zu verfügen.
4. Netzwerkbeziehungen über Grenzen hinweg sind – zumindest solange keine starken formalen Beziehungen existieren – informell. Diese wiederum basieren auf gegenseitigem Vertrauen und einer gemeinsamen Kultur.

Wenn diese Thesen zutreffen, folgt aus ihnen, dass diejenigen Grenzregionen die besten Chancen für wirtschaftliches Wachstum haben, in denen auf beiden Seiten der Grenze dieselbe ethnische Gruppe lebt. Denn ethnische Zugehörigkeit bietet ein Gefühl der Sicherheit und dient als Quelle von Vertrauen, Gewissheit, gegenseitiger Hilfe und Schutz (HOROWITZ 1993, S. 32).

Diese Argumentation ist deutlich substantieller als die sehr vagen Stellungnahmen in zahlreichen politischen Reden, wonach ethnische Gruppen eine Brücke zwischen zwei Ländern bilden können. Die slowakisch-ungarische Grenzregion bietet die Möglichkeit, diese Argumente zu überprüfen; es gilt demnach die Frage zu untersuchen, in welcher Weise Ethnizität als Form einer angenommen gemeinsamen Kultur sich förderlich auf grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen auswirkt.

Die beiden größten ethnischen Gruppen, die auf beiden Seiten der Grenze wohnen, sind die Ungarn und die Roma. Die meisten ethnischen Ungarn – gemessen auf der Grundlage der Muttersprache, wie sie bei der Volkszählung angegeben wurde – sind entlang der gemeinsamen Grenze zu finden, konzentriert vor allem im Südwesten der Slowakei. Etwa 10 % der slowakischen Bevölkerung von insgesamt 5,5 Mio. Einwohnern werden zu dieser ethnischen Gruppe gezählt. Während diese Zahl überwiegend als zutreffend verstanden wird, wird die Anzahl der Roma zumeist recht kontrovers diskutiert. So besteht

eine sehr große Differenz zwischen der Zahl der Roma, die sich selbst als solche (oder auch als Zigeuner) bezeichnen – bei der Volkszählung 2001 waren es rund 45.000 – und verschiedenen staatlichen oder wissenschaftlichen Schätzungen, die von etwa einer halben Million Roma in der Slowakei ausgehen.

In Ungarn ist der Unterschied zwischen der Volkszählung und den Schätzungen deutlich geringer: den 175.000 Roma lt. Volkszählung steht eine geschätzte halbe Million gegenüber. In der Grenzregion leben die meisten „Volkszählungs-Roma“ in der Ostslowakei und in Nordost-Ungarn.

Angesichts der Nähe der beiden ethnischen Gruppen zu ihrem jeweiligen Gegenüber auf der anderen Seite der Grenze können diese Gruppen empirisch dazu herangezogen werden, die Rolle von Kultur oder Ethnizität innerhalb ökonomischer Beziehungen zu untersuchen.

#### **4.4.6 Die Ungarn im ungarisch-slowakischen Grenzgebiet**

Im Fall der Ungarn im ungarisch-slowakischen Grenzgebiet sind zunächst einige allgemeine Bemerkungen zur raumwirtschaftlichen Lage voranzuschicken. Nordwest-Ungarn entlang der Straßenverbindung Wien-Budapest ist der wohlhabendste und am schnellsten sich entwickelnde Teil des Landes nach der Hauptstadt Budapest. Dasselbe kann für Bratislava und seine Umgebung festgestellt werden. Beide Regionen sind nicht nur Standort multinationaler Unternehmen wie etwa Škoda/Volkswagen in Bratislava, Suzuki in Esztergom oder Audi in Győr, sondern ziehen auch viele kleine Firmen und Arbeitskräfte aus nahe gelegenen Städten und Dörfern an. Diese Regionen wachsen außerdem nicht nur sehr schnell und haben Pionierfunktion für das wirtschaftliche Wachstum, sondern sind auch treibendes Element der sozialen und kulturellen Modernisierung Ostmitteleuropas (vgl. dazu a. ASCHAUER 1995).

Die Ungarn v. a. in der West-Slowakei werden von beiden Prozessen beeinflusst. Obwohl die slowakische Seite der Grenzregion bis heute nicht sehr stark entwickelt ist, kann sie dennoch am Wachstum der Region Bratislava und Nordwest-Ungarns partizipieren, was durch einige Beispiele illustriert werden kann: Aufgrund von Arbeitskräftemangel im Suzuki-Betrieb im ungarischen Esztergom, der auch von der geringen Bereitschaft ungarischer Arbeitskräfte zu permanenter oder temporärer Migration hervorgerufen wurde, holt das Unternehmen slowakische Arbeiter mit Bussen von der anderen Seite der Grenze. Diese Arbeitskräfte sind zumeist Angehörige der ungarischen Minder-

heit. Ihre ungarische Muttersprache ist dabei ein wichtiges Argument, ihnen den Arbeitsplatz anzubieten, und dies nicht nur bei Suzuki, sondern auch in anderen nahe gelegenen Unternehmen.

Das zweite Beispiel ist die Doppelstadt Komárno und Komárom. Die Stadt ist ein gutes Beispiel für alltägliche grenzüberschreitende Beziehungen; dazu gehören der Einkaufstourismus, die regelmäßigen Kontakte etwa zwischen den Stadtverwaltungen und die im Oktober 2004 gegründete ungarisch-sprachige Universität

Bereits die wenigen Beispiele zeigen, dass es zahlreiche grenzüberschreitende Verbindungen und Aktivitäten gibt, all dies unter wirtschaftlich günstigen Gegebenheiten. Ethnische Ungarn nehmen an all diesen Aktivitäten teil. Sie pendeln aus der Slowakei nach Ungarn, sie sind Einkaufstouristen in Grenzstädten, und sie sind Studenten in der ungarisch-sprachigen Universität. Bei jeder Koinzidenz ist jedoch zu fragen, ob auch Kausalität vorliegt, hier also, ob tatsächlich die Mitgliedschaft in derselben ethnischen Gruppe diese Prozesse vorantreibt, noch genauer: ob es einen Bedarf an personengebundenem Vertrauen gibt, der Menschen dazu bringt, Kontakte zu Mitgliedern derselben Gruppe zu präferieren. Wahrscheinlich muss die Antwort im vorliegenden Fall „nein“ lauten.

Für Suzuki spielt Ethnizität keine Rolle, der einzige Faktor von Bedeutung ist die Kenntnis der ungarischen Sprache. Für Einkaufstouristen sind Preise wichtig, nicht ethnische Beziehungen. Nicht ethnische Beziehungen, sondern die sozioökonomischen Verhältnisse dieser Grenzregion bestimmen die grenzüberschreitenden Kontakte. Der Prozess der Entwicklung von Institutionenvertrauen hat die Bindungen von Familie und Ethnizität geschwächt. Es besteht kein Bedarf an Vertrauen, das über eine reale oder imaginierte Gemeinschaft gewonnen wird, weil die formalen Institutionen als effektiv begriffen werden. Damit können die Effekte der Modernisierung sowohl die günstigen ökonomischen Bedingungen als auch das Ausmaß der grenzüberschreitenden Verbindungen und Aktivitäten in zufriedenstellendem Umfang erklären; Ethnizität hat demgegenüber nur geringe Erklärungskapazität.

#### **4.4.7 Die Roma im ungarisch-slowakischen Grenzgebiet**

Ganz anders sieht es bei den grenzüberschreitenden Beziehungen der anderen ethnischen Gruppe, die in der Grenzregion anzutreffen ist, aus: der Roma, die vor allem im östlichen Teil des Grenzgebiets zu finden sind. Bereits aus ökonomischer Sicht unterscheidet sich der östli-

che Teil der slowakisch-ungarischen Grenze tiefgreifend vom westlichen Teil. Während des Sozialismus wurden beide Seiten dieser Grenzregion durch die Ansiedlung von Großunternehmen der Schwerindustrie, in denen die regionalen Arbeitskräfte Arbeitsplätze und Einkommen fanden, zu entwickeln versucht. Mit dem Ende des Sozialismus geriet die regionale Schwerindustrie in eine Krise, die zu einer Krise der gesamten Regionalökonomie wurde. Diese Krise führte zu einer selektiven Arbeitsplatzreduktion: Fast alle regionalen Roma verloren ihre Arbeitsplätze (für die sie kaum qualifiziert sein mussten), und dies auf beiden Seiten der Grenze.

In dieser Situation setzen Regionalplaner ebenso wie europäische Pläne zur Regionalentwicklung ihre Hoffnungen in regionale Kooperation, die regionales Wirtschaftswachstum entwickeln oder zumindest initiieren soll.

In diesen Plänen könnten die Roma – entsprechend den oben diskutierten Theorien über die Bedeutung von gemeinsamer Kultur für die Regionalentwicklung – eine wichtige Rolle spielen aufgrund der grenzüberschreitenden Kooperation, von der angenommen wird, dass sie innerhalb ihrer ethnischen Gemeinschaft existiert. Es gilt daher zu untersuchen, inwieweit eine solche Annahme zutrifft, d. h. ob diese ethnische Gemeinschaft in der Lage ist, grenzüberschreitende ökonomische Beziehungen zu initiieren oder zumindest aufrechtzuerhalten.

Zunächst ist festzustellen, dass die Mehrheit der Roma eine sehr arme Bevölkerung bildet. Über die Armut hinaus sehen sich die Roma mit zahlreichen und umfassenden, in Rassenvorurteilen gründenden Formen von Diskriminierung konfrontiert.

Diese Situation hat nicht nur ökonomische und soziale Auswirkungen, sondern auch wichtige psychologische Komponenten. Menschen, die in segregierten Siedlungen leben, beschreiben Armut als verbunden mit Gefühlen von Hilflosigkeit und Ausschluss aus der größeren Gemeinschaft. Für viele ist Armut daneben auch mit Schamgefühlen verbunden. Viele Roma fühlen, dass die existierenden Institutionen ihren Lebensbedingungen gegenüber feindlich oder zumindest indifferent sind. Sie haben deshalb kein oder nur sehr eingeschränktes Vertrauen in lokale Behörden und andere Institutionen wie etwa Sozialhilfeeinrichtungen und – in geringerem Ausmaß – Schulen und Gesundheitszentren.

Noch ein weiterer Punkt ist hier von Bedeutung: Um den Konsequenzen ihrer wirtschaftlichen Marginalisierung und sozialen Exklusion zu begegnen, bauen arme Menschen Netzwerke und andere Verbindungen auf, welche die formalen institutionellen Bindungen ersetzen. Die-



se Netzwerke kollidieren oft mit dem Gesetz und juristischen Einrichtungen wie den Strafverfolgungsbehörden und anderen Regulationsinstrumenten. Damit tendiert das, was auf der einen Seite ein wirtschaftlich wichtiges, manchmal sogar unerlässliches Netzwerk ist, auf der anderen Seite dazu, das Ausmaß an Exklusion zu vertiefen und zu gesellschaftlicher Teilung, Polarisierung und Konflikthaftigkeit beizutragen.

Dieses Problem wird durch Beziehungsprobleme innerhalb der Gruppe der Roma verstärkt. Es wird immer wieder auf lokaler Ebene festgestellt, dass persönliche Konflikte, in die Roma verwickelt sind, gewöhnlich nicht zwischen Roma und Nicht-Roma existieren, sondern zwischen örtlichen Roma und solchen aus anderen Siedlungen.

Damit ergeben sich für die slowakischen und ungarischen Roma eindeutige Befunde. Es ist unzweifelhaft, dass den Roma unter den aktuellen Umständen von Armut und Diskriminierung alle finanziellen Mittel der Gemeinschaftsbildung fehlen. Sie werden auch nur eingeschränkt politisch dazu motiviert, eine distinkte und politisch separate ethnische Gruppe zu bilden. Darüber hinaus sind auch wichtige ethnische Merkmale nicht als gemeinsame Merkmale anzusehen: Sowohl Sprachen als auch die Gebräuche, Werte und viele andere Charakteristika differieren in großem Ausmaß. Es besteht auch kaum ein Gemeinschaftsbewusstsein. Dies kann etwa durch die große Anzahl von Roma-Organisationen illustriert werden, die sich gegenseitig nach der Maßgabe, wer die „wahren“ Roma vertritt, bekämpfen.

Das Ergebnis dieses kurzen Überblicks kann nun in Beziehung gesetzt werden zu Frage nach der Rolle persönlicher Kontakte innerhalb grenzüberschreitender Wirtschaftsbeziehungen. Die Roma haben sehr enge Beziehungen zueinander, aber die Definition des Anderen ist ebenfalls sehr eng. Daher reicht die Gemeinschaftsbildung auch nicht über die Grenze. Sogar die prinzipiell „grenzenlosen“ Internetauftritte der slowakischen oder ungarischen Roma-Organisationen orientieren sich in ihrer Themenwahl strikt an den nationalstaatlichen Grenzen; auch Links etwa zu einer Organisation im Nachbarland finden sich gar nicht oder sehr versteckt (vgl. a. The World Bank et al. 2002, Zoon 2001).

Damit können folgende Schlussfolgerungen gezogen werden: Trotz des Umstandes, dass verschiedene Programme und Maßnahmen der jeweiligen Nationalstaaten, der Europäischen Union und von NGOs sich mit den Roma befassen, ist zu konstatieren, dass eine ethnische Gruppe der Roma fast ausschließlich auf der Ebene der Familie oder clanartiger Strukturen existiert. Es gibt kaum grenzüberschreitende oder sprachgruppenübergreifende Kommunikation, die Roma-Partner

präferiert. Nur in sehr geringem Maße können bisher Prozesse einer wirklichen Gemeinschaftsbildung über die Sprach- und sonstigen Grenzen hinweg im Entstehen beobachtet werden – interessanterweise auch eher in der Slowakei als in Ungarn, wo die staatliche Nationalitätenförderung eher hinderlich zu sein scheint.

#### **4.4.8 Zusammenfassung**

Zusammenfassend lässt sich die Situation in der slowakisch-ungarischen Grenzregion folgendermaßen charakterisieren: Von ethnischen Gruppen wird oft angenommen, dass sie Brücken über Grenzlinien hinweg bilden und so positive Auswirkungen auf die wirtschaftlich relevanten Beziehungen, ja sogar auf die Gesamtentwicklung der Grenzregion haben. Im slowakisch-ungarischen Grenzgebiet haben sich solche Hoffnungen (noch) nicht erfüllt. In der westlichen Grenzregion hat im Hinblick auf die Ungarn in der Slowakei die Einführung von Marktwirtschaft und Demokratie und damit die fortschreitende Realisierung einer funktional differenzierten Gesellschaft die wirtschaftliche Relevanz von persönlichen Beziehungen als Grundlage von Vertrauensbildung gemindert. Folglich ist die ökonomische Bedeutung von grenzüberschreitenden Aktivitäten auf ethnischer Grundlage marginal. In der östlichen Grenzregion könnten hingegen tatsächlich Beziehungen auf persönlicher Ebene einen Weg zum Aufbau oder zur Verbesserung grenzüberschreitender Wirtschaftsbeziehungen eröffnen. Doch bei der wichtigsten regionalen ethnischen Gruppe, den Roma, sind die persönlichen Beziehungen sehr eng begrenzt und reichen kaum über kleine Gruppen von Verwandten und Nachbarn hinaus. Bisher können nur geringe Wandlungen in Richtung auf einen größeren Umfang grenzüberschreitender Beziehungen festgestellt werden. Ob diese sich ausbreiten und die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen beeinflussen werden, kann kaum vorhergesehen werden. Aber es scheint ein interessantes Forschungsgebiet zu bleiben.

#### **4.4.9 Literatur**

ABRAHAM, M. (2003): With a Little Help from my Spouse: The Role of Trust in Family Business. Leipzig [[http://www.uni-leipzig.de/~sozio-content/site/a\\_berichte/34.pdf](http://www.uni-leipzig.de/~sozio-content/site/a_berichte/34.pdf)].

ANDERSON, B. (1991): Imagined Communities. Reflections on the origin and spread of nationalism. London.

- ASCHAUER, W. (1995): Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in Osteuropa auf den ungarisch-österreichischen und den ungarisch-rumänischen Grenzraum. Potsdam (=Potsdamer Geographische Forschungen 10).
- BRIE, M. (2000): Formal Institutions and Informal Institutional Arrangements. In: BISS public. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Diskussion, 30, II, S. 101–119.
- CAMAGNI, R. (1991): Local 'milieu', uncertainty and innovation networks: towards a new dynamic theory of economic space. In: CAMAGNI, R. (Hrsg.): Innovation networks: spatial perspectives, London/New York. S. 121–144.
- CAMAGNI, R. (2003): Regional clusters, regional competencies and regional competition. Paper delivered at the International Conference on "Cluster management in structural policy – International experiences and consequences for Northrhine-Westfalia". Duisburg.
- GRANOVETTER, M. (1992): Problems of Explanation in Economic Sociology. In: NOHRIA, N. and ECCLES, R. G. (Hrsg.): Networks and Organizations: Structure, Form, and Action. Boston. S. 25–56.
- HOROWITZ, D. L. (1993): Democracy in Divided Societies. In: Journal of Democracy 4. S. 18–38.
- NIEBUHR, A. / STILLER, S. (2002): Integration Effects in Border Regions – A Survey of Economic Theory and Empirical Studies. Hamburg (= HWWA Discussion Paper 179)  
[[http://www.hwwa.de/Forschung/Publikationen/Discussion\\_Paper/2002/179.pdf](http://www.hwwa.de/Forschung/Publikationen/Discussion_Paper/2002/179.pdf)].
- PUTNAM, R. D. (1993): Making democracy work. Civic traditions in modern Italy. Princeton.
- PUTNAM, R. D. (2000): Bowling alone. The collapse and revival of American community. New York.
- ROSE-ACKERMAN, S. (1999): Corruption and Government: Causes, Consequences and Reform. Cambridge, UK.
- ROSE-ACKERMAN, S. (2001): Trust, Honesty, and Corruption: Theories and Survey Evidence from Post-Socialist Societies. Toward a Research Agenda for a Project of the Collegium Budapest. Prepared for the Workshop on Honesty and Trust in Post-Socialist Societies at Collegium. Budapest, May 25–26, 2001. Draft of April 24, 2001 [[www.colbud.hu/honesty-trust/rose/pub01.PDF](http://www.colbud.hu/honesty-trust/rose/pub01.PDF)].

- THE WORLD BANK, FOUNDATION S.P.A.C.E, INEKO, The Open Society Institute (Hrsg.) (2002): Poverty and Welfare of Roma in the Slovak Republic. Bratislava  
[<http://www.worldbank.org/eca/roma/data/povertyinslovak.pdf>].
- LUHMANN, N. (2000): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart (original 1968) (Uni-Taschenbücher 2185).
- SZTOMPKA, P. (1999): Trust: A Sociological Theory. Cambridge, UK.
- ZOON, I. (2001): On the Margins. Slovakia. Roma and Public Services in Slovakia. A Call to Action to Improve Romani Access to Social Protection, Health Care, and Housing. New York.

## **Autorinnen und Autoren**

Mihaela Narcisa Arambaşa (Universität Potsdam, Institut für Geographie)

Prof. Dr. Wolfgang Aschauer (Technische Universität Chemnitz, Bereich Europastudien)

Dr. Bettina Bruns (Leipzig, Institut für Länderkunde)

Dr. Andreea-Loreta Cepoiu (Universität Bukarest, Geographische Fakultät)

Stela Corobceanu (Chişinău, Institute for Public Policy)

Priv.-Doz. Dr. Mariana Hausleitner (LM-Universität München, Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas)

Prof. Dr. Dr. h.c.mult. Wilfried Heller (Universität Potsdam, Institut für Geographie)

Prof. Dr. Ioan Ianoş (Universität Bukarest, Geographische Fakultät)

Prof. Dr. Wim van Meurs (Radboud Universität Nijmegen, Historisches Seminar)

Dr. Bénédicte Michalon (Universität Bordeaux, Geographie)

Dr. Alexandru Muravschi (Chişinău, Institute for Public Policy)

Ion Osoian (Chişinău, Institute for Public Policy)

Dr. Radu-Daniel Pintilii (Universität Bukarest, Geographische Fakultät)

Dr. Radu Săgeată (Bukarest, Rumänische Akademie der Wissenschaften, Geographisches Institut)

Dr. Oleg Serebrian (Chişinău, Abgeordneter des Parlaments der Republik Moldau)



Seit 1995 in dieser Reihe erschienen:

Bd. 10

Aschauer, Wolfgang: Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in Osteuropa auf dem ungarisch-österreichischen und den ungarisch-rumänischen Grenzraum, 1995. – 166 S. - vergriffen

Bd. 11

Felgentreff, Carsten: Räumliche Bevölkerungsmobilität in Fidschi: eine exemplarische Untersuchung der Dorfgemeinschaft von Naikoleyaga (Kabara Island, Lau-Province), 1995. – X, 257 S.

Bd. 12

Becker, Jörg: Geographie in der Postmoderne? Zur Kritik postmodernen Denkens in Stadtforschung und Geographie, 1996. – 158 S.

Bd. 13

Blumenstein, Oswald: Geoökologische Aspekte des Evolutionsprozesses hemerober Geosysteme im jungpleistozänen Raum, 1996. – 189 S.

Bd. 14

Hofmann, Hans-Jürgen: Aussiedler-Wohngebiete in niedersächsischen Städten: eine Untersuchung zur Segregation von Aussiedlern aus Polen in Wolfsburg, Braunschweig und Hannover, 1998. – 212 S.

Bd. 15

Becker, Jörg: Die nichtdeutsche Bevölkerung in Ostdeutschland: eine Studie zur räumlichen Segregation und Wohnsituation, 1998. – 160 S.

Bd. 16

Saupe, Gabriele et al.: Erholung in der Bergbaufolgelandschaft?: Vorstellungen, Erwartungen und Handeln; Ergebnisse von Befragungen in der Niederlausitz, 1998. – 144 S.

Bd. 17

Saupe, Gabriele et al.: Entwicklung und Gestaltung von Erholungsgebieten in Bergbaufolgelandschaften der Niederlausitz, 1999. – 137 S.

Bd. 18

Kaden, Klaus et al.: Räumliche Unterschiede im Wassertransfer (Boden – Pflanze – Atmosphäre) in Niederungen des mitteleuropäischen Binnentieflandes, 1999. – 88 S. + 80 S. Anhang mit farb. Darst.

Bd. 19

Knothe, Dieter et al.: Bodenbildung, Bodenverbreitung und Bodenzustand im Uvs-Nuur-Becken, 2001. – 132 S., Kt. + Beil.

Bd. 20

Golz, Elke: Regionale Bevölkerungsprozesse im Wirkungsbereich kommunaler Akteure – Beispiele aus ländlich peripheren Räumen des Landes Brandenburg / Landkreis Prignitz, 2001. – 162 S. + Anh.

Bd. 21

Hochmuth, Elke: Sanierungs- und Konsolidierungspolitik in Sachsen-Anhalt und Brandenburg: zur Konzeptionierung und Durchführung eines unbeachteten Politikfeldes in Ostdeutschland aus regionalwissenschaftlicher Perspektive, 2002. – 302 S.

Bd. 22

Viehrig, Hans: Potsdam: Geographische Strukturen im Wandel (mit Exkursionshinweisen), 2002. – 270 S.

Bd. 23

Becker, Jörg et al.: Reden über Räume: Region – Transformation – Migration. Festsymposium zum 60. Geburtstag von Wilfried Heller, 2002. – 204 S.

Bd. 24

Doka, Dhimiter: Regionale und lokale Entwicklungen in Albanien – ausgewählte Beispiele, 2006. – 169 S.

Bd. 25

Anderl-Motea, Corina: Ethnizität – Raum, Funktion und Bedeutungswandel. Sozialgeographische und kulturanthropologische Erkundungen zum Verhältnis von Ethnizität und Raum im Transformationsprozess anhand von Beispielen aus Rumänien, 2007. – 195 S.

Bd. 26

Sallanz, Josef: Bedeutungswandel von Ethnizität unter dem Einfluss von Globalisierung. Die rumänische Dobrudscha als Beispiel. 2007. – 345 S.

Bd. 27

Budke, Alexandra (Hrsg.): Interkulturelles Lernen im Geographieunterricht, 2008. – 201 S.

Bd. 28

Heller, Wilfried/Arambaşa, Mihaela Narcisa (Hrsg.): Am östlichen Rand der Europäischen Union: geopolitische, ethnische und nationale sowie ökonomische und soziale Probleme und ihre Folgen für die Grenzraumbevölkerung. 2009. – 190 S.





Die Artikel dieses Bandes wollen anhand ausgewählter Grenzräume und Themen einen Beitrag zur Darstellung der Situation an der neuen östlichen Außengrenze der EU leisten. Im Zentrum steht dabei der Grenzraum zwischen der Republik Moldau und Rumänien. Analysen der geopolitischen, ethnischen und nationalen sowie ökonomischen und sozialen Probleme dieser Länder sollen die Rahmenbedingungen für das Leben der Bevölkerung in diesem Grenzraum verdeutlichen. Diese Probleme wirken sich auf den Alltag der Grenzraumbevölkerung, besonders auf ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten aus. Politik und Wissenschaft müssen sich gerade auch der Probleme der Grenzräume annehmen, weil in Europa das Bemühen um eine friedliche „Einheit in der Vielfalt“ nicht an den Außengrenzen der EU enden kann.

ISSN 0940-9688

ISBN 978-3-940793-97-3



9 783940 793973